

22. IV. 1916

Organisation und Ausführung.

N Berlin, 20. April. (Priv.-Tel.) Alles, was wir bisher zur Regelung der Nahrungsmittelversorgung erlebt haben, lieferte den deutlichen Beweis dafür, daß die Mahnung des Städtetages zur Aufstellung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms für die zuständigen Stellen wirklich beachtenswert ist. Wenn auf dem einen Gebiet der Spekulation Einhalt getan wird durch Festsetzung von Höchstpreisen, so ist diese um einen Ausweg nicht verlegen und findet sofort ein neues Gebiet, auf dem sie sich nach Herzenslust ausleben kann, und es vergeht dann eine lange kostbare, garnicht wieder einzubringende Zeit, bis sich schließlich die zuständigen Organe dazu aufraffen, auch gegen diesen neuen Tummelplatz der Spekulation etwas zu unternehmen. Als Höchstpreise für Schweinefleisch festgesetzt wurden, war die Folge, daß inländisches Schweinefleisch von dem Großberliner Marke sofort verschwand. Es gab Rind-, Kalb- und Hammelfleisch und so viel ausländisches Schweinefleisch, wie niemals nach Deutschland eingeführt worden ist, aber zu Preisen, die für die große Masse unerschwinglich waren. Es hat lange gedauert, bis dagegen etwas unternommen worden ist, aber der Schaden ist niemals wieder gut gemacht worden. Jetzt sind nun für Berlin Höchstpreise für Rindfleisch festgesetzt worden, und diese Höchstpreise sind heute in Kraft getreten. Die Folge davon ist, wie die Berliner Zeitungen feststellen, daß das Rindfleisch sofort wieder verschwunden ist, und daß es nur Kalbfleisch und Hammelfleisch, beides Fleischsorten, für die Höchstpreise noch nicht festgesetzt sind, zu unerschwinglichen Preisen gibt. Für das Pfund Kalbstolette werden im Zentrum Berlins fünf Mark verlangt, unter vier Mark für das Pfund gibt es überhaupt kein Kalbfleisch.

Derartige Vorgänge müssen auf die Dauer das Vertrauen zu den maßgebenden Stellen schwächen, und man kann nur wünschen, daß diesmal die Geduldsprobe nicht wieder ausgedehnt wird wie in früheren Fällen. Vermöge der jetzt gebildeten Viehhandelsverbände muß es möglich sein, die großen Verbrauchszentren so zu beliefern, daß die Spekulation keinen Raum mehr gewinnt. Wir haben schon wiederholt festgestellt: Wir befinden uns in einer belagerten Festung, und für diese kann nicht mehr gelten, was in Zeiten des freien Marktes anerkannt wurde und anerkannt werden mußte. Mit dem Erlaß neuer Verordnungen allein ist es nicht getan. Dafür hat man im Laufe der letzten zwei Jahre genügende Erfahrungen sammeln können. Die Ausführung ist die Hauptsache, und da muß leider festgestellt werden, daß in dieser Hinsicht namentlich in dem großen Preußen noch vieles im argen liegt.

Bericht des Bürgermeisters über die Milch- und Fettknappheit.

Wien, 21. April.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt in einer Versammlung des Christlichsozialen Wählervereines des 9. Bezirkes vorgestern abend eine längere Rede, über welche die „Rathauskorrespondenz“ unter anderem berichtet: Wir leben in einer schweren, harten und großen Zeit. Wenn ich die drei Epitheta groß, schwer und hart miteinander vergleiche, so kommt mir die Härte und Schwere der Zeit beinahe bedeutender und gewichtiger als die Größe vor. Denn ob die Zeit groß ist, werden erst unsere Nachkommen beurteilen. Es wird sich dann nicht bloß darum handeln, die unvergleichlichen Heldentaten unserer ruhmreichen Armee zu würdigen, sondern auch darum, wie die Bürger im Hinterlande diese Zeit durchgehalten haben. Da muß ich wirklich auch an dieser Stelle meinen Dank den Wienern abtaten, die Wiener haben in dieser harten und schweren Zeit eine Opfersamkeit, eine Geduld gezeigt, welche die vollste Bewunderung verdient. Ich kann sagen, es wird des Zusammenfassens aller Kräfte und der Zusammenarbeit aller bedürfen, um diese Zeit durchzuhalten.

Die Zensur.

Wenn ich insbesondere vom Standpunkt der Gemeindeverwaltung die Approvisionierungsfrage bespreche, so muß ich mit einem Vorwurf beginnen, der sich an eine Dame richtet, an die Frau Zensur. Diese gestrenge „Dame in Weiß“ liebt die weiße Farbe und scheint oft das gedruckte Schwarze. Aber ich bin der „submissiven“ Auffassung, daß die Dame Zensur vielfach eine nicht glückliche Hand hat. Ich bin nämlich der Ueberzeugung, es würde vielmehr zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen, wenn man aufklären könnte, als durch weiße Flecken die unglaublichsten Kombinationen und Gerüchte erzeugt werden. (Zustimmung.) Wenn ich als Bürgermeister in der Lage wäre, der Bevölkerung, sei es in Versammlungen, sei es durch Aufsätze mitzuteilen, welche Schwierigkeiten für den Bezug des einen oder anderen Artikels bestehen, dann würden Tausende sagen, es geht nicht anders, in vierzehn Tagen wird es wieder besser sein. Ich glaube, dies würde viel mehr Beruhigung auslösen, als das Verschweigen der Tatsachen, durch welches die Bevölkerung nicht weiß, wodurch das eine oder andere Hindernis eingetreten ist. Die Bevölkerung erginge sich dann nicht in Vermutungen, sie würde nicht unwillig werden und schließlich ihren Unwillen am Rathause auslassen.

Die Milchkarte.

Ich habe mich, was die Milchkarte anbelangt, mit verschiedenen Problemen befaßt. Nun aber handelt es sich nicht darum, daß jeder die gleiche Menge Milch braucht. Ein kleines Kind, selbst eines über sechs Jahre, bedarf einer größeren Menge. Nun hat die Gemeinde Wien durch eine Regierungsverordnung die Möglichkeit erhalten, die Milchkarte einzuführen für Kinder, für stillende Mütter und schließlich Anstaltskranke. Was ist es aber mit denjenigen Kranken, die nicht in Anstalten untergebracht sind, sondern zu Hause leben? Und was hat sich in anderen Städten gezeigt in dem Augenblicke, als die Stadt die Milchkarte mit vorzugsweiser Behandlung der Hauskranken einführt? Da hat jeder Einwohner ein ärztliches Zeugnis gebracht, daß er krank ist und die Milch braucht. So wurden in Budapest schließlich viel mehr Milchkarten ausgestellt, als überhaupt Milch vorhanden war. (Lebhafte Heiterkeit.) Es wird auch viel auf die Aufhebung der Flaschenmilch gedrungen, die viel teurer als die Schankmilch ist. Für die Beibehaltung wird ins Treffen geführt, daß sie sanitär annehmbarer ist und dem Mittelstande und Beamtenstande zugute kommt.

Die Fettnot.

Bezüglich des Fetts wird die größte Sparsamkeit der Bevölkerung notwendig sein, um diese Zeit zu überdauern. Ich erhalte täglich unzählige Briefe, worin aufmerksam gemacht wird, daß viele Fettvorräte versteckt sind und zurückgehalten werden. Ich habe den Marktamtsdirektor beauftragt, eine genaue Erhebung durchzuführen. Das Resultat war: In drei Betrieben fanden sich nennenswerte Vorräte vor und ich habe diese Betriebe beauftragt, ihre Vorräte sofort dem Konsum zuzuführen. Man muß also gegenüber solchen Gerüchten, die alles laminenartig vergrößern, die größte Vorsicht hegen. Ich möchte darauf hinweisen, und das mag für sie ein Trost sein, daß es uns noch weit besser geht als in den großen deutschen Städten. Ich kann nur sagen, die Wiener Gemeindeverwaltung müht sich redlich ab, um dem Konsum der Zweimillionenstadt gerecht zu werden, sie hat nicht die Macht, alle Hindernisse zu überwinden. Beim Kartoffelgeschäft hat die Gemeinde Wien fast 1 Million Kronen verloren, weil sie um jeden Preis Kartoffeln herbeischaffen mußte.

Der Bürgermeister erörterte sodann in eingehender Weise die Invalidenversorgung und kam sodann auf die Jugendfürsorge zu sprechen. Insbesondere scheint es mir notwendig, daß gerade im Rahmen der Jugendfürsorge der Lehrlingsfrage ein großes Augenmerk zugewendet werde. Endlich und schließlich bleibt doch der Gewerbestand der große Stütz des städtischen Lebens; wohl der Stadt, in der das Handwerk blüht und gedeiht. Ich habe große Sorge für die Lehrlinge der nächsten Zeit. Die Kriegsindustrie hat wohl manchen aus der Werkstätte des Handwerksmeisters in die Munitionsfabrik geführt. Und was er dort verdient, wird nicht immer auf die zweckmäßigste Weise verwendet. Ich habe eine große Sorge, daß diese Tausende ein anderes Leben gemöhnt sind als das des schlichten Handwerkers. Wir müssen den größten Wert darauf legen, daß gerade das Handwerk in Wien sich erhalte.

Der Bürgermeister erörterte noch die Frage der Finanzangestellten und sagte zum Schlusse: Wenn wir die Kriegszeit überblicken, so müssen wir wohl sagen, in diesen Zeiten hat Oesterreich eine Kraft entwickelt, die wir selbst nicht vorausgesehen haben, eine Kraft und Stärke, welche den Wahn unserer Feinde, Oesterreich könne zerfallen, wohl gründlich zerstört hat. Aber andererseits glaube ich, daß aus dem Lärmen und Toben der Kriegszeit sich donnernd eine neue Zeit ankündigt, denn so wie es vor dem Kriege war, darf es nicht mehr weitergehen. Dieses Elend des österreichischen Parlaments kann nicht geduldet werden. Es muß mit der neuen Zeit auch eine neue Regierungsmaxime eintreten. Es muß dem deutschen Volke die führende Rolle in Oesterreichs Gauen zuteil werden. Und das deutsche Volk Oesterreichs, das treu zu Kaiser und Reich die Schlachten geführt hat, die dieser Krieg geboren, wird seiner historischen Aufgabe gerecht werden: Oesterreich als Bollwerk des Ostens weiterzuführen. Und darin liegt unsere historische Mission, daß wir das östlichste Kulturreich sind, daß wir berufen sind, auf dem Wege nach Südosten Kultur und wirtschaftliche Beziehungen zu verbreiten.

27. 1916

Wirtschaft und Recht.

Naturalwirtschaft städtischer Gemeinden.

Die möglichst vielseitige und ausgiebige Versorgung der städtischen Verbrauchsbevölkerung mit Lebensmitteln veranlaßt eine Reihe von Verwaltungen größerer und mittlerer Städte zu eigener Naturalwirtschaft überzugehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dieser Richtung hin bei zweckmäßiger Betriebsweise eine erhebliche Steigerung der Erzeugung an Schlachtvieh, Milch, Gemüse, Kartoffeln u. a. erfolgen kann. Eine Anzahl Städte, wie Hannover, Mainz haben größere Güter erworben, um diese nunmehr selbst zu bewirtschaften. Die neue Wirtschaftsaufgabe soll der bessern Milchversorgung und dann der Schweinemast dienen, um damit allgemeine Bedürfnisse zu berücksichtigen. Die Stadt Frankfurt a. M. hat die Einrichtung einer städtischen Schweinemastanstalt beschlossen, während die Stadt Ulm eine umfangreiche Hühnerzucht betreiben will, um dadurch die Befriedigung des Eierbedarfs zu fördern. Gleiche Maßnahmen haben auch eine Reihe von Mittelstädten ins Auge gefaßt. Die Stadt Koblenz beschloß den Ankauf einer Anzahl Milchkuhe und die Mastung von 200 Schweinen. Die Beteiligung der städtischen Verwaltungen an der Erhöhung der Viehzucht- und Landbau-Erzeugnisse ist jedenfalls auch für mittlere und kleinere Städte ohne erhebliche Schwierigkeiten durchführbar, da die örtlichen Vorbedingungen meist durchaus günstige sind. Da eine Überproduktion auf lange Zeit hinaus nicht zu befürchten ist, so weisen alle Umstände daraufhin, daß sich der städtische Landwirtschaftsbetrieb bald lohnend gestalten dürfte. Für die städtische Lebensmittelversorgung könnte die umfassende praktische Mitarbeit der Städte von wesentlicher volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung sein.

27./IV. 1916

Ein beachtenswerter Vorschlag.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Südekum, der bekannte Kommunalpolitiker, schreibt in einem Aufsatz der Internationalen Korrespondenz u. a.:

Es kommt darauf an, eine Regelung der Produktion von Anfang an zu versuchen. Daß an eine kommunistische Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Man muß an das Vorhandene anknüpfen. Um die Produktion aufrechtzuerhalten und die gleichmäßige Versorgung der ganzen Bevölkerung mit den landwirtschaftlichen Produkten sicherzustellen, müßte das ganze flache Land in kleine Verwaltungsbezirke, von denen jeder einzelne vielleicht nur drei oder vier Produktionsstätten (Bauernhöfe, Güter, Gärtnereien usw.) umfaßt, aufgeteilt werden. An die Spitze eines jeden dieser kleinen Bezirke wäre eine verantwortliche Vertrauensperson, ein Mann oder eine Frau, durch die öffentlichen Behörden zu berufen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Bauer oder eine Bauersfrau genau wissen, was durchschnittlich in Friedenszeiten an Getreide, Kartoffeln, Vieh, Butter, Eiern, Gemüse und sonstigen Produkten von den einzelnen Höfen auf den Markt gebracht worden ist. Wegen des Mangels an Arbeitskräften, wegen der schlechten Düngung und aus andern Gründen ist in dieser Kriegszeit mit einer Verminderung der Produktion zu rechnen, sagen wir, daß durchschnittlich 10 bis 20 Prozent weniger als im Frieden produziert würden. Pflicht des Vertrauensmannes der kleinen wäre, dann dafür verantwortlich einzustehen, daß wenigstens der Rest wie in Friedenszeiten auf den Markt gebracht wird. Jede Verminderung der Produktion, abzüglich der Kriegsminderung, müßte mit strenger Strafe geahndet werden. Zwingt man so die landwirtschaftlichen Urproduzenten, alles was in ihren Kräften steht, herzustellen und für den Absatz bereit zuhalten, so muß man ihnen auf der andern Seite natürlich auch die Absatzsicherheit geben. Es müssen also öffentliche Stellen eingerichtet werden, an die die Landwirte jederzeit ihre Produkte zu festgesetzten Höchstpreisen loswerden können. Die Höchstpreise sollen so berechnet sein, daß sie den Landwirten einen guten Gewinn lassen. Auf diese Weise wäre die Menge der vorhandenen und der zu erwartenden Nahrungsmittel in kürzester Frist festzustellen, und auf dieser Grundlage könnte die Verteilung nach dem Bedarf ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden.

Der Vorschlag scheint uns recht beachtenswert zu sein. Er will eine Gewähr dafür schaffen, daß möglichst viel produziert wird und das Produzierte auch der Allgemeinheit zu erschwinglichen Preisen zukommt. Das ist aber der Kern unserer ganzen Lebensmittelversorgung.

Die Lebensmittelversorgung der märkischen Sommerfrischen.

Der „Märkische Verband für Fremdenverkehr und Ansiedelung“ trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um über die Lebensmittelversorgung für den Fremdenverkehr in der Mark während des kommenden Sommers zu beraten. Die Vertreter und Bürgermeister mehrerer märkischer Gemeinden nahmen an dieser Beratung teil. Bürgermeister Kirsch-Vübben, der erste Vorsitzende des Verbandes, betonte, daß zwar die Brotversorgung der märkischen Sommerfrischen und Kurorte auch in diesem Jahre keine Schwierigkeiten machen werde, daß aber hinsichtlich der Versorgung mit Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Milch und Fleisch rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden müßten. So könne die verschiedene Fleischregelung auf den Fremdenverkehr in den verschiedenen Orten günstig oder ungünstig, je nach der zugeteilten Fleischmenge, einwirken. Die Beleuchtungsfrage sei durch die — „Sommerzeit“ aus der Welt geschafft. Rechtsanwalt Brust, als Vertreter der Buttereinkaufsstelle, erklärte, daß die Bade- und Kurorte bald ihren Bedarf anmelden müßten, um den amtlichen Stellen die nötigen Unterlagen zu beschaffen.

Der Vorschlag Chesredakteurs J. Landau zur Schaffung eines mit der Zentral-Einkaufsgenossenschaft zusammenarbeitenden Wirtschaftsverbandes für die Versorgung der märkischen Bade- und Kurorte während des Fremdenverkehrs rief eine eingehende Aussprache hervor. Redakteur Georg Eugen Kihler, Herausgeber der „Mark“, führte aus, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in der Mark, der sich bisher nur wenig hervorgewagt habe, auch von den Behörden anerkannt werden müsse. In den Osterfeiertagen habe man leider die Beobachtung machen müssen, daß märkische Gastwirte nicht genügend Vorsorge getroffen hatten, ihre Gäste zu bewirten, weil sie unterlassen hatten, ihren Bedarf an Lebensmitteln überhaupt anzumelden. Im Interesse der Ausflügler und Sommerfrischler müsse hier auf die Gastwirte eingewirkt werden. — Das Ergebnis der Aussprache war die Gründung eines Ausschusses, der sich mit den maßgebenden Behörden in Verbindung setzen wird, um für die märkischen Sommerfrischen und Kurorte den Mehrbedarf an Lebensmitteln für die Sommerfrischler und Badegäste zu erlangen. — Ueber die vom „Märkischen Verband“ eingerichtete „Auskunftsstelle über Sommerwohnungen und Ansiedlung in der Mark“ (Berlin, Unter den Linden 14) erstattete Johann Redakteur Kihler Bericht. Die Inanspruchnahme der Auskunftsstelle nicht nur durch die Berliner, sondern auch weit über die Grenzen der märkischen Heimat hinaus, sei erfreulicherweise eine sehr rege geworden. Man beginne endlich die reichen Schönheiten unserer Mark zu erkennen. Auch Kriegsbeschädigte erwägen bereits die Frage der Ansiedlung in der Mark. Die märkischen Gemeinden sollten durch fleißige Verteilung von Druckschriften dieses Interesse wachhalten. —n.

27. IV. 1916

Lebensmittel für die Mark.

Die Versorgung der Sommerfrischen.

Die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins hat — wie gemeldet — einen Märkischen Verband für Fremdenverkehr und Ansiedelung ins Leben rufen helfen, um für die Kurorte und Sommerfrischen der Mark zu werden. Seine Arbeit wird wesentlich durch den Krieg gefördert, der weite Reisen erschwert und die ausländischen Badeorte den Deutschen verschließt. Gefährdet wird sie durch die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung, die den Fremdenverkehr natürlich in erhöhtem Maße treffen. Um rechtzeitige Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, trat der Verband gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Fast alle größeren Sommerfrischen der Mark waren durch ihre Bürgermeister oder Gemeindeverordnete vertreten.

Einen Ueberblick über den Stand der Dinge gab der Lübbener Bürgermeister Kirsch, der Vorsitzende des Verbandes. Während die Brotversorgung der Kurgäste nach seinen Angaben als gesichert gelten darf, stößt die Versorgung mit Kartoffeln und Hülsenfrüchten auf Hindernisse, da sie von den Lieferungsverbänden nur an Orte mit industrieller Bevölkerung abgegeben werden soll. Die Milchversorgung wird mit Eintritt der Grünfütterung besser werden, wenn sie nicht durch das Abschlagen der Kühe weiter in Frage gestellt wird. Ganz unregelmäßig ist heute die Fleischverteilung; sie schwankt zwischen 65 und 200 Gramm. Das ist besonders bedenklich, da die Sommerfrischer natürlich Orte mit reichlichem Fleischvorrat bevorzugen werden. Zucker ist dank der „Hamster“ vorhanden. Butter wird den Gemeinden mit Butterkarten für Fremde besonders geliefert, für die ohne Karten nicht. Jedenfalls brauchen die märkischen Sommerfrischen für ihre Kurgäste größere Zusammengen aller Lebensmittel. Um ihre Zuführung in die Wege zu leiten, werden sich die betroffenen Gemeinden zu einem Lieferungsverband im Rahmen des großen Verbandes zusammenschließen.

R.-M. Dr. Brust betonte namens der Zentraleinkaufsgesellschaft die Notwendigkeit, dieser genaue ziffernmäßige Unterlagen über den Bedarf zu schaffen. Chefredakteur Landau teilte mit, daß die Z. E. G. sich bereits einmal wegen Gründung eines solchen Lieferungsverbandes an den Oberpräsidenten in Potsdam gewandt habe; dieser hat an die — Reichsfuttermittelstelle verwiesen. Ob man Berlin, den großen Konsumenten und Konkurrenten, in den Verband einbeziehe, sei sehr zu überlegen; immerhin werde es zur Ernährung seiner Kinder in der Sommerfrische aus eigenen Vorräten beitragen müssen. Syndikus Willner wies auf die Möglichkeit hin, durch den Verbandsbezug die Schwankungen des Bedarfs etwas auszugleichen.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Gründung eines Lieferungsverbandes für die märkischen Fremdenorte vorzubereiten. Ein gestern gewählter Ausschuß soll die ersten Schritte unternehmen und den beteiligten Gemeinden durch ein Merkblatt die nötigen Mitteilungen zugehen lassen. Man darf annehmen, daß die geplanten Maßnahmen ihren Zweck erfüllen. Die Berliner werden in der schönen Mark Kurorte, keine Hungerkurorte vorfinden.

Wirtschaft und Recht.

Unbefugte im Lebensmittelhandel.

Wir bezeichneten es in Nr. 421 als eine vorbildliche Maßnahme, daß das badische Ministerium angeordnet hat, jedermann, der Handel mit Nahrungsmitteln betreiben wolle, müsse zunächst bei der untern Verwaltungsbehörde um die Genehmigung nachsuchen. Bekanntlich drängen sich jetzt viele Leute in diesen Handelszweig ein, die von Haus aus keinerlei Kenntnisse darin haben, die aber wesentlich zur Steigerung der Preise beitragen. Wie uns mitgeteilt wird, hat jetzt auch die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis Köln eine Verfügung erlassen, die folgendes besagt: „Wer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, insbesondere Lebensmittel, Heiz- und Leuchtstoffe, Seife und Kleidungsstücke durch Preislisten anzubieten beabsichtigt, muß spätestens am Tage vor Beginn der Versendung oder sonstigen Verteilung der Listen ein Stück jeder Liste bei der Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis Köln einreichen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500. M bestraft.“ Eine solche Anordnung dürfte mancher Übervorteilung und manchem Wucher vorbeugen; von zuständiger Kölner Stelle ist deshalb in Berlin angeregt worden eine ähnliche Bestimmung, möglichst für das ganze Reich, zu treffen.

Wie ernähren wir uns in jehiger Zeit ausreichend und wohlfeil?

Auf Veranlassung des „Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Hamburg“ hielt am Freitag abend im großen Saale des Patriotischen Gebäudes die Vorsitzende des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine, Frau Martha Voss-Zieh, einen Vortrag über die wichtige Frage: „Wie ernähren wir uns in jehiger Zeit ausreichend und billig?“ Einleitend wies die Rednerin auf die allgemeine Teuerung und auch auf den Mangel an manchen Nahrungsmitteln hin, die allein schon eine ganz veränderte Hauswirtschaft nötig machten; sie führte dann etwa folgende Hauptgedanken aus:

Die erste Forderung an alle Daheimgebliebenen ist, das gesamte Privatleben in jeder Weise der Kriegszeit anzupassen; das gilt besonders auch für die deutsche Hausfrau, deren Wirken mit einem Male eine hochpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung erhalten hat. Die meisten Lebensmittel werden jetzt zugemessen, und manche in recht ungenügender Menge. Da heißt es, durch praktische Zubereitung das Fehlende ersetzen, um mit dem Geringeren auszukommen, ohne die Ernährung zu beeinträchtigen. Darin aber fehlt vielen Hausfrauen noch die nötige Erfahrung, die jetzt durch die Not gewissermaßen von selbst kommt. Vor allem ist es nötig, zu wissen, daß das Fleisch für die Erhaltung und Ernährung des Körpers durchaus nicht eine so große Wichtigkeit hat, und daß man recht gut mit der Hälfte der bisher gewohnten Menge und noch weniger auskommen kann. Chemie und Technik haben bereits einen Ersatz geschaffen in der Nährhefe mit ihrem hohen Eiweißgehalt, die jeder Gemüsesuppe zugefügt werden kann, um sie nahrhaft zu machen. Das teure „Holländer“ Gemüse kann man dadurch zum Teil entbehrlich machen, indem man selbst die Gemüsezucht in jeder Art zu fördern sucht und unterstützt. Jedes Stückchen Land, ja, jeder Balkontasten sollte jetzt zum Gemüsebau benützt werden.

Die Frau muß von alten Liebge gewordenen Gewohnheiten ablassen und ihren ganzen Haushalt einstellen nach nationaler Notwendigkeit und auf nationale Ziele gerichtet: Einer für alle, alle für einen! Die scheinbar unbedeutendsten Neuerungen müssen dieses große allgemeine Ziel mit erreichen helfen: Das *Braten ohne Fett* in einer besonders konstruierten Pfanne ist bereits in der Einführung begriffen. Das Sparen mit der um das Zehnfache im Preise gestiegenen Seife ist aus mehrfachen Gründen zur Notwendigkeit geworden. Auf den Ersatz ist bereits hingewiesen: Zur Reinigung des Körpers, der Hände usw. gebraucht man feinen Sand und Wasser, für die Hauswäsche ist Chlor und Natron nach besonderer Vorschrift zu verwenden. Damit spart man Fett und Geld! Der teure Kaffee kann durch den billigen Kornkaffee ersetzt werden; andere Kaffee-Ersatzmittel sind meistens wertlos. Einen wohlschmeckenden Tee kann man aus Lindend Blüten, aus Erdbeerblättern, Johannesbeerblättern usw. herstellen. So kann man auf allen Gebieten sparen ohne Nachteil für die Ernährung. Essen und Trinken soll heute nur dem einen großen Zweck dienen: **Durc h a l t e n !**

Weil das Kochen in großen Mengen billiger ist, als für einzelne Mahlzeiten, so müssen für die unbemittelte Bevölkerung mehr *Kriegsküchen* eingerichtet werden. Zu den 75 Volksküchen in Hamburg könnten recht gut ebenso viele gemeinschaftliche Speisehäuser kommen. Aber auch die Wohlhabenden müssen von ihren Gewohnheiten lassen und im stillen kleine Opfer bringen zum Besten der Allgemein-

heit. Nicht die enge Pflicht der Hausfrau im häuslichen Kreise, sondern die ganze *Tatkraft* der deutschen Frau ist heute nötig zum Schutze und zum Wohle des Vaterlandes und für die Sicherheit des deutschen Volkes jetzt und später. Darum soll man mit Wenigem haushalten, zufrieden und guten Mutes sein, nicht murren über einzelne Fehler, die von anderen gemacht werden, sondern still mit gutem Beispiel vorangehen und es besser machen. Nur so kann auch die deutsche Frau beitragen zum vollen Sieg der deutschen Macht, der deutschen Gerechtigkeit und des deutschen Geistes.

Die lehrreichen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. j.

29. IV. 1916

* [Kaffee und Zucker für die ärmere Bevölkerung.] Aus Graz wird berichtet: Im Hinblick auf die Kaffee- und Zuckernot und die hohen Preise dieser Artikel, die besonders die ärmeren Schichten der Bevölkerung schwer empfinden, hat Statthalter Graf Clary veranlaßt, daß von nun an auch Kaffee und Zucker zu billigen Preisen an die ärmere Bevölkerung abgegeben werden können. Es kommen dabei bei den einzelnen Verkaufsstellen für billige Lebensmittel für Kopf und Monat $\frac{1}{2}$ Kilogramm gebrannter Malzkaffee um 90 Heller, $\frac{1}{4}$ Kilogramm un- gebrannter Bohnenkaffee zu 2 Kronen und 1 Kilogramm Zucker um 96 Heller zum Verkauf. Es soll damit einem dringenden Bedürfnis der ärmeren Bevölkerung der Steiermark abgeholfen werden.

Deutschlands Volksernährung während der Kriegszeit.

Von Geheimrat Prof. Dr. Rubner.

Auf der heute im Gebäude des neuen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie in Dahlem abgehaltenen Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hielt der Leiter des physiologischen Instituts der Berliner Universität, Geheimrat Prof. Dr. Rubner, einen Vortrag über unsere Ernährung zur Kriegszeit, aus dem wir nach der uns freundlicherweise vom Verfasser zur Verfügung gestellten Handschrift im Auszug folgende Hauptgedanken wiedergeben. Nach einleitenden statistischen Betrachtungen und Folgerungen wandte er sich zunächst der physiologischen Seite der Ernährungsfrage zu und führte dabei u. a. aus:

Große Hoffnungen setzt man in Latentreifen aller Art auf die Einschränkung des Zuzusessens. Dieser Einschränkung liegt der Gedanke zugrunde, daß der Mensch sich entweder auf das Nötigste beschränken oder aber nach Lust ganz übermäßige Mengen auf die Dauer genießen könnte. Diese Auffassung ist aber in dieser Form irrig. Unter den praktischen Verhältnissen der menschlichen Ernährung kommen solche Fälle eines zwecklosen Essens ohne sichtbare Veränderung nicht

vor. Nur bei reinen Fleischfressern kennt man Erscheinungen, die hierher gerechnet werden könnten. Der Mensch kann tatsächlich einmal auch recht außergewöhnlich viel essen, damit ist aber nicht gesagt, daß das, was mehr als nötig gegessen wurde, auch wie im Ofen verbrannt ist. Ist er längere Zeit mehr als er braucht, so sieht man auch als Laie den Effekt: der Mensch nimmt an Masse zu und in diesem Zustande braucht er dann dauernd auch mehr Nahrung — so etwa wie sein Gewicht zugenommen hat. Was man sonst an verschiedenen Arbeitsleistungen, von hängt von der verschiedenen Arbeitsleistung, von der Kleidung, vom Klima, Temperament, von der Dauer des Schlafes und des Wachseins ab. Es kann also ein Luxus sein, daß der eine oder der andere dieser und weniger da ist. Man kann an Essen einsparen, wenn man weniger da ist (oft wird die Erparnis wieder aufgewogen, da die Leute, wenn sie etwas an Korpus einzubüßen, beweglicher und bewegungsfähiger werden). Inwiefern also kann Nahrung wohl gespart werden, aber nicht alle Menschen dürfen sich solche Abnahme leisten, sonst führt das zur Unterernährung und verminderter Leistungsfähigkeit überhaupt. Es ist an-

zunehmen, daß die deutsche Nation im allgemeinen jetzt an Gewicht abgenommen hat und daß dadurch eine gewisse Einsparung an Nahrungsmitteln eingetreten ist. Nahrungsentziehung führt in mehr als einem Monat zum Hungertode, bei kleinen Kindern in $\frac{1}{3}$ dieser Zeit; stinkt die Nahrungsmenge auf $\frac{1}{10}$ des Normalen, so tritt auch noch der Tod ein, aber erst nach sehr langer Zeit.

Die physiologische Betrachtung der vorhandenen Nährwerte zeigt für das erste Kriegsjahr eine noch wesentlich geringere Auffassung, als die rein statistische, sie gab bei Innehaltung der Regeln der Vernunft die absolute Sicherheit, daß eine Aushungerung Deutschlands nicht möglich sein wird. Dies ließ sich mit Gewißheit aussprechen, für ungünstige Ernten aber noch wahrscheinlich machen. Es unterlag aber keinem Zweifel, daß zur Erreichung dieses Zieles eine energische, überlegte Zentralkontrolle, in deren Händen die Zügel der Nahrungsproduktion wie Konsumption lagen, notwendig sei. Die unabweislichen Veränderungen in der Ernährung schneiden auch, wenn sie die Gesundheit an sich nicht gefährden, tief in die Lebensgewohnheiten namentlich der städtischen Bevölkerung ein; eine all-

Deutschlands Volksernährung während der Kriegszeit.

mäßliche, ohne zu großen Störungen verlaufende Ueberführung in die neuen Verhältnisse war mit allen Mitteln anzustreben.

Dann wandte sich Geheimrat Rubner einer Darstellung der Entwicklung der Ernährungsverhältnisse in der Kriegszeit im Zusammenhang mit den amtlichen Maßregeln zu.

Die Richtlinien des Ernährungswesens für die Kriegszeit beruhten auf unabweislichen Notwendigkeiten unserer Zwangslage. Sehr spät sind staatliche Maßnahmen zur Durchführung der Volksernährung überhaupt ergriffen worden und haben von Anfang an eine zielbewusste Beherrschung des Ernährungswesens in allen seinen Teilen vermissen lassen. Es ist unerfreulich, hier Kritik üben zu müssen, allein es stehen höhere nationale Interessen in Frage. Eine selbständige Zentralleitung des ganzen Ernährungswesens, die von Anfang an von einsichtiger Seite verlangt wurde, zu schaffen, hielt man für unmöglich. Das hat sich später bitter gerächt. Ein einheitliches Ziel schwebte der Leitung vielleicht vor, zur Leitung der Nahrungsmittelproduktion, zur Ausführung und Kontrolle der Verordnungen fehlten ihr die Organe und der Einfluß auf andere Ämter, statistische Erhebungen wurden erst angeordnet, wenn gerade sich ein besonderes Bedürfnis ergab, auch fehlte es an sachverständigen Beihilfen. Vorarbeiten zu Untersuchungen, die aus der Entwicklung der Lage notwendig folgerten, unterblieben, ein prophylaktisches Eingreifen vermied man völlig, rein kurativ, von Fall zu Fall und ohne inneren Zusammenhang entstanden Verordnungen über Verordnungen, deren Durchführung nicht erzwungen werden konnte oder geradezu durchkreuzt wurde! Ein rechtzeitig eingetretenes Eingreifen nach einem bestimmten großzügigen Programm hätte das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen und die Mitwirkung der Verständigen für sich gehabt, leider ist heute zu offensichtlich, daß das Schifflein führerlos weitergleitet!

Das Verhalten mancher Behörden zu Anfang der Kriegsjahre ist dadurch zu erklären, daß die maßgebenden Persönlichkeiten auf einen kurz dauernden Krieg rechneten. Die mahnenden Stimmen wurden zurückgewiesen, dem Verbrauch der Vorräte wurde kein Zügel angelegt, sinnlos verschwendet, wertvolle Nahrungsmittel lieblich an Tiere gefüttert, um den Viehstand hoch zu halten, mit dem Erfolge, daß wir Ende Dezember 1914 fast vor einer Katastrophe standen. Das für den Menschen bestimmte Brotgetreide war größtenteils aufgezehrt, so daß man zur Einführung der Brotkarte, Beimischung von Kartoffeln zu Brot und erheblichen Kürzung der täglichen Brotration greifen mußte. Die Brotration ist willkürlich so entstanden, daß die damaligen Mehlvorräte einfach auf die Bevölkerung verteilt wurden. Sie hat irgend einen tiefen Sinn nie befaßt. Im Februar und März 1915 folgte die Kartoffelknappheit, die ersten Anläufe zur Preistreibererei; nachdem der Schweinebestand vermindert war, erreichte man mit geringen Kartoffelüberschüssen eben noch die neue Ernte.

Der Verlauf der Organisation des zweiten Kriegsjahres enttäuschte noch mehr. Die erwartete und dringend notwendige Erhöhung der Brotration blieb aus, weil man, trotz einer nicht günstigen Ernte, einen noch größeren Prozentsatz als im ersten Jahre der Tierfütterung vorweggenommen und auch für Kornschnaps usw. Brotgetreide geopfert hatte. Die anfänglich verringerte Ausmahlung des Getreides mußte wieder aufgenommen und die Brotration auf neue gekürzt werden. Die Interessen der menschlichen Ernährung traten wieder ganz zurück gegenüber einer völlig verfehlten Fleischpolitik. Wenn man dann doch wenigstens nur soweit gegangen wäre, die Verfütterung des Kornes zu behindern, um bei stärkerer Ausmahlung die Kleie dem Vieh zu gewähren. Glücklicherweise hatten wir eine vortreffliche Kartoffelernte, in den Wintermonaten machte sich mehr und mehr Fleisch und Milchmangel in steigendem Maße in

den Städten geltend. Die Fleisch- und Milchkrise wurde vielleicht beschleunigt durch eine stärkere Inanspruchnahme des heimatischen Viehstandes durch die Armee.

Es hätte von vornherein klar sein müssen, daß mit den vorhandenen Nahrungsmitteln der Viehbestand nicht so weit durchgehalten werden konnte, daß alle Tiere die neue Futterperiode erreichten. Nicht nur das Getreide, sondern wahrscheinlich ein erheblicher Teil der Kartoffeln und anderer Nahrungsmittel sind größtenteils nutzlos an die Tiere verfüttert worden. Nutzlos deshalb, weil die Ueberschüsse über das Erhaltungsfutter jedenfalls minimal waren, also wenig Nutzeffekt durch Mast erbracht haben. Gerade Fettproduktion wäre für uns am wichtigsten gewesen. Brot und reichlich Kartoffeln hätten den Menschen mehr genügt als ihre Verwendung für einen Tierbestand, der in seinem vollen Umfange doch nicht zu halten ist.

In den Sommermonaten 1915, fanden eingehende Beratungen über die Verwendung der Milch und Magermilch für die großstädtische Bevölkerung mit Sachverständigen statt, man dachte, was eigentlich je erwartet werden sollte, daß später Magermilch und Magerkäse den Fleischmangel abgleichen sollten. Weder Magermilch noch Magerkäse haben wir aber in irgendwelchen nennenswerten Quantitäten erhalten — offenbar verschwindet auch die Magermilch völlig in der Tierfütterung. Die Butterproduktion war neuerdings unter weiterer Reduktion der Milchzufuhr fieberhaft gesteigert. Im Winter 1915/16 versagte für die Großstädte auch die Butterversorgung und regelmäßige Lieferung der Milch.

Im wesentlichen besteht also ein Mangel in der städtischen Ernährung, während auf dem Lande wenigstens im großen und ganzen die Nahrungsvorsorgung ausreichend und bekömmlich geblieben ist. Nicht zu bezweifeln ist, daß allgemein die stark reduzierte Brotmenge bzw. Mehlmenge sehr beschleunigend auf die Aufzehrung mancher Vorräte und erhöhend auf den Konsum anderer Nahrungsmittel gewirkt hat. Die Situation war in manchen Teilen des Landes, ehe man verstärkte Rationen für Schwerarbeitende ausgab, geradezu unhaltbar.

Die Brotkarte bedeutete durchaus nicht, daß der durchschnittliche notwendige Verbrauch von Mehl und Brot sichergestellt sei, sondern nur die Verteilung der Getreidereste des Jahres 1914/15. Wenn von halbamtlicher Seite behauptet wird, man habe jetzt den Brotkonsum richtig eingeschränkt und auf das gehörige Maß reduziert, so ist das ganz irrig, die Menschen können, wenn sie andere Nahrungsmittel haben. Der Sieg der Brotkarte wurde nur erreicht durch das verständnisvolle Unterordnen der Bevölkerung, aber im Nahrungsbedarf ist sie zu klein geraten, daher auch vielfach der Verbrauch an Butter, Zucker, an Fleisch unter dem Einfluß der ungenügenden Brotration gestiegen ist.

Die Brotkarte gilt gleichmäßig für das ganze Reich. Diese anscheinende gleichmäßige Gerechtigkeit hat die einzelnen Bezirke sehr ungleich betroffen, manche Gegenden haben in ihrem Brotverbrauch kaum eine Aenderung erfahren, andere, die mehr Brot und Mehl verbrauchten, sind in sehr schwierige Lagen gekommen. Die Ausführungsbestimmungen, oft wenig durchdacht, haben vielfach die Ernährungsschwierigkeiten mehr gehäuft. Ein Festlegen zwischen Mehl- und Brotverbrauch ist ganz unnötig, ob jemand das Mehl oder Brot, als Rodel, Makkaroni mit Spätzle oder Mehlspeise genießt, ist gar nicht von staatlichem Interesse. Ebenso hat es keinen Sinn, Vorschriften über den Grad der Altbackenheit zu machen. Je besser das Brot ist, um so vollkommener wird es aufgezehrt, eher wäre es wichtig, wenn die Gemeinde auf die Herstellung tadelloser Ware mehr Augenmerk lenkte. Schlechtes Brot führt zur Verschwendung, da man solches nicht aufißt.

Auch die Rationierung auf einzelne Berufsgruppen hat sehr danebengegriffen. Die Beurteilung des Nahrungsbedürfnisses bei den nicht „groben Arbeit“

Technik und Krieg.

Von Prof. Dr. A. Bing (Berlin).

Abgesehen von der Waffenindustrie haben unsere Industriezweige nie im Hinblick auf den Krieg gearbeitet, und dennoch wurzelt in dem, was die Technik zu friedlichen Zwecken geschaffen hat, ein Teil unserer kriegerischen Kraft. Es ist, als habe uns schon seit Menschenalter ein waltendes Geschick zum Kampfe gerüstet, ohne daß wir es wußten. Das ist in einzelnen zu verfolgen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Nur einiges Wesentliche sei hervorgehoben. Im Jahre 1840 erschien das berühmte Buch, in dem Liebig die Lehre vom Kunstdünger begründete, und im Grunde zerschleht daran heute der britische Nahrungungsplan. Liebig wies nach, daß man dem Acker Nährsalze zuführen müsse, um ihn fruchtbar zu erhalten, und nachdem sich diese Neuerung im Laufe von Jahrzehnten durch erbitterte wissenschaftliche Kämpfe hindurchgerungen hatte, war der Erfolg dergestalt, daß die Erträge des deutschen Bodens von 1880 bis 1913 gemäß folgenden Zahlen (in Doppelzentnern auf je 1 Hektar) anstiegen: Roggen von 8.4 auf 19.1; Weizen von 12.9 auf 23.6; Gerste von 13.2 auf 22.2; Kartoffeln von 70.5 auf 158.6; Zuckerrüben von 6.3 Millionen Tonnen Jahreserzeugung auf 16.9 Millionen. Auch andere landwirtschaftliche Verbesserungen haben zu diesen Erfolgen beigetragen, mindestens zur Hälfte aber sind sie auf Rechnung des Kunstdüngers zu setzen. Was die Kartoffeln angeht, so wurde der Ueberfluß ein derartiger, daß man gar nicht alles verzehren konnte und ein großer Teil faulte. Daher seit 1894 die Versuche, Kartoffeln durch Trocknen haltbar zu machen, 1907 die Gründung des Bundes deutscher Kartoffeltrockner zum Zwecke der Viehfutterbeschaffung, und 1914 die Einsicht, daß man unwissentlich ein Mittel gefunden hatte, um den Vorrat an Brotfrüchten zu strecken. Aus dieser systematisch betriebenen Oekonomie der Nährstoffe im Verein mit den seit lange begonnenen Studien über die Stoffwechselprodukte verschiedener Gesearten sind die neuesten nahrungstechnischen Erfindungen entstanden, die als Mineralhese und Fetthese bezeichnet werden. Seit 1910 gibt es ein Verfahren, um das Eiweiß ausgebrauchter Viehhese als Nährpräparat nutzbar zu machen. Hieran anschließend hat man vor kurzem eine Heseart entdeckt, die nicht wie jene Alkohol erzeugt, sondern in viel rascherem Wachstum nur den eigenen einwirkenden Organismus mehrt. Der Nährboden besteht aus Zuckerslösung mit Zusatz von Ammonialsalzen; die Verwendung der letzteren hat aus einem theoretischen Grunde den Namen Mineralhese veranlaßt. Ammoniak steht fabrikatorisch in unbefränkter Menge zur Verfügung; sollten Zucker oder Zuckersalze knapp werden, so wäre man in der Lage, Holz, ähnlich wie es mit Stärke zu geschehen pflegt, in eine Zuckerart zu verwandeln. Auch in den Abwässern der Zellstofffabriken befinden sich große Mengen von Zuckersalzen, die nur bisher noch nicht ausgenutzt wurden. Die fettbildende Hese wurde auf einer Birke wuchernd von einem im Felde stehenden jungen Brauer gefunden, dessen Auge auf der Hochschule für die Beobachtung geschärft worden war und der eine Probe an seinen früheren Lehrer schickte. Dieser erkannte und entwickelte die Fähigkeit der Hese zur Bildung eines Oeles, das dem Olivenöl ähnelt. Die Bedeutung von Mineralhese und Fetthese liegt in der Umwandelbarkeit solcher Nährstoffe, die in hinreichender Menge vorhanden sind, in diejenigen, die uns eher fehlen könnten, weil wir große Mengen von Eiweißstoffen aus Rußland, von Delfrüchten aus den Tropen zu beziehen gewohnt waren.

Auch die Technik der Waffenherstellung in ihrer neuesten Form wurzelt in den Arbeiten der Vergangenheit. Hier handelt es sich hauptsächlich um zweierlei, um Stahl und um Explosivstoffe. Den besten Stahl erzeugte ursprünglich England, nachdem dort im Jahre 1740 die Raffinierung des Stahles durch Schmelzen und Umgießen erfunden worden war. Die Schwierigkeiten sind wegen des hohen Schmelzpunktes des Stahles außerordentliche und wachsen mit der Größe der Gußstücke. In England stellte man daher nur kleine Geräte aus diesem Material her. Als Krupp im Jahre 1843 die ersten Geschützläufe, 1847 das erste Kanonenrohr aus Gußstahl fabrizierte und 1851 Blöcke von einer Größe in London ausstellte, wie sie die britische Industrie nicht zustande brachte, da wußte man, daß eine deutsche Industrie im Begriffe war, über die britische hinauszuwachsen. Je reiner der Stahl, um so fester sein Gefüge, um so widerstandsfähiger das Geschütz gegen die artilleristische Beanspruchung. So kam es, daß Krupp schon im Jahre 1885 bei der 40 cm-Kanone angelangt war. Auf ähnlichem Wege schritt die Firma Skoda vorwärts, die 1859 aus einer Maschinenfabrik entstand. Durch diese beiden Firmen waren unsere Feinde bereits vor Kriegsbeginn geschlagen, nur wußten sie es nicht. Es war ein weltgeschichtliches Fabrikationsgeheimnis.

23./IV 1916

Ähnlich auf dem Gebiete der anderen Waffen, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft angewendet werden. Es ist nicht angängig, Einzelheiten zu erwähnen, nur auf eine Unrichtigkeit soll hingewiesen werden, welche britische Politiker und Zeitungen ihr Publikum glauben machen, indem sie sagen, die vor dem Kriege erfolgte deutsche Salpetersynthese beweise, daß man bei uns systematisch zum Kriege gerüstet habe, weil man Salpeter zur Herstellung von Munition brauche. Letzteres ist richtig, aber nicht darum hat man sich bei uns mit der Salpetersynthese beschäftigt. Diese sollte vielmehr der Landwirtschaft und der Industrie ganz im allgemeinen zu gute kommen, die beide bekanntlich Salpeter zu Zwecken verbrauchen, die nicht das geringste mit Explosivstoffen zu tun haben. Lediglich der weitsehende volkswirtschaftliche Plan, von ausländischer, in diesem Falle von chilenischer Zufuhr unabhängig zu werden, hat die Arbeiten über Salpeter veranlaßt, ebenso wie die über die Erzeugung provencalischer Krapps, indischer Tabigos und brasilianischer Kautschuks durch künstliche einheimische Produkte. Es ist also Unwissenheit oder bewußte Entstellung, wenn unsere Gegner daraus den nie vorhanden gewesenen deutschen Kriegswillen zu beweisen suchen.

Ergibt sich aus dem Gesagten für einige Hauptgebiete der Einfluß der Technik auf die siegreiche Durchführung des Krieges, so fragt sich umgekehrt, welche Wirkung der Krieg auf unsere Technik ausübt. Hätten in dieser Beziehung unsere Feinde die Wirtschaftsgeschichte studiert, so könnten sie daraus gelernt haben, wie sehr sie sich dadurch schaden mußten, daß sie Deutschland und seine Verbündeten vom ausländischen Handel abgesperrten. Denn niemals hat unsere Industrie eine größere Förderung erfahren als durch Napoleons Kontinentalsperre. Es läßt sich nachweisen, daß die Industrien des Zuckers, der Chemikalien, der Webwaren und andere bei uns erst dadurch groß geworden sind, daß im Jahre 1806 die Zufuhr von England aufhörte. Dasselbe Schauspiel wiederholt sich heute: Im Laufe des Krieges hat man bei uns gelernt, ohne amerikanisches Kupfer elektrische Leitungen zu legen, indem man einheimische Metalle benutzte; ausländisches Schwefelerg durch inländisches früher nicht beachtetes zu ersetzen; Papierergarn an Stelle indischer Jute zu festen Säcken zu verweben. Dazu wird noch manches rein wirtschaftsgeographische kommen: die Seide der Ballanländer und Kleinasiens kann uns von der italienischen Seide unabhängig machen; in beschränkterem, aber doch merkbarem Grade wird türkische Angorawolle an Stelle überseeischer Wolle treten; auch die Zuriidrängung angelsächsischer Baumwollimporte, insbesondere in den größeren Nummern, durch mazedonische und kleinasiatische Baumwolle und durch österreichische Nesselfaser liegt keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Allen diesen ausländischen Rohstoffen und noch anderen, von deren Ersetzbarkeit die Offenlichkeit zur Zeit nichts erfährt, droht darum eine Minderung ihrer Bedeutung. Umgekehrt hat natürlich die Behinderung und die zum Teil gewollte Beschränkung unserer Ausfuhr im Auslande den Wunsch wachgerufen, künftig selber das zu erzeugen, was man früher aus Deutschland bezog. In Amerika, England, Frankreich, Rußland und Japan sind Komitees zusammengesetzt, um die Fabrikation von Leersarben und Arzneistoffen ins Leben zu rufen. Der Erfolg ist einstweilen gering, weil die geistigen Vorbedingungen fehlen, um diejenige Industrie zu begründen, die uns eigentümlich ist, und deren Wesen darin besteht, daß Rohstoffe durch eine bis ins letzte durchdachte Verarbeitung in hochwertige Fabrikate verwandelt werden. Diese Art von Industrie wurzelt wie ein Baum in der Durchbildung des ganzen Volkes und ist durch mehrere Menschenalter hindurch auf diesem Boden gewachsen. Das kann man sich nicht einfach kaufen, indem man Aktiengesellschaften gründet. Wenn das trotzdem besonders in Amerika und England in der Meinung versucht wird, so äußert sich darin die kulturgeschichtliche Schwäche des Angelfachsentums, alles der Kraft des Kapitals zuzutragen und die Bedeutung geistiger Schulung zu verkennen. Solange wir darin unseren Vorrang behaupten, ist nicht anzunehmen, daß unsere Industrie unterliegen wird.

*Wirtschafts Volkswirtschaftslehre
der Kriegszeit.*

leistenden Personen wird sehr schief ausgelegt. Es gibt viele, auch akademische Berufe, die durch lange Anspannung, Unruhe, ohne die üblichen Merkmale mechanischer Arbeitsleistung ein hohes Nahrungsbedürfnis haben. Es ist auch nicht einzusehen, warum ein vielbeschäftigter Arzt, der dieselbe Anzahl von Treppen wie ein Briefträger zu steigen hat, zu den Leuten mit leichter Arbeit gerechnet wird, oder warum der Chirurg, der den größten Teil des Tages in steter Spannung mit anstrengender manueller Tätigkeit auch keinen Anspruch auf die Erhöhung der Brotration hätte usw. Jedemfalls gehört es zu den dringendsten Aufgaben, bei der Neuregelung der Ernteerträge 1916/17, ja vielleicht schon jetzt bei Einfuhr fremden Getreides, die Brot-, d. h. Mehleration angemessen, d. h. mit Ueberlegung zu erhöhen. Dabei mag bemerkt sein, daß vom physiologischen Standpunkt die Weizenmehlversorgung der Roggenbrotversorgung zweifellos vorzuziehen ist. Die Klagen auf dem Lande beziehen sich in viehreichen Gegenden ohne Getreidebau größtenteils auf die „ungenügende“ Brotart.

Der Redner wandte sich dann der Frage der Kartoffelversorgung zu und streifte den Fettmangel, und die Unterschiede der Nahrungsbedürfnisse und der Versorgung von Stadt und Land und führte dann über die weiteren Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung der Nahrungsmittel folgendes aus: Das Schwergewicht der Ernährungsfragen liegt in den Großstädten allein. Gewöhnlich wirft man ihnen die Luxusernährung vor, wobei man die paar Prozente Menschen mit hohem Einkommen meint, während doch die Hauptmasse der Städter nicht besser lebt wie die Leute auf dem Lande, sondern schlechter. In anderen Zeiten haben es die Leute vom Lande sehr gerne, daß die Städter ihnen die animalischen Nahrungsmittel, vor allem Fleisch und Butter, zu hohen Preisen abnehmen. Aufbringlich ist in den Städten die öffentliche Ernährung, sie spielt auch eine gewisse Rolle und führt zu einer Vergeudung der Nahrungsmittel, Fleisch, Fett und anderes wird hier verbraucht und nicht sparsam verwirtschaftet. Die Hauptübelstände sind jetzt aber beseitigt.

Der eintretende Mangel an Versorgung mit Nahrungsmitteln hat zu weiteren Rationierungen geführt. Die Kartoffelkarte, Milch-, Reis-, Fleisch-, Butter- und Zuckerkarte sind so manchenorts entstanden. Der allgemeine Ruf nach Karten hat seinen hauptsächlichsten Grund darin, daß man gleiche Rechte für alle verlangt und namentlich gegen die fortwährenden Unregelmäßigkeiten der Zufuhr geschützt sein möchte. Ueberrascht hat die Notwendigkeit der Rationierung des Zuckers, nachdem die Produzenten sich früher bemühten, ihre Produkte überall, selbst im Brote, unterzubringen. Ob die Beschränkung der Anbauflächen wesentlich mitgewirkt hat, bleibe dahingestellt. — In neuester Zeit haben die Rationierungen sehr enttäuscht, denn die neuen „Karten“ sichern keine Ration, sondern sollen nur verhüten, daß nicht über eine bestimmte Menge von dem einzelnen aufgekauft wird. Auch die gewählten Rationen haben vom Standpunkte des Ernährungswesens gar keinen tiefen Sinn, da sie meist nur so entstanden sind wie die Brot- und Butterkarte, d. h. durch Austeilung der gerade vorhandenen Vorräte auf die Bevölkerungsziffer.

Eine zweckmäßige Rationierung nach einzelnen Gebieten mit verschiedener Lebenshaltung, welche das Natürliche wäre, scheidet an den ungenügenden statistischen Unterlagen. Ein Ausweg muß aber doch versucht werden, er muß bis zu einem gewissen Grade dem freien Walten und den natürlichen Bedürfnissen entgegenkommen. Einen Ausweg bietet eine Wahlkarte, welche das Anrecht auf den Bezug verschiedener Nahrungsmittel, die im Nährwert genau abgeglichen sein müssen, zuläßt. Die Gesamtsumme der zu erhebenden Nahrungsmittel müßte bei richtiger Ernährung dem nationalen Nahrungswert entsprechen, oder aus einem bestimmten Grunde etwa darunter bleiben. Die technische Ausführung des Wahlsystems würde nur anfängliche Geduld auf beiden Seiten, d. h. von Seiten der Konsum-

menten und Gemeindeverwaltung, erfordern, weil die Heranschaffung der Nahrungsmittel in gewünschter Weise natürlich erst allmählich bewirkt werden kann. So wäre es vielleicht möglich, den Brot- und Mehlliebhabern mehr von diesem, den Fettstädten dafür aber mehr Butter zu verschaffen, beim Fleischkonsum der Städter gerecht zu werden.

Geheimrat Rubner schloß diesen Hauptteil seines Vortrages, von dem wir bedauern, nur einige Hauptstellen wiedergeben zu können, mit folgendem Satze: An Nahrungsmitteln, die uns bis zur neuen Ernte und Erträgen des Bodens und zu einer Erholung der Milch- und Fleischproduktion durchbringen könnten, fehlt es zurzeit nicht, nur hat man in manchen Großstädten zur richtiger Zeit die Organisation unterlassen, welche die Herholung der Waren aus den Landbezirken ermöglicht hätten.

Dann wandte sich der Redner der Preisfrage zu und kritisierte die „Preisregelungskommissionen“ und schloß seine großzügige Darstellung unserer Nahrungsmittelversorgung mit folgenden bitteren Wahrheiten:

Die Argumente, welche für die allgemeine Preissteigerung als eine Notwendigkeit aufgeführt werden, sind sehr fadenscheiniger Natur und werden von niemandem mehr ernst genommen. Der Kleinhändler beschuldigt den Zwischenhändler, dieser den Großhändler als Preistreiber. Jeder hat seinen Anteil daran, wenn auch vielleicht die gegenwärtige Lage wesentlich der Bewucherung durch einzelne Großhändlergruppen zu verdanken ist. Die Preisbildung und die Manipulation des Großhandels, die jede Zufuhr sperren, wenn Höchstpreise angewendet werden, haben durch die andauernden Drangsalierungen der Konsumenten zu einer Hochspannung des Mißmutes in fast allen kreisender Bevölkerung geführt, jene ausgenommen, die bei hohen Eigenverdiensten über die Preise der Nahrungsmittel sich nicht aufzuregen brauchen! Die innere Gefahr fängt durch dieses Verlagen der staatlichen Organisation an bedenklich zu werden. Aber auch objektiv werden die Schädigungen des Ernährungszustandes in wenigen Monaten sehr erheblich sein, das sollte man endlich einsehen.

Die hohen Preise schränken den Verbrauch an Animalien auf ein Minimum ein. Die Ernährungsschwierigkeiten betreffen vielfach gar nicht alle Schichten der früher genannten Arbeiterklassen, sondern hauptsächlich Leute mit mittleren, mäßigen Einkommen, vor allem solche mit festem Einkommen, und die Leute, deren Einkommen im Krieg stark vermindert ist, wie Familien der Ärzte, Rechtsanwälte usw., bei denen der Mann im Felde steht und die Familie auf sehr dürftige Zuschüsse angewiesen ist.

Es ist auf diesem Gebiet schleunige Abhilfe notwendig. Die Preisregulierungsbemühungen müssen sobald wie möglich einem gründlichen Eingriffe weichen. Die mangelnde Ernährungsorganisation hinter der Front bringt uns politische Schäden, erbittert die Bevölkerung und gewährleistet außerdem nicht einmal die zweckmäßigste Verwendung der heimischen Nahrungsquellen. Diese letzteren sind aber zugleich die Nahrungsquellen des Feldheeres. Daher ist auch letzteres wesentlich an dem Gelingen der Nahrungsmittelorganisation beteiligt, und zwar so sehr, daß erwogen werden muß, ob nicht der militärischen Gewalt das gesamte Ernährungswesen unterstellt werden muß.

* Die Ernährungsverhältnisse Deutschlands im Krieg. Aus Berlin telegraphirt man uns: In der heutigen Hauptversammlung der „Kaiser Wilhelm-Gesellschaft“, der nebst mehreren Ministern und den Spitzen aller Behörden die namhaftesten Wissenschaftler Deutschlands beiwohnten, hielt der berühmte Ernährungsphysiologe Geheimrath Dr. Rubner eine Rede über die Ernährungsverhältnisse Deutschlands im Krieg. In ausführlichen Darlegungen wies der Gelehrte nach, daß die vorhandenen Nahrungsmittel ausreichen und daß bei einer vernünftigen Regelung die Aushungerung Deutschlands unmöglich sei. Die vorhandenen Mißstände aber hätten die amtlichen Maßregeln, an denen Redner scharfe Kritik übte, nicht zu beseitigen vermocht. Eine gerechte Vertheilung sei trotz allen Kartensystems bisher nicht zu erzielen gewesen und der Kriegswucher mit Lebensmitteln, das böseste Uebel, schieße üppig ins Kraut. Schleunige Abhilfe sei nöthig. Redner wisse dafür nur ein Rezept, nämlich das ganze Ernährungswesen Deutschlands der militärischen Gewalt zu unterstellen. Geheimrath Rubner stellte damit eine Forderung auf, die von der gesammten deutschen Presse, ohne

Rücksicht auf Parteirichtung, schon seit Langem formulirt worden war.

1. IV. 1916

* Lebensmittelversorgung der Urlauber. Der Landrat des Kreises Teltow hat für die Versorgung besonders der Urlauber mit Brot, Butter und Kartoffeln vorläufig geltende Grundsätze aufgestellt, nach welchen von den Gemeindebehörden des Kreises verfahren werden soll. Brotkarten erhalten sie schon für einen eintägigen Aufenthalt, und zwar sind, wenn der Aufenthalt weniger als eine Woche beträgt, Tageskarten auszuhandigen. Die Ausgabe von Butter- und Kartoffelkarten an Urlauber erfolgt dagegen nur, wenn der Urlaub mindestens fünf Tage beträgt. In diesem Falle wird eine Butterkarte für die entsprechende Woche und eine Kartoffelkarte für den entsprechenden zwölfstägigen Zeitabschnitt erteilt. Weiterhin ist jede Kalenderwoche oder der zwölfstägige Zeitraum der Kartoffelkarte voll zu rechnen, wenn der Betreffende mindestens zwei Tage dieser Zeitspanne noch im Kreise verweilt. Als Nachweis dient der Urlaubsschein, welcher abzustempeln und mit einem Vermerk über die Zahl der ausgehändigten Butter-, Kartoffel- und Brotkarten und die Zeit, für welche die Aushändigung erfolgt ist, zu versehen ist.

1. IV. 1916

Privatinteressen in der Versorgungsregelung? Der Nachrichtendienst für Ernährungsfragen schreibt: Die öffentliche Versorgungsregelung zieht — und das mit vollem Recht — private Gewerbetreibende und Händler, die schon früher „frei“ im gleichen Versorgungszweige tätig waren, als kundige und geeignete Organe ihrer Durchführung heran. Sie kann und soll dabei dem privatwirtschaftlichen Gewinnstreben dadurch Rechnung tragen, daß sie jenen Personen eine ausreichende, auch ihren eigenen gewohnten Maßstäben entsprechende Vergütung zukommen läßt. Aber sie darf unter keinen Umständen die Möglichkeit offen lassen, daß das privatwirtschaftliche Gewinnstreben der beteiligten — und durch ihre Beteiligung privilegierten — Gewerbetreibenden und Händler ihre eigenen Absichten durchkreuzt, die gleichmäßige Bedarfsbefriedigung oder die angemessene Preisbildung stört. Es wäre ein ganz unge-

heuerlicher Zustand, wenn Organe öffentlicher Versorgungsregelung „passive Resistenz“ trieben oder die Umgehung festgesetzter Höchstpreise versuchten, und diejenigen bevorzugten, die ihnen dazu die Hand bieten, um „mehr zu verdienen“. Bei der Erörterung der Ursachen der augenblicklichen Berliner Fleischknappheit sind Anlagen erhoben worden, die Anlaß zu diesen grundsätzlichen Bemerkungen gaben. Wir vermögen nicht zu beurteilen, ob sie zutreffen; sollte das wider Erwarten der Fall sein, so darf man wohl mit Sicherheit auf schnellste Entfernung solcher Organe des öffentlichen Versorgungsapparates rechnen.

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben: Bei dem Vorgehen gegen die Lebensmittelsteuerung wird sich eine Maßnahme als unentbehrlich erweisen, nämlich die ständige Kontrolle der Lager-, Keller- und Bodenräume durch geeignete Organe. Sie muß rücksichtslos durchgeführt werden und sich auf die Groß- und Kleinhändler erstrecken.

Städtische Neuigkeiten.

Budapest, 1. Mai.

• **Die Sommerfrischer und die Approvisionierung.** Mit Schluß wird, wie alljährlich, ein großer Theil der hauptstädtischen Bevölkerung in die Sommerfrische ziehen, wo die Approvisionierung eine schwierigere ist als in der Hauptstadt, weil die Bevölkerung der Umgebung der Hauptstadt nur über die zum eigenen Bedarf erforderlichen Lebensmittel verfügt. Mit Rücksicht auf diesen Umstand werden die aus der Hauptstadt in die Sommerfrische ziehenden Familien ihre Borräthe an Lebensmitteln mitnehmen müssen. Dies kann jedoch nur auf Grund behördlicher Ausfuhrzertifikate erfolgen. Diesen Umstand berücksichtigend, hat der Leiter der hauptstädtischen Approvisionierungssektion, Magistratsrath Ludwig F o l k s h á z y, bereits verfügt, daß alle Vorbereitungen zur raschen Erledigung der Gesuche um Ausfuhrzertifikate getroffen werden sollen, da zu erwarten steht, daß sich bei dieser Gelegenheit ein großer Andrang geltend machen wird. Es erscheint geboten, mit der Auslösung dieser Zertifikate nicht bis zum letzten Augenblick zu warten.

Ky...

Massenernährung für Arbeiter.

In dem Lehrkursus für Leiterinnen von Massenküchen sprach Herr E. Hüffmeyer, M. d. W., über die Ernährungsfrage für Arbeiter. Er wies darauf hin, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaften es sei, diese Ernährungsfrage zu lösen, um dem Arbeiter und der Arbeiterin die ausreichende Kraft für den Dienst in der Allgemeinheit zu erhalten. Die Wissenschaft, die jetzt allerdings auch zu dem Arbeiter komme,

habe die Gewerkschaften anfänglich im Stiche gelassen, und so mußten diese sich selbst helfen und die Arbeiterschaft darüber aufklären, welche Nährstoffe für die Erhaltung eines Arbeiterhauses notwendig seien. Sie legten dabei den Maßstab zugrunde, den der Staat bei der Entlohnung seiner Angestellten befolgt, und hinsichtlich der unmittelbaren Ernährung die Rationen, die der Marinesoldat empfängt. Die Gewerkschaften stellten danach eine Berechnung an, daß eine entsprechende Ernährung einer Familie von vier Köpfen einen wöchentlichen Kostenaufwand von 25,53 M. erfordere. Das war im Juli 1914. Seitdem sind die Lebensmittelpreise außerordentlich gestiegen, so daß sich die Ernährungslosten heute für eine solche Familie auf 37,36 M. belaufen würden. So viel vermag aber der Arbeiter seiner Frau für den Haushalt nicht zu geben; er muß deshalb danach trachten, seine Lage zu verbessern. Man hat auch noch eine andere Berechnung angestellt. Für die Ernährung eines schwer arbeitenden Kriegsgefangenen werden täglich 1,80 Mark gefordert. Wenn man diesen Maßstab an die Arbeiterfamilie legt, kommt man auch auf mehr als 37 M. wöchentlich. Bei einer größeren Zahl von Gefangenen ermäßigt sich diese Summe, bei 200 etwa schon auf 1,60 M. Daraus erkennt man den Vorteil der Massenernährung, auch bei vielköpfigen Familien.

Die Gewerkschaften haben auch namentlich die durch Arbeitslosigkeit entstandene Not bekämpft und darum eine Arbeitslosen-Unterstützung geschaffen, die eigentlich Sache der Gemeinde und des Staates sein müsse. Dadurch haben die Gewerkschaften auch während des Krieges dem Vaterlande einen großen Dienst geleistet. Sie haben für Arbeitslosen-Unterstützung in den ersten 6 Kriegsmonaten 4 963 000 Mark verausgabt, in Hamburg, der Hochburg der Arbeiterorganisation und seit dem Beginn des Krieges der Organisation der ganzen Bevölkerung allein 1 012 718 Mark und außerdem noch 202 000 Mark für besondere Unterstützung an Kriegerfamilien; das alles natürlich zur Lösung der Ernährungsfrage. Den Alkoholmißbrauch haben die Gewerkschaften mit großem Erfolge bekämpft. Der Schnapskonsum ist bedeutend zurückgegangen. Darum haben die Gewerkschaften auch die Begründung der Kaffeehallen, aus denen bald Speisehallen wurden, begrüßt. Die Massenernährung ermöglicht einen billigen Einkauf von Lebensmitteln durch Genossenschaften, deren Träger die Gewerkschaften sind. Diese Genossenschaften lassen es sich auch angelegen sein, die Arbeiterfrauen über den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel aufzuklären. Das sollte aber schon die Volksschule tun. Auch die Fortbildungsschule für Mädchen sollte in mindestens halbjährigem Kursus die Ernährungslehre behandeln.

Den Massenküchen der Kriegshilfe standen die Arbeiterfrauen anfänglich mit Mißtrauen gegenüber; ihr Vorurteil ist aber geschwunden. Das Leben in der Kriegsnot hat auch die arbeitende Bevölkerung in seine Schule genommen, auch hinsichtlich der Massenpeisung, und das rechte Vertrauensverhältnis zwischen den Leiterinnen der Küchen und den Speisenden ist hergestellt. Für die Zeit nach dem Kriege wird vorläufig noch eine Erhaltung der Massenküchen, ja deren weiterer Ausbau nötig sein. Denn die wirtschaftlichen Organisationen werden nicht sogleich wieder einsehen können, die Lebensmittelpreise werden noch lange sehr hoch bleiben, auch die während des Krieges noch außerordentlich ausgedehnte Frauenarbeit sei zu bedenken. Schließlich muß man aber doch wieder dahin kommen, daß der Mann wieder so viel verdient, wie zur Erhaltung seines selbstständigen Arbeiterhaushalts notwendig ist, und die Frau wieder in den Stand gesetzt wird, selbständig einem solchen Haushalte vorzustehen und der Erziehungsarbeit an ihren Kindern obzuliegen, wenn sie sich auch die während des Krieges erworbene größere Selbstständigkeit, die sie sich auch um den Gemeinde- und Staatshaushalt kümmern läßt, bewahren sollte.

Massenernährung und Frankfurter Kriegsfürsorge.

— Frankfurt, 2. Mai.

Von der Zentral-Küchenkommission der Kriegsfürsorge wird uns geschrieben:

Die hiesige Presse brachte in letzter Zeit verschiedentlich Berichte über Bestrebungen auf dem Gebiet der Massenernährung in mehreren Städten Deutschlands und die „Frankfurter Zeitung“ einen besonderen Artikel über die fahrbare Küche und die Zentralküche. Hiernach scheint die „Gulaschkanone“ das Ideal der Lösung, und das wird ja eigentlich auch durch den jüngsten Erlass des Ministers des Innern bestätigt.

Die Frankfurter Kriegsfürsorge beschäftigt sich mit der Frage der Massenernährung bereits seit Beginn des Kriegs, man ist hier durch Erfahrungen und Erfolge zu einer abweichenden Meinung gekommen, wobei wahrscheinlich der Entwicklungsgang der Sache eine gewisse Rolle spielt. Unsere erste „Kriegsküche“ wurde bereits im Oktober 1914 im Bezirk Bornheim eröffnet; es folgten bald darauf weitere Kriegsküchen in der Altstadt und in Bodenheim. Die Küchen waren in Schulküchen untergebracht; sie erforderten sehr geringe Unkosten, und jede bewerkstelligt die Speisung von mehreren hundert Personen täglich.

Die Meinungen über die Notwendigkeit dieser Küchen gingen auseinander. In der Hauptsache herrschten Zweifel über die Dauer des Krieges, dann aber wurde durch die Kriegsküchen ein zu einschneidendes Eingreifen in das Familienleben befürchtet. Anscheinend lag wirklich eine zwingende Notwendigkeit für diese Küchen nicht vor. Die erste Arbeitslosigkeit war überwunden, Handel und Industrie hatten sich belebt, Lebensmittel, vor allem Fleisch und Fett, waren reichlich und zu erschwinglichen Preisen zu haben.

So verging der Sommer, ohne daß eine Veränderung der Verhältnisse eintrat und ohne daß eine weitere Kriegsküche begründet wurde. Da mit einem Schlage änderte sich die Sachlage vollständig. Es trat Fettmangel ein, und die getroffenen oder vielmehr die nicht getroffenen Maßregeln der Regierung auf dem Fleischmarkt ließen Schlimmes erwarten. Wir beschloßen also vorzubauen und zwar mit Einverständnis des Magistrats. Noch im Herbst 1915 wurden fünf weitere Kriegsküchen begründet. Die jetzt bestehenden acht Küchen verblieben unter ehrenamtlicher Leitung, wurden aber straff organisiert unter einer Zentralküche für die Kontrolle und für die Verschaffung von Lebensmitteln.

Wie wohlbegründet unsere Maßregeln waren, hat sich jetzt ergeben. Im Januar 1916 betrug die Besucherzahl unserer acht Küchen 55 000, sie war im März bereits auf 120 000 gestiegen, überschreitet heute täglich 5000 weit und ist ständig im Wachsen begriffen. Hierbei sei kurz erwähnt, daß die Besucherzahl sich zu zwei Dritteln aus Angehörigen der unserer Kriegsfürsorge anvertrauten Kriegerfamilien und zu einem Drittel aus Außenstehenden zusammensetzt. Ueber die Straße wurden 60 Prozent der Essen geholt, 40 Prozent im Betrieb selbst eingenommen. Der Preis beträgt für Angehörige von Kriegsteilnehmern 20 Pfg. für Essen, was natürlich große Zuschüsse erfordert, für Außenstehende bei Wochenkarten für sechs Mahlzeiten 2 Mark und bei Einzelkarten eine Kleinigkeit mehr, womit zur Zeit noch die Selbstkosten gedeckt sind. Der Herstellungspreis des Essens betrug im März im Durchschnitt 33 Pfg., wovon 28½ Pfg. auf Lebensmittel und nur 4½ Pfg. auf Unkosten entfielen, wobei selbst die Abschreibungen auf die Einrichtung berücksichtigt sind.

Wir bezweifeln es sehr stark, ob fahrbare Küchen eine derartige Sparsamkeit im Betrieb ermöglichen, zumal die Anschaffungskosten sehr hoch sind. Zudem ist zum pünktlichen Einhalten der Betriebspflichten ein hoher Pferdebestand erforderlich, während bei Mietgespannen eine Pünktlichkeit im Betrieb nie zu erzielen sein wird. Außerdem erhalten in unseren Küchen unsere Gäste ein vollständiges Mittagessen, einfach, aber reichlich und gut zubereitet. Es bietet eine große Abwechslung und besteht aus einer Suppe und einem Gang Fleisch, Gemüse, Fisch oder dergleichen. Ab und zu gibt es hierzu auch Salat oder Kompot. Etwas derartiges läßt sich mit der „Gulaschkanone“ nicht bieten. Es müßte nach norddeutscher Art ein zusammengelochtes Gericht geben. Dessen Güte sei nicht bezweifelt, aber unsere Frankfurter Bevölkerung, wie alle Süddeutschen, würden sich sehr schwer daran gewöhnen. Keinesfalls ist damit eine billige und abwechslungsreiche Kost wie in unsern Küchen zu erzielen.

Ferner bieten unsere Küchen unseren Gästen auch eine Stätte, an der sie ihre Mahlzeit einnehmen und die wenigen Minuten ihrer kurzen Mittagsfrist verbringen können. Bei den Tausenden von Frauen, die heute im Erwerbsleben stehen, spielt dieses eine beträchtliche Rolle, denn nur ein kleiner Teil dieser Frauen kann mittags zu Hause sein. Ihre Kinder können während dieser Zeit in der an ihrer Heimstätte gelegenen Küche ihre Mahlzeit unter der Aufsicht der hiermit betrauten Damen einnehmen.

Zur Prüfung der Bedürftigkeit der Essenempfänger stehen uns bei unserm Küchensystem bessere Möglichkeiten offen, als bei dem System der fahrbaren Küchen, und vor allem bieten unsere Kriegsküchen eine zuverlässigere Gewähr für die Kontrolle der Gerechtigkeit der Essenverteilung, als dies auf der Straße möglich ist.

Allerdings bilden die fahrbaren Küchen eine große Gefahr für die Allgemeinheit vor Augen zu führen, was für die notleidende Bevölkerung getan wird. Die Gulaschkanonen in Köln, Berlin usw. sind in wenigen Tagen ihres Daseins berühmt geworden, unsere immerhin mit einigen Erfolgen gekrönte Tätigkeit ist in Frankfurt nur wenig bekannt. Das soll nun anders werden. In nächster Zeit werden in Frankfurt und in einer Reihe von Vororten neue Kriegsküchen eröffnet. Die Küchen in den Vororten werden, soweit erforderlich, mit einem System fahrbarer Kochlisten für die entlegenen und kleineren Vororte, für die selbständige Küchen nicht geeignet sind, versehen.

Infolgedessen werden die Besuchsziffern sehr zunehmen, und wir müssen mit einiger Besorgnis der Herbeischaffung der Lebensmittel für größte Menschenmassen entgegensehen. Bisher haben wir diese Schwierigkeit ja einigermaßen überwältigen können, und das wird wohl auch weiterhin so sein, besonders wenn wir uns einer weitgehenden Unterstützung der staatlichen und städtischen Behörden erfreuen dürfen. In dieser Beziehung waren wir allerdings bisher nicht sehr verwöhnt.

Der Frage der Mittelstandsküche sind wir auch verschiedentlich näher getreten, obgleich wir ja eigentlich nicht das hierfür zutreffende Organ sind. Eine Verbindung mit unseren Kriegsküchen würde aber auch in der Mittelstandsküche die größte Wirtschaftlichkeit erzielen lassen. Größere Zuschüsse sind hierfür nicht notwendig, da diese Küchen schon bei größter Wirtschaftlichkeit in der Lage sind, sich selbst aus eigenen Mitteln zu erhalten. An die Verwirklichung der Frage konnten wir bisher noch nicht herantreten, weil wir keine geeigneten Räumlichkeiten hierfür gefunden haben. Es ist aber in Frankfurt eine große Anzahl von Vereinen und Gesellschaften da, die über für diese Zwecke geradezu ideale Räumlichkeiten verfügen, und diese Räume stehen in der Kriegszeit leer und beinahe unbenutzt da. Wenn uns einige dieser Räume umsonst oder gegen ein billiges Entgelt überlassen würden, so wären sie einem guten, der Allgemeinheit dienenden Zwecke dienstbar gemacht, und die Frage der Frankfurter Mittelstandsküche wäre in kürzester Zeit gelöst. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, uns bei der Erfüllung unserer Ziele behilflich zu sein, und veranlassen die geeigneten Stellen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Die wichtigste Frage der Massenernährung, die in der Speisung zu behandeln, behalten wir uns noch vor, da diese Frage von so außerordentlicher Bedeutung ist, daß sie einer ganz ausführlichen Besprechung bedarf. Jedenfalls haben wir den Ereignissen nicht tatenlos gegenübergestanden, sondern haben gearbeitet, werden weiter arbeiten, und wenn Arbeit ein Durchhalten in der schweren Zeit ermöglicht, werden wir durchhalten.

(Zehnerkommission für Volksverpflegung.) Die Zehnerkommission für Volksverpflegung hält, wie wir bereits mitgeteilt haben, morgen nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr eine Sitzung, um nach langer Pause wieder einmal zu den brennendsten Fragen der Approvisionnement der Hauptstadt Stellung zu nehmen. Solche Fragen sind die Schweinefett- und die Milchfrage und mit beiden Fragen wird sich die Kommission morgen eingehend beschäftigen. Hinsichtlich der ersten Frage wird Magistratsrat Ludwig v. Foltusházy, Chef der hauptstädtlichen Approvisionierungssektion, in seinem Bericht über die Maßregeln der Sektion zur Erleichterung der Versorgung des Publikums mit Fett folgendes mitteilen: Mit Rücksicht auf die herrschende Knappheit in Schweinefett hat die Sektion für eine Ergänzung des Schweinebestandes der Hauptstadt gesorgt; derzeit werden zirka 10.000 Schweine auf Kosten der Hauptstadt gemästet. Von den zum Schlachten reiferen Schweinen werden von nächster Woche an täglich hundert Stück geschlachtet, deren Fleisch und Speck die Hauptstadt dem konsumierenden Publikum zu den festgesetzten Höchstpreisen zur Verfügung stellen wird. Fett wird nicht verkauft, sondern nur Speck. Da von hundert Schweinen ein ansehnliches Speckquantum gewonnen wird, ist die Hauptstadt in der Lage, den Speck in größeren Quanten als bisher dem Publikum zugänglich zu machen; das bisherige Maximum von 25 Deka pro

Kopf und Tag wird auf das Doppelte (ein halbes Kilogramm) erhöht, fortan wird also jeder Käufer täglich fünfzig Dekagramm Speck in den Verschleißläden der Hauptstadt kaufen können. — Diese Anmeldung wird die Zehnerkommission sicherlich mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Eine minder günstige Aufnahme hat dagegen ein Antrag zu erwarten, den Magistratsrat v. Foltusházy in der Milchfrage unterbreiten wird. Wie wir bereits wiederholt mitgeteilt haben, sinnt der Chef der Approvisionierungssektion schon seit Monaten auf Mittel, mit deren Hilfe die Versorgung des Publikums mit Milch einigermaßen erleichtert werden könnte. Wie noch erinnerlich, hatte der Magistratsrat schon im vorigen Jahre in einer Sitzung der Zehnerkommission den Antrag gestellt, daß der Verkauf von Milchkaffee in den Kaffeehäusern verboten, oder zumindest eingeschränkt werde. Allein Dr. Wilhelm Bázyonhi hatte damals entschieden Stellung gegen den Antrag genommen und zur Freude der Kaffeefieber, sowie der Kaffeehausbesucher, deren es in Budapest viel mehr gibt als in jeder anderen Großstadt, wurde von dem Verbot des Verkaufes von Milchkaffee nicht mehr gesprochen. In einer der letzten Sitzungen der Zehnerkommission wurde jedoch diese Idee noch einmal aufgeworfen und die Approvisionierungssektion angewiesen, einen neueren Antrag in dieser Frage zu unterbreiten. Der erhaltenen Weisung wird nun Herr v. Foltusházy morgen entsprechen; wie wir bereits des öfteren erwähnt haben, wünscht die Sektion, daß der Verkauf des Fausenkaffees in den Kaffeehäusern untersagt werde. Trotzdem die Zehnerkommission selbst einen ähnlichen Antrag gewünscht hat, ist es sehr fraglich, ob er morgen angenommen wird. Denn inzwischen waren auch die Kaffeefieber nicht müßig und sie setzten alle Hebel in Bewegung, um die Verwirklichung des Antrages der Sektion zu hintertreiben. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Kommission die Intentionen der Sektion einhellig billigen wird. Diese Intentionen bezwecken nämlich die durch das Verbot des Verkaufes von Milchkaffee zu gewinnende Milch jenen zuzuführen, die bisher nicht in der glücklichen Lage waren, sich Milch verschaffen zu können. Es handelt sich hier zumeist um die ärmsten Schichten der Bevölkerung. Allein so löblich auch diese Intentionen sind, ist es mehr als fraglich, ob die betreffenden Familien auch wirklich zu dem auf die geschilderte Weise gewonnenen Milch gelangen werden. Da man hiefür absolut keine Garantien hat — so argumentieren einige Mitglieder der Zehnerkommission — ist der Wert einer derartigen Maßregel sehr problematisch, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß dank dieser Maßregel jene, die sich auch bisher Milch zu verschaffen wußten, sich noch mehr Milch verschaffen werden, die armen Frauen aber, die sich schon in der Morgendämmerung vor den Milchhallen anstellen, um ein wenig Milch zu bekommen, in den meisten Fällen aber mit leeren Händen wieder abziehen müssen, nach wie vor das Nachsehen haben werden. Dies ist auch der Standpunkt jener der Regierung nahestehenden Persönlichkeiten, deren Äußerungen über die wichtigsten Approvisionierungsfragen wir vor zwei Wochen veröffentlicht haben. Der Antrag des Herrn v. Foltusházy wird voraussichtlich einen lebhaften Gedankenaustausch provozieren, dessen Ergebnis die Kaffeefieber und alle Kaffeehausgäste mit begreiflichem Interesse entgegensehen.

Industriepolitik und Volksernährung

In der obersten Stufe jedoch sinkt der Nahrungsaufwand auf 36,2 vom Hundert, somit auf ein Drittel. Der Dienst des Magens beherrscht nicht mehr so sehr den Menschen; schon ist dieser zu zwei Dritteln für andere Bedürfnisse frei. Der Bedarf zum Beispiel an Textilwaren ist von 10 auf 14 vom Hundert des Einkommens gestiegen, der höhere Kulturbedarf aber schon auf ein Viertel. Er vor allem wird durch die Industrie gedeckt!

Das schon innerhalb der engen Grenzen der minderbemittelten Familien! Sie allerdings sind die Masse, sie sind der Inlandsmarkt selbst.

Das Englische Gesetz erlaubt unmittelbar seine Uebertragung auf die Handelspolitik:

Je höher die Lebensmittelpreise, desto höher der Nahrungsaufwand in jeder Familie — denn am Brote muß ja zuletzt gespart werden. Zuerst werden die höheren Bedürfnisse gestrichen, das heißt an den Erzeugnissen der Industrie Abbruch versucht. Daher: Je höher die Lebensmittelpreise, desto mehr sinkt der Aufwand für Industrien, und zwar in geometrischer Progression. Hohe Lebensmittelpreise ruinieren den inneren Markt der Industrie!

In welchem Maße dies geschieht, auch darauf lassen jene Erhebungen einen Rückschluß zu. Gliedert man die Familien in acht Stufen (die niedrigste unter 1200 Mark und die höchste auf 5000 Mark) und beachtet die absoluten Summen des Aufwandes, so ergibt sich: Die Nahrungsausgabe zeigt von der untersten zur obersten Stufe etwa eine Verdreifachung. Diese Steigerung ist jedoch geringfügig gegenüber der in allen anderen Posten. Die Kleidungsausgabe zeigt eine Verneunfachung: das lehrt, welcher innerer Markt zum Beispiel unserer Textilindustrie durch die allgemeine Hebung des Lohnniveaus oder durch die Senkung der Lebensmittelpreise erschlossen wird, ein innerer Markt, den keinerlei Ausfuhr überbieten kann. Die Wohnungsausgabe erfährt eine Ver vierfachung, die Heizungs- und Beleuchtungsausgabe noch nicht einmal eine Verdreifachung, dagegen die Ausgaben für Sonstiges, die allen Aufwand für geistige und gesellige Bedürfnisse in sich schließen, nahe zu eine Verzwanzigfachung: abermals ein Beweis, daß der innere Markt für die gesamte Industrie und der gesellschaftliche Kulturzustand nicht im einfachen Verhältnis, sondern in geometrischer Progression zur Verbilligung der Lebensmittel wächst, während umgekehrt die Verteuerung der Nahrungsmittel den inneren Markt der Industrie untergräbt und das gesellige und geistige Leben unterbindet.

Nun aber ist gewiß, daß der Haushalt jetzt und bei Kriegschluß bei den Massen bis hoch in den Mittelstand hinauf ausschließlich auf Nahrung eingestellt ist. Es besteht somit — von den Kriegsgewinnern abgesehen — vorläufig ein ziviler innerer Markt überhaupt nicht. Die Industrie, der die höchsten Pflichten nach dem Kriege obliegen werden, steht hiemit vor der Leere.

Der innere Markt ist wieder aufzubauen!

Und somit ist die höchste Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege im Innern wie nach außen: Abbau der Lebensmittelpreise! Was sich handelspolitisch daraus ergibt, werden unsere Wirtschaftsämter verstehen — unabsehbar wären die Folgen, wenn sie diese Zusammenhänge verkennen wollten.

Die eiserne Faust.

Die Nahrungsmittelversorgung der städtischen Volkskreise in Deutschland ist eine so unbefriedigende geworden, daß die deutsche Presse sich genötigt sieht, der Mißstimmung des Publikums rückhaltlosen Ausdruck zu geben. Es ist bemerkenswert, daß ein sehr verbreitetes Berliner Blatt, das regelmäßig vom Auswärtigen Amt zu offiziellen Mitteilungen benützt wird, sich über die Marktverhältnisse und über die Unzulänglichkeit der staatlichen Abhilfe mit einer kritischen Schärfe äußert, wie es zu Friedenszeiten die freieste sozialdemokratische Opposition nicht besser treffen könnte. Der betreffende Artikel — er war in unserem Morgenblatt vom 1. Mai wörtlich wiedergegeben — stellt fest, daß die Ueberfülle behördlicher Verordnungen nicht habe hindern können, „daß fast alle Nahrungsmittel auf reichlich das dreifache des früheren Preises emporgewuchert worden sind“. Es sei nicht wahr, daß dies unabwendbare Kriegspreise seien. Es werde vielmehr in deutschen Landen „mit den Lebensnotwendigkeiten schamlos gewuchert“, und das Volk müsse seufzend die Millionengewinne für eine „Wuchererkaste“ aufbringen. Man müsse für eine gerechte Verteilung der Vorräte über das ganze Land sorgen. Die landwirtschaftlichen Preise seien mit Lebensmitteln ausreichend versorgt, während die Städte darben. Aber auch die städtische Bevölkerung müsse doch leistungsfähig erhalten werden.

Das ist nun keineswegs eine vereinzelt Stimme oder Tonart in der reichsdeutschen

Bresse. Auch andere Blätter, und zwar bürgerliche Organe von anerkannter politischer Mäßigung, nennen das Kind beim rechten Namen, sprechen geradeweg von Lebensmittelwucher und fordern, daß „mit eiserner Faust“ eingegriffen werden müsse. In der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft in Berlin sprach dieser Tage Geheimrat Prof. Rubner über Deutschlands Ernährung in der Kriegszeit, und auch dieser hervorragende Fachmann urteilte über die bürokratischen Leistungen auf dem Gebiet der Marktorganisation in abfälligster Weise und konstatierte das Bestehen eines Manacles in der städtischen Ernährung, während auf dem Lande im großen und ganzen die Nahrungsvorsorgung ausreichend und beförmlich geblieben sei. Er wies im einzelnen nach, daß alle Gründe, die für die angebliche Notwendigkeit der riesigen Preissteigerungen angeführt werden, sehr fadenscheiniger Natur und nicht ernst zu nehmen seien. Der durch das „Hamstern“ gestiftete Schade sei das geringste Uebel. „Würden die Behörden, die die Nahrungsmittelversorgung unter sich haben, zu rechter Zeit zu hamstern verstehen, so würde es niemand im Publikum einfallen, ihnen diesen Verstoß streitig zu machen.“ Prof. Rubner verlangt wirksamen Schutz der städtischen Bevölkerung gegen den Kriegswucher mit Nahrungsmitteln, der eine ernste politische Gefahr bedeute. Es müsse erwogen werden, ob nicht das gesamte Ernährungswesen der militärischen Gewalt unterstellt werden solle.

Aus den angeführten kritischen Stimmen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, scheint nun zweierlei mit voller Klarheit hervorzugehen. Erstens: daß die deutsche Regierung, in Erkenntnis der unbefriedigenden Sachlage, die öffentliche Diskussion uneingeschränkt gewähren läßt, weil sie von der freien Aussprache mit Grund eine gewisse Erleichterung des bedrückten Volksgemütes erwartet. Und zweitens: daß die Reichsregierung, indem sie den Nahrungsmittelwucher der schonungslosen öffentlichen Brandmarkung preisgibt, auch entschlossen scheint, diesem gefährlichen Zeitübel mit neuen, kräftigeren Abwehrmethoden an den

Leib zu gehen. Der Wucher ist ein straffares Delikt, und gegen das Ueberhandnehmen eines solchen Delikts muß es in der Kriegszeit, die der Staatsgewalt potenzierte Machtmittel in die Hand gibt, doch wohl eine wirksame Abhilfe geben. Ob der von Prof. Rubner vorgeschlagene Weg, das Ernährungswesen unter Militärdiktatur zu stellen, oder ob ein anderer Ausweg gewählt wird, jedenfalls wird irgendeine Methode der eisernen Faust gefunden werden müssen, um den städtischen Volkskreisen in Deutschland — und vielleicht auch in Deutschlands Nachbarschaft — endlich Schutz zu gewähren gegen eine Preistreiberei, die ihre Ernährung, ihre Gesundheit, ihre Nerven, ihre Seelenstimmung bedroht und den höchsten Zielen der Verwaltungspolitik im Kriege direkt entgegenwirkt.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Die Sünden der Verwaltung.

* Wien, 4. Mai.

Im Deutschen Reich mehren sich jetzt die Stimmen, die die staatlichen Verwaltungsorgane für die verschiedenen Mängel in der Lebensmittelversorgung verantwortlich machen. Nach dem Berliner Lokalanzeiger und der Frankfurter Zeitung, deren Auslassungen wir dieser Tage wiedergegeben haben, ergreift nun auch die kölnische Zeitung zu dieser Frage das Wort. Das angesehenere rheinische Blatt schreibt:

„Es ist begreiflich, wenn die gegenwärtige außerordentliche Fleischknappheit in den Städten Anlaß bietet, zu untersuchen, ob Mängel der Organisation oder ein Verschulden seitens der Erzeuger oder Händler dafür verantwortlich zu machen sind. Tatsächlich handelt es sich bei der in den letzten Monaten entstandenen Fleischknappheit, die sich gegenwärtig zu einer vollständigen Fleischnot ausgewachsen hat, um eine Entwicklung, die seit Beginn des Jahres vorausgesehen war, und die deshalb in den über die Vorgänge im Viehhandel unterrichteten Kreisen keineswegs überrascht hat. Daß die Reichsregierung es soweit hat kommen lassen, ist eine der Sünden, von der niemand sie lossprechen kann.“

In den Wintermonaten, die der Schindizierung des Viehhandels vorausgingen, zeigten die Auftriebe auf den Viehmärkten und die Schlachtziffern in den deutschen Großstädten eine außerordentliche Steigerung, sie stiegen stellenweise um mehr als das Doppelte der Jahre vor dem Kriege. Diese ungewöhnlich großen Rindviehschlachtungen waren zum großen Teil zurückzuführen auf die Konservenfabriken, deren Beauftragte das ganze Land überschwennten und den Landwirten das Vieh geradezu aus dem Stalle zogen. Schon im Jahre 1915 waren viele hunderttausende Stück Rindvieh den Konservenfabriken zum Opfer gefallen, und im Beginn dieses Jahres sind die Massenschlachtungen für diesen Zweck in noch gesteigertem Umfang fortgesetzt worden, bis man dieses Treiben erkannte und ihm durch die Maßnahmen des Bundesrates im Februar ein Ziel setzte. Unter diesem Massenverbrauch von Rindvieh für Konserven leidet heute der Verbraucher in allen Städten des Reiches. Auf den Viehmärkten kommt gegenwärtig älteres Rindvieh überhaupt nicht mehr zum Auftrieb, weil alles von den Konservenfabriken aufgekauft wurde, die hauptsächlich Kühe und weniger ausgewästete ältere Tiere verwerten. Die hierdurch geschaffene Lücke in unserem Viehbestande wird sich noch auf lange Zeit fühlbar machen.

Die zweite Ursache der Fleischnot ist die durch die günstige Witterung im April geschaffene Möglichkeit das Vieh jetzt auf der Weide zu mästen. Nachdem die Viehauzucht lange Monate unter dem Mangel an Futtermitteln außerordentlich erschwert war, ist es selbstverständlich, daß der Landwirt jetzt, wo ihm die Weiden die Möglichkeit zur Mast bieten, sein Vieh nicht auf den Markt bringt, sondern es erst voll ausmästet, um die absolut und relativ höheren Preise für Mastvieh zu erzielen. Er handelt damit auch nur im Interesse der Allgemeinheit, weil auf diese Weise wenigstens bis Mitte des Sommers schlachtreifes Mastvieh in ausreichender Menge zur Verfügung stehen wird. Bis dahin aber wird die Bevölkerung, soweit sie nicht an dem Fleischverkauf durch die Gemeinden Anteil hat,

hauptsächlich auf die Dauertware angewiesen sein, die in spekulativer Absicht in Massen hergestellt wurde. Sache der zuständigen Stellen muß es unter diesen Umständen sein, dafür zu sorgen, daß wenigstens diese Dauertware dem Verbraucher zu erschwinglichen Preisen zugänglich gemacht wird.

Wir machen gegenwärtig — nicht ohne Schuld der Regierung, die für diese Übergangszeit hätte vorzusehen müssen — eine fleischarme Zeit durch. Die Ernährungsschwierigkeiten werden dadurch nicht unerheblich verschärft. Zu beachten bleibt aber, daß es sich um eine Übergangszeit handelt, und daß die zur Verfügung stehende Fleischmenge sich nach einiger Zeit wieder steigern wird.“

6./V. 1916

Die Versorgung mit Lebensmitteln. Vorschläge zur Lebensmittelversorgung.

Köln, 6. Mai. Der Sozialdemokratische Verein und das Kartell der Freien Gewerkschaften Kölns haben eine Eingabe an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten-Versammlung gesandt, in der die Einführung der Fleischkarten in Köln unter Anrechnung der in den Haushaltungen befindlichen Vorräte, die durch eine Bestandsaufnahme zu ermitteln sind, und die Abschlagung des gesamten in die Stadt gelangenden Viehes durch die Stadt gefordert werden. Die Wurstbereitung soll von der Stadt in Eigenbetrieb übernommen werden. Ferner empfiehlt die Eingabe den Erlass einer Verordnung gegen das Hamstern, und Festsetzung von Höchstmengen, über die hinaus kein Haushalt Vorräte wichtiger Lebensmittel haben darf. Schließlich wird eine großzügige Ausbreitung der Massenverpflegung, insbesondere im Hinblick auf den nächsten Winter, angeregt. Die Vorschläge verdienen jedenfalls sorgfältigste Prüfung. Vor allem wird die Massenverpflegung zu einer immer dringlicher werdenden Aufgabe nicht nur der Gemeinden, sondern auch des Staates.

Verbesserungen in der Zufuhr?

Von unterrichteter Seite wird uns über die Lebensmittelversorgung mitgeteilt: In der letzten Zeit ist eine Störung in der Roghmehlversorgung, allerdings nur in Wien, beobachtet worden, der aber bereits abgeholfen wurde; für die nächsten vier, fünf Wochen ist eine ausgiebigere Versorgung zu erwarten.

Die Beschaffung von Fett bietet bekanntlich nicht nur in Oesterreich Schwierigkeiten. In den letzten Tagen wurden von Wien aus mit Ungarn Verhandlungen eingeleitet, um bezüglich des Verkehrs mit Auslandsfett und auch bezüglich des Verbotes der Umwandlung von Speisefett in Industriefett einheitliche und wirksame Verordnungen zu erlassen. In Anbetracht der Preissteigerung und des mangelhaften Auftriebs auf dem Wiener Viehmarkt hat sich die österreichische an die ungarische Regierung gewendet, um eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen, was durch Verordnungen über den Auftrieb geschehen soll. Im großen und ganzen wird getrachtet werden, den für das einzelne Kronland unumgänglich notwendigen Viehbestand aufzunehmen; der Rest soll für die Approvisionnement verwendet werden. Zur Schonung der Viehbestände ist eine Klassifikation der „Schlachtreifen“ Tiere vorgesehen. An die Einführung von Fleischarten wird nicht gedacht.

Aus Russisch-Polen wurden bisher 2000 Waggons Kartoffel eingeführt, die alle Klagen über Knappheit verstummen ließen. Nun hat sich das Ministerium des Innern neuerdings an die Seeresverwaltung gewendet, und es ist ihr gelungen, die Fortsetzung dieser Einfuhren zu erreichen.

Bezüglich des Valorisationskaffees, den die Regierung in beträchtlichen Mengen als Reserve aufgestapelt hat, schweben Verhandlungen; die Aufteilung dürfte in nicht ferner Zeit erfolgen; hoffentlich wird sie den Kaffeepreis entsprechend drücken.

Die Eierteuerung, die uns just zurzeit der Höchstfaison besichert wurde, ist durch die Preissteigerun-

gen in Ungarn und vornehmlich durch die Zuschläge verursacht worden, welche die „Miles“ vorschrieb. Der Mangel entstand infolge der Massenkonservierungen, welche die „Miles“ vornahm und noch vornimmt, und — wie uns mitgeteilt wird — auch durch den großen Verbrauch, der heute in Wien das Dreifache vom normalen Konsum erreichte, wozu die „Eierkaffees“ (Zausenerjakaffee) beitrugen. Im Uebrigen wird man trachten, aus Galizien, Ungarn, Kroatien und aus der Bukowina mehr Ware einzuführen. Da sich viele kleine Eierhändler, und zwar mit Recht, beschwert haben, daß sie bei der Verteilung der von der „Miles“ aufgekauften Waren leer ausgehen und dem Ruin überantwortet werden, hat die Regierung eingegriffen und heute eine Genossenschaft gegründet, in der die kleinen Händler vereinigt sind und der nach Bezirken Ware zugewiesen werden wird.

Es wäre nur lebhaft zu wünschen, daß sich vorstehende Ankündigungen und Voraussagen auch erfüllen.

Die Lebensmittelversorgung.

Kartoffeln, Mehl und Fleisch.

Von informierter Seite wird uns mitgeteilt:

Dank dem besonderen Entgegenkommen des Armeecoberkommandos ist es gelungen, die Kartoffelversorgung der Stadt Wien für die nächste Zeit vollkommen sicher zu stellen. Gegen 2000 Waggons Kartoffeln stehen für die Stadt bereit, und die Organisation der Zufuhr wird jetzt in Galizien, in der Bukowina und in Rußisch-Polen weiter ausgebaut. Die Gemeinde Wien ist in der Lage, Saatkartoffeln sogar für die Provinz abzugeben.

Die Mehllieferung des Kronlandes Niederösterreich und der Stadt Wien wurde in die Hände der Statthalterei gelegt, die in der letzten Zeit gestattet hat, daß bei der Brotbereitung die Brotmehle bis zu 50 Prozent mit Mais zu strecken sind. Die in den letzten Tagen eingetretene Stockung in der Versorgung des Konsums mit Weizenmehl ist ebenfalls bereits wieder überwunden. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt wird dafür Sorge tragen, daß die klaglose Versorgung des Konsums mit diesem wichtigen Nahrungsmittel alsbald wieder flott funktioniert.

Die Fleischfrage bildet fortgesetzt den Gegenstand lebhafter Erörterungen bei den Regierungsstellen, denen auch nicht die fortgesetzte Steigerung der Vieh- und Fleischpreise sowie die ständige Verringerung der Viehauftriebe auf den Märkten entgangen ist. Entsprechende Maßnahmen sind auf diesem Gebiete im Zuge. Auch der Lösung der Fettfrage dürfte baldigst nähergetreten werden.

Die Brot- und Zuckerkarten.

Die heute zur Ausgabe gelangenden Brotkarten, denen auch die Zuckerkarten beiliegen, enthalten auf der Rückseite ein Zuzerat mit der Aufforderung, Kriegsanleihe zu zeichnen. Im Anbert befindet

sich ferner ein Anmeldebchein für die Zeichnung der Kriegsanleihe.

Die Vereinfachung der Speisekarte.

Am Donnerstag findet, wie wir hören, im Reichsamt des Innern eine Beratung mit Sachverständigen über die Vereinfachung der Verköstigung statt. Die Grundsätze, über die beraten werden soll, lauten, wie folgt:

1. In Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen dürfen an warmen Speisen einem Gaste zu einer Mahlzeit nicht mehr Gerichte zur Auswahl gestellt werden als je zwei verschiedene Suppen, Zwischengerichte, zu denen Fleisch oder Fisch nicht verwendet ist, Fischgerichte, Fleischgerichte und Süßspeisen.

2. Jedem Gaste darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht, gleichviel, ob warm oder kalt, verabfolgt werden. Gestattet bleibt außer an fleischlosen Tagen die Verabfolgung von Fleisch als Aufschnitt auf Brot neben anderen Fleischgerichten.

3. Die Verabreichung von warmen Speisen auf Vorlegeplatten oder -schüsseln, soweit es sich nicht um die gleichzeitige Verabreichung desselben Gerichtes an zwei oder mehrere Personen handelt, sowie die Verabfolgung von roher oder zerlassener Butter zu warmen Speisen ist verboten.

4. Als Fleisch im Sinne dieser Grundsätze gilt Rind-, Kalb-, Schaf-, Schweinefleisch sowie Fleisch von Geflügel und Wild aller Art.

Fleischabgabe in Grunewald nach Nummern. Die Fleischzuteilung ist auch in Grunewald einstweilen etwas knapp bemessen. Die Gemeinde wird deshalb jetzt einen neuen Versuch machen, der einer zunächst beschränkten, vorher festgesetzten Anzahl von Gemeindegliedern eine bestimmte Fleischration verbürgt, so daß das Warten vor dem Fleischerladen wegfällt. Es sollen sämtliche Gemeindeglieder Nummern erhalten, und die Verwaltung wird an den Anschlagstafeln sowie vor dem Geschäftslokal des Fleischermeisters bekannt geben, welche Nummern an bestimmten Fleischverkaufstagen berücksichtigt werden können. Gleichzeitig wird die Ration von einem achtel auf ein viertel Pfund für den Kopf erhöht. Der Fleischverkauf findet bis 12 Uhr mittags statt.

Der städtische Nahrungsmittelausschuß in Lichtenberg hat für die Abgabe von städtischem Fleisch durch die Lichtenberger Ladenschlächter folgende Bedingungen aufgestellt: Die Ladenschlächter haben von dem ihnen zugeteilten Schweinefleisch 65 Prozent, von dem übrigen Fleisch 90 Prozent im öffentlichen Verkauf an jedermann abzugeben. Das Fleisch darf nur auf Brotarten abgegeben werden. Auf eine Brotart darf nicht mehr als 3 Pfund wöchentlich verkauft werden.

Die in Neukölln vorgenommene Viehzwischenzählung hat, wie in der letzten Sitzung der dortigen Kriegsnotsstandscommission mitgeteilt wurde, folgendes Ergebnis gehabt: 1635 Pferde, 966 Rinder, 3 Schafe, 590 Schweine, 476 Ziegen,

14 371 Federvieh und 9370 Kaninchen. Ferner wurde von der Kommission beschlossen, die städtische Volkstüche durch Hinzunahme eines weiteren Kessels zu vergrößern und außerdem fahrbare Kochtöpfe wie in Lichtenberg anzuschaffen.

Z. IV. 1916

Die Lebensmittelversorgung.

N Berlin, 6. Mai. (Priv.-Tel.) Heute Vormittag fand eine von der Staatsanwaltschaft einberufene Konferenz statt, zu der der Leiter des neugebildeten Wucherbezirksrats des königlichen Polizeipräsidiums, Kriminalkommissar Lehnerdt, zugezogen war. In der Konferenz wurde über weitere Maßnahmen gegen die Zurückhaltung von Waren und zur Eindämmung der Bucherpreise beraten. Es wurde nach dem „Vokalanzeiger“ beschlossen, auch weiter mit aller Schärfe vorzugehen.

Der Viehaustrieb auf dem Berliner Schlachthof ist auch in dieser Woche vollkommen ungenügend gewesen, und die Zahl der angelieferten Tiere steht hinter der vom Viehhandelsverband vertragsmäßig zu liefernden immer noch weit zurück. Durch den Austrieb des Viehmarktes am Mittwoch und am heutigen Samstag sind in dieser Woche zusammen 1400 Rinder, 3260 Kälber, 2000 Schafe und einschließlich der von der Landwirtschaftskammer gelieferten Vertragschweine etwas über 4000 Schweine für Berlin und die Vororte geliefert worden. Tatsächlich waren nach den getroffenen Festsetzungen zu liefern: 2125 Rinder, 2185 Kälber, 4500 Schafe und 14 116 Schweine. Nach wie vor sind auch in dieser Woche mehr Kälber geliefert worden als vertragsmäßig, was seine bekannte Erklärung darin findet, daß für Kälber bisher keine Höchstpreise bestehen. Alle anderen Viehsorten waren in zu geringer Zahl vorhanden, an Schweinen fehlten diese Woche für Berlin und Vororte 10 000 Stück. Die Melksfleischstelle ist sich, wie sie bekannt gegeben hat, bewußt, daß es mit der Tätigkeit der Viehhandelsverbände noch stark hapert. Dieses Erkennen der Ursachen des Mangelstandes, so bemerkt der „Vokalanzeiger“, gibt die Hoffnung, daß demnächst von zuständiger Stelle für besseres Funktionieren der amtlichen Organisation gesorgt wird. Es wird aber allmählich Zeit!

in Köln, 6. Mai. (Priv.-Tel.) Der sozialdemokratische Verein und das Kartell der freien Gewerkschaften richteten eine dringliche Eingabe an den Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung, in der um schnelle Einführung der Fleischkarte in Köln unter Anrechnung der in den Haushaltungen befindlichen Vorräte, die durch eine Bestandsaufnahme zu ermitteln sind, gebeten wird. Weiterhin wird ersucht, ein sofortiges Verbot der Zustellung von Fleisch in Haushaltungen und Wirtschaftsbetrieben zu erlassen und eine Abschachtung des gesamten in die Stadt gelangenden Viehes durch die Stadt herbeizuführen. Ferner verlangen die Antragsteller den Erlass einer Verordnung gegen das Hamstern, sowie Festsetzung von Höchstmengen, über die hinaus kein Haushalt Vorräte wichtiger Lebensmittel haben darf.

Z. IV. 1916

Höchstpreise und kommunale Bestände.

Aus Kreisen der kommunalen Lebensmittel-Verwaltung wird uns geschrieben:

Bei Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel (wie jetzt zum Beispiel für Kaffee und Tee) werden in der Regel Preise vorgeschrieben, welche unter den vorher im freien Markte gültigen Preisen liegen. Mit dieser Maßnahme will man verständigerweise die Preise auf eine angemessene Höhe zurückschrauben und die Differenz denen aufbürden, die durch Anhäufung von Vorräten die Preistreiberei zum großen Teil verschulden. Dabei ist indessen offenbar außer Acht gelassen, daß eine sehr große Anzahl von Kommunalverwaltungen oder Vereinigungen von Kommunalverbänden (Bezirkszentralen) solche Lebensmittel aufkaufen mußten, um die Versorgung des ihnen anvertrauten Gebietes sicherzustellen. Wenn diese Stellen zu Höchstpreisen verkaufen müssen, die unter ihrem Einstandspreise liegen, so erwachsen ihnen aus der Erfüllung ihrer Versorgungspflicht und ihrer im Interesse der Allgemeinheit geleisteten Tätigkeit Verluste. Dies ist durchaus unbillig und es sollte zum mindesten eine Uebergangszeit bestimmt werden, in der Kommunalverbände ihre Vorräte zum Einstandspreise abgeben dürfen. Es wäre durchaus geboten, wenn diesen Gesichtspunkten jetzt bei der Regelung des Kaffee- und Teeverbrauchs und auch später in ähnlichen Fällen Rechnung getragen würde. Wenn diese Sonder-Erlaubnis nur an Kommunalverbände und nur für eine Uebergangszeit gegeben wird, so ist der Zweck der Höchstpreisfestsetzung — nämlich die Zurückschraubung auf ein normales Niveau zu Lasten unbedrängter Aufkäufer — durchaus gewahrt.

Einheitliche Nahrungsmittelversorgung.

Strasburg i. Els., 6. Mai. (W. B.) In der Budgetkommission der Zweiten Kammer wurde ein Antrag angenommen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß eine einheitliche Regelung der Nahrungsmittelversorgung durch das ganze Reich erfolge, welche eine ausreichende Zuteilung und Zuführung der notwendigen Lebensmittel an die Gemeinden vorsieht, erforderlichenfalls durch Beschlagnahme und Enteignung bei den Produzenten unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels, ferner, daß eine zentrale Regelung der Preisgestaltung durch Festsetzung von Höchstpreisen für alle Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs unter Berücksichtigung der Produktionskosten und abgestuft nach Preisbezirken vorgenommen wird.

7.10.1916

Der Stand der Wiener Approvisionnementen.

Mitteilungen von informierter Stelle.

Störungen in der Zufuhr von Kochmehl.

Wien, 6. Mai.

Bekanntlich hat eine Verordnung der niederösterreichischen Statthalterei die Streckung der Vorräte an Eismehl mit Maismehl bis zum Höchstausmaß von 50 Prozent gestattet. Eine Störung in der Wiener Mehlversorgung war in der letzten Zeit nur in bezug auf Kochmehl wahrzunehmen. Auch in dieser Beziehung ist in allernächster Zeit eine Abhilfe und reichliche Versorgung der Hauptstadt zu erwarten.

Die Ursachen der Eierknappheit.

Gewisse Mißstände haben sich in der jüngsten Vergangenheit, speziell in der letzten Woche, auf dem Gebiete der Eierversorgung gezeigt. Die „Miles“ wurde ins Leben gerufen, um einerseits einen Preisausgleich, andererseits einen Vorratsausgleich zwischen den jetzigen Beständen und den im Winter erforderlichen zu erzielen. Wenn die erste Aufgabe nicht gelöst worden ist, so sind hierfür verschiedene Gründe maßgebend. In Ungarn sind die Eierpreise im rapiden Steigen begriffen, und dies hat zur Folge, daß auch hier die Eier immer teurer werden und infolgedessen ein Ausgleich zwischen ungarischen Eiern und Eiern aus Galizien und anderen Gegenden erfolgt.

Der zweite Grund der Teuerung ist der, daß auf Grund einer genauen Berechnung ein Zuschlag von 12 K. per Kiste Eier bewilligt wurde, damit die Miles für die Konservierung von Eiern für die Winterzeit Vorsorge treffe. Nun liegt der Einwand nahe, warum den Privaten nicht der Ankauf und die Konservierung von Eiern freigestellt wird. Hier sind zwei Gesichtspunkte maßgebend: Verhinderung einer unzulässigen Spekulation und Vorsorge gegen eine zu befürchtende Beeinträchtigung der unbemittelten Bevölkerungsschichten. Der Mangel an Eiern ist zum großen Teil daraus zu erklären, daß der Eierkonsum gegen das Normale überaus gestiegen ist und sich sogar gegen das Vorjahr verdreifacht hat. Man denke beispielsweise nur daran, daß die Kaffeehäuser statt Milchlässe Eierlässe verabsorgen, und überdies hat, wie bemerkt, die Miles den Auftrag, mit ihren Vorräten für den Winter einigermaßen zurückzuhalten. Der scheinbar gesteigerte Eiermangel der letzten Tage dürfte allerdings auf einen Organisationsfehler zurückzuführen sein. Es hat sich eine Anzahl kleinerer Eierhändler beschwert, daß sie bei der Zuteilung von Eiern häufig leer ausgegangen seien. Das Ministerium des Innern hat heute nun dahin interveniert, eine ungerechte Verteilung unter den Eierhändlern hintanzuhalten.

Die Kartoffelversorgung.

Was die Kartoffelversorgung anlangt, so kann mit besonderer Befriedigung hervorgehoben werden, daß diese gegenwärtig eine vollständig genügende, reichliche und die Erfordernisse weit übersteigende ist. Hier gebührt besonderer Dank den Militärbehörden, die eine glänzende Organisation des Transportwesens in die Wege geleitet haben, und an die nun die Bitte gerichtet wurde, in der gleichen Weise die Lieferungen aus der Bukowina zu organisieren.

Keine Fleischkarte.

In der Fleischfrage sind neue Unterhandlungen mit Ungarn zur Regelung der Fleischpreise und des Fleischverkehrs vorgesehen. Von der Einführung einer Fleischkarte ist keine Rede. Sine qua non besteht die Absicht, eine Organisation in der Richtung durchzuführen, daß zunächst der Länderebedarf sichergestellt und die Viehbestände kommissionell untersucht

und aufgenommen werden, schlachtbares Vieh außer dem Bestande dorthin geliefert wird, wo der Bedarf besteht.

*** Ein Wiener „fleischloses“ Festessen.**
 Im „Berliner Tageblatt“ berichtet ein Teilnehmer über die jüngst in Wien stattgefundenen Beratung der deutschen, österreichischen und ungarischen Fremdenverkehrsorganisationen. Er erzählt unter anderem: „Die Stadt Wien hat es sich nicht nehmen lassen, die Vertreter der neugegründeten Verkehrsvereinigung zu einem „kriegsmäßigen Abendessen“ einzuladen. Es war ein Freitag und damit auch für Wien ein fleischloser Tag. Aber die reichsdeutschen Gäste musterten erstaunt die folgende Speisearte:
 Gemüsesuppe.
 Gebirgsforellen mit Butter und Kartoffeln.
 Schüssle mit feinen Gemüsen.
 Perlhühner.
 Wiener Salat.
 Dunstobst.
 Schokoladelauf.
 Käse.
 Backwerk.
 Kaffee.
 Das nennt man in Wien „fleischlos“

Lebensmittelvorsorge der Gemeinde Berlin

Die Stadt Berlin hat, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, bisher seit Beginn des Krieges für hundertsechzig Millionen Mark Lebensmittel angeschafft. Ferner hat sie an 500.000 Haushaltungen Bezugskarten für Schweinefleisch abgegeben, das heißt an fünf Sechstel der Bevölkerung.

Die Konsumtrise der Industrie.

Ein tüchtig Stück Brot zu essen, ohne die Bissen zählen zu müssen — das wird nach dem Kriege das nächste Begehren aller sein. Selbsttäuschung, verhängnisvollste Selbsttäuschung unserer verantwortlichen Wirtschaftsämter wäre es,

dies zu übersehen und anzunehmen, die Rolle, die die Volksernährung im Kriege gespielt hat, ende mit dem Tage des Friedensschlusses und mache wieder dem Kulissenpiel der Zollunster Platz. Die Lebensmittelzölle sind aufgehoben, sie bestehen nicht — ihre Wiedereinführung wäre das Neue, das sich erst zu rechtfertigen hätte. Und es müßte vor allem erst möglich und denkbar sein!

Vieles Unwahrscheinliche ist trotzdem möglich unter der Sonne. Wer hätte vor 1904 Franz Kossuth als Minister für möglich gehalten — er war 1906 möglich! Wer hätte nach 1905 Tisza als Minister für möglich gehalten? Tisza ist möglich, dieser Graf Tisza mit all seinen Reden und Plänen ist wirklich möglich! Und so ist auch möglich, daß schreibkundige Beamte ein Zolltarif zusammenstellen, in dem die Lebensmittelzölle wieder neu eingeführt werden sollen und der stehende wirtschaftliche Rechtszustand auf dem Papier umgestürzt wird. Ja das politische Leben vollzieht sich nicht selten in solch jähen Umschlägen, obschon es wenige Staatsmänner gibt, die sie für wünschenswert halten. In der Geschichte des Grafen Tisza sind sie die Regel gewesen, sie sind auch seiner Geistesverfassung durchaus verwandt, und viele preisen ihn darum als Genie, weil ja Genie und Temperament so nahe verwandt sind.

Dennoch ist es erlaubt, sich zu fragen, wie denn unsere Volkswirtschaft sich umgestaltet haben müßte, bis sie die große Neuerung, die Wiedereinführung von Lebensmittelzöllen, erst wieder verträglich machen könnte. Wir stehen nämlich heute, schwache Menschen wie wir einmal sind, hilflos unter dem Banne der entgegengesetzten Zwangsvorstellung: Lebensmittel einzuführen um jeden Preis, mit allen Opfern, in größter Menge — ja wir haben uns mit zu diesem Zwecke entschlossen, einen schweren und ruhmvollen Feldzug zur Freilegung des Donauverkehrs zu führen. Es lebt da in beiden Staaten der Monarchie auch nicht ein Mensch von gesunden Sinnen, der die strenge Folgerichtigkeit unserer ganzen Staatspolitik nicht anerkennen müßte. Erst haben wir, um leben zu können, die Zölle aufgehoben und so die selbstgesetzten Grenzhindernisse beseitigt. Da nun andere uns Grenzhindernisse bereiteten, haben wir auch diese weggestoßen, um leben zu können, das heißt um Lebensmittel einzuführen. Der Rechtszustand der Einfuhrfreiheit wurde also gleichsam feierlich besiegelt durch die Balkansiege. Wir müssen eben leben.

Und so fragt es sich denn auch weiter, ob wir leben können ohne die Forterhaltung des jetzigen Rechtszustandes, ob dessen Umsturz nicht unsere Lebensmöglichkeiten beeinträchtigen würde! Gewiß — die Grenzen, innerhalb deren sich ein Leben noch als physiologisch vorhanden feststellen läßt, sind durch die Kriegserfahrungen als sehr enge nachgewiesen worden. Aber leben heißt für uns Fortführung der Volkswirtschaft. Diese aber fortzuführen unter gleichzeitiger Rückbildung des Systems der Volksernährung auf den Zustand vor dem Kriege, scheint uns ganz undenkbar. Soviel hat sich in dieser Ereignisfolge gewandelt, so sehr sind alle Voraussetzungen unseres Daseins verschoben worden, daß der Juli 1914 weit, weit abgerückt ist von heute. Wir haben in zwanzig Monaten mehr durchlebt als sonst in zwanzig Jahren und die Zeit der Kaisersemeln wird uns bald so märchenhaft scheinen wie unseren Vätern die der Silberzwanziger.

Unsere Volkswirtschaft macht einen Umgestaltungsprozeß mit, in dem wir alle der rein passive Teil sind — wir sehen, wir staunen, wir suchen zu begreifen, aber wir wissen noch lange nicht zu deuten, was da wird. Nur wenig wissen wir sicher und zu diesem Wenigen gehört, daß unser Heimatboden in dem Zustand, wie er nach dem Kriege sein wird, uns allen nicht mehr ernähren kann, daß wir um Millionen, vielleicht um Milliarden Lebensmittel werden einführen müssen. Zugleich wissen wir mit voller Sicherheit, daß die Preise des Nahrungsbedarfs im Inland gewaltig gestiegen sind, so sehr, daß die kühnsten agrarischen Träume hinter solchen Phantasiereisen zurückbleiben. Wir wissen weiter, daß sich die Ueberseefuhr durch den Krieg so verteuert hat, daß der Schiffsraum so karg geworden ist, daß die Einfuhr.

Die Konsumkrise der Industrie

weit entfernt, eine Hemmung zu vertragen, mit den stärksten Reizmitteln wird angespannt werden müssen. Wir werden wohl Schiffahrtslinien, die Getreide, Vieh und Kühlfleisch zufrachten, subventionieren, vielleicht auch Einfuhrprämien zahlen müssen! Denn die Beschaffung über See selbst wird gleichfalls die größten Schwierigkeiten machen. Die Vereinigten Staaten werden ja die erste Großmacht der Industrie sein und ihre Lebensmittel selbst aufzehren, vielleicht sogar darin als Käufer auftreten. Die großen Kolonien aber, die durch das glänzende Rohstoffgeschäft jetzt unermessliche Kapitalmassen an sich ziehen, werden sie industriell anlegen, Arbeitermassen beschäftigen und einen wachsenden Teil ihrer Lebensmittel selbst aufzehren — um den verbleibenden Rest wird sich das ganze ausgedarbt Europa balgen.

Wäre es nicht hoch an der Zeit, in der gemeinsamen Regierung eine Studienkommission einzusetzen, die zu untersuchen hätte, mit welchen Reiz- und Lockmitteln die Einfuhr von Lebensmitteln angespornt werden könnte?

Es ist uns bitterer Ernst mit diesem Vorschlag. Wie man hört, gibt es irgendwo eine Kommission, die sich mit der Einfuhr der Rohstoffe für die Industrie beschäftigt. Jener Rohstoff, aus dessen Verarbeitung der Organismus Arbeitskraft, Wehrkraft, Intelligenz und Willen bildet, ist Brotfrucht und Fleisch. Eine Studienkommission ist einzurichten, die alle Mittel ausforischt, wodurch die Einfuhr dieses Rohstoffes aller Rohstoffe sichergestellt wird!

Unsere Industriellen, geistig getriebelt durch überlieferte Vorurteile, übersehen die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage. Sie bemerken nicht, daß sich, solange unserem Volke der Konsum von Brot und Fleisch nicht gesichert ist, ein Konsum an Industrialien gar nicht entwickeln kann! Sie belieben den gewaltigen Unterschied gar nicht wahrzunehmen! Der Zustand ständiger Unterproduktion an Lebensbedarf schafft den Agrariern einen unendlich aufnahmefähigen Markt, aber er untergräbt zugleich den Markt der Industrialien. In der Stunde, wo die Kriegslieferung aufhört, bricht die industrielle Konjunktur ab, sie findet keinen nennenswerten inneren Markt vor — die bloße Luxusindustrie ausgenommen. Denn was in den breiten Massen eingenommen wird, muß verwendet werden zur Füllung der Magenwände — man will doch endlich ein tüchtig Stück Brot essen! Darum gehört zu dem Wenigen, was heute schon gewiß ist, daß die Industrie vor der Gefahr einer langen, schweren industriellen Konsumkrise — und nicht bloß vor einer Rohstoffkrise — steht und sie nicht überwinden kann außer durch den Abbau der Lebensmittelpreise! Infolge dieser Konsumkrise werden die Preise der Industrieprodukte — die halbagrarischen wie Eisen und Kohle ausgenommen — jählings zusammensinken, ganz von selbst, während die Agrarprodukte von selbst im Preise nicht weichen. Sie verlangen und bedürfen des Abbaues, und dieser kann nur vollzogen werden durch die Anspornung der Einfuhr.

Muß nicht angenommen werden, daß unsere Volkswirte insgesamt diese Zusammenhänge zu erforschen sich bemühen und auf Abhilfe dringen? Ist die Erwartung erlaubt, daß sich auch unsere großen und kleinen Industriellen über die Bedingungen ihrer

künftigen Wirtschaft ein zulängliches Bild machen? Ist die Hoffnung nicht unbescheiden, daß sich unsere Wirtschaftsämter, die ja vom Staat dazu eingerichtet sind, klar werden über die Voraussetzungen, unter denen künftig die Staatswirtschaft allein fortgeführt werden kann? Darf man also das Zutrauen hegen, daß sie sich mit anderen Gedanken tragen als damit, wie denn der geltende Rechtszustand der Einfuhrfreiheit für Lebensmittel wieder beseitigt werden könnte?

Kriegsgesetz.

Die Erörterungen über den Preiswucher auf dem Lebensmittelmarkt dauern in der reichsdeutschen Presse mit ungeminderter Schärfe fort. Wie kürzlich an dieser Stelle bereits hervorgehoben wurde, ist es besonders bemerkenswert, daß gerade die der Reichsregierung nächstehenden Organe in diesem Preßfeldzug die führende Stimme haben. Da also die Kritik nicht bloß von oppositioneller Seite einsetzt, nicht den Zweck hat, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, sondern im Gegenteil von den höchsten Amtsstellen gewünscht und angeeifert wird, so ist es wohl offenbar, daß in Deutschland nunmehr von Amts wegen gegen den Lebensmittelwucher ernsthaft eingeschritten werden soll und daß entschiedene Maßregeln in dieser Richtung bevorstehen. Bekanntlich hat der namhafte Physiologe Prof. Rubner in einem Vortrag über die deutsche Volksernährung, den er kürzlich im Kaiser Wilhelm-Institut hielt, die Stellung des gesamten deutschen Ernährungswesens unter Militärdiktatur angeregt. Aus einem Artikel der Kölnischen Zeitung, der sich mit dieser Anregung beschäftigt, scheint hervorzugehen, daß in der Tat etwas Ähnliches geplant ist; allerdings nicht in der radikalen Weise, daß etwa die Militärbehörden auch die

Verordnungsgewalt auf diesem Gebiete an sich ziehen, wohl aber in der gemäßigteren Form, daß die Militärbehörden den Zivilbehörden ihre Unterstützung leihen, um eine wirksame Durchführung der bestehenden Verordnungen zu sichern. Und das ist eben der springende Punkt bei der Sache. An gutgemeinten Verordnungen, an strengen Strafandrohungen zum Schutze des Publikums fehlt es ja nirgends. Woran es fehlt, das ist nur der ausführende Arm. Die staatlichen und städtischen Verwaltungsämter leiden jetzt in Deutschland — ebenso wie anderwärts — an Personalmangel, da alle dienstfähigen Männer einberufen sind. Die Aufgaben der Verwaltung aber haben sich verzehnfacht, und insbesondere die organisatorischen Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung sind es, die eine große Zahl überwachender und ausführender Organe verlangen. Diese tausend Hände, die der Zivilverwaltung mangeln, die Militärverwaltung hat sie zur Verfügung. Und sie scheint, wie das zitierte Blatt ankündigt, in Deutschland jetzt wirklich entschlossen, ihre Hilfskräfte gegen den gefährlichsten inneren Feind, gegen den Preiswucher, zu mobilisieren.

Man muß bei den unleidlichen Verhältnissen, wie sie sich auf dem Lebensmittelmarkt entwickelt haben und selbst im Organ des deutschen Reichskanzlers als „Preistreiberien von mitunter unerhörtem Umfang“ gekennzeichnet werden, zwei Dinge wohl unterscheiden: erstens die hohen Preise, die nur die letzte, sichtbare Erscheinung des Wuchers sind, und zweitens die geschäftlichen Vorbereitungen, die sich unsichtbar hinter den Kulissen vollziehen und eben das hinauftreiben der Preise systematisch erwirken. Es ist klar, daß eine behördliche Überwachung und Ahndung, die an dem Ende eingreift, wo der hohe Preis zum Vorschein gelangt, dem Uebel nicht beikommen kann. Um ihm beizukommen, muß man es an der Wurzel fassen; das heißt, in den verborgenen Kammern des Wirtschaftslebens, wo die künstlichen Schiebungen der Vorräte, deren Aufkaufen und Zurückhalten, sowie das gewalttätige Auseinanderreißen von Angebot und Nachfrage veranstaltet werden. In dieses dunkle Gebiet der Kriegswirtschaft muß die Staatsgewalt einmal scharf hineinleuchten und kräftig hineinschlagen mit allen Nachtmitteln, die ihr in der Kriegszeit zu Gebote

stehen. Nicht dort, wo der hohe Preis fertig auf die Tafel springt, sondern dort, wo er allmählich addiert und multipliziert wird, dort sind die Preistreiber zu suchen und zu packen. Es ist durchaus keine Uebertreibung, sondern entspricht nur der allgemeinen Volksempfindung, wenn die Kölnische Zeitung den Lebensmittelwucher ein Verbrechen nennt, das „heutzutage hart an Landesverrat grenzt“. Wer in der belagerten Festung die Bevölkerung durch maßloses Ausnützen einer sogenannten Kriegskonjunktur physisch und seelisch bedrängt, der fällt den Verteidigern in den Rücken. Wenn angesehenere deutsche Blätter, die eine gemäßigte Politik und große Wirtschaftsinteressen vertreten, eine so nachdrückliche Sprache führen, so deutet das unverkennbar darauf hin, daß die Reichsregierung in den so scharf gerügten Zuständen Wandel schaffen will — wenn nötig, mit Hilfe der Militärgewalt. Der Krieg hat seine eigenen Gesetze, und der Lebensmittelwucher gehört unter das Kriegsgesetz.

Guter Saatenstand in Norddeutschland.

Es wird uns aus Norddeutschland geschrieben:

Aus Süddeutschland ist ein ausgezeichnete Stand der Wintersaaten, der Feldfrüchte und der Obstbäume gemeldet worden. Mehrlich günstige Berichte kommen aus großen Teilen Norddeutschlands und aus Schleswig-Holstein. Infolge der fruchtbaren Witterung der letzten Wochen sind die Weiden für das Vieh, das lange Monate unter dem Mangel an Futtermitteln litt, vorzüglich. Der Stand der Halmsfrüchte ist fast durchweg zur Zeit ausgezeichnet; im Mecklenburgischen z. B. steht man Roggenfelder, die direkt üppig stehen und eine Halmlänge aufweisen, die derjenigen anderer Jahre weit voraus ist. Die weiten Niederflächen Norddeutschlands bieten ein Bild prächtigen Gedeihens und reichsten Segens! Dazu kommen die Tausende von Hektaren großen, aus Ostländerereien in Kultur gebrachten Flächen, so in Schleswig-Holstein das Wilde Moor, das Lauenburgische Moor, die Segeberger Ostländerereien, deren Kultivierung zwar Millionen gekostet, die aber der deutschen Volkswirtschaft in diesem Jahre einen großen Tribut bringen werden! Auch der Fruchtansatz der Obstbäume verspricht überall eine gute Ernte; Kirsch- und Pfäumenbäume stehen in vielen Gegenden in voller Blüte, die letzten Nachtfröste der letzten Tage haben den Blümen nicht geschadet. So wird ein außerordentlicher Blüthen Schmuck auch aus den Vierlanden gemeldet; Steinobst und Frühbirnen lassen auch dort eine sehr reiche Obsternte erhoffen. Da die gleichen Verhältnisse bezüglich des Saaten-, Feldfrucht- und Obstbaumstandes auch für Süddeutschland in Betracht kommen, reißt es überall im deutschen Vaterlande einer reichen Saaten verheißenden Ernte entgegen.

8.7.1916

Kleinhandel und Lebensmittelversorgung.

Die Korrespondenz des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes schrieb kürzlich: Von allen Seiten wird der Kleinhandel jetzt auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen. Das preussische Abgeordnetehaus hat folgenden Beschluß gefaßt:

„die Staatsregierung solle dahin wirken, daß die Bildung von Vereinen des Kleinhandels zur Verteilung von Lebensmitteln gefördert wird, und daß die Gemeinden mit diesen und den bereits bestehenden derartigen Vereinen oder Genossenschaften zwecks Herbeiführung einer rationalen Verteilung der Nahrungsmittel in vertragliche Beziehung treten.“

Der Beschluß deckt sich im wesentlichen mit dem des Reichstages, der folgenden Wortlaut hat:

„daß bei Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die bestehenden Kleinhandelsvereinigungen beteiligt werden, daß die Behörden und Gemeindeverwaltungen auf die Bildung und den örtlichen Zusammenschluß derartigen Kleinhandelsvereinigungen hinwirken sollen, und daß diese Kleinhandelsorganisationen als Großverkäufer anerkannt werden müssen.“

Der Gedanke der wirtschaftlichen Organisation, so hieß es in der erwähnten Korrespondenz weiter, bricht sich auch in den Kreisen des Kleinhandels langsam Bahn. Es sind bisher nach den Feststellungen des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes zwölf Handelsgenossenschaften ins Leben gerufen, die den Zweck haben, mit Unterstützung der Kommunalverbände die Versorgung der Bevölkerung des Kreises bei tüchtigster Erhaltung des eingeseffenen Handels oder Gewerbes durchzuführen. Mit Recht macht der Anwalt des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes im Jahrbuch dieses Verbandes darauf aufmerksam, daß bei der jetzigen allgemeinen Organisation der Kleinhandel vollständig aus aller Fühlung käme, wenn er sich nicht auch zu *sammenschließe*. Die gegenwärtige Versorgung mit Lebensmitteln ist in der Hauptsache eine Sache gerechter und zweckmäßiger Verteilung der vorhandenen Vorräte. Diese Verteilung läßt sich nur ermöglichen, wenn Organisationen vorhanden sind, die eine Verbindung von der obersten Verteilungsstelle bis zu dem letzten Verbraucher herstellen. Hierzu ist es aber nicht nur notwendig, daß Organisationen ins Leben treten, wie sie in der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, der Griech- und Graupen-Zentrale usw. geschaffen sind, sondern daß auch der Handel, insbesondere der Kleinhandel, dem ja auch die Verteilung der vorhandenen Mengen unmittelbar an den Verbraucher obliegt, organisiert wird. Es kann selbstverständlich der Z.-E.-G. und den sonstigen Organisationen nicht zugemutet werden, daß sie mit jedem einzelnen Kleinhändler in Verbindung treten. Wohl aber ist es möglich, daß dies mit Organisationen des Kleinhandels geschieht, die ihrerseits die Weiterverteilung auf die einzelnen Kleinhändler und damit auf die Verbraucher, die bei diesen Kleinhändlern ihren Bedarf zu decken gewohnt sind, vornehmen. Versäumt der Kleinhandel die jetzige, gewiß wohl nie wiederkehrende Gelegenheit, sich zu organisieren, so darf er sich nicht wundern, wenn er nicht nur während des Krieges, sondern auch später sich beiseite geschoben sieht.

Nun haben, wie der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ mitteilt, Vertreter mehrerer Kleinhandelsorganisationen, denen der Verband der Rabattspartvereine Deutschlands, der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften, der Reichsdeutsche Mittelhandelsverband, der Verband katholisch-kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, der Verband der Konfitüren- und Schokoladen-Spezialgeschäfte Deutschlands und der Zentralverband deutscher Schuhwarenhändler angehören, in ihrer Tagung am Osterdienstag in Berlin zu der Frage der Besserung in der Ordnung der Warenverteilung Stellung genommen und ein Bündnis geschlossen, das den Namen „Reichsausschuß für den Kleinhandel“ führt. Ein von ihnen ergangener Aufruf enthält die Forderung, „daß den Berufsständen der öffentliche Auftrag erteilt wird, unter Aufsicht des Staates die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs im Wege der Selbstverwaltung der Berufsstände zu regeln.“ Zur Begründung dieser Forderung heißt es in dem Aufrufe:

„Nur dann besteht eine Gewähr, daß Grenzen und Wege gefunden werden, um auch im Kriege die aus der Verwaltung von Eigenbesitz stiehenden Kräfte zum Besten des Gemeinwohls in Tätigkeit zu erhalten. Diesen Berufsorganisationen sind alle erforderlichen Befugnisse zu geben, um ihre Angehörigen zur vollen Mitwirkung anzuhalten, sie durch gemeinschaftliche wirtschaftliche Unternehmungen zu unterstützen, den Berufsstand von ungeeigneten Elementen zu befreien, eine gesunde Preiswirtschaft aufrechtzuerhalten und eine tüchtige Ausbildung des Nachwuchses ebenso wie aller Berufsangehörigen anzubahnen.“

Der Ausschuß hat ferner den Zweck, die großen gemeinsamen Interessen des Kleinhandels einheitslich auch nach außen zu vertreten und die angeschlossenen Berufs- und Fachorganisationen bei der Durchführung ihrer Aufgaben in jeder Hinsicht durch Rat und Tat, durch Austausch guter Erfahrungen, durch Anbahnung und Förderung zweckmäßiger Maßnahmen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe zu unterstützen. Jede angeschlossene Organisation soll ihre Selbständigkeit behalten.

Lebensmittelbuch oder Karte?

In der guten Absicht, der Bevölkerung in möglichst bequemer Form alle Bezugsscheine für Lebensmittel darzubieten, sind verschiedene Stadtverwaltungen dazu übergegangen, in einem besonderen Büchlein Brotkarte und Milchkarte, Fleisch- und Fettbezugschein, Butterkarte, Ruderkarte und ähnliche Anweisungen oder Ausweise, neuerdings auch eine Seifenkarte, zu vereinigen. Sicherlich wird dadurch nicht nur die Kontrolle erleichtert, sondern auch die Gefahr, daß die wertvollen Karten in Verlust geraten, wesentlich herabgemindert, da sich ein immerhin nicht ganz dünnes Buch weniger leicht verlegen oder übersehen läßt, als eine einzelne Karte.

Bei den Verhältnissen, die sich allgemach auf dem Gebiet der Beschaffung verschiedener Lebensmittel herausgebildet haben, hat sich aber doch eine derartige Zusammenfassung als unzulänglich erwiesen. Falls nämlich die Hausfrau um Besorgung von Zucker bemüht ist, muß sie sich vielfach darauf gefaßt machen, eine oder einige Stunden dem Heim fernzubleiben, da sie sich der Reihe der auf Abfertigung wartenden Frauen anzuschließen hat, und längere Zeit vergehen kann, bis sie an die Reihe kommt. Inzwischen bedarf das Kind der Milch, die viel leichter schneller erlangt werden kann, aber auch nur gegen Vorzeigung und Durchsichtung ober sonstiger Kennzeichnung einer besondern, im Lebensmittelbuch befindlichen Karte verabfolgt werden darf. Der Vater kann die Milch nicht holen, weil die Mutter noch des Buches für

jenen anderen Zweck benötigt. Selbst wenn es sich sonst mit der Zeiteinteilung und anderen Verhältnissen der Wirtschaftsführung vereinbaren ließe, zunächst nach denjenigen Lebensmitteln Umschau zu halten, die ohne längeres Harren aus dem Laden geholt werden können, so scheitert dieses Aus Hilfsmittel doch daran, daß der gewünschte Bedarfsartikel — am häufigsten gerade Milch — in den früheren Morgenstunden noch gar nicht an der Verkaufsstelle eingetroffen ist, oder aber, daß eine bestimmte Stunde abgepaßt werden muß, zu der allein ein bestimmtes Nahrungsmittel abgegeben wird. Dieser letztere Fall hat sich überaus oft bei Fleisch, bei Milch, bei Zucker und bei Butter, vielfach auch bei Brot ereignet. Die Folge der Vereinigung aller Anweisungen innerhalb eines Buches war dann, daß derjenige leer ausgegangen ist, der nicht rechtzeitig den Abgabezeitpunkt wahrnehmen konnte, weil er noch durch die Bemühung um ein anderes Lebensmittel beansprucht war. Unter diesen Umständen sollte das System der Einzelkarte von den Stadtverwaltungen bevorzugt werden.

Obmännerkonferenz.

In der gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Sierhammer, Hof und Rain abgehaltenen Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien erstattete der Bürgermeister vorerst den Bericht über den Stand der Zentralstelle im Rathaus bis zum gestrigen Tage. Nach demselben wurden bisher verausgabt an fortlaufenden Unterstützungen 1,906,002 K., für einmalige Unterstützungen 696,763 K., an Kosten der Ausspeisung 5,862,700 K. und für die Näh- und Strickarbeiten 1,599,904 K. An laufenden Unterstützungen sind derzeit für 3296 Personen pro Monat 91,069 K. bewilligt. Der Stand der Anmeldungen für den staatlichen Unterhaltbeitrag beträgt 258,325.

Der Bericht des Oberstadtphysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens besagt: Seit Mitte März ist die Sterblichkeit im allmählichen Absinken begriffen, in welches die Vorwoche eine kleine Unterbrechung brachte. In der Berichtswoche betrug die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes 16.6 gegen 18.5 in der Vorwoche und 15.4 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Unter den Infektionskrankheiten haben nur die Blattern, insbesondere im 10. Bezirk, eine vermehrte Ausbreitung erlangt. In der Berichtszeit kamen 15 Erkrankungen zur Anzeige, davon 13 im 10. Bezirk. Im zweiten Kriegsjahr sind insgesamt bisher in Wien 239 Blatternerkrankungen vorgekommen, von welchen

151 auf Wiener, 13 auf Ortsfremde und 75 auf Militärpersonen entfielen. Hievon sind bisher 46, das sind 17.1 Prozent gegen 22 Prozent im Vorjahre, gestorben. Erkrankungen an Cholera und Flecktyphus sind in der Berichtszeit nicht vorgekommen; die übrigen Infektionskrankheiten zeigen ein normales Verhalten.

Einführung der Milchkarte.

Bereits in der nächsten Woche.

Hierauf erstattete Magistratsrat Dr. Jamöck folgenden Bericht über die Milchversorgung Wiens und die Einführung von Milchkarten: Obwohl seitens des Magistrats das möglichste gechehen ist, um die Ungleichheiten in der Milchverteilung in den einzelnen Bezirken Wiens, namentlich in den kinderreicheren, zu mildern, ist es infolge des konstanten Rückganges der Milchzufuhr dennoch nicht gelungen, die Klagen zu beseitigen, welche darin gipfeln, daß selbst denjenigen Kindern, welche fast gänzlich auf Milchnahrung angewiesen sind — es sind dies solche bis zum vollendeten zweiten Jahre — und den stillenden Müttern, Milch nur in ungenügendem Maße zukomme. Wenn auch die Hoffnung vorhanden ist, daß anlässlich des nunmehr gewinnbaren Grünfutters sich die Milchzufuhr steigern werde, so scheint es doch geboten, den Bedarf an Milch in den Haushaltungen für Kinder unter zwei Jahren und für stillende Mütter ohne milchevolle Erreichung der nötigen Quantitäten für alle Fälle sicherzustellen, und beabsichtigt daher der Magistrat, nach gepflogener Gutvernehmung mit dem Stadtphysikat, der Polizeidirektion und der Berufsvormundschaft bereits in der allernächsten Zeit zur Ausgabe von Milchkarten für den gedachten Zweck zu schreiten.

Nach der bestehenden Statthaltereiverordnung kann für den Säugling, beziehungsweise für die an dessen Stelle tretende stillende Mutter ein Milchquantum von täglich höchstens einem Liter, für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten zweiten Jahr ein solches von dreiviertel Liter im Kartenwege sichergestellt werden. Eine Sicherstellung für Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten sechsten Jahre, welche gemäß der Statthaltereiverordnung gleichfalls erfolgen könnte, hält der Magistrat und das Stadtphysikat nicht für geboten, da diese Kinder in der Regel der Milchnahrung nicht mehr bedürftig sind als Tausende von Hauskranken, für deren Sicherstellung der Milch auf dem Wege mittels Milchkarte nicht gesorgt werden kann.

Die zwingende Notwendigkeit der Milchnahrung bei den in Antrag gebrachten Kindern und stillenden Müttern ist in der ganzen Bevölkerung so anerkannt, daß der Bevorzugung derselben im Milchbezuge allgemein zugestimmt werden muß. Den gepflogenen Erhebungen zufolge ist höchstens mit 18,000 Kindern unter einem Jahre und 22,000 Kindern bis zu zwei Jahren zu rechnen, so daß es sich im ganzen um die Sicherstellung von 18,000 Portionen Milch à 1 Liter täglich und 22,000 Portionen à ¼ Liter täglich, zusammen also um 34,500 Liter handelt. Der einzuhaltende Borgang ist folgendermaßen gedacht: Die Milchkarte hat Abschnitte für sechs Wochen, beginnt gleichzeitig mit der Brotkartenperiode und endet mit derselben, so daß mit Ausnahme vom erstmaligen Bezuge die Bezugsberechtigten gleichzeitig mit der Brot- und Zuckerkarte auch die Milchkarte unter Ruwert erhalten. Die Abmeldung, Zugangsabmeldung usw. erfolgt gleichzeitig mit der Brotkarte. Der Bezug erlischt mit dem Bezuge aus Wien innerhalb der gesteckten Altersgrenzen, mit der Erreichung der Altersgrenze, wobei jedoch nicht der Tag der Erreichung derselben, sondern der spätere Ablauf der Milchkarte maßgebend ist, mit der Abgabe des Kindes an eine Anstalt, Spital, u., und mit dem Tode des Kindes. Die auf die Milchkarte Anspruch erhebenden Haushaltungsvorstände erhalten gegen einen glaubwürdigen Altersnachweis der Kinder von der zuständigen Brotkommission sofort die auf ihren Namen lautenden Milchkarten, welche für die zwei Jahre alten Kinder getrennt ausgestellt werden, ausgefolgt. Bei dieser Gelegenheit haben sie anzugeben, bei welchem Milchhändler sie bisher ihren Milchbedarf gedeckt haben und wird dieser Milchhändler auf der Milchkarte eingetragen. Wenn die vom Milchkarteneinhaber bisher ohne Milchkarte bezogene Milchmenge der durch die Karten sichergestellten gleich oder größer ist als diese, ist die sichergestellte Menge in den Gesamtbezug einzurechnen und nicht als Vermehrung derselben zuzuschlagen.

War der Gesamtbezug kleiner, so ist er auf Verlangen des Milchkarteneinhabers mindestens auf jene Höhe zu erhöhen, auf welche dessen Milchkarten lauten. Solchen Haushaltungsvorständen, welche ihren Bedarf nicht sicherstellen konnten, wird von der Marktamtsabteilung des betreffenden Magistratischen Bezirksamtes ein Milchhändler zugewiesen und auf der Karte eingetragen. Eine Weigerung der Uebernahme der Milchlieferung, die unbegründeterweise bestrukt würde, ist im Hinblick auf die geringe Menge

der sicherzustellenden Quantitäten nicht zu besürchten. Beträgt doch die sicherzustellende Quantität maximal 34,500 Liter, bei einer derzeitigen Minimaltagsverbrauchs menge von 535,000 Liter, welche in mehr als 4000 Verkaufsstellen zur Ausgabe gelangen. Den Inhabern von Milchkarten ist die Milch bis längstens 8 Uhr früh von ihren Lieferanten zu reservieren und haben die Milchkarteneinhaber bis zu dieser Stunde vor den Personen des freien Milchverkaufs den Vortritt in das Lokal des Milchhändlers. Im Hinblick auf die geringe Anzahl der in Betracht kommenden Personen, wovon übrigens ein großer Teil namentlich in den inneren Bezirken durch Zustellung der Milch ins Haus befriedigt wird, ein anderer Teil erst nach Verlauf der „Angestellten“ einkauft und im Hinblick auf den Grund der Bevorzugung, kann wohl das Vorangehen einzelner solcher Personen für die andern Wartenden nicht von Belang sein.

Obmann Konferenz.

Die Polizeidirektion hat erklärt, daß es keinem Anstand unterliegt, daß den Milchkartenbesitzern, soweit sie es nötig haben, der Vortritt bis 8 Uhr morgens vor den übrigen angestellten Parteien gelassen wird, und werden die Sicherheitsorgane die nötigen Weisungen erhalten. Die Marktamtsorgane werden angewiesen werden, nur entsprechende Milchverleihestellen zuzuweisen. Durch diese Maßregeln scheint den dringendsten Bedürfnissen zur Erlangung der Milch für Kinder bis zum vollendeten zweiten Jahre, beziehungsweise an Stelle der Säuglinge für die stillenden Mütter entsprochen, und wäre diese Maßregel so lange aufrecht zu erhalten, bis wieder vollständig normale Verhältnisse in der Milchversorgung Wiens eingetreten sind, was wohl noch geraume Zeit dauern dürfte. Die Ausgabe der Milchkarten soll bereits in der nächsten Woche erfolgen, nachdem vorher die nötigen Verordnungen und Instruktionen veröffentlicht werden. Der Milchbezug der Säuglingsanstalten, Kinderpitäler, Findlingsanstalten, Annerkennung usw. wird durch die Verordnung nicht berührt; diese Anstalten haben ihren Milchbedarf in der bisherigen Weise zu decken. Die nicht durch Milchkarten sichergestellte Milch bleibt dem freien Verkehr überlassen; diese Menge ist mit zirka 500,000 Liter täglich zu beziffern.

Die Gemeinderäte Dr. Hein und Skaret bezeichnen die Vorlage als äußerst zweckmäßig, wenn auch dadurch nur den allerdringendsten Bedürfnissen Befriedigung geschafft werden kann. Gemeinderat Skaret drückt die Anschauung aus, daß in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen wäre, daß vor allem die kinderreichen Bezirke auf Kosten der übrigen besser mit Milch versorgt werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß dies außer der Macht des Magistrats gelegen ist, daß derselbe jedoch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln diese Unebenheiten nach Möglichkeit auszugleichen bestrebt sei. Von den der Gemeinde aus ihrer eigenen Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Milch (derzeit täglich rund 3000 Liter) wird zirka die Hälfte, nämlich 1200 bis 1500 Liter, im Wege der Berufsvormundschaft zur Abgabe an Kinder und stillende Mütter verwendet. Das übrige Quantum gelangt an städtische Humanitätsanstalten zur Abgabe.

Die Beschwerden über die „Miles“.

Die Versammlung beschäftigte sich auch mit einer Reihe von Approbitionierungsfragen, insbesondere mit der Fett- und Eierversorgung der Stadt Wien. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Magistratsdirektion wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Approbitionierungsreferenten des Magistrats und dem Marktdirektor eine Denkschrift über alle Beschwerden und Klagen bezüglich der „Miles“ auszuarbeiten. In dieser Denkschrift sollen überdies auch die Schwierigkeiten der Versorgung der Bevölkerung der Stadt Wien mit Fett dargestellt werden. Die Denkschrift ist dem Minister des Innern, dem Ministerpräsidenten und dem Armeepferdcommandanten zu überreichen.“

Nach einem Antrage des Gemeinderates Doktor Hein: „Die heutige Obmännerkonferenz verkennt nicht die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Zentraleinkaufsstelle fürs neutrale Ausland und die okkupierten Gebiete. Die Obmännerkonferenz verlangt, daß ein Beirat gebildet werde, in welchem der Gemeinde Wien und den Organisationen der Konsumenten entsprechende Vertretungen eingeräumt werden und welchen voller Einfluß und ein ausreichender Einfluß auf die Gebahrung der „Miles“ zugestanden werden soll. Sie protestiert insbesondere auch dagegen, daß die sich auf die „Miles“ beziehenden Publikationen der Gemeinde Wien von der Zensur unterdrückt werden, während Mitteilungen der „Miles“, auch wenn sie unrichtige Daten enthalten, zur Veröffentlichung zugelassen werden.“

Nach einem Antrage des Gemeinderates Skaret: „In das Ministerium des Innern wird das Ersuchen gerichtet, von der „Miles“ einen genauen Ausweis über die Menge der bisher konservierten Eier zu verlangen und der Gemeinde zur Kenntnis zu bringen.“

In weiterer Ausgestaltung der städtischen Approbitionierungspolitik wird einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner auf Erwerbung der Wiener Walzmühle von von Willer u. Co. und auf Ankauf des Lagerhauses der Firma S. u. W. Hoffmann in Prinzip zugestimmt. Die Kosten betragen über fünf Millionen Kronen.

Ankauf einer Mühle und eines Lagerhauses.

Diese Angelegenheit wurde gestern in einer unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen außerordentlichen Stadtratssitzung behandelt. Der Beratung waren zugezogen: Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Stadtbau- und Lagerhausdirektor Ing. Goldemann, Obermagistratsrat Dr. August Mayer, Lagerhausdirektor Dr. Nibel und Magistratssekretär Dr. Hofkopf.

Das Referat erstattete Vizebürgermeister Hof. Er führte aus: Es hat sich die Gelegenheit ergeben, eines der großen Wiener Lagerhäuser, das private Getreidelagerhaus der Firma S. u. W. Hoffmann im 20. Bezirk, Handelskai, käuflich zu erwerben, und gleichzeitig eröffnete sich der Gemeinde auch die Möglichkeit einer finanzieller Beteiligung an dem größten Mühlenunternehmen Österreichs, der Ersten Wiener Walzmühle von Willer u. Co., Handelskai, in einem Verhältnis, das der Gemeinde den Einfluß auf dieses Unternehmen sichert. Die Erfahrungen, die die Gemeinde Wien während des Krieges gemacht hat, und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges lassen es unerlässlich erscheinen, zweckentsprechende Einrichtungen, welche auch den Krieg überdauern, zur Sicherung der Lebensmittelversorgung zu schaffen.

Speziell auf dem Gebiet der Getreide- und Mehlerzeugung werden von der Gemeinde auch noch nach dem Kriege bedeutende Aufgaben zu erfüllen sein. Es muß insbesondere Vorsorge getroffen werden, daß eine gewisse Stabilität in der Mehlerzeugung durch Anlegung von genügenden Vorräten und Sicherung ihrer planmäßigen Verarbeitung und Verteilung erreicht wird. Diesem Zweck dienen in erster Linie entsprechend große, technisch vollkommen ausgestattete, mit allen notwendigen Verkehrseinrichtungen versehene Lagerhäuser und eine leistungsfähige Mühle mit modernen Förderungs- und Vermahlungs-einrichtungen, mit günstigen Vorbedingungen für die Zufuhr des Getreides und eine rationelle Abgabe des Endproduktes.

Lagerhaus S. u. W. Hoffmann.

Das Lagerhaus Zwischenbrüden, das bisher von der Firma S. u. W. Hoffmann betrieben wurde und vor kurzem in den Besitz der Firma Bontwiler u. Co. übergegangen ist, hat eine verbaute Fläche von 1434 Quadratmeter, ist ein sechsstöckiger Ziegelbau mit Holzdecken auf Eisenträgern und wurde im Jahre 1902/03 errichtet. Zu dem Lagerhaus gehört eine nutzbare Grundfläche von 6865-25 Quadratmeter. Es ist am Donauufer gelegen und hat eine Geleiseverbindung mit der Donauuferbahn. Im Innern ist das Lagerhaus mit einer mechanischen Fördereinrichtung versehen. Zur Lösung von Schiffsloadungen dient ein Schiffsselevator mit einer Leistungsfähigkeit von fünf Waggons Getreide stündlich. Das Lagerhaus faßt 1000 Waggons Getreide und steht derzeit in vollem Betriebe. Durch die Angliederung des Lagerhauses S. u. W. Hoffmann an die Lagerhäuser der Stadt Wien wird der Gesamtfassungsraum der der Gemeinde Wien zur Verfügung stehenden Lageräume auf 10,000 Waggons erhöht, das ist beinahe der halbe Jahresbedarf der Stadt Wien an Getreide. Das Lagerhaus ermöglicht einen rationellen Betrieb und liegt insbesondere zur Mündung des künftigen Donau-Oder-Kanals sehr günstig; es hat auch günstige Frachttarife und verfügt über eine eigene Bahnstation.

Dieses Lagerhaus, inklusive aller Einrichtungen und Grundstücke, wurde der Gemeinde Wien zuerst zu dem Pauschalpreis von 2,500,000 K. angeboten. Im Verlaufe der langwierigen Verhandlungen gelang es, dieses Anbot auf 2,250,000 K. herabzudrücken. Dieses letzte Anbot haben die städtischen Ämter nach reiflicher Kalkulation des Wertes des Lagerhauses, der Gründe und unter Berücksichtigung des erzielbaren Betriebserfolges als annehmbar bezeichnet und erklärt, daß unter Zugrundelegung dieses Ankaufspreises ein günstiges Gebärungsergebnis zu erwarten ist. Außerdem wurde die Entscheidung in

dieser Angelegenheit beeinflusst durch ein von denselben Differenten gestelltes Anbot auf finanzielle Beteiligung der Gemeinde Wien an der Walzmühle.

Erste Wiener Walzmühle Bontwiler & Co.

Diese am Handelskai gelegene Mühle ist das größte derartige Unternehmen in Oesterreich und hat bei normaler Ausnützung eine Leistungsfähigkeit von 25 Waggons Getreide innerhalb 24 Stunden. Die Mühle verfügt über die Zufuhr auf dem Wasserweg einerseits, andererseits ist sie an das Geleise der Donauuferbahn angeschlossen. Im Mühlengebäude sind moderne, zweckentsprechende Einrichtungen zur mechanischen Förderung des Getreides und der Mahlprodukte und zur Vermahlung und Schrotung von Weizen, Roggen und Mais eingebaut, die von einer Dampfmaschine mit 1300 Pferdekraften betrieben werden. Außerdem befinden sich auf dem Mühlengrundstück, das einen Flächenraum von 12,030-36 Quadratmeter umfaßt, ein Speicher (Silo) und ein Mehlmagazin mit einem Gesamtfassungsraum von 75,000 Meterzentner, ferner verschiedene Nebengebäude, Bahnanlagen, Brücken, Wägen und Spills. Die mechanische Beförderung des Getreides aus Schleppschiffen wird durch eine moderne Elevatoranlage bewirkt.

Für die Erwerbung dieser Mühle spricht der Umstand, daß dieses Unternehmen in der Lage ist, einen namhaften Teil des Wiener Bedarfes zu decken und auch in Friedenszeiten dieser Aufgabe gerecht geworden ist. Das Produkt dieser Mühle gilt als erstklassige Marke und hat in Wien jederzeit vollen Anflug gefunden, so daß dieses Unternehmen als eine spezielle Wiener Einrichtung bekannt ist. Der Absatz der Mühlenprodukte erstreckt sich auch auf die Provinz und über die Grenzen Oesterreichs hinaus. Bei einer durchschnittlichen Leistungsfähigkeit von 25 Waggons ergibt sich unter Zugrundelegung einer dreihunderttägigen Mahlkampagne im Vollbetrieb eine Leistung von rund 7500 Waggons. Die Mühle liefert derzeit im Wochendurchschnitt an die Gemeinde Wien rund 140 Waggons Mehl.

Die Firma Bontwiler u. Co. hat der Gemeinde Wien das Anbot gestellt, das Unternehmen Erste Wiener Walzmühle Bontwiler u. Co. mit allen Grundstücken, Gebäuden und kompletten Einrichtungen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und der Gemeinde Wien eine Beteiligung mit 60 Prozent am Aktienkapital und eine weitere Option auf die restlichen 40 Prozent der Aktien einzuräumen. Die Firma hat anfangs bei den ersten Verhandlungen den Gesamtwert mit 5,500,000 K. beziffert. Im Zuge von langwierigen Verhandlungen gelang es, eine Herabsetzung auf den Betrag von 5,125,000 K. zu erreichen. Auf die angebotenen 60 Prozent der Aktien entfällt sofort ein Kaufpreis von 3,075,000 K. Die städtischen Ämter haben diesen Preis auf Grund eingehender Kalkulationen als angemessen bezeichnet und erklärt, daß ein günstiges finanzielles Ergebnis des Betriebes gewährleistet ist.

Der Magistrat hat diese beiden Anbote reiflich geprüft und ist zu dem Schluß gekommen, daß die Erwerbung des Lagerhauses S. u. W. Hoffmann und die Beteiligung an der Ersten Wiener Walzmühle Bontwiler u. Co. einen Markstein in der Entwicklung der städtischen Approvisionierungspolitik bedeuten muß. Die Gemeindeverwaltung hat während des Krieges jederzeit erkannt, welche bedeutende Aufgaben ihr auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung erwachsen. Insbesondere auf dem Gebiet der Mehlversorgung hat die staatliche Bewirtschaftung der Getreidevorräte die Aufgaben der Gemeinde wesentlich gesteigert und es steht zu erwarten, daß der öffentliche Einfluß auf den Getreide- und Mehlverkehr auch die Kriegsjahre noch lange überdauern wird. Für diesen Fall rechtzeitig Vorkehrung zu treffen, hält der Magistrat für Pflicht der Gemeinde. Aus diesen Erwägungen wird dem Gemeinderat die Annahme der beiden Anbote empfohlen.

Anträge:

Die Anbote der Firmen Bontwiler u. Co. und Erste Wiener Walzmühle Bontwiler u. Co. sowie deren Gesellschafter Max Heintschel Edler v. Heinegg und Felix Streit vom 8. d. auf Verkauf des Lagerhauses früher S. u. W. Hoffmann in Wien, 20. Bezirk, Zwischenbrüden, und auf Verkauf von 60 Prozent der Aktien, beziehungsweise Einräumung der Option betreffend die Erwerbung der restlichen 40 Prozent der Aktien, der in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln den Ersten Wiener Walzmühle Bontwiler u. Co. wird angenommen.

Das Gesamterfordernis im Betrage von 5,325,000 K. wird auf den für Markt-, Approvisionierungs- und Veterinärzwecke für das Lagerhaus und die Kohlenversorgung bestimmten Teilbetrag des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 verwiesen.

Magistratsdirektor Dr. Nüchtern beleuchtete das Referat vom juristischen, Stadtbau- und Ingenieur G. Edemund vom technischen und

Lagerhausdirektor Dr. Nübel vom kommerziellen Standpunkte aus.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach zunächst den Beamten für ihre ausgezeichnete Mitarbeit den Dank des Stadtrates aus, worauf Stadtrat Tomola in längeren Ausführungen die Bedeutung der Angelegenheit für die Approvisionierung der Stadt Wien und für die zukünftige Entwicklung des Donauverkehrs würdigte und die Erwerbung dieser beiden Objekte als einen Markstein in dem Ausbau der städtischen Approvisionierungspolitik bezeichnete. Er dankte unter lebhafter Zustimmung des gesamten Stadtrates dem Bürgermeister für die zielbewusste und erfolgreiche Durchführung dieser bedeutungsvollen Angelegenheit, worauf die vorliegenden Anträge ohne Debatte und einstimmig durch Erheben von den Sitzen angenommen wurden.

Wie Lebensmittel zugrunde gehen. In den Magazinen der Bahnhöfe lagern Lebensmittel aller Art, die vor dem Zugrundegehen bewahrt werden könnten, wenn die Bahnverwaltungen darauf sehen, daß die Vorschriften für die Lagerung von Waren, die dem Verderben unterliegen, auch eingehalten werden. So sind im Nordbahnhof in zwei Magazinen vor Weihnachten eine Anzahl Säcke mit Mehl eingelangt, von deren Eintreffen die Kriegs-Getreidegesellschaft verständigt wurde. Sie hat sich seither, wie uns mitgeteilt wird, nicht um dieses Mehl bekümmert. Nun ist es so verdorben, daß ein Teil zum menschlichen Genuß kaum noch geeignet ist. Diese Mehlmengen sollen jetzt dumpf und schimmelig und von Mäusen durchwühlt worden sein. Es handelt sich in dem einen Magazin um etwa zweihundert, in dem anderen um etwa sechshundert Kilogramm Mehl. Die Menge ist zwar nicht gewaltig, aber der Fall symptomatisch. Es wäre doch am Platze, zu untersuchen, wen die Schuld trifft, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel dem Verderben preisgegeben wurde. Ähnliches wird wohl auch in anderen Bahnhöfen vorkommen. Eben jetzt wurde in einem Magazin der Nordbahn ein Schaff Sauerkraut vernichtet, das dort durch monatelanges Lagern verdorben war, und kurz vorher zwei Schaff. Offenbar lassen Private Lebensmittel, die sie daheim zu lagern sich nicht trauen, auf den Bahnen aus Spekulationsabsichten liegen. In dieser Zeit, da jedes Lebensmittel dem Genuß zugeführt werden soll, müßten die Lagerverwaltungen der Bahnhöfe veranlaßt werden, daß Lebensmittel rechtzeitig zur Versteigerung gelangen, wenn sie nicht in kurzer Frist vom Empfänger übernommen werden.

vergessen ... Der Beifall, den Wegeners Leistung fand, war namentlich nach dem dritten Akt, außerordentlich stark. j. str.

Der moralische Eindruck.

In Berlin, wo in der letzten Zeit eine drückende Fleischknappheit und zugleich eine enorme Fleischverteuerung eingetreten ist, hat die Polizeibehörde energisch eingegriffen und eine förmliche Razzia nach versteckten und zurückgehaltenen Vorräten veranstaltet. Das Ergebnis war, zwar kein derartiges, daß dadurch den Berlinern wie mit einem „Tischlein deck dich“ geholfen worden wäre, aber immerhin wurden doch aus allerlei Verstecken ganz beträchtliche Vorräte an frischem und gepökeltem Fleisch zutage gefördert. Es gab darum noch kein Volksfest mit öffentlicher Bewirtung, aber die Bevölkerung hatte die Genugtuung, die Behörden zu ihrem Schutze gegen den Preiswucher scharf und rücksichtslos vorgehen zu sehen. Daß dabei auch ein „Hofschlächtermeister“ nicht gespart, daß eine der größten und angesehensten Firmen der Branche ohne Gnade blockiert und gebrandmarkt wurde, verstärkte den günstigen Eindruck der behördlichen Maßnahmen. Schließlich ist ja heutzutage auch der kleine Mann aus dem Volke nicht so unwissend, daß er von der Staatsgewalt Rauber und Wunder erwarten würde. Er kennt die Ursachen der Lebensmittelknappheit im Kriege, und er weiß, daß ein tatsächlich vorhandenes Mangelmaß an einem bestimmten Artikel nicht durch den Machtpruch einer Regierung in Ueberfülle verwandelt werden kann. Aber er

will sich wenigstens vor künstlichen Vorratsminderungen und wucherischen Praktiken geschützt wissen. Geschieht das, so trägt er die unvermeidlichen Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung, die der Krieg mit sich bringt, mit Ruhe und Geduld. Die guten moralischen Wirkungen eines solchen Einschreitens der Behörden sind also die Hauptsache und sind von noch viel größerem Wert als die zeitweilige Erleichterung, die dadurch dem Konsum verschafft wird.

Das reichsdeutsche Beispiel sollte bei uns in Oesterreich zur Racheiferung anregen. Bei uns ist in der jüngsten Zeit an einem Nahrungsmittel, das noch viel wichtiger und unentbehrlicher ist als Fleisch, ein plötzlicher Mangel entstanden: an Eiern nämlich. Die begleitenden Umstände sind diesmal besonders auffallend, weil die Jahreszeit, in die der Eiermangel fällt, dafür keinen Erklärungsgrund bietet, vielmehr nach sonstigen Erfahrungen reichste Produktion und Marktbeschickung erwarten ließe. Ohne Eier kann aber keine Hausfrau, auch die bescheidenste nicht, wirtschaften. Den Fleischgenuß kann man einschränken, man kann, wenn es sein muß, auch völlig darauf verzichten, während selbst die einfachste Hauskliche den Eiermangel direkt als Betriebsstörung empfindet. Ueberdies hat sich gerade infolge der Fleischteuerung der Eierkonsum der städtischen Volkschichten beträchtlich erhöht. Die gesteigerte Nachfrage, die jetzt im Frühjahr auf reichliche Zufuhr und billige Eierpreise rechnet, steht nun plötzlich vor einer Stodung des Angebots und jäh emporschnellenden Preisen, ohne dafür einen plausibeln Grund zu finden. Nichts liegt näher, als in solchem Falle an spekulative Händlerkniffe zu denken, an Vorräte, die absichtlich verborgen und dem Verbrauch zu preistreiberischen Zwecken entzogen werden. Das Hamstern ist ja leider zur Kriegszeit eine allgemeine Unsitte geworden. Die Sorge, es könnte dieser oder jener Artikel „ausgehen“, steigert sich bei ängstlichen Gemütern zu einer Art Krankheit, die zu dem sinnlosesten Aufkaufen und Aufspeichern von allerlei eßbaren und nutzbaren Dingen führt. Aber diese Hausfrauenhamsterei ist doch verhältnismäßig harmlos und ist im Grunde nur ein Folgeübel der Spekulantenhampsterei, die aus Gewinnsucht bald den einen, bald den andern Artikel des Massenkonsums auf einmal vom Markte verschwinden

macht, um ihn langsam und zu emporgetriebenen Preisen wieder in kleinen Mengen auftauchen zu lassen. Ob dieser Unfug jetzt auch mit Eiern getrieben wird, wissen wir nicht, aber die Bevölkerung vermutet es, und die Leichtigkeit, mit der dieses Lebensmittel zu konservieren und zu magaziniere ist, unterstützt solche Vermutungen. Es würde sich daher dringend empfehlen, auch bei uns einmal eine Razzia nach Berliner Muster zu veranstalten und gegen Spekulanten, die Vorräte zurückhalten, mit äußerster Strenge vorzugehen. Ein solches Einschreiten der Behörden würde von der Bevölkerung mit freudiger Zustimmung begrüßt werden. Wo nichts ist, kann keine Staatsgewalt etwas herbeizaubern, aber sie kann der Bevölkerung die beruhigende Sicherheit geben, daß nichts zu ihrem Schutz verabsäumt wird und daß wucherische Vorrats hinterziehungen nicht geduldet werden.

10. IV. 1916

Berlins Lebensmittelfürsorge.

Der Arbeitsauschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung mit einigen wichtigen Fragen der Lebensmittelversorgung zu beschäftigen gehabt. Da die für die Groß-Berliner Versorgung zur Verfügung stehende Buttermenge zur vollen Einlösung der Butterkarten gegenwärtig nicht ausreicht, sollen die Bestrebungen, ausreichende Mengen durch die Zentralbehörden zugewiesen zu erhalten, fortgeführt werden. In der Zwischenzeit soll eine durch Vermittelung des Oberpräsidenten dem Groß-Berliner Butterkartengebiet zugewiesene einmalige Gabe von Margarine dazu benutzt werden, die Inhaber von Karten, für die keine Butter zur Verfügung steht, nach Möglichkeit wenigstens mit Margarine zu bedenken. Es soll fernerhin erklärt werden, auf welche weiteren Ueberweisungen von Margarine der Groß-Berliner Bezirk in Zukunft rechnen kann.

In dem Ausschuß wurde auch darüber berichtet, welche Schritte bei den Reichs- und Staatsbehörden bereits unternommen worden sind, um dem immer weiteren, für die Kinderernährung bedenklichen Sinken der Milcheinfuhr entgegenzutreten. Es wurde beschlossen, durch mündliche Vorstellung die Zentralbehörden um schleunige Durchführung der von der Preisprüfungsstelle bereits vor einiger Zeit vorgeschlagenen dringlichen Maßnahmen zu ersuchen. — Die für Kalb- und Hammelfleisch in Aussicht genommenen Höchstpreise wurden vom Arbeitsauschuß genehmigt.

Schließlich beschäftigte sich der Ausschuß mit den Vorwürfen, die gegen die Preisprüfungsstelle gerichtet worden sind. Es wurde hervorgehoben, daß hier für das Groß-Berliner Gebiet besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten beständen. Die Preispolitik und die Preisüberwachung kann in einem

so gewaltigen, lediglich auf die Einfuhr angewiesenen Verbrauchsgebiet mit voller Schärfe nur dann angefaßt werden, wenn die Zentralbehörden die Versorgungssicherheit haben, wenn insbesondere die Gewähr geschaffen ist, daß selbst die schärfsten Maßnahmen gegen Machenschaften des freien Handels nicht zu einer Entblößung des Versorgungsgebiets von notwendigen Lebensmitteln führen. Die Versorgungstätigkeit als solche, deren Gesamtplan in der Hand der Zentralbehörden liegt und bei der die Gemeinden nur als ausführende Organe in Tätigkeit treten können, ist und bleibt die erste Notwendigkeit der Kriegswirtschaft, und erst mit ihr wird die Grundlage für eine gesunde Preispolitik geschaffen. Selbstverständlich bleibt es nach wie vor die dringendste Aufgabe der Preisprüfungsstelle und ihrer Fachauschüsse, soweit dies in ihren Kräften steht, Ausschüsse bei der Preisbildung und bei der Verkaufstätigkeit der Händler zu verhindern und zur Bestrafung zu bringen. Da der Preisprüfungsstelle und den Gemeinden die eigenen Bollziehungsorgane fehlen, so bedarf es hier der ergänzenden Mitwirkung der Polizei, die sich erfreulicherweise in der letzten Zeit auch wirksam betätigt hat.

Gegenüber der amtlichen Mitteilung der Zentral-Einkaufsgesellschaft, daß sie der Butterversorgungsstelle Groß-Berlin so viel Butter zuweise, daß diese die Bevölkerung mit 125 Gramm für den Kopf und Woche zu versorgen in der Lage sei, wird betont, daß dies den Tatsachen nicht entspricht; die Butterversorgungsstelle Groß-Berlin hat in Eingaben an die zuständigen Behörden wiederholt durch zahlenmäßige genaue Berechnungen die wirklichen Verhältnisse dargelegt.

10./V. 1916

Veränderungen in den Reichsbehörden.**Schaffung einer Lebensmittel-Diktatur.**

Die Reise des Grafen Hertling nach Berlin, die wir im heutigen Morgenblatt mitteilten, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen in Zusammenhang gebracht mit Veränderungen, die innerhalb der Reichsregierung bevorstehen sollen. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich darum, daß die Krankheit des Staatssekretärs Delbrück eine Personalveränderung in der Führung des Reichsamts des Innern notwendig machen wird. Eine endgültige Entscheidung dürfte hier noch nicht getroffen sein. Als Kandidaten für die Leitung der Geschäfte des Staatssekretärs des Innern werden bisher zwei Unterstaatssekretäre genannt, von denen der eine bereits im Reichsamt des Innern tätig ist, während der andere einem preussischen Ministerium angehört. Die endgültige Wahl der Persönlichkeit dürfte vermutlich auch noch von einer anderen wesentlichen Entscheidung abhängen.

Man geht, wie verlautet, bei der Reichsleitung mit der Absicht um, eine Zentralstelle für alle Fragen der Lebensmittelversorgung zu schaffen und zu diesem Zweck eine Persönlichkeit vom Reichskanzler mit besonderen Vollmachten ausstatten zu lassen. Diese Stelle ist dadurch notwendig geworden, daß, wie wir in unserem leitenden Aufsatz vom letzten Montag andeuten, sich immer mehr eine Vereinigung von Verwaltungsinstanz und Exekutivgewalt als unabweisbar herausgestellt hat. Es ist deshalb geplant, dem Präsidenten der neuzuschaffenden Zentralstelle mehrere Vorstandsmitglieder beizugeben, von denen das eine von der Obersten Heeresleitung bestimmt werden soll. Als Anwärter auf den Präsidentenposten der neuen Zentralstelle werden ebenfalls mehrere Persönlichkeiten genannt, u. a. ein ehemaliger langjähriger preussischer Minister, der eines der wichtigsten Oberpräsidien im Westen des preussischen Staates verwaltet. Außerdem aber wird vielfach der Name eines früher schon wiederholt in der Lebensmittelfrage hervorgetretenen bayerischen Parlamentariers genannt. Und man nimmt an, daß gerade mit der Inaussichtnahme dieser Persönlichkeit die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten in engerem Zusammenhange steht. Wie verlautet, soll übrigens die neue Zentralstelle für Lebensmittelversorgung Befugnisse erhalten, die sie in gewissen Fragen in die Lage versetzen, auch über die Beschlüsse und Verordnungen des Bundesrats hinaus unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Anordnungen zu treffen.

* Die Morgensuppe. Der „Kriegsauschuß für Kaffee, Tee usw.“ teilt folgendes mit: Wir Deutschen sind durch die teilweise Verhinderung der Zufuhr aus dem Auslande zu zahlreichen Entfindungen und Verbesserungen von dauerndem Werte veranlaßt worden. Jetzt handelt es sich um die Wiedereinführung einer früheren allgemeinen Gepflogenheit in ihr Recht. Kaffee und Tee sind heute knapp in Deutschland. Das ist der richtige Zeitpunkt, um sich der guten alten Morgensuppe zu erinnern, die bei unseren Vorfahren nie fehlen durfte. Im wesentlichen aus Weizen- oder Roggenmehl hergestellt, bot sie dem Körper die Sättigung und Kräftigung, nach der er früh verlangt, und der Wohlgeschmack ließ nichts zu wünschen übrig. Jetzt wird von den ersten Sachverständigen dringend empfohlen, der Morgensuppe wieder ihren alten Ehrenplatz im deutschen Hause einzuräumen.

Die Roggen- oder Weizensuppe ist schmackhaft, herzhaft und nahrhaft. Die wichtigsten Nährwerte des Getreides sind in ihr unverfälscht enthalten, und wie wir uns das unentbehrliche Brot niemals „überessen“ können, so wissen diejenigen, die in einzelnen Gegenden Deutschlands von alter Zeit her an ihrer Morgensuppe bis zum heutigen Tage festgehalten haben, wie sehr sie ihnen alle Tage von neuem mundet. Es ist vielfach üblich, ein Stück Brot dazu zu essen oder auch in die Suppe zu schneiden, damit dem Magen auch etwas feste Nahrung geboten wird. Um den Geschmack zu verbessern, kann man etwas Schnittlauch, Petersilie oder Kerbel feingeschnitten hineintun.

In der allernächsten Zeit werden von Reichs wegen besondere Maßnahmen getroffen werden, um den größten in Frage kommenden Betrieben Deutschlands die Herstellung eines billigen und guten Morgensuppenstoffes mit etwas Fettzusatz zu ermöglichen. Man darf sicherlich erwarten, daß die weitesten Kreise unseres Volkes von dieser Gelegenheit eifrig Gebrauch machen werden. „Wer lange suppt, lebt lange!“ sagt ein sehr altes Sprichwort. Und wer gleich am Morgen dem Körper einwandfreie Nährwerte in bestmöglicher und wohl-schmeckendster Form zuführt, schafft eine gute Grundlage für den ganzen Tag.

Budapester Kriegsbrief.

(Von besonderer Seite.)

—, 9. Mai.

Mußte das sein? War das notwendig oder war es auch nur klug? Unsere Akademie der Wissenschaften hat nämlich auf Antrag des Universitätsprofessors und politisierenden Schöngeistes Holt v. Beöthy in ihrer jüngsten Plenarsitzung dafür Stellung genommen, daß im Amtsgebrauche die ungarischen Bezeichnungen der ausländischen Städte und sonstigen geographischen Begriffe beibehalten werden. Also nicht Wien sondern „Bécs“, nicht Leipzig sondern „Lipcse“, nicht Breslau sondern „Borosló“ usw. Von seite unserer vaterländischen Gelehrten fand sich ein tadellos patriotisch gesinnter Mann der Wissenschaft, dem die Sache doch ein wenig unpassend erschien. Er trat als Funktionär der Ungarischen Geographischen Gesellschaft mit dem vollen Rute der Ueberzeugung für den Standpunkt der internationalen Parität ein. Wenn wir von den Ausländern fordern, daß sie statt Preßburg, Klausenburg und Pest korrekterweise Bozsony, Kolozsvár und Budapest schreiben, so ist es seiner Ansicht nach nur recht und billig, daß wir die fremden geographischen Benennungen nicht um jeden Preis magyarisieren. Denn dieses Hineinzerrten der einseitigen Chauvinistenpolitik in den offiziellen Sprachgebrauch ist nicht nur geeignet, im Auslande böses Blut zu machen, sondern fördert überdies die heimische Unbildung, indem es die einheitliche Kenntnis internationaler Eigennamen stört und in den Köpfen der Mindergebildeten leicht unliebsame Störungen hervorruft, die zum Wiederaufleben des kaum erst überwundenen „ungarischen Globus“ führen können.

So und ähnlich argumentierte der genannte Geograph. Er mußte sich dafür den Vorwurf gelehrfamer Verzopfttheit gefallen lassen und wenig hatte gefehlt, so wäre ihm das Brandmal des qualifizierten Hochverrates aufgedrückt worden. Herr v. Beöthy setzte in der Akademie die einstimmige Annahme seines Antrages durch und die hiesigen Chauvinistenblätter frohlocken über den „Sieg des Ungarismus.“

War das zeitgemäß und vernünftig? Glaubt man damit im Ausland imponieren zu können? Meint man, daß Europa und einige andere Erdteile, die durch den größten Weltkrieg der Geschichte so überaus hart in Mitleidenschaft gezogen sind, keine andere Sorge haben, als diese Art von Nationalpolitik für einen Akt der politischen Reifeheit gelten zu lassen? Sagt einem nicht vielmehr der gesunde Menschenverstand, daß wir in jeder Beziehung klüger gehandelt hätten, wenn wir die alte Praxis auf sich beruhen lassen und dem nichtungarischen Ausland keine Gelegenheit geben, uns zu sehr unrechter Zeit in ein recht schiefes Licht zu setzen?

Bisher ist es keinem Ungar eingefallen, im nichtamtlichen ungarischen Briefverkehr oder im

ungarischen Privatgespräch „Wien“ anstatt „Bécs“ zu sagen und auch die ungarischen Zeitungen haben sich niemals veranlaßt gefühlt, einen österreichischen oder reichsdeutschen Ort, der eine historische ungarische Benennung hat, anders als mit dieser zu bezeichnen. Bei Verkehrsämtern hingegen wurden bis jetzt und werden auch in Zukunft die internationalen Bezeichnungen gebraucht werden. Wozu also ein solcher akademischer Zusatzbeschluss? Will man etwa, daß die österreichischen und die reichsdeutschen Zeitungen, denen man die dort gewohnten Namenklaturen wie „Pest“, „Klausenburg“, „Preßburg“ mit Berufung auf das ungarische Ortsnamengesetz kaum erst abgewöhnt hat, zur Wiederaufnahme der hiezulande so sehr verpönten alten Praxis veranlassen? Das und noch manch Aergeres kann die Akademie mit ihrer Stellungnahme erreichen. Sonst aber hat sie in Kreisen ernster Patrioten nichts erreicht, als ein bedauerndes Schütteln des Kopfes über jenes geringe Maß von politischer Weisheit, das zu einem solchen ebenso überflüssigen, wie übelangebrachten Akademieberchluss notwendig war.

Da lobe ich mir viel lieber unsere hauptstädtische Approvisionierungskommission mit ihren erfolgreichen Milchrazzien. Man fand in der „Milch“ unserer Händler 10 bis 40 Prozent Wasser und zwar in 375 von 385 Fällen, also fast immer und überall. Was außer Wasser noch sonst alles für Milch verkauft wird, darüber schweigt der betreffende Polizeibericht. Das Strafverfahren wurde eingeleitet, die Händler werden, nachdem sie viele Tausende auf verbrecherische Weise verdient haben, mit Uebertretungsstrafen von ein paar hundert Kronen belegt und dann mag — zur Hebung der Kindergesundheit — das gemeingefährliche Pantischen der Milch aufs neue beginnen.

Wie weit sind wir doch immer noch von der reichsdeutschen Kultur entfernt! Das merkt man nicht nur an dem schreienden Bildungsmangel selbst unserer „gelehrten“ Kreise, sondern hauptsächlich an der fehlenden moralischen Gesittung jener Erwerbszweige, die sich an der Kriegsnöte der Bevölkerung unrechtmäßig bereichern. Wie hat doch König Ludwig von Bayern erst dieser Tage zu seinem Minister des Innern gesagt? Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß es bisher nicht gelungen ist, den abscheulichen Wucher und den unerhörten Eigennutz der Großgrundbesitzer und Großhändler auszuschalten. „Diesen Leuten muß das Handwerk gelegt und durch eine hohe Kriegsgewinnsteuer ihr Raub wieder abgewonnen werden.“

Ja, kommt denn so etwas in Deutschland vor? Bei uns gewiß nicht. Denn hier sorgt zumindest die Zensurbehörde dafür, daß dergleichen „aufreizende“ Sachen, wie das bairische Königswort, nicht veröffentlicht werden. Und trotzdem fand sich ein ungarisches Abendblatt, das seine Leser allen Ernstes davor warnte, der Anforderung zum massenhaften Anbau von Kürbis etwa aufzusitzen. Denn, so heißt es in der betreffenden Notiz, je mehr die ohne sonderliche Mühe fortkommende Kürbispflanze im Volke Verbreitung findet und je mehr der minderbemittelten Bevölkerung von dieser überaus nahrhaften Frucht zur Verfügung steht, desto rascher und sicherer werden alle Vorräte aufgekauft, eingelagert, verteuert und schließlich unveräußert zum Faulen gebracht. So geschah es mit dem Zwiebel und so wird es auch mit dem Kürbis geschehen. Und so sieht es bei uns mit der approvisionistischen Kriegsfürsorge im Hinterlande aus.

11. / v. 1916

Maßregeln zur besseren Nahrungsmittelversorgung.

Nützlich wird gemeldet: Der Reichskanzler empfing Mittwoch den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling zu einer Aussprache über allgemeine Fragen, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen dem Kanzler und den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten stattzufinden pflegt. Es ist falsch, den Besuch des Grafen v. Hertling in Berlin mit Personalveränderungen innerhalb der Reichsregierung oder mit besonderen Organisationsfragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung in Verbindung zu bringen. Dabei wird bemerkt, daß in der Tat eine Verbesserung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates im Werke ist, dem die Ausführung der Bundesratsverordnungen obliegt. Die Errichtung einer den Bundesrat ausschaltenden „Lebensmitteldiktatur“, wie sie ein Abendblatt andeutend, ist selbstverständlich nicht geplant.

Aus München meldet unser Mitarbeiter: Die Gesamtvorstandschafft des christlichen bayerischen Bauernvereins hielt gestern in München eine aus ganz Bayern besuchte wichtige Versammlung über die Lebensmittelfrage ab. Bericht erstattete der bekannte Bauern doktor Heim, der in scharfer und drastischer Weise das Versagen der Regierung in der Lebensmittelversorgung geißelte und erklärte, daß alle Maßnahmen immer zu spät gekommen seien, und daß man den großen Fehler gemacht habe, von oben statt von unten zu organisieren. Unser mächtigster Bundesgenosse sei jetzt einzig und allein der Herrgott, der uns eine gute Ernte bescheren und uns Mut zum Durchhalten und den Sieg gewähren möge. Denn der Sieg werde nicht erkämpft, sondern errechnet werden. Es gelangte hierauf eine etwa 400 Druckzeilen umfassende Entschliebung zur Annahme, die alle einschlägigen Fragen der Ernährung behandelt und fordert:

Beibehaltung der Maßnahmen mit Brotgetreide und Mehl für das nächste Wirtschaftsjahr, Verbot des Ankaufs von Körnerfrüchten, Futtermitteln und sonstigen Lebensmitteln im Ausland während der ersten Friedensmonate, Höchstpreise unabänderlich nach oben für die ganze Verbrauchszeit, Beseitigung der Mißstände des Brotgetreideverkehrs, Erhöhung der Brotzation während der Erntearbeiten, Höchstpreise für Jungschweine, genaue Regelung der Kartoffelversorgung, Verbot weiterer Ausfuhr von Butter und Fett aus Bayern, Beurlaubung von Mannschaften für die Erntearbeiten.

Zum Schluß streift die Entschliebung die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und stimmt ihr mit Zurückhaltung zu. Der Bericht Dr. Heims hatte etwa drei Stunden gedauert und war wiederholt von minutenlangem Beifall unterbrochen.

11. IV. 1916

Einheitlichere Organisation der Lebensmittelversorgung.

N Berlin, 10. Mai. (Priv.-Tel.) In parlamentarischen Kreisen ist in den letzten Tagen mancherlei gesprochen worden über neue Maßregeln zur Organisation der Lebensmittelversorgung. Es sind im Zusammenhange damit auch mancherlei Gerüchte aufgetaucht und Namen genannt worden, die an die Spitze einer solchen Neuorganisation treten sollten. Im Zusammenhange damit ist auch vom Minister Delbrück gesprochen worden, der tatsächlich krank ist und auf dessen Genesung, die ihm die Fortführung seines Amtes möglich macht, man rechnet. Auch die Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling hat man mit der bevorstehenden organisatorischen Aenderung in Verbindung gebracht. Die Anwesenheit Hertlings in Berlin steht damit, wie wir wissen, in keiner Verbindung, sondern sie hängt, wie schon mehrfach während dieses Krieges, mit der Besprechung anderer allgemeiner, wichtiger Fragen der Reichspolitik zusammen.

Was darüber als Niederschlag der seit einiger Zeit zirkulierenden Gerüchte in einem hiesigen Blatte heute erschienen ist, beruht auf Irrtum. Der Kern der Sache ist nur, daß man eine Organisation beabsichtigt, welche eine schnellere einheitlichere Durchführung der auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung erfolgten und erfolgenden Beschlüsse sichert. Verordnung und Exekutive sollen einander nähergebracht werden, beides aber in einer Form, welche die verfassungsmäßigen gesetzgebenden Körperschaften des Reiches nicht ausschließt. Die in einem hiesigen Blatt erwähnte Idee, daß die neu zu schaffende Zentralstelle auch über Beschlüsse und Verordnungen des Bundesrates hinaus eine Art diktatorischer Befugnis unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers erhalten solle, sodas also der Bundesrat ausgeschaltet werde, gilt in hiesigen politischen Kreisen für ernsthaft gar nicht diskutierbar. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, werden so ziemlich alle Persönlichkeiten, die nur im entferntesten für neu zu schaffende Posten geeignet wären, als sichere Kandidaten genannt.

Berlin, 10. Mai. (W. V. Amtlich.) Der Reichskanzler empfing den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling zu einer Aussprache über allgemeine Fragen, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen dem Kanzler und den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten stattzufinden pflegt. Es ist falsch, den Besuch des Grafen Hertling in Berlin mit Personalveränderungen innerhalb der Reichsregierung oder speziellen Organisationsfragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung in Verbindung zu bringen. Dabei wird bemerkt, daß in der Tat eine Verbesserung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates im Werke ist, dem die Ausführung der Bundesratsverordnungen obliegt. Die Errichtung einer den Bundesrat ausschaltenden Lebensmittelbikatur, wie sie ein Abendblatt ankündigt, ist selbstverständlich nicht geplant.

Graf Hertling beim Kanzler.

Eine Aussprache.

Berlin, 10. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg empfing heute den Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling zu einer Aussprache über allgemeine Fragen, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen dem Reichskanzler und den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten stattzufinden pflegt.

Es ist falsch, den Besuch des Grafen Hertling in Berlin mit persönlichen Veränderungen innerhalb der Reichsregierung oder speziellen Organisationsfragen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung in Verbindung zu bringen.

Verbesserung des Verwaltungsapparats für
Lebensmittelfragen.

Dabei wird bemerkt, daß in der Tat eine Verbesserung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates im Werke ist, dem die Ausführung der Bundesratsverordnungen obliegt. Die Errichtung einer den Bundesrat ausschließenden Lebensmitteldiktatur, wie sie ein Abendblatt ankündigt, ist selbstverständlich nicht geplant.

11. / V. 1916

Deutschland vereinfacht die Speisefarte! Folgende Grundsätze schlägt das deutsche Reichsamt des Innern zur Regelung des Gastwirtschaftsbetriebes vor:

1. In Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen dürfen an warmen Speisen einem Gaste zu einer Mahlzeit nicht mehr Gerichte zur Auswahl gestellt werden als je zwei verschiedene Suppen, Zwischengerichte (ohne Fleisch oder Fisch), Fischgerichte, Fleischgerichte und Süßspeisen. — 2. Jedem Gaste darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht, gleichviel, ob warm oder kalt, verabfolgt werden. — 3. Die Verabreichung von warmen Speisen auf Vorlegeplatten, soweit sie nicht an zwei oder mehrere Personen erfolgt, sowie von roher oder zerlassener Butter zu warmen Speisen ist verboten.

Die Wiener, die nach Berlin kommen, werden sich pharisäisch darüber auslassen, wie schlecht man in Wien lebt. Unsere Bourgeois aber, die zahlen können, haben in Wien noch immer ihre Speisefarten mit zahllosen Gerichten, eine wahnsinnige Verschwendung der Reichen und für Reiche, welche die Latsche verhält, daß hier die arbeitenden Klassen schon längst auf den Fleischgenuß verzichten mußten. Wann wird man bei uns das Speisen nach der Karte abstellen und das Mitessen am Wirtstisch verpflichtend machen?

Die Zentrale für Lebensmittelversorgung

Das Wolffsche Telegraphen-Büro veröffentlicht nachstehende, als „amtlich“ bezeichnete Mitteilung, die sich in einigen Punkten gegen eine Meldung unseres gestrigen Abendblattes wendet:

Berlin, 10. Mai.

Der Reichskanzler empfing heute den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling zu einer Aussprache über allgemeine Fragen, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen dem Kanzler und dem leitenden Minister der größeren Bundesstaaten stattzufinden pflegt. Es ist falsch, den Besuch des Grafen v. Hertling in Berlin mit Personalveränderungen innerhalb der Reichsregierung oder mit speziellen Organisationsfragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung in Verbindung zu bringen. Dabei wird bemerkt, daß in der Tat eine Verbesserung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates im Werke ist, dem die Ausführung der Bundesratsverordnungen obliegt. Die Errichtung einer den Bundesrat ausschaltenden „Lebensmitteldiktatur“, wie sie ein Abendblatt ankündigt, ist selbstverständlich nicht geplant.

Es wäre zwecklos, sich in diesem Augenblick mit dem Wolffschen Bureau oder der in diesem Falle hinter ihm stehenden Stelle über die Stichhaltigkeit der bestrittenen Meldung unseres gestrigen Abendblattes in ein Wortgefecht einzulassen. Die Tatsachen werden ja bald erweisen, ob und inwieweit wir recht hatten. Festgehalten mag zunächst nur werden, daß die hinter der Kundgebung des W. T. B. stehende Stelle die Errichtung einer „Lebensmittel-Diktatur“ als „selbstverständlich“ nicht geplant bezeichnet. Die öffentliche Meinung in Deutschland wird dieses „selbstverständlich“ am allerwenigsten verstehen.

Die Approvisionnement Wiens.

Die Lebensmittelversorgung Wiens.

Die „Korr. Wilhelm“ meldet:

Im Laufe der letzten Tage hatte sich in Wien eine vorübergehende Störung im Verkehr mit einzelnen Approvisionierungsartikeln ergeben, gegenüber welcher jedoch die erforderlichen Vorkehrungen zur raschen Abhilfe unverweilt veranlaßt worden sind. Insbesondere wurde Vorkehrung für eine entsprechende Beschickung des Eier- und Gemüsemarktes sowie für eine glattere Abwicklung des Geschäftsverkehrs im Lebensmittelhandel getroffen.

Die gestrigen Detailmärkte.

Bereits in den ersten Morgenstunden war gestern die Käuferbeteiligung in der Großmarkthalle eine äußerst lebhaft und es machte sich speziell für Rind- und Schweinefleisch lebhaft Nachfrage bemerkbar. Besonders rege Kauflust herrschte wie gewöhnlich für Fettstoffe, die gestern im Gewichte von 1750 Kilo, an dem die Gemeinde Wien mit 750 Kilo Schmalz partizipierte, zum Verkaufe gebracht wurden. Der Rest bestand aus Tafelspeck und 100 Kilo Margarine. Bei der wie bisher kontingentierten Abgabe von einem halben Kilo abwärts, konnte der Bedarf ziemlich gedeckt werden.

In Geflügel und Seefischen war das Angebot relativ ausreichend. Seefische dürften heute, wie wir bereits gemeldet haben, sich um 20 Heller per Kilo im Preise ermäßigen. Das von der Gemeinde Wien zugeführte Schmalz, wurde unter Aufsicht der Marktamtorgane an die Parteien abgegeben. In den Kreisen des einkaufenden Publikums hat diese Durchführung eine gewisse Beruhigung, resp. Befriedigung hervorgerufen.

Die auswärtigen Fleischzufuhren in der Großmarkthalle beliefen sich gestern auf 13 Waggons im Gewichte von 39,2 Tonnen, worunter sich 2 Waggons mit 10,2 Tonnen ausländische Provenienzen befanden. Entsprechend der Preissteigerung auf dem Viehmarkte in St. Marg wurden Kälber um 10 Heller und Schweine um 40 Heller per Kilo erhöht. Kalbsinnereien blieben im Preise unverändert. Man zahlte im Engrosverkehre je nach Qualität böhmisches und mährisches Rindfleisch, hinteres Kr. 7.30 bis 7.80, Kälber Kr. 4.80 bis 4.90, Schweine Kr. 7.20 bis 7.50 per Kilo.

Gemüse und Kartoffeln. Gestern wurden die Gemüsemärkte wesentlich günstiger beschickt und langten sämtliche Sorten in größeren Quantitäten ein. Preise bei äußerst lebhaftem Verkehre anhaltend stationär. Nur Zwiebel hat sich mäßig erhöht, Malver Kr. —.96 bis 1.04 und ausländischer 76 bis 90 Heller per Kilo. Für die österr. landwirtschaftl. Verkaufsgesellschaft langte in die Viktualienhalle, 3. Bezirk, ein Waggon Karfiol und Gurken ein. Ferner 2 Waggons galizische Eier und größere Mengen aus Ungarn, die zu den von der „Miles“ festgesetzten Preisen verkauft wurden. Zufuhr in Kartoffeln fortgesetzt im Zunehmen. Ripsler steigend, 51 bis 54 Heller per Kilo. Absatz in holländischen Kartoffeln mit Rücksicht auf die höheren Preise stöckend.

Zur Fettnot.

Der Magistrat hat in den letzten Tagen davon Kenntnis erlangt, daß in einem größeren Selchereibetriebe vor längerer Zeit 1700 Kilo Schweineschmalz beschlagnahmt worden waren. Dieses Schmalz wurde nunmehr für die Versorgung der Bevölkerung Wiens angefordert und von der Gemeinde Wien gestern und heute in der Großmarkthalle zum festgesetzten Höchstpreise von Kr. 6.40 für 1 Kilo unter Beschränkung der Abgabe an einen Käufer auf 1 Kilo zum Verkaufe gebracht.

Merkblatt über die Verwendung einheimischer Pflanzen als Gemüse.

Unter obigem Titel hat die Gartenbau-Gesellschaft im Auftrage des Ackerbauministeriums ein kurzes, illustriertes Merkblatt herausgegeben, in dem jene frei wachsenden Pflanzen aufgezählt und beschrieben werden, die sich als Gemüse einwandfrei verwerten lassen. In gedrungenen Form wird alles Wissenswerte über Form, Vorkommen und Zubereitungsart mitgeteilt. Bei der Wichtigkeit, die besonders während der Kriegszeit solchen Pflanzen zukommt, wird auf dieses Merkblatt, das in der Kanzlei der Gartenbau-Gesellschaft unentgeltlich zu haben ist, ganz besonders aufmerksam gemacht.

Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (Hohö).

Kartoffelabgabe: Eine neue Kartoffelabgabe ist eingetrossen und es erfolgt die Abgabe derselben Freitag den 12. d. von 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr auf dem Nordbahnhof, 6. Kohlenhof, 6. Gelseise, Eingangstor Borgartenstraße Nr. 132, gegen Vorweisung der grünen Mitgliedskarte.

Die Fleischkarte.

Berlin, 11. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die Beratungen der Berliner Großgemeinde über die Einführung von Fleischkarten sind noch nicht abgeschlossen, doch ist man darüber einig geworden, Familien-Fleischkarten auszugeben, wobei Kinder bis zum sechsten Lebensjahre kein Fleisch und vom 6. bis zum 14. Lebensjahre die Hälfte des Quantum erhalten sollen, das für die Erwachsenen festgesetzt wird. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat sehr große Mengen von Gefrierfleisch, insgesamt 200.000 Zentner, in ihren Kühllhäusern eingelagert. Mit dem Verkauf dieses Fleisches soll im nächsten Monat begonnen werden.

Die Vereinfachung der Berliner Speisekarte.

Berlin, 11. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die für heute nach dem Reichsamt des Innern einberufene Besprechung mit den Interessenten wegen Vereinfachung der Speisekarte ist vertagt worden. Die Besprechung soll erst kommenden Dienstag stattfinden.

Eier und Fett in Friedenszeiten.

Wien, 11. Mai.

Eier und Fette bildeten, bevor der Weltkrieg durch die Absperrung des Seeverkehrs die stürksten Verschleppungen bewirkte, sehr wichtige Artikel des Handels der Monarchie. Oesterreich-Ungarn war stets ein Land großen Eierexports. Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, für welches die Statistik in den Detailziffern vorliegt, hat das österreichisch-ungarische Zollgebiet Eier für 142,7 Millionen Kronen ausgeführt, dagegen andererseits aus dem Auslande Eier für 68 Millionen Kronen eingeführt. Im ganzen war also in diesem Jahre die Bilanz des Eierhandels mit 74 Millionen Kronen aktiv. Die Eierausfuhr ging zum größten Teile nach Deutschland, da nach diesem Lande Eier für 124 Millionen Kronen exportiert wurden. Ferner haben wir Eier für 9,3 Millionen nach der Schweiz, für 3,5 Millionen nach Frankreich, für je 2 Millionen Kronen nach England und nach den Niederlanden ausgeführt. Dagegen haben wir Eier aus Rußland im Werte von 60,6 Millionen Kronen, aus Bulgarien von 3 und aus Rumänien von 2½ Millionen Kronen eingeführt. Die österreichische Reichshälfte hatte aus Ungarn Eier für 14 Millionen Kronen bezogen. Im großen und ganzen waren wir aber in der Lage, Eier an fremde Länder abzugeben. Im Kriege fehlen selbstverständlich die Zufuhren aus Rußland.

In Butter und Fetten war dagegen die Handelsbilanz auch schon in Friedenszeiten passiv. Im Jahre 1913 haben wir Butter für 19 Millionen Kronen aus dem Auslande bezogen, dagegen nur für 3 Millionen Kronen exportiert. Die zu uns bezogene Butter stammte mit 13,7 Millionen Kronen aus Dänemark, mit 3,2 Millionen aus Holland und mit 1,3 Millionen aus Rußland. Wir exportierten dagegen Butter für 2,3 Millionen nach Deutschland und für eine halbe Million nach der Schweiz. Aus Ungarn hatten wir Butter für 7,5 Millionen Kronen eingeführt. Auch in den übrigen Gattungen von Fetten war unser Handel passiv. In den letzten Friedensjahren importierte die Monarchie regelmäßig zwischen 2 und 7 Millionen Kronen Fette aus dem Auslande, gab aber nur relativ geringe Mengen von Fett und Speck, die nicht einmal den Wert von 1 Million Kronen erreichten, an das Ausland ab. Dagegen war Oesterreich ein starker Konsument von Schweineschmalz und Schweinespeck aus Ungarn, da in den letzten Jahren Importe, die sich um 24 Millionen Kronen herum bewegten, aus der jenseitigen Reichshälfte für unseren Konsum herangezogen wurden.

* **Geht's aus schlecht?** Ein sozial denkender Mann, den sein Beruf manchmal zwingt, in der Nacht in einer öffentlichen Wirtschaft einzulehren, schreibt uns: Sagen Sie mir, ist es denn wirklich nötig, daß angesichts der tatsächlichen Not an Milch noch immer in den Kaffeehäusern mit diesem wichtigen Nahrungsmittel so gewüftet wird. Ich will nichts von den Volkskaffeehäusern sagen; dort ist die Milch ja wirklich ein Nahrungsmittel und kommt Menschen zugute, die wirklich dieser Nahrung bedürfen. Aber wie will man es rechtfertigen, daß ein Mensch, der um 8 Uhr abends in einer Stadtwirtschaft seine Fleischspeise samt Beilagen gegessen hat, sein Brot, seine Mehlspeise, seinen Käse, vielleicht eine Vorspeise noch dazu, einen Fisch oder sonst etwas und der dann den „angebrochenen Abend“ mit entsprechenden Auflagen von Mischgetränken fortgesetzt hat, wie will man es rechtfertigen, daß so ein Mensch das Recht haben soll, dann um 11 Uhr, 12 Uhr oder 1 Uhr nachts im Kaffeehaus noch zum Magenschluß einen Milchkaffee zu trinken oder einen Milch- oder Eiercognac und daß er dazu Süßigkeiten essen kann, die aus feinstem Weizenmehl bereitet sind? Dies alles letzten Endes nur darum, weil er das Geld dazu hat? Ist es nicht schrecklich, wenn diese selben Menschen nachmittags das Recht haben, im Kaffeehaus den sogenannten „Ersakaffee“ zu trinken, den Ovomaltine, die „Kaisermelange“ und wie sich diese Dinge alle nennen, die eigentlich nichts sind als mehr oder weniger geschickte Verhüllungen für den etwas dünnleren Oberkaffee, die aber im günstigsten Falle darstellen eine völlige Verschwendung von Eiern an Menschen, die dieses Nahrungsmittel wirklich nicht

zum Durchhalten benötigen? Ist es denn wirklich nicht möglich, daß die Behörden, denen doch die Not weiter Bevölkerungskreise gerade an diesen Nahrungsmitteln bekannt ist, mit heiligem Eifer dahinter sind, solche Ungerechtigkeiten, die gar nicht zu rechtfertigen sind, aus der Welt zu schaffen? Bei uns kann jeder an fleischlosen Tagen so viel Fleisch essen, als er will, vorausgesetzt, daß er's bezahlen kann. Dem Reichen oder auch nur halbwegs Begüterten wird nie das Fett mangeln. Ist es nicht Schweinefett, so kann er Butter haben, auch so viel er will, wenn er's nur bezahlt. So sehen wir in Wien, wohl auch in anderen österreichischen Städten, neben den vielen schwermühten Menschen, die sich um jedes Lebensmittel anstellen müssen, die manchmal schwere Kämpfe aufführen müssen, um mit oft recht zweifelhaften Lebensmitteln den Magen füllen zu können, die Reichen, Wohlhabenden oder auch nur Besserbekleideten, denen das „Durchhalten“ im Kriege bei aller Lebensmittelteuerung noch immer recht leicht gemacht ist. Schlimmstenfalls müssen sie ein paar tausend Kronen Schulden machen, die sie alle Aussicht haben, in der nächsten Zeit zu bezahlen, in der Regel brauchen sie sich aber fast an nichts Abbruch zu tun. Ich wollte, daß alle Verantwortlichen erkennen, daß diese Wirtschaft ein Unrecht ist, das sich beseitigen läßt.

Die neuen Ernährungs-schwierigkeiten.

Wir erleben wieder einmal in Wien eine augenblickliche Störung des öffentlichen Ernährungsdienstes, die Maschine knarrt und ächzt, als wollte sie nicht weiter. Wiederholt haben wir Ähnliches erlebt und erfahren, daß man bloß mit frisch einsetzenden Kräften und verdoppeltem Ernst zuzugreifen brauchte, um das Werk wieder in Gang zu bringen. Das verdammte Erbübel des Oesterreichers, der immer von Zeit zu Zeit lässig wird, um dann wieder sprunghaft vorzustoßen, ist eben nicht so leicht auszurotten, auch nicht durch den furchtbaren Ernst des Krieges.

Seit Tagen und Wochen hat die Kritik der Oeffentlichkeit die Mißstände verfolgt, die sich in der Versorgung mit Fett, Fleisch und Eiern herausgestellt haben. Wir haben erst jüngst an dieser Stelle die Eierfrage ausführlich untersucht, wir verfolgen den Fleisch- und Fettmarkt seit Wochen mit Unruhe und mit gewissenhafter Warnung vor den Gefahren, die aus der Warenzurückhaltung durch interessierte Geschäftsleute und aus dem Zögern der Behörden, dieses Wespennest auszuheben, erwachsen müssen. Wir haben auf die „Berliner Methode“ hingewiesen, die im Nu den Fettmarkt reguliert hatte. Die Behörden haben das Nebel viel beredet und über die Abhilfen viel beraten, aber zur Tat ist man noch immer nicht bereit — die Tertierung der behördlichen Verfügungen scheint am Ende gar zu schwierig, die Zuständigkeit der beteiligten Ämter auch nicht ganz geklärt und weiß Gott, in welchem Pfeffer der Hase sitzt! Aber schließlich muß man zum Handeln schreiten, ohne sich viel um das Schlingwerk der Paragraphen zu kümmern.

Man wird niemandem einreden, daß die Hühner gerade in den ersten Maientagen ihren angeborenen

Beruf, Eier zu legen, abgeschworen haben, nachdem wir etliche Wochen vorher mit Eiern beinahe überschwemmt waren. In Hühnervolk haben wir noch dazu seit je einen beträchtlichen Ueberschuß in der Monarchie, haben ihn auch jetzt im Kriege. Das Argument, daß Eier überhaupt fehlen, kann auch nicht ernsthaft vorgebracht werden, am Federvieh liegt es wahrlich nicht. Aber wir haben eine schiefe Verordnung erlassen und zu ihrer Durchführung eine lahme Anstalt, die „Miles“, berufen. Rechtzeitig haben auch unsere Behörden die Fehler der Verordnung entdeckt und den Entschluß gefaßt, der „Miles“ Beine zu machen — aber vom Entschluß bis zum Vollbringen ist bei uns der Weg nicht selten gar weit! — Die Verordnung geht von dem Gedanken der länderweisen Versorgung aus, das war ihr erster Fehler: Die Länder, ja die einzelnen Bezirkshauptmannschaften haben sich fürsorglich abgeschlossen, nun stockt die Zufuhr in die großen Konsumplätze und die „Miles“ hat nicht die Kraft, die Vorräte in Bewegung zu bringen. Die Verordnung hat es den Privaten — Erzeugern, Händlern und Haushaltungen — nicht verboten, Eier einzuhamstern, sie ging von der gutgläubigen, wenn nicht gutmütigen Voraussetzung aus, die Privaten würden die Einkalfung der „Miles“ anvertrauen, und die „Miles“ entwickelte sogar einen großzügigen Versorgungsplan. Aber der Private, zumal der Oesterreicher, mißtraut schon der eigenen Fürsorglichkeit, um wie viel mehr erst der öffentlichen. Erzeuger, Händler, vermögende Hausfrauen fangen an, selbst einzulegen, und fast jedes Ei verschwindet kurz nach dem ersten Auftreten in der Verenkung. Dazu kommt, daß in Ungarn von nicht-österreichischen Auskäufern Eier um jeden Preis, abgenommen werden, während wir an Höchstpreise gebunden sind, daß im Kriegsgebiet wie natürlich zuerst an das Kriegsvolk gedacht wird. Daß das so kommen mußte, wissen die Behörden schon lange, beraten auch schon tagelang Abhilfe. Jetzt aber ist es an der Zeit, die länderweise Versorgung, besser Nichtversorgung, aufzuheben, das private Einlegen zu verbieten, mit festem Griff das Eingehamsterte wieder herauszuholen und die „Miles“ mit strengem Auftrag zur Beschleunigung der Transporte zu verhalten. Das muß nun endlich auch geschehen, es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Die Fleisch- und Fettschwierigkeiten aber sind älteren Datums, ihre Ursachen liegen nicht ganz so an der Oberfläche. Auch hier sind Horn- und Stechvieh nicht so störrig, als es scheint, und ebensowenig der Hauptgrund wie dort das Federvieh. Zur Beruhigung der Mitwelt können wir die verbürgte Meldung erstatten, daß weder bei Viel- noch bei Spalthütern ein Gebärstreif ausgebrochen ist. Nicht auf den Wirtschaftshöfen, sondern auf den Märkten liegt der Grund der Störung.

Seit Monaten drängen wir auf ein Abkommen der österreichischen mit der ungarischen Regierung über den Viehverkehr! Da Ungarn der Hauptlieferant des Wiener Marktes ist und der Viehtrieb mit der Preisregelung unmittelbar zusammenhängt, ist eine Ordnung der Viehmärkte nur im Einvernehmen beider Regierungen möglich und wirksam. Und es wird auch verhandelt, sogar schon lange und recht eifrig. Und in einem Einzelartikel, in Speck und Schmalz, ist bereits eine Vereinbarung im vorigen November zustande gekommen. Nur nicht in Fleisch, nicht in lebenden Schweinen, nicht in Rindern. Und so haben allmählich das Vieh das Fleisch und das Fleisch den Speck im Preise gewaltig überholt und die Fettpreise hinfällig gemacht. Händler und Schlächter wissen ganz genau, daß einmal der Tag kommt, wo die Fettpreise in jähem Sprung nachfolgen werden, und haben sich entschlossen, auf diesen Tag in Geduld zu warten. Das Fett, das ausgeschmolzen wird, das versichert ganz oder zum Teil in unterirdische Kavernen und harrt dort in schweigendem Gefäß auf die Stunde, wo die sinnreiche Höchstpreisverordnung dahinsinkt, auf die Stunde seiner Auferstehung. Fettschweine kommen aus Ungarn selten oder gar nicht auf österreichische Märkte, sie werden jenseits der Leitha verarbeitet. Inzwischen aber kaufen ungarische Händler österreichische Jungvinder auf, führen sie heim und mästen sie mit den Futtermitteln, von denen sie uns im Frieden Millionen Zentner verkauft haben. Werden sie schlachtreif sein, dann werden wir sie zu stolzen Preisen auf unseren Märkten wiedersehen!

Man greift es ja mit Händen, woran es fehlt: not tut eine Vereinbarung beider Regierungen, ein Vertrag über das Ganze der Vieh- und Fleischfragen, ein gemeinsames und umfassendes Höchstpreissystem. Bestünde das, so käme der Handel sofort in Gang, denn Zurückhaltung wäre ja dann sinnlos. Statt dessen wird nicht nur die Leitha nicht überbrückt, sondern werden in jedem Kronland andere Höchstpreise festgesetzt und sogar der Binnenverkehr eingeschränkt! Es ist eine Tatsache, daß Oberösterreich an Vieh und Fleisch zu verhältnismäßig billigen Preisen die Genüge hat, während Wien zu unerhörten Preisen Mangel leidet: der Separatismus feiert wieder einmal Orgien, inner- wie außerhalb der Mauern! Wo ist die starke Hand, die ihn niederwirft? Ohne sie geht es nicht, durch sie können die Schwierigkeiten ganz wesentlich gemindert werden.

Im Augenblick aber und zur Beseitigung der gegenwärtigen Störung bleibt nichts übrig als die „Berliner Methode“. Man muß Nachschau halten, gründliche, sofortige Nachschau, und zwar durch die staatlichen Sicherheitsorgane. Es ist Bürgerpflicht, sich diese Nachschau gefallen zu lassen, und Gebot staatlicher Klugheit, dabei die Vermutung wie das Auge des Publikums mitwirken zu lassen. Wer nicht gehamstert hat, der hat auch nichts zu befürchten. Mit den papierernen Aufnahmsbescheinigungen und Selbst-einbekenntnissen wird nicht voller Beweis erbracht. Die Berliner Geschäftsleute sind durch die preußische Schule gegangen und deshalb nicht gerade als Gesetzesverächter berüchtigt — und doch hat die sicherheitspolizeiliche Nachschau ganz überraschende Ergebnisse geliefert, ganz respectable Vorräte ans Licht gebracht. Die Wiener Keller sind seit jeher um ein erkleckliches verschwiegener als jene Berlins. Mit einiger Geschicklichkeit aber ist auch dieses Schweigen ohne viel Aufsehen zu brechen. Und das muß nun wohl endlich auch bei uns ins Auge gefaßt werden. Ist die augenblickliche Störung auf diese Weise überwunden, so werden inzwischen neue Vereinbarungen und geänderte Verordnungen einen ruhigen Lauf der Ernährungsmaschine sicherstellen. Rasche Tatkraft — das muß von unseren Ernährern

Die Ernährungspolitik der Stadt Wien.

Zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Von Professor Dr. Rudolf Kobatsch.

Die ungemein ersten Lehren des Weltkrieges, zu dessen wichtigsten gegen uns und Deutschland gerichteten Bekämpfungsmitteln der teuflische Aushungerungsplan Englands gehört, haben Staat und Stadt überzeugen müssen, daß die Volksernährung namentlich in den Großstädten nicht, wie man vielleicht in irrthümlicher Anwendung althergebrachter Schlagworte noch bis zum Kriege verneinen konnte, dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben darf, sondern daß die hinreichende und preiswerte Beschaffung der unentbehrlichen Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände eine ebenso wichtige Aufgabe der öffentlichen Verwaltung ist, wie die militärische und finanzielle Kriegsbereitschaft. Nur allmählich konnte man sich von den hergebrachten Begriffen und Methoden loslösen, aber mit immer größerer Deutlichkeit trat das Problem vor unsere Augen: die öffentliche Gewalt muß eingreifen, muß dort, wo die Erzeuger von Lebensmitteln oder deren Verkäufer in sträflicher, ja verbrecherischer Verleugnung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten Zurückhaltung, Verheimlichung und ungerechtfertigte Preistreiberei üben, mit aller gebotenen Schärfe einschreiten, um die Ernährungsmöglichkeit zu sichern.

So sehr auf diesem Gebiete noch manches zu verbessern und nachzuholen ist, so wird man doch jenen Maßnahmen der Gemeinde Wien unbedingten Beifall zollen können, welche eine großzügige kommunale Ernährungspolitik sichern sollen. Mitten im Kriege gelang es, ein mustergültiges Kühl- und Gefrierhaus nach den Plänen des Stadtbaudirektors G o l d e m a n n zu errichten, welches einen Flächenraum von dreimal 2000 Quadratmeter enthält und über sieben Millionen Kilogramm Ware aufnehmen geeignet ist. Es wäre dringendst zu wünschen, daß der Bezug der für diese Anstalt geeigneten Lebensmittel von der Regierung oder, genauer gesagt, durch das Einvernehmen der österreichischen und der ungarischen Regierung unbedingt sichergestellt werde, damit durch eine namhafte Menge von gekühlten oder gefrorenen Lebensmitteln, namentlich tierischen Produkten, eine bessere und billigere Versorgung des Volkes ermöglicht werde.

Nunmehr macht die Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete einen weiteren großen Fortschritt, indem sie ein technisch und frachtlisch gleich günstig zu beurteilendes G e t r e i d e - L a g e r h a u s erwirbt, dessen Fassungsraum, in Verbindung mit den übrigen städtischen Lagerhäusern zusammen, fähig ist, etwa den Halbjahresbedarf der Stadt Wien aufzunehmen, und schließlich wird eine der best-eingerichteten und größten D a m p f - m ü h l e n Oesterreichs, die Bonwillermühle, unter den maßgebenden Einfluß der Gemeindeverwaltung gebracht, eine Mühle, welche gegen 8000 Waggons Mehl im Jahr herzustellen vermag.

Diese und andre, namentlich in der Kriegszeit getroffenen Maßnahmen der Gemeinde beweisen, daß man im Rathhaus zur vollen Erkenntnis der kommunalen Aufgabe auf dem Gebiete der Ernährungspolitik gelangt ist. Nur dann, wenn die Gemeindeverwaltung selbst einen entscheidenden Einfluß auf die Großeinkaufspreise und auf die Verteilung der Lebensmittel nimmt, kann eine bessere und billigere Ernährung erhofft werden. Nur dann werden auch jene notwendigen Maßnahmen von Erfolg begleitet sein, welche — um mit König Ludwig von

Bayern zu sprechen — gegen jenen Teil der Lebensmittelproduzenten und -händler ergriffen werden müssen, welche, wie der König sagt, durch abscheulichen Wucher und unerhörten Eigennutz sich des verderblichen Landesverrates schuldig machen und wessen das Handwerk gelegt werden muß.

Nicht schöne Worte, nicht wissenschaftlich vertiefte Programme, sondern die Tat beweist den guten Willen, die richtige Einsicht und verbürgt den Erfolg.

Lebensmittelnot in England.

Amsterdam, 11. Mai. (Privattelegramm.) Die englischen Zeitungen, die jetzt nach zweitägiger Pause wieder eintreffen, enthalten samt und sonders dieselbe Warnung vor der Gefahr einer sichtbar nähernden Hungersnot.

Die „Times“ hält es für die höchste Zeit, daß die Nation aufwache. Der Optimismus in der Nahrungsmittelfrage sei ein gefährlicher Irrtum. Die Nahrungsmittel seien seit Kriegsausbruch um mindestens fünfzig Prozent teurer geworden.

„Daily Mail“ sieht die Gefahr schon vor der Tür. Das Blatt weist lobpreisend auf die deutschen Nahrungsmittelarten hin und will für England wenigstens die Milchkarte eingeführt sehen. „Daily Mail“ reproduziert die Schöneberger Lebensmittelkarte. Die Größe der Gefahr für England ergibt sich schon daraus, wenn man bedenkt, daß auf derartige Veröffentlichungen strenge Strafen seitens der Zensurbehörde gesetzt sind.

Eine Frauenabordnung beim Bürgermeister.

Heute nachmittag fand sich eine Abordnung von Frauen des 10. Bezirkes beim Bürgermeister Doktor Weiskirchner ein, um ihre Klagen wegen Mangels an notwendigen Lebensmitteln vorzubringen. Der Bürgermeister besprach mit den Frauen die Verhältnisse auf den Lebensmittelmärkten und in den verschiedenen Geschäften. Er konnte den Frauen die Mitteilung machen, daß heute nachmittag eine größere Partie von Eiern in Wien eingelangt sei und daß er, da ja die Gemeinde über diese Ware nicht verfüge, bei der legitimierten Einkaufsstelle („Mileš“) die nachdrücklichste Vorstellung erhoben habe, daß diese Eier morgen (Freitag) in entsprechender Verteilung auf die Märkte, insbesondere der äußeren Bezirke, gebracht werden.

Der Bürgermeister betonte die bestehende Fettknappheit und wies darauf hin, daß er alle erforderlichen Schritte beider Regierung unternommen habe, daß jedoch zweifellos noch eine gewisse Zeit mit der Knappheit zu rechnen sei. Er werde, soweit es ihm möglich sei, darauf sehen, daß morgen auch im 10. Bezirk ein gewisses Quantum Fett zur Verfügung gestellt werde. Auch wegen der Kartoffeln habe er ja in der Gemeindeverwaltung das möglichste getan und er hoffe, daß die Frauen gerade bei diesem Lebensmittel nicht Mangel zu leiden haben. Was die Milch anbelangt, so werde in den nächsten Tagen die Magistrats-Rundmachung erscheinen, derzufolge die Milch für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre und für stillende Mütter gesichert und Tag für Tag ohne Anstellen im genügenden Ausmaß erhältlich sein wird.

Ueber die Klagen der Frauen, daß Mehl in den Geschäftsläden ungleichmäßig abgegeben werde, versprach der Bürgermeister, neuerlich einen Auftrag an das Markttamt hinauszugeben, damit vorgesorgt werde, daß nicht eine Partei 5 bis 6 Kilogramm und die andere nichts erhalte, sondern daß jeder Kunde das gleiche Quantum von $\frac{1}{2}$ bis 1 Kilogramm verkauft werde.

Die Frauen wiesen insbesondere auf die Unmöglichkeit hin, mit dem Unterhaltsbeitrag für Kinder unter 8 Jahren auszukommen. Der Bürgermeister konnte nur betonen, daß die Gemeindevertretung ohne Unterschied der Partei wiederholt bei der Regierung vorstellig geworden sei und daß der Ministerpräsident ihm zugesagt habe, es stehe eine gewisse Aufbesserung der Unterhaltsbeiträge für Kinder bevor.

Der Bürgermeister nahm noch die Bitten und Beschwerden einzelner Frauen entgegen und nahm Veranlassung, daß auch diesen einzelnen Bitten Rechnung getragen werde.

Stadt und Lebensmittelversorgung.

Das energische Vorgehen des Generalkommandos in Sachen der Bestandsaufnahme von Fleisch und Fleischwaren aller Art, worüber gestern Abend in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Mitteilung gemacht wurde, wird allgemein Befriedigung erwecken, ausgenommen bei den „Interessenten“. Das sind zwei Gruppen, einmal die Besitzer der Vorräte, und dann die Leute, die nur an sich denken, die für die Allgemeinheit nichts übrig haben, die das Durchhalten nicht durch Entsammlung betätigen, sondern wie in Friedenszeiten leben wollen. Das kann aber und darf nicht sein. Eine außerordentliche Zeit stellt an die Massen und an den einzelnen außerordentliche Aufgaben, und sie sind nur dann zu lösen, wenn mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen wird, auch mit Strenge gegen die eigene Person. So halten wir die Bedenken, die gegen die Einführung der Fleischkarte gestern geltend gemacht wurden, nicht für stichhaltig, um ein getrenntes Vorgehen einzelner Kommunen abzulehnen. Es mag sein, daß dann auf den einzelnen keine große Portion entfallen würde, aber etwas, sei es noch so wenig, ist in dieser schweren Zeit besser, als gar nicht. Auch mag das Sturmlaufen gegen das sogenannte Hamstern, das man ja einst sorglichen Hausfrauen dringend empfohlen hat, übertrieben sein, namentlich macht man sich falsche Vorstellungen, wenn man glaubt, daß die in vielen reichen Familien angesammelten Vorräte, wenn sie beschlagnahmt würden, für die allgemeine Versorgung stark ins Gewicht fallen. Man kann es aber begreiflich finden, wenn sich die Unzufriedenheit der vielen Tausende gegen diese Unersättlichkeit wendet, und man wird darum gerne allem beipflichten, das auf eine gerechte Verteilung der notwendigen Mittel zur Lebensunterhaltung hinausläuft. Wenn dann die Kontrolle scharf gehandhabt wird und die Polizei einem ins Haus kommt, so muß man sich in diesen schweren Kriegzeiten damit abfinden und keine Beschränkung der bürgerlichen Freiheit darin erblicken. Allerdings wäre es das Richtige, wenn die gestern hier gefaßten Beschlüsse für den ganzen Bezirk, die Provinz, das Land, das Reich Geltung hätten. Dann würde sich zeigen, daß bei einiger Beschränkung genug für alle vorhanden ist. Inzwischen aber soll man in kleinerem Kreis nicht das zu tun verschäumen, was geeignet ist, die Unzufriedenheit zu mildern und eine Besserung herbeiführen. Damit scheint man jetzt auf einem besseren Wege zu sein, als er bisher gegangen wurde.

Der Stadtverordneten-Versammlung

Lagen zwei Anträge vor. Stadtv. Lion beantragt, den Magistrat zu ersuchen, eine Bestandsaufnahme der in Privatbesitz und in den Haushaltungen aufgespeicherten Nahrungsmittel unter Androhung von Freiheitsstrafen für wissenschaftlich falsche Angaben zu veranlassen, ferner erforderlichenfalls eine Rationierung der für die Aufspeicherung zulässigen Mengen der Hauptnahrungsmittel, sowie die Beschlagnahme aller über die Höchstmengen im Privatbesitz befindlichen Nahrungsmittel unter Bezahlung angemessener Preise anzunehmen und sie auf dem Marktweg nach Bedarf und in rationierten Mengen der Bürgerschaft wieder zur Verfügung

zu stellen. Nach einem Antrag Zielowski und Genossen soll der Magistrat wegen Aufhebung der Ausfuhrverbote aus den süddeutschen Staaten erneut bei der Regierung vorstellig werden, ferner bei der Reichsfleischstelle wegen besserer Versorgung Frankfurts. Die Fleischkarte soll unverzüglich unter Anrechnung der privaten Vorräte eingeführt werden, zu welchem Zweck eine Bestandsaufnahme verlangt wird. Die Stadt soll selbst das gesamte Viehschlachten und Fleisch und Fett verkaufen lassen, Wurst soll nur in drei Sorten hergestellt werden.

Stadtv. Lion wies in der Begründung auf die bekannten Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt in Großstädten hin. Namentlich Leute des kleinen Mittelstandes leiden schwer unter der Teuerung. Den Behörden sind die Verhältnisse über den Kopf gewachsen. In Berlin wird viel zu viel Rücksicht auf ländliche Interessen, in den Großstädten zu viel Rücksicht auf Händlerkreise genommen. Die gerechte Verteilung aller Lebensmittel ist, wie der Redner hervorhob, das Ziel seiner Anträge, die sich in erster Linie gegen die Spekulanten, in zweiter Linie gegen die Ueberhamster richten. Der Redner verwies zum Schluß auf München, wo vom Magistrat nur bestimmte Vorratsmengen im Haushalt erlaubt werden.

Stadtv. Zielowski erklärte, daß sein Antrag eine Ergänzung des Antrages Lion sei. Da die Regierung versagt, müssen die Gemeinden organisatorisch vorgehen. Die Einführung der Fleischkarte erklärt die Berliner Regierung für unmöglich, während in Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen die Fleischkarte eingeführt ist. Nach der Bundesratsverordnung vom 27. März 1916 können die Gemeinden eine Regelung der Fleischversorgung selbst vornehmen. Das wenige Fleisch, das noch vorhanden ist, muß der Allgemeinheit zugeführt werden. Was für die Butter möglich war, muß beim Fleisch auch möglich sein. Wenn man auch nur alle 14 Tage ein Pfund Fleisch bekommen würde, so wäre das doch ein besse-

rer Zustand als jetzt, wo nur der wohlhabende Mann sich Fleisch kaufen kann. Die Städte müssen unbedingt zur eigenen Regie in der Fleischversorgung übergehen. Schließlich wandte sich der Redner gegen die Schlachthofverwaltung, die während der Osterfeiertage zwei Waggons Külder, die für einen Großmehrer bestimmt waren, stehen ließ. Dadurch sei das Fleisch verdorben, man habe es abwaschen müssen und an einen Metzger gegeben, der es zur Herstellung von Wurst verwertet habe.

Oberbürgermeister Voigt hob hervor, daß die Regelung der Lebensmittelverhältnisse in anderen Städten nicht auf Frankfurt übertragen werden könnte. Der Redner machte Mitteilung über das Vorgehen des Magistrats gegen die Absperrung aus benachbarten Gebieten und über die Maßnahmen des Generalkommandos, worüber schon im Zweiten Morgenblatt berichtet ist. Uebrigens seien die Vermutungen, daß in den Privathaushaltungen viel gehamstert werde, manchmal unberechtigt. Bei der Zuckeraufnahme glaubte man fälschlich, daß Tausende von Zentnern in den Haushaltungen wären. Das war nicht der Fall; immerhin hatte in der Bodenheimer Landstraße eine Familie von fünf Personen 165 Kilogramm Zucker in ihrem Besitz. Mehr als von einer Bestandsaufnahme verspricht man sich von der Einführung der Lebensmittelkarte, einer Beschränkungstarke für die Beziehung bestimmter Lebensmittel. In Bezug auf die Fleischversorgung ist mitzuteilen, daß der Magistrat heute Höchstpreise für Rindfleisch und Kalbfleisch festgesetzt hat. Die Abholung der Nahrungsmittel zu verbieten, ist nutzlos, wenn wir eine Lebensmittelbeschränkungstarke haben. Die Einführung von Fleischkarten hat nur dann einen Zweck, wenn sie vom Staat eingeführt werden. Nur dann ist eine gerechte Verteilung möglich. Auf eine Fleischkarte würde man in Frankfurt zu wenig Fleisch erhalten. Das Fleisch kommt alles an die Stadt, die schon heute die Verteilung an die Metzger vornimmt. Es ist also gleichgültig, ob die Stadt oder der einzelne Metzger das Vieh schlachtet. Auch die Karnideldzucht will der Magistrat heben. Bei der äußerst mangelhaften Lage als Nachbar eines abgesperrten Gebiets ist es uns schwer, die Ernährung der Frankfurter Bevölkerung durchzuführen. Durch eine andere Abgrenzung des Ernährungsgebietes, durch Viehvermehrung hoffen wir einige Besserung auf dem Lebensmittelmarkt herbeiführen.

Stadtrat Medlach erklärte, daß die Vorwürfe gegen die Schlachthofverwaltung unbegründet seien. Vor Ostern sind der Stadt ausländische Gefrierkälber überwiesen worden, die bei uns kaum genießbar anlangen. Man brachte sie in Kühlhallen, bearbeitete das Fleisch während der Feiertage und verwendete es zu dem einzigen noch geeigneten Zweck. Bei der Fleischverteilung an die Metzger wird ganz unparteiisch vorgegangen, kein Metzger ist benachteiligt worden.

Stadtv. Dr. Heilbrunn führte aus, daß es sich um eine gemeinschaftliche Angelegenheit aller Städteverwaltungen handle. Vor der Öffentlichkeit ist es leicht, eine Behörde als unfähig hinzustellen. Die Ursache der Fleischknappheit liegt darin, daß das der Stadt zugewiesene Versorgungsgebiet das Fleisch nicht liefern kann, das die Stadt braucht. Die Stadt wird jetzt Höchstpreise einführen, Vorteile durch die Regieschlachtung werden nicht eintreten. Fleischkarten haben nicht viel Zweck, wenn nicht genügend Fleisch vorhanden ist, sie werden höchstens zu Erbitterung Anlaß geben. In Bayern hat man die Fleischkarte lediglich zum Schutz der Rindviehzucht eingeführt. Die Lebensmittelkarte wird eine Rationierung der wesentlichen Lebensmittel, abgesehen vom Fleisch, bringen. Bei der Bestandsaufnahme soll man der Ehrlichkeit der Bürgerschaft trauen und nicht dem Einzelnen die Polizei ins Haus schicken. Die Frage der Lebensmittelversorgung ist von den Städten nicht zu lösen, sondern kann nur von der höchsten Reichsstelle erledigt werden. Man soll den häuslichen Kampf innerhalb der städtischen Behörden beseitigen und gemeinsam vorgehen.

Stadtv. Goppf sagte, nur durch eine Rationierung könne Wandel geschaffen werden. Wenn die Einzelhaushaltung zu unrationell sei, dann müsse die Speisung von allen aus der Soulaschkanone erfolgen. Ferner sprachen die Stadtverordneten Goll, der für Errichtung eines Lebensmittelamts eintrat, Windwald, Aug. Müller, Fleischer und Anis.

Die Abstimmung führte noch zu einer längeren Debatte. Der Antrag Lion wurde insofern abgeändert, als an Stelle der Androhungen von Freiheitsstrafen für wissenschaftlich unrichtige Angaben bei der Bestandsaufnahme der Passus „unter Berücksichtigung der in der Bundesratsverordnung betreffend Vorratsverhebungen vorgesehenen Maßregeln gegen wissenschaftlich unrichtige Angaben“ gesetzt wird. Der Antrag Lion wurde sodann mit großer Mehrheit angenommen. Die Anträge Zielowski wurden angenommen mit Ausnahme der Stellen die sich auf das Verbot der Zustellung von Fleisch in die privaten Haushaltungen, auf die Abtötung des Viehs durch die Stadt und auf die Beschränkung der Herstellung der Wurst auf drei Sorten beziehen. In diesen drei Punkten wurde der Antrag Zielowski dem Magistrat überwiesen. Auf Antrag des Stadtv. Fleischer soll bei der Fleischversorgung eventuell auf das Straßburger System zurückgegriffen werden. Auf Antrag des Stadtv. Fünd soll der Magistrat sich zu den Anträgen möglichst bald äußern.

12. / v. 1916

Die einheitlichere Organisation der Lebensmittelversorgung.

N Berlin, 11. Mai. (Priv.-Tel.) Die bevorstehende straffere Organisation und Vereinheitlichung der Nahrungsmittelversorgung wird in der Hauptsache darin bestehen, daß eine Exekutive geschaffen wird, die im engsten Zusammenhang mit dem Ressort, das die Verordnungen erläßt, ihre einheitliche Ausführung garantiert.

Manche Fehlschlüsse auf dem Gebiet der Volksernährung sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß das Reichsamt des Innern bekanntlich keine Verwaltungsorganisation hat, und daß die Ausführung Sache der einzelnen Bundesstaaten ist. In einzelnen Blättern findet sich die Vermutung oder auch die Anregung, daß diese Organisation der Nahrungsmittelversorgung als dauernde Institution auch nach dem Kriege bleiben solle. Das ist unseres Wissens nicht beabsichtigt. Es handelt sich um eine Einrichtung, die durch die bisherigen Erfahrungen des Krieges notwendig geworden und für dessen Dauer gedacht ist. Die Personalfragen, die damit in Verbindung stehen, werden bald gelöst sein. Ob der Staatssekretär Dr. Delbrück im Amte bleibt, hängt ganz allein vom Stande seiner Gesundheit ab.

Eine Reichseretutive für die Nahrungsmittelversorgung.

N Berlin, 13. Mai. (Priv.-Tel.) Ueber die Schaffung des neuen Amtes, in dessen Händen die Nahrungsmittelversorgung vereinigt werden soll, werden in politischen Kreisen ungefähr folgende Grundzüge besprochen. Das Amt soll losgelöst werden vom Reichsamt des Innern. Es soll eine doppelte Spitze, eine zivile und eine militärische erhalten, beide, wie es scheint, nebengeordnet, so daß es mehr als in einem anderen Amt auf die Persönlichkeiten ankommen wird. Dieses Amt soll die Befugnis haben, die nach wie vor unter der Zuständigkeit des Bundesrates gefaßten Beschlüsse und Verordnungen in der Lebensmittelfrage durch direkte Anweisungen an die Verwaltungsorgane zur Durchführung zu bringen. Der in den letzten Monaten als nachteilig erkannte Umweg über die Zentralinstanzen der Bundesstaaten, und namentlich das Widerspruchsrecht dieser Zentralinstanzen, soll dadurch ausgeschaltet werden, sodaß der Wille des Gesetzgebers unverschoben und möglichst rasch auch in der Verwaltung zum Ausdruck kommen kann. Die militärische Spitze soll ebenfalls mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden und soll vor allem darauf hinwirken, daß in die vielseitigen und häufig nach lokalen oder provinziellen Gesichtspunkten getroffenen Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos mehr Einheitlichkeit als bisher kommt und die Auflösung des deutschen Reiches in zahlreiche getrennte Wirtschaftsgebiete vermieden wird. Das Amt würde direkt dem Reichskanzler unterstellt sein.

Ueber die Wahl der leitenden Persönlichkeiten gehen mancherlei Gerüchte um. Unter anderem nennt man den Unterstaatssekretär Michaelis, den Generallandschaftsdirektor Kapp und den ostpreussischen Oberpräsidenten von Batocki, auch an den Wiedereintritt einer so energischen Persönlichkeit, wie es Oberbürgermeister Wermuth von Berlin ist, wird gedacht. Ueber die militärische Persönlichkeit ist Genaueres noch nicht bekannt, aber es liegt nahe, daß es sich um einen General handeln wird, der mit der Verpflegung der Truppen vertraut ist, denn es wird ja unter anderem auch seine Aufgabe sein, eine bessere Verbindung zwischen der Feldverpflegung und der Heimatsverpflegung herzustellen.

Höchstpreise und Marktpreise.

Wichtige Fragen der Kriegswirtschaft.

Wien, 12. Mai.

Einige Professoren in Deutschland haben eine Denkschrift über das Schwein veröffentlicht. Gegen dieses nützliche Haustier wurden schlimme Vorwürfe erhoben, und ein Gelehrter sagte, das Schwein wäre der neunte Feind des Deutschen Reiches. Durch seine Fütterung werde dem Menschen der Bissen vom Munde, die Kartoffel, weggenommen. Dieser Nebenbuhler beim Verbräuche eines der wichtigsten Nahrungsmittel solle durch eine Massenschlachtung unschädlich gemacht werden. Die Verminderung der Zucht solle den Schweinen die Wohlthat erweisen, die der griechische Tragiker in den Worten ausdrückt, es sei besser, nicht geboren zu sein. Das Schwein ist diesen Vertretern einer wissenschaftlichen Nahrungspolitik in solchem Maße zum Aergernis geworden, daß sie einen Vernichtungskampf gegen den neunten Feind oder gegen den Luxusviehstapel, wie sie diese Hürde nannten, empfahlen. Die Kartoffel sollte gerettet werden und das Schwein untergehen. Sie verlangten in der Eingabe, daß alle Schweine mit einem Gewichte von über fünfundsiebzig Kilogramm zwangsweise geschlachtet werden, wenn der Beweis, daß sie ohne menschliche Nahrungsmittel erhalten werden, nicht geliefert werden könnte. Die Verfütterung von Kartoffeln solle mit Zuchthaus bestraft werden, weil sie Landesverrat sei, dem eine entehrende Strafe ge-

bühre. Deutschland hatte einige Monate nach Beginn des Krieges, wie durch Zählung festgestellt worden ist, etwa fünfundsiebzig Millionen Schweine. Die Gemeinden wollten für den Lebensunterhalt durch einen Vorrat an Dauerfleisch sorgen, und diese Nahrungspolitik ist durch eine Zwangsschlachtung unterstützt worden. In kurzer Zeit ist der Schweinestapel um sechs Millionen vermindert worden. Diese behördliche Verfügung bildet den Ausgangspunkt des Streites über den Wert und die Wirksamkeit von Eingriffen der Staatsgewalt in den Verkehr, in die Bildung der Preise und in die Vorratspolitik. Nach der Massenschlachtung der Schweine, nach der Hinrichtung des neunten Feindes und nach der Verminderung der Zucht sind die Kartoffeln nicht billiger, das Schweinefleisch teurer und das Fett seltener geworden.

Die Geschichte vom neunten Feinde des Deutschen Reiches, von dem Bösen, das einem Tiere zugefügt wurde, dem sich nur Gutes nachrühmen läßt, zeigt an einem einzigen, viel besprochenen Beispiele, daß die Staaten bei der Politik, durch die im Kriege der Preis, der Verbrauch und der Vorrat geregelt werden soll, sich in einer unbekanntem Bildnis den Weg erst Schritt für Schritt bahnen müssen. An die Höchstpreise, an das Eindringen des Staates in Küche und Keller, an die Unterwerfung der ganzen Persönlichkeit mit ihren unverjährbaren Rechten und an die Ausdehnung der öffentlichen Gewalt mit einem grundsätzlichen Maßstab heranzutreten, wäre in einem Kriege, bei dem es sich um das Leben handelt, unnütz und gegen die Erkenntnisse der Wirklichkeiten. Die Notwendigkeit des Erfolges ist der unvermeidliche Inhalt der wirtschaftlichen Politik. Natürlich ist auch, daß die Regierungen in einer Welt, in der sie seit der Einführung der Gewerbefreiheit im vorigen Jahrhundert und seit der Aufhebung der zumtägigen Preisvorschriften unbekannt geblieben sind, nur tastend sich fortbewegen, in einem Irrgarten, wo erst die Erfahrung langsam den Faden der Ariadne reichen kann und wo die Ordnung für das bewegte Leben mit seinen vielfachen Erscheinungen auf dem Papiere geschaffen werden soll. Deshalb wäre es töricht, aus Mängeln und Schwierigkeiten das Versagen der Höchstpreise schon jetzt zu behaupten, wie es gegen den Augenschein sein würde, das Bedürfnis nach Verbesserungen in der Vorratspolitik und in dem Einflusse auf die Preise nicht anzuerkennen. Diese Gebrechen haben ihren Ursprung in einem einzigen Mittelpunkte. Seit vielen Jahrhunderten sind die Menschen gewöhnt, daß die Tätigkeit, die zum Umlaufe der Bedarfsgüter gehört, von einem

Stande ausgeübt wird, der sich durch lange, von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzte Ueberlieferungen dazu besonders eignet: der Kaufmann. Er sucht die Ware an der Erzeugungstätte und liefert sie den Kunden in steter Fühlung mit dem Angebote und dem Verbräuche, fortwährend den Finger auf dem Pulse, aus dem zu erkennen ist, wie sich Vorrat und Bedürfnis zueinander verhalten. Er kann nicht befehlen und ist nicht der Borgesezte der Bauern, denen er das Getreide oder die Eier auf dem Markte abkauft; er ist auch nicht der Herr der Kunden, denen er den Preis und das Maß nach Belieben auferlegt. Der Kaufmann wurde im Betriebe der Nahrungspolitik vielleicht nicht ganz ausgeschaltet, aber mehr in den Hintergrund gedrängt, und die wirtschaftliche Arbeit, die er seit Jahrhunderten verrichtet hat, ist jetzt unter mancherlei Formen verstaatlicht und veramtet worden.

Die Erkenntnisse, die ein Stand in sich aufgenommen hat, sind nicht mit einem Schlage auf einen anderen Stand, der im Frieden dem Wesen und den Eigentümlichkeiten des Absatzes fremd geblieben ist, zu übertragen. Die Ueberleitung dieser Tätigkeit auf ein Amt oder auf amtähnliche Einrichtungen mag im Kriege und bei den Schwierigkeiten des Seehandels unvermeidlich sein. Aber daraus folgt nicht, daß die Beweglichkeit des Kaufmannes, seine Schulung, sein Reichtum an geistigen Hilfsquellen und sein Anpassungsvermögen entbehrlich geworden sind; daraus folgt auch nicht, daß im Alten nicht manche Ueberlegenheit sei, die im Neuen erst gewonnen werden muß. Ein Zustand der Vollkommenheit ist wohl im Kriege kaum möglich und das beste Werkzeug würde noch immer Neigungen zu überwinden haben und über die Schwierigkeiten der gestörten Zufuhr nicht ohne Stöße hinwegkommen. Der Vollkommenheit am nächsten wären jedoch die Einrichtungen für den Vorrat, den Verbrauch und den Preis, bei denen die oberste Führung dem Staate bliebe, aber der unschätzbare Wert kaufmännischer Erfahrung und, was vielleicht noch wichtiger ist, kaufmännischer Mitarbeit nicht verloren ginge. Darunter ist nicht bloß zu verstehen, daß an den Schöpfungen des Staates für seine Wirtschaftspolitik im Kriege auch einzelne Industrielle und Geschäftsmänner helfend und begutachtend teilnehmen. Der Kaufmannstand muß, geleitet von höherer Aufsicht, für die Nahrungspolitik dienstbar gemacht werden im Rahmen amtlicher Vorschriften, aber möglichst selbsttätig, fast hätten wir gesagt, in den durch die Verhältnisse aufgezwungenen Schranken, möglichst wie im Frieden.

Denn es ist einmal so, daß der Mensch sich leichter zum Menschen findet, wenn er bei diesem Verkehre nicht an Gehorsam auf Gebieten erinnert wird, die er nach uraltem Herkommen für persönliche hält und wo er nichts sehen und hören will, was ihm fast wie ein Steuerzwang erscheint. Ein österreichischer Abgeordneter der Landgemeinden hat jüngst lächelnd erklärt, es ist gar nicht zu glauben, wie freihändlerisch der Bauer eigentlich ist. Merkwürdig, daß wir einen ähnlichen Gedanken bei einem streng agrarischen Mitgliede des preussischen Abgeordnetenhauses finden, der in seinem Buche über die wirtschaftlichen Fragen des Krieges gesteht, daß von einer neuen Weltanschauung gar keine Rede sein könne und daß alle Versuche, von den alten Einrichtungen loszukommen, auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung erfolglos gewesen seien. Wie haben wir darüber gestaunt, daß ein so hochkonservativer Abgeordneter und Schriftsteller aus dem Werke von Taine über den Ursprung des gegenwärtigen Frankreich die Stellen anführt, worin er den fruchtlosen Kampf des Konvents gegen die Teuerung und das Schicksal der damaligen Höchstpreise im Kriege mit dem natürlichen Erwerbseben schildert. Der leidenschaftliche Agrarier kommt ein wenig seufzend und trübselig zu dem Schlusse, der Kaufmannstand habe eine unersehbliche Mission für die Ernährung und das Wirtschaftsleben aller Völker zu vollbringen, und die Ausschaltung selbständiger und freier Handelsunternehmungen durch den Staat werde im Frieden unmöglich sein. Die deutschen Bauern haben den neunten Feind schließlich doch mit Kartoffeln gefüttert und sind nicht ins Zuchthaus gesperrt worden. Es scheint, daß sie davon mehr verstehen als die gelehrten Herren, die den Krieg gegen das Schwein verlangt haben.

* Ein Kriegsnachtmahl veranstalteten heute Abends die Frequentantinen der vom Landes-Wirtschaftsverband ungarischer Hausfrauen gegründeten Kochschule, die sich aus jungen Mädchen der vornehmen Budapester Gesellschaft rekrutiren. Das Kriegsnachtmahl, das im großen Saale des Elisabethstädter Casinos abgehalten wurde, vereinigte eine Schaar geladener Gäste, die mit entsprechender Sachkenntniß und mit nicht geringem Appetit die von den jungen Damen zubereiteten Speisen verzehrten. „Kriegs“-Nachtmahl wurde es deshalb genannt, weil den Speisen alle jene Zuthaten fehlten, die jetzt in Folge ihrer hohen Preise für viele Hausfrauen unerschwinglich sind. Die Frequentantinen des Kochkurses erbrachten den Beweis, daß man auch ohne diese Zuthaten gewisse Speisen zubereiten kann, ohne daß sie deshalb weniger schmackhaft wären. So erhielten die Gäste ein Filet und ein Cotelett, denen man es nicht anmerkte, daß bei der Zubereitung nicht ein Tröpflein Fett verwendet wurde. Wie das die jungen Damen anstellten und welche Mittel sie gebrauchten, um den Speisen dennoch Schmachhaftigkeit zu verleihen, das ist ihr Geheimniß. Thatsache ist, daß den geladenen Gästen, unter welchen sich auch Magistratsrath Géza Demjén befand, das Essen vorzüglich mundete. Es wurden auch zahlreiche Trinksprüche ausgebracht. Es sprachen die Präsidentin des Verbands Frau Hofrath Dr. Armin Neumann, Magistratsrath Demjén, die Leiterin des Kochkurses Frau Benedicics und Andere.

Fehlendes Angebot.

Zu Anfang des Krieges, als die Lebensmittelpreise mit jähem Ruck in die Höhe gingen, war man von dieser Erscheinung erschreckt und rief um staatlichen Schutz. Organisation war das Schlüsselwort, das damals in aller Munde war, von den Wirkungen eines staatlich überwachten und geleiteten Lebensmittelvertriebes erwartete man ökonomische Wunder. In Deutschland wurden denn auch alsbald Zentralorganisationen mit ausgedehnten Befugnissen und Vorzugsrechten geschaffen, und da die Sache Anklang fand, beschritt man in Oesterreich den nämlichen Weg. Der Hauptzweck, den man dabei im Auge hatte, war: der Anarchie der freien Preisbildung zu steuern, sie der ordnenden Amtsgewalt zu unterwerfen. Aber der Glaube an die wundertätige Organisation hat sich im Verlauf des Krieges leider als Aberglaube erwiesen. Die Preise, die uns in der ersten Kriegszeit erschreckend hoch vorgekommen waren, erscheinen uns heute, wenn wir zurückblicken, fabelhaft niedrig, und mit wehmütigem Lächeln sehen wir uns die Markttabellen an, die wir vor anderthalb Jahren „ungeheuerlich“ und „phantastisch“ gefunden hatten. Seither sind wir von dreißig- bis fünfzigprozentigen zu zwei- bis dreihundertprozentigen Preiserhöhungen gelangt, und von Phantastik sprechen wir auf

diesem Gebiete überhaupt nicht mehr. Daraus folgt, daß — von dem allerdings sehr wichtigen Gebiete der Brot- und Mehlversorgung abgesehen — die anfangs so hoffnungsvoll begrühten Organisationen sich nicht bewährt haben, da ihr Hauptzweck, die Preise auf mäßigem Niveau zu halten, unerreicht blieb. Sinequaten hat sich im Gefolge dieser Organisationen ein anderes Uebel eingestellt, das bisher in solchem Umfang völlig unbekannt war: die Zufuhrstocungen, das Verlagen des Angebotes auf dem Markte.

Artikel, von denen in einwandfreier Weise festgestellt ist, daß sie für den Konsum in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sind plötzlich wie in den Boden versunken, unauffindbar. Massenkonsumartikel verwandeln sich über Nacht in eine Karitat, für die Liebhaberpreise gezahlt werden müssen und die zeitweilig überhaupt um gar keinen Preis zu haben sind. Nun sind wir ja, was Preistreiberei anlangt, allmählich zu einer gewissen Stufe der seelischen Abhärtung, zu einem stoischen Gleichmut emporgebiehen, und was immer der Händler fordern mag, wir werden dabei nicht mehr blaß und rot. Der Preis erschüttert uns nicht mehr — was uns an die Nerven greift, ist nur mehr die Sorge, ob wir den Gegenstand des nächsten dringenden Kuchenbedarfes erhalten werden oder nicht. Wonach wir ängstlich wahen, das ist nicht der Preiszettel über dem Korb, sondern der Korb selbst: ob er nicht etwa leer ist. Diese beangstigenden Angebotsstocungen sind aber nachweisbar gerade eine Wirkung der Organisationen, die wir zur Preisregelung herbeigewünscht hatten, und deren Monopolwirtschaft das Steigen der Preise nicht gehemmt und uns noch obendrein den leeren Korb, den unbeschiedenen Markt beschert hat. In Deutschland hält man bereits bei dem offenen Eingeständnis, daß die bureaukratische Organisationskunst auf vielen Gebieten der Nahrungsmittelbeschaffung versagt hat, und daß ein Zuviel hier eher schadet als nützt. Man wird sich auch in Oesterreich solcher Erkenntnis kaum verschließen können. Die Staatsgewalt möge vor allem nur dafür sorgen, daß kein wucherisches Aufhaufen versteckt gehaltener Vorräte, keine künstlichen und gewalttamigen Abdammungen der Marktzufloße stattfinden. Im übrigen aber wird man wohl

gut tun, dem freien Handel wieder größeren Spielraum zu lassen, der, wenn auch nicht die Preise, so doch wenigstens die Zufuhren stets befriedigend zu regeln wußte, und der die Märkte so weit füllte, daß es nicht vor jeder Bude ausfasch wie weiland bei dem berühmten Einlaß ins alte Burgtheater. Die Hauptsache, die allem anderen vorangeht, ist die genügende Marktbescheidung, das tägliche Sichtbarwerden eines ausreichenden Angebots. Wenn das ohne Organisation besser geht als mit Organisation, dann verzichten wir auf das gepriesene neue Prinzip und bleiben lieber schlecht und recht bei der alten Praxis.

Die Lebensmittelversorgung Wiens.

Das Gemeinderatspräsidium beim Statthalter Baron Bleyleben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Kain sprachen gestern beim Statthalter Baron Bleyleben vor, um mit Rücksicht auf die vorübergehend eingetretene Störung in der Versorgung der Stadt mit einigen Lebensmitteln Vorstellungen über die Art und Weise der Geschäftsgebarung der „Miles“ zu erheben und die Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit raschen und erfolgreichen Eingreifens aufmerksam zu machen.

Der Statthalter nahm die Gelegenheit wahr, mit den Vertretern des Gemeinderatspräsidiums eingehend die einschlägigen Verhältnisse zu erörtern und bat schließlich das Gemeinderatspräsidium, auch beim Minister des Innern zu erscheinen.

Bei diesem Anlaß wiederholten die Vertreter der Stadt Wien die bereits im Wiener Stadtrat beschlossene Forderung, daß im Interesse einer ausreichenden Versorgung der Stadt

der Eierhandels freigegeben werde, da nur auf diese Weise der bestehende Notstand behoben werden könnte.

Forderungen der Wiener Gemeindevertretung.

Die Obmännerkonferenz des Gemeinderates der Stadt Wien hat in ihrer gestrigen Sitzung die gegenwärtig bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten eingehend erörtert. Dabei ist einhellig die folgende Anschauung zum Ausdruck gelangt:

Es ist die ernstste und vollberechtigte Forderung aller Parteien des Wiener Gemeinderates, daß die Lebensmittelversorgung in die Hände einer Zentrale gelegt werde, welche die zentralen Vertreter aller Zweige des Approvisionierungsgewerbes und des Lebensmittelhandels, also wirkliche Fachmänner, umfassen, auf rein gemeinnütziger Grundlage beruhen und mit einem Beiräte versehen sein muß, in dem die konsumierende Bevölkerung, vor allem jene der Stadt Wien, durch ihre gewählten Vertreter in angemessener Weise vertreten ist.

Preistreiberei durch Angebote.

Im Gemeinderat stellten in der gestrigen Sitzung die Gemeinderäte Roth, Zeitner und U. Eder folgende Anfrage: Trotz des großen Mangels an allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln findet man in den meisten Tagesblättern große Annoncen, welche große Mengen von diesen Artikeln zum Verkaufe anpreisen. Wir stellen daher die Anfrage, welche Schritte der Bürgermeister unternehmen will, diese auf Preistreiberei berechneten Verkäufe von Lebensmitteln zu verhindern. Gleichzeitig ersuchen wir die Behörden, zu veranlassen, diese Lebensmittel zu requirieren und dem allgemeinen Konsum zuzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin nicht in der Lage, diese Interpellation zu beantworten. Wenn ich jetzt sagen würde, welche Maßnahmen ich zu ergreifen beabsichtige, so werden diejenigen, welche dies angeht, rechtzeitig vorbereitet sein. Ich werde jedenfalls das Erforderliche veranlassen.

Billige Seife.

Gmr. Dr. Klotzberg wies in einer Anfrage darauf hin, daß der Wasenmeister für ein Kilogramm Schweinekadaver 24 Heller bezahlt und für das gewonnene technische Fett 5, 6, ja über 8 Kronen beim Verkauf erhält. Er wünsche, es mögen die technischen Fette des Wasenmeisters zu Preisen, die im richtigen Verhältnis zu seinen Herstellungskosten stehen, requiriert werden, damit für die arme Bevölkerung wenigstens eine billige Seife hergestellt werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, daß bei Erneuerung des Vertrages mit dem Wasenmeister auf die Anregung Bedacht genommen würde.

Die Höchstpreise für Fett und Fleisch.

Gmr. Dr. Klotzberg stellte folgende Anfrage: Die fleischverarbeitenden Gewerbe kaufen ihre lebendige Ware, Schweine, zu so hohen Preisen ein, daß sie für Fett, Speck und Fleisch die vorgeschriebenen Höchstpreise nicht einhalten können und infolgedessen Gefahr laufen, wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft zu werden. Es wäre deshalb unbedingt notwendig, daß auch die Höchstpreise für Fett und Fleisch den Einkaufspreisen entsprechend reguliert werden. Andererseits wäre es aber im Interesse der Allgemeinheit gelegen, eine Einführung von Fett- und Eierkarten vorzunehmen, um die Hamsterei gewisser Leute zu unterbinden. Er frage daher, ob der Bürgermeister geneigt sei, das Nötige zur Einführung dieser Karten zu veranlassen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortete, er werde die Anfrage der Regierung vorlegen. Die Einführung von Fettkarten hätte aber nur dann einen Zweck, wenn man genügend Fett hätte.

Bäcker, Brotfabriken und Konsumvereine.

Die Gemeinderäte Körber, Effenberger und Kollegen beschwerten sich darüber, daß die Brotfabriken und Konsumvereine gegenüber den Bäckern in der Weise bevorzugt werden, daß sie statt Mais Gerstenmehl zur Broterzeugung erhalten. Dies komme daher, daß Fabriken und Konsumvereine nicht von der städtischen Mehlabgabestelle, sondern von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt direkt das Mehl beziehen. Auch bezüglich der Abgabe der Brotkartenabschnitte seien die Fabriken im Vorteil vor den Bäckern, weil sie für fehlende Brotkartenabschnitte nicht verantwortlich gemacht werden. Sie beantragen deshalb:

Der Bürgermeister ist zu ersuchen, kompetentorts mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß die ganz überflüssige Sonderstellung der Brotfabriken und Konsumvereine beseitigt und diese wie alle anderen Bäckereibetriebe hinsichtlich der Mehllieferung dem städtischen Mehlabgabeamt unterstellt werden. — Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Milch, Butter, Käse und Eier.

Gestern wurde im Landhause eine Hauptversammlung der in der niederösterreichischen Molkerei vereinigten landwirtschaftlichen Genossenschaften abgehalten. Obmann Landesauschuß Stöckler berichtete unter anderem: Die niederösterreichische Molkerei hat sich bemüht, ihrer Pflicht, zur Lebensmittelversorgung der Stadt Wien mit allen Kräften beizutragen, nachzukommen. Die äußeren Bezirke Wiens wurden sogar mit Milch viel reichlicher versorgt als in Friedenszeiten. Naturgemäß mußte

Die Lebensmittelversorgung Wiens

deshalb den inneren Bezirken ein Teil der Milch verkürzt werden.

Direktor Hoffmann berichtete über das Eiergeschäft. Die Genossenschaftsmitglieder haben zwei Millionen Stück Eier geliefert. Leider beträgt aber der Bedarf fünf Millionen Stück, und da die von den Genossenschaftlern gelieferte Eiermenge dem Bedarf nicht entsprach, mußte ein Teil anderweitig gekauft werden. Der Redner bedauerte hierbei die hohen Gebühren, welche von der „Miles“ diesbezüglich eingehoben werden, wodurch die Ware sehr verteuert wird, und weiter die Schwierigkeiten, welche der Zufuhr gemacht werden.

Landesausschuß Stöckler führte weiter aus, die bäuerlichen Felder seien durchweg bebaut und der Stand des Futters berechtige zu den besten Hoffnungen. Versagt habe nur der ungarische Erzeugungsbesitz, der die Flinte ins Korn geworfen und viele Felder unbebaut gelassen habe.

Sowohl Landesausschuß Stöckler als Direktor Hoffmann erörterten auch einen Uebelstand in der Milchversorgung, der jetzt schon stark zu Tage tritt, nämlich das Sauerwerden der Milch. Infolge des milden Winters wurde kein Eis gewonnen, die Kühlwaggons fehlen vollständig und ohne Eis ist die Zufuhr guter Milch nach Wien nahezu unmöglich. Der Oberste Sanitätsrat habe daher die Zustimmung zur Einführung eines neuen Konservierungsverfahrens für Milch gegeben, um eine Katastrophe in der Milchversorgung zu verhindern, weil schon viele Bauern sich weigern, die Milch zu schiden. Weiter legte der Direktor dar, daß für die Landwirte gegenwärtig die Erzeugung von Butter und Käse wohl erträgnisreicher wäre als die Versendung der Milch. Es wird aber mit Hochdruck auf die Landwirte eingewirkt, die Milchzusendung nicht zu vermindern, und namentlich die Milch nicht zur Fütterung der Schweine zu verwenden.

Der Direktor erwähnte auch, daß die neuzuführte Sommerzeit bezüglich der Milchzusendung eine Rolle spiele. Die Bauern und die Bäuerinnen können sich nicht nach der neueregelten Uhr, sondern müssen sich nach dem Tageslicht richten. Sie bleiben auf dem Felde, so lange die Sonne scheint und dann wird im Stalle gemolken. Nun gehen jetzt die Jüge nach der neuen Sommerzeit um eine Stunde früher nach Wien ab, und es kann in vielen Orten die abends gemolkene Milch nicht mehr zur Bahn gebracht werden, auf welchen Umstand auch das Sauerwerden zurückzuführen ist. Es wurden daher bei den Eisenbahnen Schritte getan, damit sie den Bedürfnissen der Milchversorgung entgegenkommen.

Die beschlagnahmten 1700 Kilogramm Fett.

Gestern haben wir eine Meldung der „Rathauskorrespondenz“ über die Beschlagnahme von 1700 Kilogramm Schweineschmalz in einem „größeren Betrieb“ gebracht und daran die Bemerkung geknüpft, daß es eine unangebrachte behördliche Zimperlichkeit sei, den Namen der Firma nicht zu nennen. Aus einer Zuschrift, von deren Veröffentlichung namens der Wiener Fleischselchergenossenschaft der Vorsteher Herr Rudolf Bierödl uns bittet, geht hervor, daß auch die Genossenschaft die Veröffentlichung der Namen jener Betriebe für wünschenswert hält, in denen die Beschlagnahmen erfolgen. Die Zuschrift bringt aber die sehr bemerkenswerte Tatsache zur Kenntnis, daß die Genossenschaft der Wiener Fleischselcher „schon feinerzeit“ den Magistrat ersucht hat, Fettrevisionen bei den Wiener Selchern durchzuführen. Merkwürdigerweise ist der Öffentlichkeit von diesem Vorschlag bisher nichts bekannt geworden, natürlich auch nichts darüber, daß der Magistrat solche — selbstverständlich unangesagte — Fettrevisionen durchgeführt hätte.

Die Zuschrift der Selchergenossenschaft, von der nun hofentlich auch der Magistrat Kenntnis nehmen wird, besagt im wesentlichen: „Berehrliche Redaktion! Die gefertigte Genossenschaft ersucht Sie höflichst, im Interesse der sämtlichen Wiener Fleischselcher nachstehenden Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte Raum zu geben.

„Die Genossenschaft der Wiener Fleischselcher stellt fest, daß im November vorigen Jahres, seitens des Gerichtes durch eine zwischenweilige Verfügung in einer Rechtsache bei der Firma Matthias Wentrube, III., Erdbergstraße 155, 3000 Kilogramm Fett unter Sperre gelegt wurden und daher dem Konsum nicht zugänglich werden konnten. Die Vorsteherung unserer Genossenschaft hat hievon Kenntnis erlangt und mit Rücksicht auf die gegenwärtig große Fettnot durch Vorsteher Rudolf Bierödl beim Wiener Magistrat Vorstellungen erhoben, daß die gesperrten Fettvorräte für den Verkauf seitens des Gerichtes freigegeben werden. Diese Intervention ist tatsächlich erfolgt und es hat sich nun bei der Umschmelzung des Fettes herausgestellt, daß nur 1700 Kilogramm vorhanden waren. Die gefertigte Genossenschaft will mit dieser öffentlichen Mitteilung den zahllosen Gerüchten über Anhäufung von Fettmengen bei den Wiener Selchern entgegenreten, insbesondere dem Vorwurfe, daß Fett zu Spekulationszwecken in verschiedenen Betrieben aufgestapelt sei. Sie hat schon feinerzeit beim Magistrat darum gebeten, Fettrevisionen bei den Wiener Fleischselchern durchzuführen und in jedem Falle die Namen jener Firmen öffentlich zu nennen, in deren Betrieben mehr als die erforderliche Wochenfettmenge vorgefunden wird. Die Genossenschaft hat auch an ihre Mitglieder die Aufforderung gerichtet, alles verfügbare Fett nur an Wiener Konsumenten abzu-

geben, und zwar in solchen Mengen, daß möglichst viele Käufer betieft werden können. Nach ihren Informationen befinden sich gegenwärtig in den Wiener Selchereibetrieben keine Fettvorräte und es wird seitens einzelner Meister alles darangesetzt, überhaupt Fettstoffe zu beschaffen und einigermaßen der Fettnot abzuhelpen. Durch die erbestimmten Verlautbarungen aber, daß bei einem oder mehreren Selchern Fett vorgefunden wurde, werden gerade jene Meister geschädigt, die sich um die laufende Fettbeschaffung die größte Mühe geben.

Für die Genossenschaft
Rudolf Bierödl, Vorsteher.“

8 Kronen 20 Heller per Kilogramm, nicht 6 Kronen 40 Heller.

In derselben Angelegenheit erhalten wir folgendes Schreiben: Berehrliche Redaktion der „Oesterreichischen Volkszeitung“! In Ihrem heutigen Blatt berichten Sie gemäß der „Rathauskorrespondenz“, daß die beschlagnahmten 1700 Kilogramm Fett in der Großmarkthalle zum festgesetzten Höchstpreis von Kr. 6.40 per Kilogramm verkauft wurden. Dies entspricht den Tatsachen nicht, denn der Verkaufspreis betrug Kr. 8.20 per Kilogramm, also um Kr. 1.80 mehr.

Jene fürsorglichen Männer, welche ihren Frauen den Einkauf besorgten, kommen hiedurch noch in den Verdacht, sich ein sogenanntes „Körpergeld“ gemacht zu haben, aber ebenso werden die Männer gestaut haben, als sie im Gegensatz zu den Preisen, zu denen ihre Frauen gekauft haben, die Verkaufspreise im heutigen lasen. — Für eine gütige Richtigstellung dankend, Rudolf R., Kanzleiobersoffiziant. (Name und Adresse sind der Redaktion bekannt.)

Die Volksernährung.

Die für jeden Haushalt bestehenden Schwierigkeiten, den täglichen Bedarf zu decken, wachsen fortgesetzt. Die als Folge des langandauernden Krieges eingetretene Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände schafft besonders den breiten Volksschichten eine harte Erschwerung der Lebenshaltung. Aber es treten noch Verschärfungen ein, die alle Stände treffen und darin bestehen, daß unentbehrliche Gebrauchsgegenstände plötzlich vom Markte verschwinden und selbst mit Aufgebot von Geld und geduldigem Suchen nicht zu haben sind. Diese Unregelmäßigkeit wird allenthalben als ein besonders arger Uebelstand empfunden. Jedermann muß sich klar darüber sein, daß diese Unzuverlässigkeit des Marktes wieder zurückwirkt auf die Preise, das heißt zu neuer Erhöhung der Preise führt, aber ebenso muß sich jedem die Beobachtung aufdrängen, daß dieses plötzliche Auftauchen und Verschwinden der Waren vorwiegend auf das Tun und Treiben jener gewissenlosen Produzenten und Geschäftsleute zurückzuführen ist, die den Krieg als günstige Gelegenheit ausnützen, um durch Kunstgriffe aller Art, die freilich hart am Strafgesetz vorbeiführen, sich zu bereichern. In vielen Fällen weiß man nicht mehr, wo der glückliche Kriegsmillionär anfängt und der ausbeuterische Kriegswucherer aufhört.

Die Behörden haben mancherlei Nützlichendes veranlaßt, um dem Uebel zu begegnen, aber wie der Kriegswucherer nur zu häufig seinen Weg an dem Gesetz vorbei zu finden weiß, so haben die behördlichen Maßnahmen und Organisationen bisher ihren Zweck nur zum Teil zu erfüllen vermocht. Daß die in der „Miles“ geschaffene Zentralstelle den an sie geknüpften Erwartungen nicht entsprochen hat, wird selbst in den der Anstalt nahestehenden Kreisen zugegeben, wobei die Schuld zum Teile auf den verwickelten Zustand unserer Verwaltung geschoben wird. So ist es erklärlich, daß die Sorge und Bekümmernis der Bevölkerung täglich wächst, und von diesem Gesichtspunkte muß auch das Erscheinen einer Abordnung von Frauen des zehnten Wiener Bezirks vor dem Bürgermeister als eine sehr kennzeichnende Tatsache angesehen werden.

Was Bürgermeister Weiskirchner den klageführenden Frauen gesagt hat, ist im Wesen eine Bestätigung der beklagten Zustände. Es ist gewiß schon eine Rätselfrage der schwersten Art, wie die arme Hausmutter mit ihrem bescheidenen Einkaufsgeld die beispiellos teuren Lebensmittel beschaffen soll, auch wenn sie sich auf das notwendigste beschränkt. Wenn nun gar eine langandauernde Pilgerfahrt nicht einmal den Erfolg hat, daß die Frau für teureres Geld ein dringend benötigtes Nahrungsmittel be-

kommt, weil eben alles „ausverkauft“ ist, oder überhaupt nicht zu haben war, dann muß der Zustand allerdings als ein unerträglicher bezeichnet werden, der zugleich den Behörden die Verpflichtung auferlegt, an alle die Wurzeln des Übels zu greifen. Der Bürgermeister hat versprochen, daß in nächster Zeit für die Beschickung des Marktes mit einigen der wichtigsten Konsumgegenstände besser vorgesorgt sein werde. Selbst darin liegt das Zugeständnis, daß die Waren doch vorhanden sind und daß es an den Organisationsmängeln liege, wenn sie nicht

rechtzeitig auf den Markt kommen. Es muß eben dauernde und zuverlässig wirkende Vorsorge dafür getroffen werden, daß den mit allen Kniffen ihren Warenwucher betreibenden Personen das Handwerk gelegt werde, daß eine wirksame Kontrolle über die vorhandenen Nahrungsmittel, deren rechtzeitiges Erscheinen auf dem Markte und deren Zugänglichkeit für alle Kreise ermöglichte und sicherstelle.

In Deutschland sind sie jetzt daran, eine Zentralstelle für alle Fragen der Lebensmittelversorgung zu schaffen. Man denkt daran, dieses Reichszentralamt nicht bloß für Kriegsdauer in Tätigkeit zu setzen, sondern es als dauernde Einrichtung zu belassen. Vielleicht würde es sich empfehlen, eine ähnliche Schöpfung auch bei uns ins Leben zu rufen, wobei es besonders empfehlenswert wäre, sich im engsten Einvernehmen

mit Ungarn zu halten, um so mehr, als gewisse Unebenheiten im Verkehr mit Ungarn nicht unwesentlich zu den bei uns bestehenden Schwierigkeiten beitragen. Wie niemals zuvor müßten die Fragen der Volksernährung jetzt die Angelegenheit einer großen, mit allen Vollmachten ausgerüsteten Zentralbehörde sein. Unverkügelich aber ist das ganze Augenmerk auf die Herbeiführung möglichst geordneter Zustände zu richten, auf die Verhinderung jener verwerflichen Praktiken, die es einem verantwortungslosen Spekulantentum ermöglichen, den Markt immer mehr zu verwirren und von unberechenbaren Zufälligkeiten abhängig zu machen. Die Ordnung und Zufriedenheit im Hinterlande gehört mit zu den Vorbedingungen, die uns den Endsieg auf den Schlachtfeldern sichern sollen.

Die Lebensmittelversorgung.

Das Gemeinderatspräsidium beim Statthalter.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Rain haben heute beim Statthalter Freiherrn v. Bleyleben vorgesprochen, um mit Rücksicht auf die vorübergehend eingetretene Störung in der Versorgung der Stadt mit einigen Lebensmitteln Vorstellungen über die Art und Weise der Geschäftsgebarung der „Miles“ zu erheben und die Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit raschen und erfolgreichen Eingreifens aufmerksam zu machen. Der Statthalter nahm die Gelegenheit wahr, mit den Vertretern des Gemeinderatspräsidiums eingehend die einschlägigen Verhältnisse zu erörtern und bat schließlich das Gemeinderatspräsidium, auch beim Minister des Innern zu erscheinen. Bei dieser Gelegenheit wiederholten die Vertreter der Stadt Wien die bereits vor einigen Tagen im Wiener Stadtrate beschlossene Forderung, daß im Interesse einer ausreichenden Versorgung der Stadt der Eierhandel freigegeben werde, da nur auf diese Weise der bestehende Notstand behoben werden könnte.

Die Stadt Wien verlangt eine Lebensmittelzentrale.

Aus dem Rathaus wird gemeldet: Die Obmännerkonferenz des Gemeinderates der Stadt Wien hat in ihrer heutigen Sitzung die gegenwärtig bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten eingehend erörtert. Dabei sind einhellig die folgenden Anschauungen zum Ausdruck gelangt:

(50 Zeilen konfisziert.)

Es ist die ernste und vollberechtigte Forderung aller Parteien des Wiener Gemeinderates, daß die Lebensmittelversorgung in die Hände einer Zentrale gelegt werde, welche die berufenen Vertreter aller Zweige des Approvisionierungsgewerbes und des Lebensmittelhandels, also wirkliche Fachmänner, umfassen, auf rein gemeinnütziger Grundlage beruhen und mit einem Beiräte versehen sein muß, in dem die konsumierende Bevölkerung, vor allem jene der Stadt Wien, durch ihre gewählten Vertreter in angemessener Weise vertreten ist.

Lehrreiche Ziffern.

Wie wir den Mitteilungen des Bürgermeisters „Wien während des Krieges“ (März- und April-Angaben) entnehmen, gelangten in diesen beiden Monaten im heurigen Jahre 28.099.010 Stück Eier auf die Wiener Märkte gegen 8.371.375 Stück Eier, die in der gleichen Zeitspanne im Vorjahre der Bevölkerung zur Verfügung standen.

Also 28 gegen 8 Millionen — welche schwere Fehler in der Verteilung müssen da vorgekommen sein, daß die breiten Massen heuer so unter dem Eiermangel zu leiden haben! Und was ist vorgegangen, daß trotz dieser großen Zufuhr die Eier einen förmlichen Seltenheitspreis haben?

13. V. 1916

**Die Notwendigkeit der Schaffung einer Central-
stelle für die Lebensmittelversorgung.****Unter Zuziehung von Handel und Gewerbe.**

Wien, 12. Mai.

Die Obmännertkonferenz des Gemeinderates der Stadt Wien hat in ihrer heutigen Sitzung die gegenwärtig bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten eingehend erörtert. Dabei sind einhellig die folgenden Anschauungen zum Ausdruck gelangt:

Es ist die ernste und vollberechtigte Forderung aller Parteien des Wiener Gemeinderates, daß die Lebensmittelversorgung in die Hände einer Centrale gelegt werde, welche die berufenen Vertreter aller Zweige des Approvisionierungsgewerbes und des Lebensmittelhandels, also wirkliche Fachmänner umfassen, auf rein gemeinnütziger Grundlage beruhen und mit einem Beiräte versehen sein muß, in dem die konsumierende Bevölkerung, vor allem jene der Stadt Wien, durch ihre gewählten Vertreter in angemessener Weise vertreten ist."

Die Technik des Marktes.

Die Marktverhältnisse sind jetzt der Gesprächsstoff des Tages. Das ist nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt so, denn die Kriegsteuerung herrscht in ganz Europa, und überall stößt die Nahrungsmittelversorgung der großen Städte auf außerordentliche Schwierigkeiten. In allen Ländern sind aber auch die Regierungen unablässig bemüht, Abhilfe zu finden und der Bevölkerung jene Erleichterungen zu verschaffen, die unter den gegebenen Umständen eben möglich sind. In Wien wird man es schon als eine gewisse Erleichterung begrüßen, daß die vom Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsstelle, abgekürzt „Miles“ genannt, die in der jüngsten Zeit zu vielfachen kritischen Erörterungen Anlaß gegeben hat, eine den Volkswünschen entsprechende Umgestaltung erfahren soll. Wie heute verlaublich wird, soll dieses Unternehmen fortan auf eine „streng gemeinnützige Grundlage“ gestellt werden. Bei einem Institut, dem so wichtige Aufgaben in der großstädtischen Marktorganisation zufallen, hätte es sich vielleicht von vornherein empfohlen, Erwerb und Gewinn auszuschließen und es nur dem öffentlichen Wohlfahrtszweck dienstbar zu machen. Vermutlich hat man sich aber gerade von einer Organisation auf geschäftlicher Grundlage geschicktere Arbeit und promptere Leistungen versprochen. Da sich nun diese Erwartung nicht erfüllte, ändert man die Grundlagen der

„Miles“ und machte sie, als eine mit Vorzugsrechten ausgestattete zentrale Einkaufsstelle, zu einem rein gemeinnützigen Institut. Das ist vom sozialpolitischen Gesichtspunkt um so mehr willkommen zu heißen, als doch die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit jeden Zusammenhang zwischen Monopolstellung und Preissteigerung doppelt unzulässig erscheinen lassen. Das Publikum wird mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß derlei Mißdeutungen für die Zukunft ausgeschlossen sind.

Aber wenn auch alle Einkaufs- und Vertriebsorganisationen öffentlichen Charakters eine Richtungsänderung aus dem Geschäftlichen ins Gemeinnützige erfahren, so reicht dieser moralische Fortschritt noch nicht hin, um das Ernährungsweisen zu allgemeiner Zufriedenheit zu reformieren. Soll hier eine nachhaltige Besserung erzielt werden, so muß sich zu dem moralischen noch der technische Fortschritt gesellen. Das heißt: es muß erreicht werden, daß die gesamte Marktorganisation reibungs- und störungslos arbeite. Auf welche Ursachen die bedauerlichen Zufuhrstörungen und Verteilungsstörungen der jüngsten Zeit zurückzuführen sind, ist vorläufig noch unangeführt. Diese Erscheinungen waren aber dem Publikum um so unverständlicher, da es sich hauptsächlich um ein Nahrungsmittel handelte, dessen Vorhandensein in reichlichen Quantitäten um diese Jahreszeit völlig außer Zweifel steht. Man muß sich nur vor Augen halten, welche Gefahren es mit sich bringt, wenn durch irgend-einen technischen Fehler im Vertrieb eine derartige, durch den tatsächlichen Vorratsstand ganz und gar nicht motivierte Marktstörung eintritt. Der Konsum, dessen Bedürfnis ein tägliches und unausweichliches ist, kann nicht geduldig warten, bis der gestörte Mechanismus wieder repariert ist. Die Konsumentenmasse gerät in Verwirrung und Unruhe. Nennliche Gemüter sind jetzt ohnedies immer von der Sorge geplagt, es könnte dieser oder jener Bedarfsartikel „ausgehen“, und diese unsinnige Vorstellung findet in einer unerklärlichen Erscheinung, wie das plötzliche Verschwinden der Eier vom Markt, bestärkende Argumente. Die Folge davon ist, daß das Wiederauftauchen des

gejuchten Artikels zu überstürzten Angstkäufen, zu freiwilligen Preissteigerungen und Ueberbietungen der andrängenden Käufer führt. Auf diese Art zieht aber der Konsum mehr an sich, als er wirklich braucht, der Markt wird abermals leer, und die Zufuhr kann mit der Abgabe nicht mehr Schritt halten. So wird aus der einmaligen Störung eine mehrfache, aus der kurzen eine dauernde. Man sieht, wie viel darauf ankommt, durch sichere Beherrschung der Markttechnik jede Störung zu vermeiden und für eine stetige glatte Befriedigung des Konsums zu sorgen. Die Zufuhrfrage ist von noch viel größerer Bedeutung als die Preisfrage. Diese läßt sich durch bloße Wachsamkeit und Kontrolle regeln, jene nicht. Hier findet der organisatorische Geist der Verwaltung seine schwierigste, aber auch dankbarste Aufgabe.

Jagd nach Fett und Eiern.

In den beiden Großmarkthallen und auf dem Raschmarkt war gestern der Zug von Käufern, die Fett und Eier suchten, so gewaltig wie seit langer Zeit nicht. Es gab ein Leben, als hätten die Leute kein anderes Verlangen, als nur zu kaufen. Wer oberflächlich betrachtet, würde glauben, daß die Wiener nur an ihre Egelüste denken, und doch ist es den Tausenden, die nun den Kampf um ein bißchen Nahrung führen, ein bitterer Leidensweg, wenn sie jetzt mit Zeitverlust und Opfern an Schlaf und Fahrgeld jeden Morgen zeitlich dorthin strömen, wo sie vermuten, daß auch für sie ein bißchen abfällt. In der Großfleischhalle drängten sich schon vor 8 Uhr früh die Käufer so sehr, daß man an manchen Stellen kaum vorwärtskam. Leider war das gesuchte Fett bei den Selchern nicht zu haben. Die guten Leute kaufen offenbar nur noch Fleischschweine ein. Fettschweine finden kaum mehr Abnehmer, so mußte man glauben, da man bei den Selchern in der Halle nie ein bißchen Fett zu sehen bekommt. Auch ihre Fleischstücke tragen jetzt nicht mehr so häufig Speckschichten, da diese schon vom Fleisch abgezogen sind. Das erbittert so viele Käuferinnen, die auch gestern wieder über die Selcher schimpften, daß sie kein Fett hergeben wollen. Sie und da stauten sich Frauen vor solchen Ständen, weil sie gehört hatten, dort wäre Fett zu haben. Es war immer ein bloßes Gerücht, das richtigzustellen sich die Wachleute bemühten, die den Leuten sagten, daß sie dort, wo nicht verkauft wird, vergeblich auf Fett warten. Hätte gestern die Gemeinde nicht eingegriffen, dann würde ein sehr großer Teil der in die Halle gekommenen ohne Fett geblieben sein. Zum Glück wurde auf der Brücke zur Kälberhalle von der Gemeinde K u n e r o l zum Verkauf gestellt. Etwa fünfzig Kisten zu je hundert Halbkilopaketten, jedes für 2-14 Kronen, kamen zur Abgabe. Jeder Käufer erhielt ein Päckchen. Bis gegen 10 Uhr war der ganze Vorrat verkauft. Gegen fünftausend Menschen hatten hier das notwendige Fett erhalten und in Doppelreihen in aller Ruhe gewartet, bis sie daran kamen. Stets waren da mehr als siebenhundert Leute angestellt. Viele waren glücklich, daß sie zu diesem heute niedrigen Preise dieses Fett erstehen konnten, und doch gab es Schwägerinnen, die damit nicht zufrieden waren. Da keine Menge für den Bedarf nicht reichte, mußten viele leer ausgehen. Sie erhielten dann bei den beiden Verkaufsstellen der Produktionsgesellschaft der Selcher Fett als f a s c i e r t e n W u r s t s p e c k für 8-20 Kronen. Auch dort stellten sich mehr als tausend Leute an, um dieses Fett zu erwerben. Sonst war nirgends welches erhältlich. Die Margarineverkaufsstelle blieb geschlossen, weil angeblich nichts da ist; nur auf dem Raschmarkt konnte man gestern M a r g a r i n e im Kilogramm für 7-40 bis 7-60 Kronen erstehen. In der Halle ist K e r n f e t t, aus dem die Margarine gemacht wird, für Private kaum zu haben, obwohl es 6 bis 6-40 Kronen kostet, also so viel wie vor kurzer Zeit beste Butter. Durch den Mangel an Fett geht B u t t e r so reichend ab, daß sie kaum aufzutreiben ist. In dieser Zeit der gesteigerten Milchproduktion stehen nun in der Großmarkthalle und auf dem Raschmarkt schon in den frühen Morgenstunden die Verkaufsplätze für Butter leer. Auf dem Raschmarkt drängten sich gegen 9 Uhr früh an einer Stelle Frauen um je ein Viertelkilogramm Butter, anderwärts war keine zu sehen.

In der Großmarkthalle war h e i m i s c h e B u t t e r für 8-40 bis 8-80 Kronen so begehrt, daß sie um 8 Uhr ausverkauft war. Dann stellten sich viele an, um die geringen Reste dänischer Butter zu erwerben, die bis gegen 9 Kronen kostete. E i e r waren dort gleichfalls bei den Kleinhändlern kaum zu sehen. Dagegen wurden von der Gesellschaft für landwirtschaftliche Produkte, die jetzt den Eiervertrieb für den Kleinhandel übernahm, unter Wachechutz an Hunderte Leute für je zwei Kronen Eier abgegeben. Erst gegen Mittag wurde der Eierhandel dort lebhafter. Mehr als dreißig große Eierkisten aus Ungarn und der Marchgegend waren eingetroffen, deren Inhalt dann von den ländlichen Verkäufern an einzelne und an Händler verkauft wurde. Es mögen an 80.000 bis 100.000 Eier gewesen sein. Damit wäre doch ein Teil des Bedarfes gedeckt. Leider werden keine Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß einzelne Private und Händler nun Eier hamstern.

Das erfolgreiche Verfahren des Erzherzogs Eugen.

In einer bereits besprochenen Rede in Margareten, in der L. Kunschak die unglaublich klingende Tatsache erörterte, daß Landwirte in Niederösterreich gerichtlich bestraft wurden, obwohl sie Fett unter dem Höchstpreise verkauften, machte der Redner auch die Mitteilung von dem erfolgreichen Verfahren des Armeesoberkommandanten im Südwesten, des Generalobersten Erzherzog Eugen, der in Kärnten rasch Abhilfe zu schaffen wußte. Die bezüglichlichen Stellen der Rede des L. Kunschak lauten:

Es ist eine Tatsache, die ich in der allerletzten Zeit in Niederösterreich erfahren habe, daß man in manchen Ortschaften Tausende Kilogramm Fett bekäme, wenn sich die Bauern getrauten, das Schmalz zu verkaufen. Sie wurden nämlich durch richterliche Entscheidungen wegen Preistreiberei verurteilt, als sie das Fett um sechs, um fünf, ja sogar um vier Kronen verkauften! Der Richter stützte sich auf den Standpunkt des Reichsgerichtes, daß für den Verkaufspreis nicht der Höchstpreis, sondern die „Gestehungskosten“ maßgebend seien, und meinte, er „wisse“, daß die „Gestehungskosten“ nicht so hoch als der Höchstpreis seien. Tatsache aber ist, daß bei Schweinen der „Gestehungspreis“ nicht zu bestimmen ist, weil die Möglichkeiten der Aufzucht von Schweinen den größten Schwankungen unterliegen. Statt zur Behebung der Fettnot in einer Weise vorzugehen, die sich bereits durch ein klassisches Vorbild als gut erwiesen hat, geht die Regierung leider andere Wege. Erzherzog Eugen hat in Kärnten durch Befehl die Viehhändler ausgeschaltet und dem Landeskulturrat die Versorgung der Bevölkerung anvertraut. Der Erfolg war glänzend. In Kärnten bekam man nun Fleisch, noch dazu weit billiger als der „Gestehungspreis“ lautete, und außerdem erzielte man einen

Reingewinn von 2.000.000 Kronen, den der Landeskulturrat wieder zu Zwecken der Landwirtschaft verwenden kann!

Die Approvisionnement der Steiermark.

Feststellung der landwirtschaftlichen Produktion.

W. Graz, 13. Mai.

Statthalter Graf Clary hat, um eine Uebersicht über die landwirtschaftliche Produktion in Steiermark zu gewinnen, eine Verordnung erlassen, wonach für die Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse sämtliche Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe verpflichtet sind, alle amtlichen Anfragen über den Umfang des wirtschaftlichen Betriebes über

das Ausmaß des von ihnen bewirtschafteten Bodens, über die Art und Weise seiner Bebauung (Kulturgattung), über die Größe der mit den einzelnen Feldfrüchten bestellten (bebaute) Flächen, über die Menge der Aussaat und der Ernte, über die Druisergebnisse sowie auch über die Art der Verwendung (Verbrauch, Verkauf usw.) der geernteten Feldfrüchte und über den Stand ihrer Vorräte an diesen Früchten rechtzeitig, genau und wahrheitsgetreu zu beantworten.

Solche amtliche Anfragen zu stellen, sind die politischen Behörden berechtigt. Sie können dies entweder unmittelbar oder durch Vermittlung von Gemeindeämtern, Erntekommissionen oder sonstigen Beauftragten tun. Die Verordnung sieht Strafbestimmungen von 2 bis 200 Kronen oder Arrest von sechs Stunden bis vierzehn Tage vor.

Regelung des Viehhandels.

Auf Grund eingehender Beratungen und mit Zustimmung des Kriegsministeriums und des Ackerbauministeriums hat Statthalter Graf Clary und Aldringen Verfügungen erlassen, womit der Handel mit Rindern und die Versorgung des k. u. k. Militärs und der Zivilbevölkerung mit Schlachtvieh im Lande Steiermark geregelt werden. Diese Verfügungen umfassen den gesamten Handel mit Rindern als Schlachtvieh (ausschließlich der Kälber), sowohl den Einkauf und die Abgabe als Schlachtvieh an den Zivil- und Militärbedarf in Steiermark und für die Armee im Felde wie auch die Ausfuhr aus Steiermark, ferner den Handel mit Rindern als Nutz- und Zuchtvieh, insoweit es aus Steiermark ausgeführt werden soll.

Einer für diesen Zweck eingesetzten Viehverkehrslandeskommission obliegt die Gründung einer kaufmännisch geführten Geschäftsstelle als Durchführungsorgan der Landeskommission für die gesetzlichen Verfügungen über den Handel mit Rindern, die Ausstellung von Viehpässen und das Recht der Anforderung von Schlachtvieh. Diese der einheitlichen Fleischversorgung unter tunlichster Wahrung der Interessen der Landwirtschaft und der Viehzucht dienende Organisation wird im ganzen Lande begrüßt. Um den derzeitigen Viehstands des Landes zu ermitteln, wurde eine Viehstandsaufnahme eingeleitet.

Etwas für die Hausfrau.

Was die Kochkiste ist.

Jeder modernen Hausfrau ist zur Einführung einer Kochkiste zu raten. Ihre Vorteile sind: 1. Fast vollständige Ausschaltung des Kohlenherdes, da ein Gasrechaud meist genügt und nur, wenn etwas gebraten oder gebacken wird, der Herd geheizt werden muß. Besitzt oder borgt man sich eine Gasbratröhre, fällt auch dieser Grund aus; die Ersparnis an Brennmaterial ist eine Ziffer, die im Haushaltungsbudget jetzt schon eine große Rolle spielt. 2. Die Ersparnis an Personal, da ein Großteil der groben Küchenarbeit nicht mehr notwendig ist, wie Feuer anmachen, Material zutragen, nachlegen usw. und die Frau allein oder ohne Hilfe das eigentliche Kochen versehen kann. 3. Die Möglichkeit für die Berufsfrau, die des Morgens vorgefertigte Speise mittags fast ebefertig zu finden. 4. Die Ersparnis an Reinigungsmaterial, Tüchern, Seife, Soda, die Schonung der Töpfe, das rasche Wiederherstellen der Ordnung nach dem Essen, also auch zuletzt eine Ersparnis an Zeit. Wer die sich zwar bald von selbst bezahlende Ausgabe nicht scheut, tut am besten, sich eine der im Handel befindlichen Kochkisten samt den dazu gehörenden Kasserolen zu kaufen. Die Kiste muß möglichst nahe dem Herde stehen, damit die Töpfe sofort hinein kommen, „Geschwindigkeit ist hier die Herrerei“. Für eine Familie von vier bis fünf Personen und bescheidenen Ansprüchen genügt eine solche mit zwei Öffnungen, von denen eine tiefer sein muß für den Topf; in die andere kommt eine Kasserole oder zwei niedrige übereinander gestellt, die untere eventuell ohne Deckel.

In Deutschland am meisten verbreitete Kochkiste ist die Heinkelmannchen-Kiste. Sie dient nicht allein zum Kochen, sondern auch zum Braten und Baden.

Man bekommt durch dieselbe einen sehr guten saftigen Braten, ebenso aber auch hohe und flache Kuchen, Gugelhupf, Bismuit, Brottorten, Puddings usw.

In dem neuen „Diso“-Ausstellungslokale, gegenüber dem Deutschen Volkstheater, sind die Heinkelmannchen-Kisten zu sehen, aber auch alle Systeme von Gasherden, Gaslochern und sonstigen Gasapparaten, ebenso elektrische Kaffeekocher, Teekannen u. dgl.

In den Geschäftsräumen der „Diso“ ist überdies die bekannte Musterküche der „Kohö“ untergebracht, in welcher — wie bekannt — ständig Schaukochen auf Gasapparaten mit Vorträgen stattfindet.

Die besten Töpfe sind die außen braun, innen grau emaillierten, mit unlegbaren Henkeln versehenen Geschirre, die man nach der Weite der Kistenöffnung nehmen muß. Bleibt zwischen Topf und Öffnung noch Raum, kühlt er rascher ab, und bei dem so oft empfohlenen „Ausstopfen der Zwischenräume“, wenn die Töpfe nicht genau hineinpassen, tritt durch das Offenbleiben ein noch stärkerer Wärmeverlust ein; es wird also der ganze Zweck illusorisch. So stark kochend als nur möglich muß die Speise in die, wie oben erwähnt, vorbereitet stehende Kiste, ebenso flink der Kolster darüber und verschlossen werden; nur dann wird sich der richtige Erfolg einstellen.

Zweiter Punkt: das Vorkochen. Am besten ist es, z. B. Hülsenfrüchte des Abends auf dem Gasherd gut 15 Minuten kochen zu lassen, eine Messerspitze Speisesoda hineingeben, und wenn dieser sich dann entwickelnde Schaum verköcht ist, sie bis zum Morgen in der Kiste zu lassen. Meist werden sie dann vollständig weich sein. Vorzüglich gerät auch über Nacht eine Speise, zusammengesetzt aus Bohnen, etwas grober Kollgerste, ein Stück Zwiebel, Pfeffer, ein Stück Rauchfleisch oder anderes fettes Fleisch und ein paar gewaschenen Eiern. Mit Wasser bedecken, 20 Minuten Kochzeit. Die Eier werden hart, erhalten eine gelbliche Farbe und einen vorzüglichen Geschmack; auch mit Gemüse zusammengelocht sehr gut. Bei dieser Gelegenheit mache ich noch auf folgendes aufmerksam, was für den Wohlgeschmack der Speisen sehr wichtig ist: Da alles in der Kochkiste im eigenen Saft gar wird, dürfen die Speisen beim Hineingeben nur so viel Flüssigkeit erhalten, als man haben will; es wird selbst bei stundenlangem Dünsten nicht weniger. Daher muß z. B. bei Suppe und Rindfleisch, bei Gulasch oder Rindsbraten die Zwiebel erst braun werden, alle Zutaten hineinkommen, der erste Saft verköcht sein, dann soviel warmes Wasser zugießen, als man Saft wünscht, und nach 15 bis 20 Minuten kochen in die Kiste. Das Gleiche gilt

für Reis, Grieß, Sago, Tapioka u. dgl.: immer weniger Flüssigkeit darauf, als gewohnt. Diese Speisen werden vorzüglich, großkörnig, weich und saftig. Anfochen 5 Minuten. Läßt man z. B. Fleisch etwas länger als 2 Stunden drinnen, so ist es vorteilhaft, nach dieser Zeit den Topf herauszunehmen, frisch 5 Minuten wieder anzufachen und erst dann weiter dünsten zu lassen. Während der Nacht ist dies natürlich überflüssig, da des Morgens der Kochprozeß fortgesetzt werden kann. Alte Hühner, Gänse, Schenkel oder Brüste mit Wasser und Grünzeug über Nacht so behandelt, ergeben eine delikate Suppe und ein saftiges Fleisch, welches, mit Fett bestrichen, mit Speck belegt, in die heiße Röhre geschoben und überbraten, niemand als zuerst gekocht erkennen wird. Auch bei Kalbs-, Schweine- oder Schöpfenbraten kann ein Verdünsten — 10 Minuten und 2 Stunden Kiste — den Garprozeß nur beschleunigen, ohne Beeinträchtigung der Güte. Daß Gelschfleisch, Zungen, Ruttelsteck, kurz alle Fleischgattungen, die lange Kochzeit beanspruchen, diese in der Kochkiste absolvieren können, bedarf wohl keiner separaten Erwähnung.

Schwarze Pflaumen sind für die Kochkiste bestens geeignet; sie können nach einer Anfochzeit von 5 Minuten die ganze Nacht stehen, ohne zu weich zu werden; ebenso Aepfel im ganzen, die nur mit ein klein wenig Wasser bedeckt werden; sie ergeben dann passiert ein sehr gutes Purée.

Und zuletzt wollen wir nur noch erwähnen, daß auch Puddings im Kochapparat sehr gut gelingen, speziell Topfenpudding, böhmischer Knödel, Fleisch-, Gemüsepuddings usw. Diese bedürfen ungefähr 10 Minuten Anfochzeit; auch Gefenteige können darin gekocht werden, nur muß der Teig etwas fester gehalten und schon aufgegangen sein. Man gibt ihn in die Puddingsform, die nur halb voll gefüllt wird, abermals etwas gehen lassen, dann die Form ins kochende Wasser. Bei allen Puddings, die in der Form gekocht werden, 15 Minuten anfochen, 2 Stunden für die Kiste berechnen. Die Zeit muß genau eingehalten und die Restspeise direkt aus dem

Topf zu Tisch gebracht werden. Selbstverständlich soll nie überflüssig geöffnet werden, denn sonst muß die darin befindliche Speise abermals frisch angelocht, Gas und Zeit verbraucht werden. Daher ist es notwendig, mit Berechnung der Vorkochzeit so anzukochen, daß, falls man mehrere Speisen gleichzeitig fertig haben will, sie zusammen in die Kiste kommen und ebenso herausgenommen werden können.

Eine Konferenz der bundesstaatlichen Minister.

Wie wir hören, werden sich morgen die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin versammeln, um in der Frage der neuen Steuern zu einer Entscheidung zu kommen. Die Besprechungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen. Montag abend sind die Minister Gäste des Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich, der ihnen zu Ehren einen Bierabend gibt. Auch der Reichskanzler beabsichtigt, an diesem Abend teilzunehmen. Aus letzterer Tatsache erhellt, daß sich der Reichskanzler, wenigstens vorläufig, noch nicht ins Kaiserliche Hauptquartier zurückbegeben wird. Es ist selbstverständlich, daß die Lösung der Frage, in welcher Weise das Reichsamt des Innern neuorganisiert und wer an seine Spitze treten soll, letzten Endes nur durch Zustimmung der Krone erfolgen kann.

Klagen des Reichstags-Ausschusses.

Bertagung der Beratung über Ernährungsfragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um mit der Beratung der Fragen der Volksernährung zu beginnen. Er vertagte diese Beratungen aber, weil augenblicklich ein Staatssekretär des Innern fehlt.

Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Bertagung beantragt, weil die Beratung doch nicht den vollen Nutzen haben könne, den sie eigentlich haben müßte, da im Augenblick, nachdem Staatssekretär Dr. Delbrück leider aus Gesundheitsrücksichten habe zurücktreten müssen, kein verantwortlicher Mann der Regierung in der Kommission anwesend sei, der Rede und Antwort stehen könnte. Die sozialdemokratische Fraktion und die Nationalliberalen schlossen sich diesem Antrag an. Die konservative Partei regte an, ob es nicht richtig wäre, doch schon heute zu einigen Einzelfragen Stellung zu nehmen. Das Zentrum glaubte, daß man doch heute schon das Material der Regierung über getroffene Anordnungen und ihre Auskunfts über den Bestand usw. usw. entgegennehmen könnte. Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß er im Augenblick nicht in der Lage sei, irgendwelche Auskunfts über die beabsichtigte Neuorganisation zu geben, es schwebten Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen seien. Das, was die Presse über die Gestaltung der Neuorganisation und über die Personenfragen bisher mitgeteilt hat, erklärt der Unterstaatssekretär durchaus für Kombinationen.

Darauf bittet das Zentrum um Auskunft, wann denn wohl diese Mitteilungen gemacht werden könnten. Es sei zu befürchten, daß auch der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern nicht sofort in der Lage sein werde, das tun zu können. Ein anderer Vertreter des Zentrums erklärt es für wünschenswert, die Neuorganisation und mindestens das Programm der Regierung zu kennen, bevor weiterberaten werde.

Es wurden Klagen darüber geäußert, daß über diese Neuorganisation in der Presse Mitteilungen gemacht werden, die doch nicht ohne Zustimmung der Regierung erschienen seien, daß aber der

Reichstag vollkommen im Unklaren

gelassen werde und keinerlei Auskunft erhalte. Der Unterstaatssekretär erwiderte, keine Auskunft darüber geben zu können, wie die Erörterungen in die Presse gelangt seien.

Ein konservativer Abgeordneter würde es für zweckmäßig halten, schon heute über die bevorstehende Organisation sich auszusprechen. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erklärte, die bisherigen Erfahrungen ließen nicht hoffen, daß die Erörterungen des Ausschusses Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung üben könnten. Wenn der Regierungsvertreter sagen könne, daß er die Wünsche des Ausschusses übermitteln und daß ihnen auch Rechnung getragen würde, so könnte es einen Zweck haben, zu verhandeln. So, wie die Dinge aber lägen, schlage er vor, daß die Kommission sich jetzt vertagen möge, schon, um zu zeigen, daß die Kommission und der Reichstag sich nicht ausschalten lassen wollen. Inzwischen war ein Antrag des Zentrums eingegangen:

Die Kommission wolle die Erwartung aussprechen, daß der Kommission vor der Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung Gelegenheit zur Aeußerung gegeben werde.

Die Fortschrittliche Volkspartei erklärte sich für diesen Antrag. Wenn der Unterstaatssekretär erklärt habe, daß der Beirat so gewürdigt sei, wie es ihm zukomme, so stimme das doch eigentlich nur formell, denn in der Sache habe man sich darüber beklagt, daß die Vorschläge, die im Beirat gemacht wurden, keine Befolgung fanden. Ebenso sei zu bedauern, daß in der Presse Dinge über die Ernährungsfragen erörtert werden, zweifellos mit Zustimmung der Regierung, bevor der Beirat noch Kenntnis von diesen Sachen habe. Ein Nationalliberaler schlägt vor, schon jetzt allgemeine Richtlinien dem Ausschuss anzugeben, bevor die Neuorganisation fertig sei. Das Zentrum hebt hervor, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Bundesrat zweifellos berechtigt sei, Verordnungen zu erlassen, ohne vorher den Reichstag zu hören. Nach den gemachten Erfahrungen wäre aber in Erwägung zu ziehen, ob der Reichstag sich nicht veranlaßt und verpflichtet fühlen könnte, die im August 1914 erteilte Vollmacht zurückzunehmen. Nicht bloß dem Beirat, sondern auch dem Reichstag und seinem Ausschuss sollte rechtzeitig Aufschluß darüber gegeben werden, was geplant sei.

Eine Resolution Dr. Pfleger (Str.)—Ebert (Soz.) will die verbündeten Regierungen ersuchen, dem Ausschuss möglichst bald genaue Aufstellungen über Größe und Deckung des Bedarfs in den einzelnen Lebensmitteln für Heer und Marine in den einzelnen Monaten seit Kriegsbeginn, über Resultate der verschiedenen Erhebungen über Inlandsvorräte, über geschäftliche Ergebnisse der verschiedenen Kriegsgesellschaften, Umsätze, Vergütungen der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder Auskunft zu geben, weiter über die in einzelnen Kreisen, Bezirken und Bundesstaaten bestehenden Ausfuhrverbote, über die in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen zur Fleischversorgung, über die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr nach Monaten, Ländern und Gegenständen.

Der Unterstaatssekretär hebt hervor, daß nicht bloß in der Form, sondern auch in der Sache die Vorschläge des Beirates so gewürdigt worden seien, wie er es beanspruchen könne. Den Zentrumsantrag werde er dem Bundesrat übermitteln, zu Bedenken gebe er ihm keinen Anlaß. — Ein Konservativer hebt hervor, daß zweifellos der Reichstag, nachdem er dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt habe, kein Recht habe, vorher von geplanten Verordnungen unterrichtet zu werden. Dem Beirat sei bei der Kartoffelfrage immer vorher Gelegenheit gegeben worden, seine Wünsche zu äußern. Gegen den Zentrumsantrag bestehen nach seiner Meinung doch Bedenken, denn das Wort „Erwartung“ schließe gewissermaßen die Voraussetzung der Anrechts in sich. Spezialfragen könnten heute wohl behandelt werden. Ein Zentrumsmitglied führt aus, daß die Art und Weise, wie der Reichstag behandelt wurde, nicht die richtige

Wertschätzung der parlamentarischen Mitarbeit

erkennen lasse. Dem schließt sich der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an, der Beirat, so wie er geworden sei, entspreche nicht dem Beschluß des Reichstages. Gedacht gewesen wäre eine gemeinsame Arbeit von Beirat und Regierung. Beschämend sei es, wenn der Reichstag so behandelt werde, wie geschehen, und wenn er erst aus der Presse erfahre, was die Regierung von langer Hand vorbereitet habe. Die Kommission müsse sich jetzt vertagen. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion weist darauf hin, daß in der Kartoffelfrage eine Verordnung ergangen sei, die dem Beschluß des Beirates direkt entgegengesetzt war.

Entgegen den Ausführungen eines konservativen Redners, wonach es nicht angängig wäre, daß der Beirat in unfertige Pläne der Regierung eingeweiht werde, erklärte ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, daß der Beirat nur dann einen Sinn habe, wenn er in unfertige Pläne eingeweiht werde, denn sonst stehe er vor vollendeten Tatsachen und seine Beratungen hätten dann nur akademischen Wert. Der Reichstag könne damit nicht einverstanden sein, und der Antrag Gröber überschreite auch nicht seine Befugnisse. Es sei unumgänglich notwendig, daß der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern in der Kommission anwesend sei, um ihre Wünsche entgegenzunehmen. Der Unterstaatssekretär

trägt Bedenken, ob die in dem Antrag Pfleger gewünschten Auskünfte in diesem Umfang gegeben werden könnten. Er zweifelt, daß das Kriegsministerium in der Lage und bereit sein werde, so weitgehende Auskünfte zu erteilen.

Das Zentrum erwidert, daß diese Auskünfte absolut erforderlich seien als Grundlagen der Beratung über Organisation und Berteilung.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter regt noch an, die Protokolle der Ausschussberatungen den Mitgliedern des Hauses gedruckt zugänglich zu machen, ein schriftlicher Bericht könne dann vielleicht entbehrt werden, doch könne man darüber noch später verhandeln. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß in einer früheren Session des Reichstages aus technischen Gründen die sonst übliche Drucklegung der Protokolle unterblieben sei. Ein Zentrumsredner meint, daß diese Anregung vielleicht doch im Interesse der Vertraulichkeit abzulehnen sei.

Nach weiteren Erörterungen wird die Abstimmung über die Anregung auf Drucklegung der Protokolle einstweilen ausgesetzt, da erst die technischen Schwierigkeiten geprüft werden sollen, ebenso über die Frage, ob schriftlicher oder mündlicher Bericht an das Plenum erstattet werden soll.

Die Anträge des Zentrums, inbegriffen die Resolution Pfleger-Ebert und ebenso der fortschrittliche Bertagungsantrag, werden angenommen. Der Ausschuss vertagt sich auf Mittwochs vormittag: Petitionen zur Zensurfrage und, wenn der Reichschatzsekretär sich damit einverstanden erklärt, zweite Lesung des Kriegsgewinnsteuergesetzes.

Lebensmittel-Verteilung.

Ein Vorschlag für die Großstadt.

Aus Groß-Berliner Stadtverordnetenkreisen wird uns geschrieben:

Einmütigkeit herrscht in der gesamten Bevölkerung darüber, daß die jetzige Organisation der Verteilung der wichtigsten Lebensmittel, deren Bewirtschaftung allgemein reichsweit geregelt ist, — Brot und Mehl ausgenommen — völlig unzulänglich ist. Nach dem ganzen Aufbau der kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung fällt diese Aufgabe aber nicht dem Reiche oder den Einzelstaaten, sondern den Gemeinden zu. Nur die Zuweisung der nötigen oder der vorhandenen Mengen — es sei an Butter, Kartoffeln, Fleisch erinnert — erfolgt durch Organe, die von der Reichsverwaltung geschaffen und mitverwaltet oder im Anschluß an eine zentrale Reichsstelle ins Leben gerufen sind.

Die Verteilung selbst ist in erster Linie Sache der Gemeinden, soweit nicht z. B. landesgesetzliche Vorschriften, wie in Bayern, Württemberg usw. schon in der Fleischkarte eine allgemeine Grundlage angeordnet haben. Leider haben sich nur wenige Gemeinden bisher dieser Aufgabe gewachsen gezeigt. Hier soll nicht unterlucht werden, wen die Schuld hierfür trifft; alle Momente, wie die Forderung gleichmäßiger Verteilung für Stadt und Land, die Schwierigkeiten der gegenseitigen Bewertung der verschiedenen Fleischsorten usw. seien hier ausgeschaltet.

Die Forderung des Tages ist: Verteilung der wirklich vorhandenen Mengen der bewirtschafteten, für die Gesamtbevölkerung notwendigen Waren nach einem gerechten Maßstabe, der Jedem das Seine gibt.

Eine solche Verteilung ist aber zunächst schon unmöglich bei dem leider meist gewählten System der Wochenkarte für Waren, die nicht, wie Brot, in bestimmter Menge da sind. Unbestimmte Warenmenge bedingt unbestimmten Zeitraum oder wechselnde Mengenfestsetzung, wenn jeder das gleiche erhalten soll. Das erstere, wie es jetzt Schöneberg eingerichtet hat, ist wohl vorzuziehen: also z. B. Fleischkarte mit Abschnitten a, b, c . . . für je 125 Gramm, 250 Gramm oder 500 Gramm. Wenn alle Haushaltungen — bis auf solche, die sich nicht rechtzeitig melden — ihre Menge a zu je 125 Gramm, 250 Gramm oder 500 Gramm für den Kopf erhalten haben, dann beginnt von einem bekanntgegebenen Tage die Verteilung auf b usw. Damit aber nicht nur die Nichtstuer, die Zeit haben, stundenlang vor den Läden zu stehen, sondern die arbeitenden Personen die Waren erhalten, ist richtige Organisation nach Nummern der Haushaltungen oder Anfahrtsbuchstaben der Namen oder gegebenenfalls auch Ueberweisung an bestimmte Geschäfte nicht zu umgehen. Jetzt wirkt die sogenannte Sperrkarte — nicht für die Hamster, die sich doch noch Fleisch schenken lassen können, — rein als Sperrkarte für die von morgens bis abends tätigen Personen, die Beamten, die Schaffnerinnen, die Arbeiter usw. Hier muß Abhilfe geschafft werden.

Wie leicht läßt sich gerade beim Fleisch eine Organisation schaffen, die auch jede Zurückhaltung und unzulässige Verarbeitung von Fleisch zu Wurst durch die Schlächter verhindert. Gemeinde A habe 20 000 Haushaltungen mit 50 000 Angehörigen (und Fleischkarten), sie erhält an einem Tage 10 000 Kilogr. Fleisch zur Verfügung, verteilt diese an 100 Schlächter, so daß jeder Schlächter 100 Kilogramm oder bei 250-Gramm-Abschnitten 400 Personen beliefern kann. Die Fleischkarteninhaber von 1—500 haben beim Schlächter Nr. 1, von 500—1000 bei Nr. 2 usw. zu laufen. Jeder Schlächter erhält erst wieder Ware, wenn er die 400 Abschnitte zu 250 Gr. abgeliefert hat. Da nur 40 000 Karteninhaber beliefert werden konnten, muß bei der nächsten Lieferung, die die Stadt erhält, zunächst noch der Rest von 10 000 Karteninhabern Fleisch erhalten. Erst nach Erledigung dieser beginnt der Verkauf nach Karte b. Da niemand einen Vorteil davon hat, wenn er das Fleisch schon im Anfang der Periode erhält, fällt, wenigstens sobald sich die Regelung eingelebt hat, jeder Anreiz zu Anstimmungen vor den Läden fort. Selbstverständlich wird es auch dann Unzufriedene geben, die mit der Sorte, mit der Knochenbeigabe und anderem nicht zufrieden sind, die große Menge wird aber hier und ebenso bei Butter, Zucker und sonstigen wichtigen Nahrungsmitteln zufrieden sein, wenn sie die Gewißheit hat, von Zeit zu Zeit bestimmt und ohne Gedränge etwas zu erhalten.

Wie die Kämpfer im Schützengraben im Bewußtsein gleicher, gerechter Behandlung alle Unbilden des Krieges gern und willig ertragen, so werden auch wir hinter der Front gern und willig uns einschränken mit Fleisch und Butter und anderem bei gleicher, gleicher Verteilung.

St—gen.

15. V. 1916

Die Lebensmittelversorgung Oesterreichs.

Wien, 14. Mai. (Priv.-Tel., zf.) Amtlich wird verlautbart: Die vom Ministerium des Innern im vergangenen Herbst geschaffene legitimierte Einkaufsstelle hatte vorerst die Aufgabe, die für die Approvisionierungsstellen erforderliche Lebensmittelbeschaffung aus dem Auslande zu vermitteln. Infolge der durch die Verhältnisse, insbesondere aber durch Abmachungen mit dem Deutschen Reich, notwendig gewordenen zentralistischen Gestaltung des Handels in verschiedenen Lebensmitteln und der hierin gelegenen Durchführung höherer Aufgaben hat die Regierung auf Grund der bereits seit einiger Zeit in Verhandlung stehenden Vorschläge die Umwandlung des Unternehmens in ein solches auf streng gemeinnütziger Grundlage veranlaßt. Gestern ist es gelungen, die Verhandlungen soweit abzuschließen, daß die Einkaufsstelle sicher noch im Laufe dieses Monats ihre Tätigkeit nach diesen Gesichtspunkten einrichten wird.

Wien, 13. Mai. (B. B.) Durch Verordnung des Statthalters von Niederösterreich werden zur Sicherung des Milchbedarfs der Kinder bis zu zwei Jahren bezw. stillender Mütter Milchkarten eingeführt, welche zum Bezuge einer täglichen Milchmenge von einem Liter Vollmilch für ein Kind bis zum vollendeten ersten Lebensjahr und von dreiviertel Liter Vollmilch für ein Kind im Alter von über einem Jahr bis zum vollendeten zweiten Jahre berechtigen.

Durch eine zweite Verordnung des Statthalters von Niederösterreich wird die Verwendung von Eiern zur Bereitung von Getränken in Gast- und Schankgewerbebetrieben in der Zeit von 2 bis 7 Uhr nachmittags ausnahmslos verboten.

15. IV. 1916

Die Deutsche Lebensmittel- zentralstelle.

Außerordentliche Machtbefugnisse. — Zu-
teilung eines Generals.

Aus Berlin, 15. d., wird uns telegraphiert: Die Zentralisierung der Lebensmittelversorgung wird nach allem, was darüber schon jetzt verlautet, die Zwischeninstanz zwischen Produktion und Konsumtion vereinfachen und die gegenwärtigen Bestimmungen der Einzelstaaten in der Weise regeln, daß die neu zu errichtende Zentralstelle die gesamte Lebensmittelversorgung in ihre Hand bekommt. Es wird damit etwas völlig Neues geschaffen werden.

Der freie Verkehr, der immer noch nicht trotz aller notwendig gewordenen Verordnungen und Beschränkungen vorhanden ist und dessen Unfähigkeit zur Bewältigung der ihm gestellten Aufgaben immer deutlicher geworden ist, soll durch den gebundenen Verkehr ersetzt werden, der in allen Stadien einheitlich geregelt und einer einzigen Stelle mit unabdingter Autorität unterstehen wird. Der heutige Zustand wird wegstallen, der dadurch charakterisiert wird, daß Deutschland infolge der Maßnahmen von einzelnen Regierungen, Generalkommanden und Regierungsbehörden innerhalb der Zivilstaaten in eine Reihe von getrennten Wirtschaftsdepots zerfällt, deren Interessen, weil sie lokal betont wurden, nicht immer in Einklang zu bringen sind.

Die neue Behörde wird unmittelbare Anordnungen treffen können, ohne den Umweg über die hier angeführten Instanzen machen zu müssen. Der Mann, der an die Spitze dieser neuen Organisation gestellt werden soll, wird Befugnisse erhalten, wie sie in solchem Umfange noch niemals einer einzelnen Person übertragen worden sind. Selbstverständlich aber wird die Verantwortlichkeit beim Reichskanzler bleiben, dem das jetzt zu schaffende Amt direkt unterstellt werden wird. So weit sich aus den bisherigen Andeutungen entnehmen läßt, wird die Einheitlichkeit der Tätigkeit, die dem neuen Reichsamte obliegen wird, dadurch noch mehr gesichert werden, daß dem Chef dieser Behörde ein General beigegeben werden wird, dessen Funktion es sein wird, die Vermittlung zwischen der Zentralstelle und den militärischen Stellen durchzuführen, so daß auch nach dieser Seite hin die Vorteile gewahrt bleiben.

Der Oberpräsident von Ostpreußen Herr von Batozki soll gebeten haben, sich der großen Aufgabe, die ihm in seiner Heimatprovinz gestellt ist, noch weiter widmen zu dürfen. In parlamentarischen Kreisen wird unter den Kandidaten auch der Oberbürgermeister von Berlin, Wermuth, genannt.

Beerdigung des Bürgermeisters von Brünn. Statthalter Baron Heinold über die Lebens- mittelfrage.

Brünn, 15. Mai.

Sonntag vormittag fand im Gemeinderatsitzungs-
saale in Anwesenheit des Gemeinderates, des Landes-
hauptmannstellvertreters sowie zahlreicher Vertreter aus
allen Kreisen der Bevölkerung in feierlicher Weise die Be-
erdigung des neugewählten Bürgermeisters Regierungs-
rates Ferdinand Schnitzler durch den Statthalter
Freiherrn v. Heinold statt.

Statthalter Baron Heinold begrüßte den neuen
Bürgermeister und wies darauf hin, daß die Lebens-
mittelförderung im Kriege eine der ernstesten
Pflichten und der größten Sorgen der Großgemeinden ge-
worden ist. Ebenso wie unsere tapferen Armeen an der Front
weltgeschichtliche Siege erringen und eine in jeder Hinsicht
glänzende Kriegslage geschaffen haben, ebenso müssen auch wir
im Hinterlande in dem uns durch die Aushungerungspläne
der Feinde aufgezwungenen wirtschaftlichen Kampfe siegen.
Durchhalten und Haushalten ist unser Gebot. Gewiß ist
dieses Durchhalten mit manchen Entbehrungen und großen
Entsagungen für die Bevölkerung verbunden, der für
ihre bisher so vernünftige und opfer-
willige Haltung Bewunderung gebührt.
Gewiß ist durch diesen Kampf auch manche Störung im wirt-
schaftlichen Leben eingetreten und werden solche auch künftig
eintreten. Allein dies bietet keinen Grund zu Kleinmut. Dies
liegt in der Natur eines solchen Kampfes. Der wirtschaftliche
Krieg besteht ja in der beiderseitigen Kräfteanstrengung, um
einerseits Störungen und Hindernisse zu schaffen und um
andererseits diese zu überwinden. Ebenso wie diese Schwierig-
keiten unvermeidlich sind, ebenso sind sie auch bei uns bisher
immer überwunden worden, wenn Staat, Gemeinde und Be-
völkerung mit vereinten Kräften sie bekämpft haben. Und so
können, müssen und werden auch wir im
Hinterlande mit vereinten Kräften
durchhalten und damit siegen. Dies ist
meine felsenfeste Überzeugung. In diesem
Kampfe nun werden Sie, Herr Bürgermeister, als Oberhaupt
der Stadt der Führer Ihrer Mitbürger sein.

Der Statthalter gab dem Bürgermeister die Versicherung,
daß er nicht nur in diesem wirtschaftlichen Kampfe, sondern
in allen Belangen des Gemeindelebens die wahren Interessen
der Stadt Brünn mit Nachdruck zu vertreten und werktätig
zu fördern bereit sei, und schloß mit dem innigsten Wunsche,
daß die von den beiden Vizebürgermeistern und einem arbeits-
freudigen Gemeinderate unterstützte Wirksamkeit des neuen
Stadtoberhauptes Brünn und den Bürgern der Stadt zum
Segen gereichen möge.

Rede des Bürgermeisters Schnitzler.

Bürgermeister Regierungsrat Schnitzler richtete an
den Statthalter die Bitte, seinen ehrerbietigsten Dank für die
Bestätigung seiner Wahl an die Stufen des Thrones gelangen
zu lassen. Er gedachte der im Felde stehenden Söhne der
Stadt Brünn, denen er besonders herzliche Grüße mit dem
innigen Wunsche entbot, es möge ihm recht bald gegönnt
sein, sie als heimkehrende Sieger bewillkommen zu können.

Der Bürgermeister faßte sodann seine Ansichten und Ge-
fühle bezüglich seiner Amtsführung als Bürgermeister
in folgenden Worten zusammen: Liebe zu dieser Stadt, die
mir eine teure zweite Heimat geworden ist und mir alle Ehren
gewährt hat, die sie ihren Bürgern zu bieten vermag; Treue
zu dem Volke, dem ich durch Abstammung, Erziehung und
Gesinnung angehöre; Festhalten an den staats-
bürgerlichen Freiheiten; Wertschätzung jeder red-
lichen Arbeit; Förderung aller kulturellen Bestrebungen;
werttätiges Mitgefühl mit den Schwachen und Bedürftigen.
Redner ersuchte den Statthalter, alle die Ernährungsfragen
betreffenden Ansuchen der Gemeindevertretung wohlwollend zu
behandeln.

Mit Begeisterung und Dankbarkeit gedachte Redner der
tapferen Brüder im Felde, die neue unvergängliche Lorbeeren
um die alten siegreichen Fahnen wunden, und sprach die
Hoffnung aus, daß die Völker dieses Staates, die vor dem
Kriege oft scharf und haßerfüllt einander bekämpft haben und
doch Schulter an Schulter in weiteifernder Tapferkeit die über-
mächtigen Feinde abwehrten, die im Kampfe gefundene Einig-
keit in der Friedensarbeit nach dem Kriege fortsetzen werden.
Die Einkehr des nationalen Friedens würde
auch für die Ausgestaltung mancher Einrichtungen unserer
Stadt von großem Vorteil sein.

Wägen auch, schloß der Bürgermeister, die Schwierigkeiten,
denen wir gegenwärtig gegenüberstehen und zweifellos auch noch
durch eine geraume Zeit nach dem Kriege gegenüberstehen
werden, noch so groß sein, wir werden sie überwinden, wenn
Einigkeit in den weitesten Kreisen unserer Mitbürger fest
begründet werden wird. Ich habe schon früher angedeutet,
daß meine Hoffnungen noch darüber hinausgehen, daß ich auf
eine weitgehende Milderung der nationalen
Gegensätze und so darauf hoffe, daß wir tatsächlich nach
glücklicher Beendigung des Krieges mit vereinten Kräften
höheren Zielen zustreben werden. Diese Verwirklichung des
Wahlspruches unseres innigtgeliebten Monarchen möge eine
würdige Ergänzung der Befriedigungen bilden, die ihm die
glänzenden Leistungen seiner Völker bei der Verteidigung des
Vaterlandes bereiteteten. Mit einem dreimaligen Hoch auf den
Kaiser schloß der Bürgermeister seine Ausführungen.

15. / V. 1916

Der bevorzugte Junggeselle.

Auch Berlin-Friedenau hat jetzt den Verkauf von Fleisch, Eiern und Speck geregelt oder neugeregelt. Das ist sehr dankenswert. Schöner wäre es ja noch, wenn die Regelung für Groß-Berlin einheitlich erfolgt wäre, aber das läßt sich ja bei der bunt-scheßigen Kleinstäderei Groß-Berlins nicht ermöglichen. Doch davon ganz abgesehen, enthält die Friedenauer Regelung eine Merkwürdigkeit. Es wird nämlich abgegeben:

Fleisch: Auf den Kopf der Bevölkerung 125 Gramm, für einen Haushalt jedoch höchstens 3 Pfund, Haushalte mit einer Person erhalten wenigstens 250 Gramm.

Speck: Für jede Person 125 Gramm, für einen Haushalt jedoch höchstens 2 Pfund. Haushalte mit einer Person erhalten wenigstens $\frac{1}{2}$ Pfund.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt, daß die erwähnte Menge weder pro Tag noch pro Woche abgegeben wird, sondern die Verkaufszeit wird jedesmal bekanntgemacht.

Es bleibt die erstaunliche Tatsache, daß in Friedenau der oder die Alleinstehende weit besser wegkommt, als der Verheiratete — genau doppelt so gut als ein Ehepaar ohne Kinder. Dieses erhält zusammen $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch und $\frac{1}{2}$ Pfund Speck, der Junggeselle bekommt für sich allein die gleiche Menge. Es wäre sehr angebracht, die Gründe für diese Bevorzugung der Junggesellen zu erfahren. Wie reimt sich diese Maßregel mit den Bestrebungen zusammen, Eheschließungen zu befördern? Durch die Friedenauer Ernährungsregelung wird die Ehescheu förmlich begünstigt! Oder ist etwa wissenschaftlich nachgewiesen worden, daß einem in der Ehe der Appetit vergeht?

15. 10. 1916

Errichtung einer Lebensmitteldiktatur.

Vor vier Tagen, am 10. Mai, erklärte das „Wolffsche Büro“, daß eine Lebensmitteldiktatur nicht geplant sei. Heute erfährt man durch ein Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“, das den Stempel amtlicher Herkunft aufweist, daß sich inzwischen der Wille zu diesem letzten Mittel gefunden hat. Die Meldung der „Köln. Ztg.“ lautet:

Es sind Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die völlige Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen ist. Diese Vereinheitlichung wäre im Kern so zu denken, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen an eine einzige Persönlichkeit übertragen wird, von deren zielbewußter Tatkraft man die rücksichtslos straffe Durchführung der ihr zu übertragenden umfassenden Aufgaben erwarten kann. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Entscheidung darüber bereits in den nächsten Tagen erfolgen wird.

„Warum ist das nicht längst geschehen?“

In einem anderen, ebenfalls aus Berlin stammenden Telegramm der „Köln. Ztg.“ wird das bisherige Zögern der Regierung folgendermaßen zu entschuldigen versucht:

Die nunmehr vorhandene Gewißheit, daß der längst ins Auge gefaßte Schritt einer völligen Zentralisierung aller die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Verteilung der Nahrungsmittel betreffenden Maßnahmen durch Übertragung der Handhabung dieser sämtlichen Maßnahmen an eine Persönlichkeit, der damit ganz außerordentlich weitgehende Befugnisse zufallen, bevorsteht, läßt über dem erleichterten „Endlich“ vielleicht die Entwicklungsgeschichte dieses wichtigsten Schrittes, der bisher auf diesem Gebiet getan wurde, übersehen.

Man ist geneigt, zu fragen: „Warum ist das nicht längst geschehen?“ und vergißt darüber, daß es bis zu dieser vollkommenen Vereinigung der den Bundesstaaten zustehenden Befugnisse in einer Hand, also der Krönung eines Gebäudes, zu dem im Laufe der Kriegsentwicklung Stein um Stein herbeigetragen wurde, galt, Widerstände und staatsrechtliche Bedenken zu überwinden, die erst schwächer wurden, als es sich herausstellte, daß ein solch ungewöhnlicher Schritt im Interesse der Durchführung der gemeinsamen großen Aufgaben unumgänglich nötig war, als sich der Segen des Uberganges vom freien in den gebundenen Verkehr mit Nahrungsmitteln so zwingend herausstellte, daß alle Bedenken davor verstummten.

Damit soll durchaus nicht gelehnet werden, daß es sachlich besser wäre, man hätte diesen Schritt früher getan. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß solche Maßnahmen eine Entwicklungsgeschichte haben, deren einzelne Stadien durchgemacht werden müssen. Blickt man auf die Entwicklung zurück, so stellt sich der nunmehr erfolgende letzte Schritt als ein beklagenswert später dar, aber die rückschauende Betrachtung wird weder den Erfahrungen gerecht, die zu machen, noch den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren.

Man darf bestimmt annehmen, daß die Persönlichkeit, der diese geschichtlich unerhörte Aufgabe übertragen wird, auf der Höhe der Verwaltungskunst und der nötigen Eigenschaften des Charakters steht. Denn was in dieser Stellung geleistet wird, das hängt ganz von der Persönlichkeit ab. Daß die neue Maßregel mit dem Ausschelden des Staatssekretärs zusammenfällt, ist, wie wiederholt sein möge, Zufall. Die „Wolff“-Meldung gibt die Gründe des Rücktritts Delbrücks mit der Genauigkeit eines ärztlichen Gutachtens an.

Das Amt für Nahrungsmittelversorgung.

Ueber die Schaffung des neuen Amtes, in dessen Händen die Nahrungsmittelversorgung vereinigt werden soll, werden

der „Frankft. Ztg.“ zufolge in politischen Kreisen ungefähr folgende Grundzüge besprochen:

Das Amt soll losgelöst werden vom Reichsamt des Innern. Es soll eine doppelte Spitze, eine zivile und eine militärische erhalten, beide, wie es scheint, nebengeordnet, so daß es mehr als in einem anderen Amt auf die Persönlichkeiten ankommen wird. Dieses Amt soll die Befugnis haben, die nach wie vor unter der Zuständigkeit des Bundesrates gefaßten Beschlüsse und Verordnungen in der Lebensmittelfrage durch direkte Anweisungen an die Verwaltungsorgane zur Durchführung zu bringen. Der in den letzten Monaten als nachteilig erkannte Umweg über die Zentralinstanzen der Bundesstaaten und namentlich das Widerspruchsrecht dieser Zentralinstanzen, soll dadurch ausgeschaltet werden, so daß der Wille des Gesetzgebers unvershoben und möglichst rasch auch in der Verwaltung zum Ausdruck kommen kann. Die militärische Spitze soll ebenfalls mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden und soll vor allem darauf hinwirken, daß in die vielseitigen und häufig nach lokalen oder provinziellen Gesichtspunkten getroffenen Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos mehr Einheitlichkeit als bisher kommt und die Auflösung des Deutschen Reiches in zahlreiche getrennte Wirtschaftsgebiete vermieden wird. Das Amt würde direkt dem Reichskanzler unterstellt sein.

Ueber die Wahl der leitenden Persönlichkeiten gehen mancherlei Gerüchte um. Unter anderem nennt man den Unterstaatssekretär Michaelis, den Generallandwirtschaftsdirektor Rapp und den ostpreussischen Oberpräsidenten v. Batocki, auch an den Wiedereintritt einer so energischen Persönlichkeit, wie es Oberbürgermeister Wermuth von Berlin ist, wird gedacht. Ueber die militärische Persönlichkeit ist Genaueres noch nicht bekannt, aber es liegt nahe, daß es sich um einen General handeln wird, der mit der Verpflegung der Truppen vertraut ist, denn es wird ja unter anderem auch seine Aufgabe sein, eine bessere Verbindung zwischen der Feldverpflegung und der Heimatsverpflegung herzustellen.

Eine Konferenz der bundesstaatlichen Minister.

Wie die „Wolff. Ztg.“ hört, haben sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin versammelt, um in der Frage der neuen Steuern zu einer Entscheidung zu kommen. Die Besprechungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen. Montag abend sind die Minister Gäste des Reichsschatzsekretärs Dr. Hesserich, der ihnen zu Ehren einen Bierabend gibt. Auch der Reichskanzler beabsichtigt, an diesem Abend teilzunehmen.

Bei diesen Beratungen der Ministerpräsidenten spielt sicher auch die Lebensmittelversorgung eine wichtige Rolle.

Die Vereinfachung der Speisekarte.

Am Dienstag erfolgt im Reichsamt des Innern eine Beratung über die Vereinfachung der Speisekarte. Die Vertreter der beteiligten Vereinigungen, in erster Reihe Gasthof- und Gasthausbesitzer, haben Einladungen erhalten. Zur Beratung steht folgender Entwurf der Grundzüge zur Vereinfachung der Speisekarte und Einschränkung des Fleischverbrauchs: „1) In Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen dürfen an warmen Speisen einem Gaste zu einer Mahlzeit nicht mehr Gerichte zur Auswahl gestellt werden als je zwei verschiedene Suppen, Zwischengerichte, zu denen Fleisch oder Fisch nicht verwendet ist, Fischgerichte, Fleischgerichte und Süßspeisen. 2) Jedem Gaste darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht, gleichviel ob warm oder kalt, verabfolgt werden. Gestattet bleibt außer an fleischlosen Tagen die Verabfolgung von Fleisch als Aufschnitt auf Brot neben anderen Fleischgerichten. 3) Die Verabreichung von warmen Speisen auf Vorlegegeschüffeln oder -platten, soweit es sich nicht um die gleichzeitige Verabreichung desselben Gerichts an zwei oder mehrere Personen handelt, sowie die Verabfolgung von roher oder zerlassener Butter zu warmen Speisen ist verboten. 4) Als Fleisch im Sinne dieser Grundzüge gilt Rind-, Kalb-, Schaf-, Schweinefleisch sowie Fleisch von Geflügel und Wild aller Art.“

Ernährungsdiktatur?

Durch die bürgerliche Presse Deutschlands geht ein einziger Ruf: Die gesamte Volksernährung ist zusammenzufassen und einheitlich in eine starke Hand zu legen. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich diesen Sonntag unter der aufsehenerregenden Ueberschrift: „Der Diktator für Volksernährung“ aus Berlin schreiben: „Es sind Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die völlige Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen ist. Diese Vereinheitlichung wäre im Kern so zu denken, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen an eine einzige Persönlichkeit übertragen wird, von deren zielbewußter Tatkraft man die rücksichtslos straffe Durchführung der ihr zu übertragenden umfassenden Aufgaben erwarten kann. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Entscheidung darüber bereits in den nächsten Tagen erfolgen wird.“ — „Man ist geneigt, zu fragen: Warum ist das nicht schon längst geschehen? und vergißt darüber, daß es bisher galt, Widerstände und staatsrechtliche Bedenken zu überwinden... So stellt sich der nunmehr erfolgende letzte Schritt als ein beklagenswert später dar.“ Aber ein solcher Schritt wird als unmittelbar bevorstehend behandelt; er erscheint nicht bloß als vereinzelte Idee oder als vager Vorschlag Unberufener. Wie weit stehen wir in unserer

ganzen geistigen und praktischen Veranlagung hinter solcher Entschlossenheit zurück!

Der volle Zusammenhang der Ernährungsfrage mit dem höchsten Interesse der Zeit, mit der Frage von Krieg und Frieden, wird in Deutschland endlich begriffen: Man ist sich dessen voll bewußt, daß der Kriegswille der Gegner Deutschlands beinahe ausschließlich nur noch auf der Hoffnung der Nahrung beruht und daß heute, wie die Dinge einmal liegen, der Beweis, der bis zur anschaulichen Selbstverständlichkeit geführte Beweis ihrer Unmöglichkeit den Kriegswillen in Friedenswillen wandeln kann. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ fragen an demselben Sonntag an leitender Stelle: „Wann kommt der Friede?“ und geben folgende Antwort:

Auf diese millionenfach gestellte Frage gibt es nur eine Antwort: Erst dann, wenn es gelungen sein wird, in dem durch England ausgezwungenen Wirtschaftskrieg einen durchschlagenden, zweifelstfreien Wirtschaftssieg zu erringen. Dieser aber ist erst dann, wenn die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung eine bis in alle Einzelheiten ausgebaute, einheitliche Organisation geworden ist; wenn Erzeugung, Handel und Verbrauch gleichmäßig, aus eigener wirtschaftlicher Kraft heraus lädenlos und sichergestellt sind.

Nur eine solche Organisation, deren glatter Betrieb, auf beliebige Jahre hinaus, offen vor aller Welt liegt und der geschirmt ist durch die unüberwindliche Angriffs- und Verteidigungskraft unserer heldenhaften Heere, wird mit dem Schwergewicht einer unabänderlichen Tatsache bei England den Frieden automatisch erzwingen.

Im Gegensatz hierzu sind alle trüben Ausreden oder solche für eine gewisse Zeitpaule, ist die töbliche Angst vor einem Kriegszwangssozialismus, ist alles Flickwerk zur Schonung einseitiger Interessen, alles Schielen auf plötzlich eintreffende Friedensmöglichkeiten durch Vermittlungen anderer oder durch diplomatische oder banktechnische Kunststücke unbedingt friedensschädlich.

Wer anders denkt, kennt England nicht; verkennt und verflüchtigt sich an dem Opfermut und Opferwillen unseres großen Volkes und trägt die Schuld für Tod und Verstümmelungen Tausender seiner Söhne.

Der Friede kommt erst nach dem großen Siege in der Heimat.

Es liegt zwingende Wahrheit in diesen Sätzen. Man kann endgiltig und wahrhaftig siegen nur auf dem Kampffeld und mit den Waffen, die der Gegner anbietet. Man wird sich erstaunt fragen, wie denn die eine starke Hand das Wunder vollbringen solle, was denn die Zentralisierung von Amtsstellen weiter so Gewaltiges bedeuten könne. Es ist der Diktatur nicht so sehr um diese formale Einheit selbst zu tun, diese gilt ihr mehr als Mittel zum Zweck. Schon erörtern gut bürgerliche, ja konservative Blätter den Gedanken der Einheitskost, schon begimmt man sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, alle Bedenken der Ueberlieferung und der Gewohnheit abzuschütteln und auf Kriegszeit das gesamte Volk auf eine Ration zu setzen, auf eine Ration in allem und jedem. Und es liegt ja auf der Hand, daß dann die Mithungerung blanke Unmöglichkeit ist. Denn so viel bringt der unermesslich große und wohlbestellte Boden des Reiches unter allen Umständen hervor, daß alle bei gleichem Kostmaß durch eine praktisch unbegrenzte Zeitdauer leben können. Eine solche Ordnung wäre an sich schon der anschauliche, unbestreitbare Beweis von der Unmöglichkeit der Mithungerung und damit der stärkste Antrieb zum Frieden. Vor solcher Entschlossenheit eines ganzen Volkes müßte jeder Zweifel der Feinde verstummen, sie wäre der Friede.

Wir haben hierzulande bisher keinen rechten inneren Maßstab zu solchen Erwörterungen, wir Oesterreicher sind durch die Fügung unserer Geschichte etwas leichtlebig geraten. Bourgeois und Kleinbürger, Gutsherr und Bauer lieben eine schmachhafte, individualisierte Kost und der Einfall, ein ganzes Volk auch nur vorübergehend, auch nur im Ernstfall des Krieges, auf Kasernenkost zu setzen, kommt unserer Diktatur wohl zuletzt. Eines der höchsten Dinge ist uns ja die süße Gewohnheit und der Eigenwille des Geschmacks.

Ob es etwas Höheres gibt, das diese Eigenart niederzwingen, müßte erst die konkrete Erfahrung beweisen. Darum wollen wir uns mit solcherlei Plänen, wie sie in Deutschland erörtert werden, vorläufig gar nicht befassen, solange wenigstens, als sie nicht die deutlichere Gestalt annehmen, und kümmern uns zunächst nur um die positiven Vorschläge, die uns verbürgt sind.

Die Vereinheitlichung, die stramme Zusammenfassung des Ernährungsdienstes ist auch bei uns die dringendste Aufgabe. Wir haben allmählich, sehr allmählich allerdings, eine stattliche Reihe von „Zentralen“ bekommen: die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, die Futtermittelzentrale, die Zucker-, die Spirituszentrale, die Fett- und Delzentrale und so fort. Diese Zentralen arbeiten nebeneinander und behindern sich gegenseitig auf Schritt und Tritt. Dabei sind viele der Zentralen in sich gar nicht einheitlich organisiert, da sie von verschiedenen Ministerien abhängen und bei jedem Schritt die Wohlmeinung bald des Ackerbau-, bald des Handels-, bald des Finanz- oder des Arbeitsministeriums einholen müssen. Wegen dieser mannigfaltigen Durchkreuzung der Kompetenzen läßt jede Entscheidung oder Verfügung oft wochenlang auf sich warten. Man beachte nur die Verwicklungen im Getreide- und Futtermitteldienst. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt gibt Weizen an viele hundert von Mühlen zur Vermahlung und interessiert sich vor allem für das Mehl, die Meleie aber, die zugleich abfällt, gehört in den Aufgabenkreis einer anderen Zentrale und also müßte diese im letztvergangenen Herbst durch lange Wochen überhaupt nicht, wo sich die Meleie befindet, in welchen Mengen die Meleie da sei, die sie den Viehhaltern zuweisen sollte. Ein wichtiges Kraftfuttermittel ist Melasse — aber diese „ressortiert“ zur Melassezentrale. Melasse aber dient auch zur Schnapsbrennerei und ist für diese um so wichtiger, je mehr die Kartoffel dem direkten menschlichen Genuß vorbehalten wird. Das Branntweinbrennen aber gehört zum Bereich der Spirituszentrale. Welche Mähtal, die Stellen zusammenzubringen auf einen einzigen Bewirtschaftungsplan, auf die Entscheidung, ob und wie viel Melasse als Futtermittel zur Fleisch- und Fettgewinnung, ob und wie viel als Rohstoff zur Branntweinerzeugung verwendet werden soll!

Wer die Zusammenhänge der Volkswirtschaft begreift, versteht sofort, daß wir ohne einheitlichen Wirtschaftsplan gar nicht durchkommen. Nehmen wir die Gerste: Man kann sie vermahlen und Brot backen — dann gehört sie zur Getreide-Verkehrsanstalt; man kann sie schroten, verfüttern und die Milchgewinnung vermehren — dann gehört sie zur Futtermittelzentrale; man kann sie mälzen und Bier daraus brauen — dann gehört sie dem Verband der Brauindustriellen. Man überlasse es diesen Stellen, miteinander auszutragen oder gar im Schriftwechsel auszuraufen, wieviel Prozente des Gerstenvorrats jeder von Gerechtigkeit wegen zufallen sollen, und wird Wochen, wenn nicht Monate bis zur Entscheidung brauchen. Nein, es geht ohne einheitlichen Wirtschaftsplan nicht. Dieser aber kann zweckmäßig und rechtzeitig nicht aufgestellt oder gar durchgeführt werden, wenn nicht ein einheitliches Ernährungsamt unter einer einzigen Hand errichtet wird. Diese Hand aber muß geleitet sein von hoher wirtschaftlicher Einsicht und geführt mit rasch zugreifender Tatkraft.

Das Wort „Diktatur“ riecht nach der Bank der Lateinschule und das Wort Diktator verdeckt das sachliche Bedürfnis durch Vorstellungen von Ueberpersönlichkeit, die zumal bei uns unerfüllbar sind. Halten wir uns an den nüchternen Tatbestand: Wir brauchen eine Zentrale der Zentralen, ein einheitliches Ernährungsamt mit tüchtigen Fachabteilungen, wir brauchen ein Ministerium für Volksernährung. Es ist recht schade, daß der von den Sozialdemokraten im November 1907 gemachte Vorschlag nicht damals, nicht schon längst im Frieden verwirklicht worden ist. Viele Irrungen wären uns erspart geblieben. Nun ist es Zeit, das Versäumte so rasch als möglich nachzuholen, und keine Stunde ist zu verlieren. Jeder versäumte Tag würde die Schwierigkeiten verdoppeln und künftig nur Maßregeln von vielfacher Schärfe nötig machen, immer verschärfte Maßregeln bis zur Einheitskost. Man warte also nicht, bis man Deutschland — kopieren muß!

Die Ernährungsfragen in Deutschland.

Eine Gesamtregelung für Lebensmittelangelegenheiten.

Berlin, 15. Mai.

Der Budgetausschuß sollte heute Ernährungsfragen beraten, sah aber davon ab, da der Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Delbrück und die noch nicht erfolgte Ernennung seines Nachfolgers sowie die Meldungen über eine geplante Neuorganisation es bedenklich erscheinen ließen, in die Beratung der erwähnten Fragen einzutreten.

Auf eine Anfrage, ob in absehbarer Zeit Klarheit und eine Entscheidung zu erwarten seien, erwiderte Unterstaatssekretär Stein, es sei ihm nicht möglich, eine bestimmte Antwort zu geben; vielleicht werde es in einigen Tagen möglich sein. Die Verhandlungen innerhalb des Bundesrates seien noch im Gange.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der Konservativen einen Antrag des Zentrums an, der die Erwartung ausdrückt, daß der Ausschuß vor der Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung Gelegenheit zur Äußerung gegeben werde.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin, es seien Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die völlige Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen sei, und zwar derart, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen an eine einzige Person zu übertragen wäre, von deren zielbewußter Kraft eine rücksichtslose Durchführung der umfassenden Aufgaben erwartet werden kann.

„Frankfurter Zeitung“ berichtet hierzu: Das Amt soll losgelöst werden vom Reichsamt des Innern. Es soll eine doppelte Spitze, eine zivile und eine militärische erhalten, beide, wie es scheint, nebengeordnet, so daß es mehr als in einem anderen Amt auf Persönlichkeiten ankommen wird. Dieses Amt soll die Befugnis haben, die nach wie vor unter der Zuständigkeit des Bundesrates gefaßten Beschlüsse und Verordnungen in der Lebensmittelfrage durch direkte Anweisungen an die Verwaltungsorgane zur Durchführung zu bringen. Die militärische Spitze soll ebenfalls mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden und soll vor allem darauf hinwirken, daß in die vielseitigen und häufig nach lokalen oder provinziellen Gesichtspunkten getroffenen Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos mehr Einheitlichkeit als bisher kommt und die Auflösung des Deutschen Reiches in zahlreiche getrennte Wirtschaftsgebiete vermieden wird. Das Amt würde direkt dem Reichskanzler unterstellt sein.

Fraktionsanträge zu den Ernährungsfragen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sind von den Vertretern der Fraktionen zu den Verhandlungen über die Ernährungsfragen eine Reihe von Anträgen gestellt worden.

Die Fortschrittliche Volkspartei

Fordert u. a.: Ohne jeden Verzug mit durchgreifenden Mitteln, nötigenfalls auch durch Schaffung weiterer Reichsstellen für die einzelnen Zweige der Lebensmittelversorgung, eine gerechte, die Verhältnisse von Stadt und Land berücksichtigende Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu angemessenen Preisen auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen herbeizuführen, insbesondere der Zurückhaltung von Lebensmitteln und dem Wucher mit denselben sowie einer übermäßigen Anhäufung von Vorräten in Privathaushaltungen durch eine möglichst weitgehende Rationierung und Verteilung von Lebensmitteln seitens der Gemeinden, durch regelmäßige Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte und durch rücksichtslose Bestrafung der Verfehlungen entgegenzutreten. Ferner fordert die Volkspartei, „rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte, unter Aufrechterhaltung der bisherigen Höchstpreise, in vollem Umfange und wirksamer als bisher gegen Verfütterung und jede sonstige ungefährliche Verwendung zu schützen, um je nach dem Ausfall der Ernte eine möglichst weitgehende Erhöhung der Brotquotationen vornehmen zu können.“ Weiter: „Die Beschaffung der für die menschliche Ernährung erforderlichen Kartoffeln, einschließlich der für die Brotbereitung notwendigen Mengen, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der zurzeit gültigen Bestimmungen zu mäßigen Preisen sicherzustellen. Der Bedarf an Speisekartoffeln wird auf 1½ Pfund pro Kopf und Tag angenommen.“ Weiter wird gefordert die Fleischversorgung der Bevölkerung unter Aufrechterhaltung und einheitlicher Anwendung der von der Reichsfleischstelle aufgestellten Grundsätze tunlichst gleichmäßig für das ganze Reich zu regeln, das Verbot der Hauschlachtungen aufzuheben, dieselben aber anmeldepflichtig zu machen, eine Reichsstelle einzurichten, welche unter sinngemäßer Anwendung der von der Reichsfleischstelle aufgestellten Grundsätze die Beschaffung und Verteilung von Butter und Speisefetten auf die verschiedenen Reichsteile regelt, die Reichszuckerstelle aufrecht zu erhalten und auszubauen, Höchstpreise für Gemüse, und zwar Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise, je nach dem Ausfall der Ernte, zu geeigneter Zeit festzusetzen.

Die Nationalliberalen

beantragen u. a.: den Kartoffelbauenden Landwirten ist frühzeitig Mitteilung zu machen, welche Kartoffelmengen im kommenden Wirtschaftsjahre der Reichskartoffelstelle zur Verfügung zu stellen sind. Für die Preisfestsetzung von Kartoffeln und Kartoffelfabrikaten ist rechtzeitig die Zustimmung des Beirates des Reichstages einzuholen. Die Eindeckung des gesamten Herbst- und Winterbedarfs an Kartoffeln hat eventuell unter Zuhilfenahme von Gefangenen und militärischen Kräften so rechtzeitig zu erfolgen, daß Winterverwand und Frostgefahr unter allen Umständen vermieden werden. In allen größeren und mittleren Kommunen sind Nahrungsmittelkarten einzuführen, die mindestens Fleisch, Geflügel, Wild, Fische, Konserven dieser Art, ferner Eier, Kaffee, Zucker, Hülsenfrüchte und Reis zu umfassen haben. Ueber die in den Haushaltungen vorhandenen Vorräte in den benannten Nahrungsmitteln sind Erhebungen anzustellen und die vorhandenen Mengen auf die Karten in Anrechnung zu bringen. Soweit übermäßige Vorräte festgestellt werden, sind sie namentlich, wenn die Gefahr des Verderbens vorliegt, zu enteignen. Der schwer arbeitenden Bevölkerung sind für alle wichtigen Nahrungsmittel Zusatzkarten zu gewähren. Bei den Nahrungsmittelgeschäften ist durch scharfe Kontrolle die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zu gewährleisten; das gleiche gilt für den Großhandel. Den viehlosen Wirtschaften ist die Haltung einer bestimmten Menge von Vieh zur Pflicht zu machen.

Das Zentrum

verlangt: 1. alsbald einen allgemeinen, die gesamte Volksernährung und Volksernährung umfassenden Generalwirtschaftsplan für das Erntejahr 1916 und das Produktionsjahr 1917 aufzustellen und diesen dem Reichstage vor der dritten Lesung des Reichshaushaltsetats zur Kenntnisnahme zu unterbreiten; 2. sofort eine mit genügenden Vollmachten ausgestattete Zentralstelle für Lebensmittelversorgung und Bedürfnisse des täglichen Bedarfs zu errichten und dieser einen aus Mitgliedern des Reichstags bestehenden Beirat beizugeben.

Die Forderungen der Konservativen

gehen u. a. dahin: Für das kommende Erntejahr ist ein Wirtschaftsplan bereits im Juni aufzustellen. Zur Erreichung einer organischen und systematischen Durchführung der Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln muß eine zusammenfassende Zentralstelle geschaffen werden, die dafür zu sorgen hat, daß die zu ergreifenden Maßregeln nach im voraus festgesetzten einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Dieser Zentralstelle ist auch die Militärverwaltung durch entsprechende Vertreter anzuschließen. Ihr untersteht auch die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete des Auslandes. Zwecks Durchführung der Verteilung und zur Ausschaltung eines unnötigen und die Nahrungs- und Verbrauchsgüterstände unberechtigt verteuern den Zwischenhandels sind gemäß Beschluß des Reichstages vom 14. Januar 1916 in den einzelnen Kommunalverbänden die Kleinhändler und entsprechende Absatzorganisationen zu einer Kriegsbezugsvereinigung zusammenzuschließen, die unter Aufsicht des Kommunalverbandes Verteilung und Absatz nach Maßgabe der gegebenen Bestimmungen und unter Ausschluß jedes übermäßigen Gewinnes herbeizuführen haben. Unter Erhaltung der Einrichtungen, die sich bewährt haben, und deren systematischem Weiterbau ist dafür zu sorgen, daß der Bevölkerung eine unbedingt notwendige Bedarfsmenge an Nahrungsmitteln (Existenzminimum) zugeführt wird. Die Deckung des über diese Grenze hinausgehenden Bedarfs ist nach Möglichkeit dem freien Verkehr zu überlassen. Nach Feststellung des Bedarfs sind die Kartoffeln durch Lieferungsverträge unter Heranziehung der Kommunalverbände den Bedarfszentren in vorher festzulegenden Zeitabschnitten sicherzustellen und zuzuführen. Das in einzelnen Provinzen und Landesteilen erlassene Hauschlachtungsverbot ist aufzuheben. Dagegen ist ein Verbot des Verkaufs von Hauschlachtungsware zu erlassen.

Die Sozialdemokraten

verlangen u. a.: Es sind Einrichtungen zu treffen, daß den kleinen Besitzern in größerem Umfange Kriegsgefangene für landwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Außer dem fiskalischen ist auch der private Waldbesitz zur Abgabe von Streu und Futtermitteln zu verpflichten. Die Jagd auf wilde Kaninchen sowie die Angelfischerei ist freizugeben. Unverzüglich sind Maßnahmen zu ergreifen, um das weitere Abschachten von Milchvieh zu unterbinden. Als Mittel kommen hierbei in Betracht: niedere Höchstpreisfestsetzung und eventuell Verbot der Abschachtung brauchbaren Milchviehes. Die Beschlagnahme der Butter muß auf alle Betriebe, die Butter zum Verkauf herstellen, ausgedehnt werden. Die Butterkarte in Verbindung mit einer Karte für den Bezug

von Fett und Margarine ist in allen Gemeinden einzuführen. Die schwerarbeitende Bevölkerung ist bei der Verteilung zu bevorzugen. Der Mangel an Schlachtvieh macht die Einführung einer Fleischkarte dringend notwendig, um den Verbrauch dort einzuschränken, wo bisher eine Zurückhaltung nicht geübt wurde. Die Mängel in der Kartoffelversorgung sind durch strenge Durchführung der Beschlagnahme zu beheben. Die vielen minderwertigen Ersatzmittel, die in den Handel kommen, lassen es zweckmäßig erscheinen, das Feilbieten erst dann zu gestatten, wenn vom Reichsgesundheitsamt der Wert dieser Nahrungsmittel festgestellt und ein Kleinhandelspreis bestimmt ist. Der Mangel an verschiedenen Nahrungsmitteln nötigt zur Aufhebung des freien Marktes, um eine Einteilung der Bestände im Kleinverkauf vorzunehmen. Dringend notwendig ist die gleichmäßige Einteilung von Kaffee, Kaffee-Ersatz, Tee, Zucker, Hülsenfrüchten, Reis. Auf Tee, Kakao und Nahrungsmittel aus Reis, Roggen, Weizen, Hafer, Spelz und Gerste ist Kranken und Kindern ein Vorrat des Bezuges zu gewähren. Zu verbieten ist die Herstellung von Trinkbranntwein aus Materialien, die zur menschlichen Ernährung verwendbar sind.

Diktatur.

Diktatur — Das Wort hat einen üblen Klang und weckt unangenehme Erinnerungen. Doch außergewöhnliche Umstände heißen außergewöhnliche Maßnahmen, und es gilt, grundsätzliche Bedenken zurückzusetzen. Letzten Endes würden wir — falls die Lebensmitteldiktatur, wie zu erhoffen, zur Tat wird — in ihr gar keinen so unerhört neuen Zustand eintauschen, wie es den Anschein haben mag. Es würde nur eine Vielheit zur Einheit gewandelt werden, und das Reich würde in der Lebensmittelversorgung einen Diktator erhalten statt der fünfundzwanzig, die es jetzt hat, statt der fünfundzwanzig stellvertretenden kommandierenden Generäle.

Die ganze Neuregelung steht und fällt damit, ob der Mann an der Spitze der neuen Organisation ermächtigt wird, den stellvertretenden kommandierenden Weisungen zu erteilen, deren Vollstreckung sie zu übernehmen haben — oder ob er diese Vollmacht nicht erhält. Diese Ermächtigung kann er nur vom Kaiser kraft der Kommandogewalt erhalten, denn die kommandierenden Generäle unterstehen nur dem Kaiser einzig und allein, weder dem Kriegsministerium, noch dem stellvertretenden Generalstab noch sonst einer Zentralbehörde. Es wird eine wichtige verfassungsrechtliche Aufgabe des Friedens sein, diese Zuständigkeit den Erfordernissen unserer Zeit besser anzupassen.

Ganz gewiß hat es seine wohlwogenden Gründe, daß der kommandierende unumschränkter Herr in seinem Bezirk ist; sie gelten insbesondere für den Fall, daß der Feind im Land steht. Indessen hat gerade das letzte Jahr bewiesen, daß die Nachteile dieser Selbstherrlichkeit bei weitem überwiegen. Die ohnehin noch unvollkommene Einheitlichkeit des Reichs ist dadurch zur Illusion geworden. Es ist durchaus verständlich, daß ein jeder der kommandierenden das Bestreben hat, zunächst einmal für seinen Bezirk zu sorgen. Aber was für seinen Bezirk eine Wohltat ist, wird für die Nachbarn zur Härte. Die Bedürfnisse des ganzen Reichs zu überschauen aber ist für jeden einzelnen der Fünfundzwanzig auch bei der höchsten Befähigung eine einfache Unmöglichkeit. Es kommt hinzu, daß die wirtschaftlichen Fragen, die an jeden dieser Männer herantreten, so verzwickter Art sind, daß sie sich ohne den das ganze Reich umfassenden Apparat einer Zentralbehörde weder beurteilen noch gar lösen lassen. Ein einziger Mann kann nicht in allen Dingen Fachmann sein. Sehr hübsch hat einmal der jetzige Marinesaatssekretär Admiral v. Capelle geantwortet, als ihn im Reichstag ein sehr sachverständiger sozialdemokratischer Abgeordneter über die von der Kieler Werft für Uniformen gezahlten Knopflöcherlöhne befragte. Er bekannte frank seine Unwissenheit in diesem Einzelfall und meinte lächelnd: „Leider bin ich kein Schneider!“ Und weil man auch von kommandierenden Generälen nicht gut verlangen kann, daß sie nebenbei noch Schneider seien, haben sich die sachverständigen Kritiker damit begnügt, zu den seltsam begründeten Modeerlassen einiger dieser Herren verwundert die Köpfe zu schütteln. Wenn auf diesem Gebiet die Bezirksreformen verhältnismäßig harmlos waren, und so mehr, als die Mode noch souveräner ist als jeder kommandierende General, so liegen dafür die Dinge in der Lebensmittelversorgung desto ernster. Das Beispiel der kommandierenden weckte Nachfolge bis zu den Magistraten herab, die vielfach lokale Ausfuhrverbote erlassen haben. Oft genug sind diese Maßnahmen nur aus der Notwehr heraus entstanden wie zum Beispiel in Eisenach, wo Berliner Hausfrauen, die dort zur Erholung weilten, ebenso wie in anderen Kurorten zu hamstern begannen. Mag in dem oder jenem Falle die lokale Maßnahme ihre guten Gründe haben, so erübrigt es sich doch, das allgemein Verderbliche dieser Kirchturmpolitik nachzuweisen.

Es ist die höchste Zeit, daß mit dieser Zerrissenheit, die an die unseligsten Zeiten des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erinnert, aufgeräumt wird. Dazu bedarf es einer harten Faust und des festen Willens eines mit allen Machtvollkommenheiten ausgestatteten Mannes, der in der Ausführung seiner Absichten nicht durch Zuständigkeitskonflikte gehemmt wird. Das Reichsamt des Innern konnte diese Stelle unmöglich sein. Ganz abgesehen davon, daß die Lebensmittelversorgung nur eine von seinen vielen Auf-

gaben war, mußte es notgedrungen bei jeder Maßnahme an andere Kompetenzen ansetzen — hier an die bundesstaatlichen Ministerien, dort an die Befugnisse der kommandierenden. Verordnungen und Weisungen aber bleiben Papier, wenn die Stelle, die sie erläßt, nicht auch darauf drücken kann, daß sie bis ins kleinste befolgt werden.

Ganze Arbeit kann nur einer tun, der kraft seiner Machtfülle die ihm entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu schleudern vermag. Er allein könnte das Werk vollbringen. Freilich, auch der beste Mann an diesem Platz vermag keine Wunder zu tun. Daß binnen kurzem wieder jeder an jedem Tag sein Stück Fleisch im Topfe habe, das wäre zu viel verlangt. Darauf kommt es auch gar nicht an. Opfer sollen gebracht werden, wenn sie notwendig sind — nicht aber solche, die nur durch Mängel der Verwaltung und Verteilung heraufbeschworen sind. Diese Mängel gilt es zu beheben, und dazu ist es notwendig, daß das ganze Reich ein einziges Wirtschaftsgebiet wird mit einem einzigen Mann an der Spitze. Ist dieser eine Mann ein General, so erklärt sich dies zwanglos aus den ungewöhnlichen Umständen, vor denen alle parteipolitischen Bedenken zurücktreten müssen.

* **Der Ärzteauschuß zur Lebensmittelfrage.** Der Ärzteauschuß von Groß-Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung mit Nahrungsmittelfragen Groß-Berlins vom ärztlichen Standpunkt aus beschäftigt. Er hat hierbei folgende Entschliebung angenommen: „Der Ärzteauschuß von Groß-Berlin hält im Interesse der Volksgesundheit eine einheitliche Regelung der Lebensmittelversorgung der ganzen Reichsbevölkerung für notwendig, alle Absperrungsversuche und Ausfuhrverbote einzelner Landesteile, Distrikte und Orte müssen im Interesse einer gleichmäßigen und gerechten Versorgung aufgehoben werden. In diesem Sinne begrüßt der Ausschuß die beabsichtigte Schaffung einer Reichsbehörde für Volksernährung als den ersten hoffnungsvollen Schritt auf dem erstrebten Wege.“ Außerdem hat der Ärzteauschuß von Groß-Berlin beschlossen, eine begründete Eingabe an den Reichskanzler zu richten.

Die Lebensmittelfrage in Bayern.

☉ München, 10. Mai. Die Einführung der Fleischkarte in Bayern erfolgte wegen der augenblicklichen Fleischknappheit unter etwas stärkern Behen als diejenige der Brotkarte, an die sich längst jedermann gewöhnt hat und mit der im allgemeinen jedermann zufrieden ist. Von der Brotkarte wurde die wenig Fleisch essende ländliche Bevölkerung, deren Hauptnahrung nicht wie in weiten Strichen Norddeutschlands aus Kartoffeln, sondern aus Nudeln und andern Mehlspeisen besteht, von der Fleischkarte dagegen das Großstädtertum am stärksten betroffen. So sehr selbst unsere Gegner das gewaltige Organisationstalent der Deutschen rühmen, so ist doch die schwierige Frage der richtigen Lebensmittelverteilung so überraschend an das mit andern Aufgaben vollauf beschäftigte Deutschland herangetreten, daß diese oder jene Irrtümer und vorübergehende Mißgriffe wohl unvermeidlich waren. Heute herrscht im bayrischen Publikum wohl so ziemlich Einstimmigkeit darüber, daß, wenn man die Fleischarten gleichzeitig mit den Brotarten, oder wenigstens bald nachher eingeführt hätte, wohl kaum eine Fleischknappheit eingetreten sein würde. Wer Münchener Speisehäuser besuchte, gewann nach Einführung der Brotkarte und sogar noch bis vor kurzem den Eindruck, als ob man bloß mit dem Brotgetreide sorgfältig haushalten müsse, während Fleisch überreichlich vorhanden sei. Seit dem 1. Mai ist es gerade umgekehrt, und die auf die Kost der Speisehäuser angewiesenen Junggesellen haben es zurzeit jedenfalls schlechter als jene Familien, innerhalb deren man mit dem Vorhandenen sparsam und umsichtig zu wirtschaften versteht. Eine Neuerung sind auf den Speiseverzeichnissen der Gasthäuser nicht bloß an zwei Tagen der Woche, sondern tagtäglich jene fleischlosen Platten, die denjenigen, die ihre Fleischkarte vergessen haben oder nicht in Benutzung nehmen mögen, als Aushilfe dienen. Auch auf dem Lande herrscht natürlich eine gewisse Fleisch- und Butterknappheit, wenn auch nicht annähernd in solchem Grade wie in den Städten. Auch sind dort die Preise sowohl niedriger als stetiger geblieben. In München haben dagegen, bis neuerdings Höchstpreise eingeführt wurden, die Fleischpreise stark geschwankt. Berücksichtigt man, daß 1913 für 118 Millionen Mark Butter nach Deutschland eingeführt wurde, davon für 63 Millionen Mark aus Rußland, und daß es im vorigen Jahre Futtermangel gab, so kann es kaum wundernehmen, wenn gerade jetzt, da erst die Grünfutter-Ernährung der Rüge beginnen soll, eine ziemliche Butterknappheit herrscht. Es ist darüber in der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer eingehend beraten worden, und zwar merkwürdigerweise vor dem in Abwesenheit des Landwirtschaftsministers Rede und Antwort stehenden Kriegsminister. Diesem wurde von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gesagt, daß man hinsichtlich der Nahrungsmittelerförmung mehr Vertrauen zu den militärischen Generalcommandos, als zur Zivilverwaltung habe. Nicht als ob irgend jemand am guten Willen der letztern zweifelt. Im allgemeinen verlangt man gegenüber der jetzigen Mannigfaltigkeit von Verfügungen nach einer einheitlich straffen Organisation und außerdem nach sehr strengen Maßnahmen wider jeden Lebensmittelwucher. Gegen diesen letztern Krebschaden hat sich auch der König in einer von ihm gewährten Audienz mit großer Deutlichkeit ausgesprochen. Wenn die Bauern für Heu, Kartoffeln usw. höhere Preise als früher erzielen, so hat das insofern auch seine gute Seite, als, wie man bei jedem Ausflug aufs Land beobachten kann, trotz des Mangels an Arbeitskräften vielfach früher brach liegende Böden bestellt werden. Wenn aber viele Monate lang Händler von Bauernhof zu Bauernhof zogen, um zu Spekulationszwecken das Vieh einzufachern, wenn, wie bisher unwidersprochen in einer öffentlichen Versammlung behauptet wurde, sogar sehr reiche und vornehme Leute, durch die hohen Fleischpreise verleitet, ihre Milchkuhe veräußerten, so hätte gegen derartiges längst eingeschritten werden sollen. Mit vollem Recht hat der Münchener Polizeipräsident in einem von ihm gehaltenen Vortrage wider die in einigen Bevölkerungsschichten und auch im Kaffeehausleben noch immer wahrzunehmende Schlemmerei gewettert, die dem bitteren Ernst unserer großen Zeit nicht entspreche. Dementsprechend sollte man aber auch mit Maßnahmen vorsichtig sein, welche zugunsten der Schlemmer die Sparsamen treffen. Und vor allem sollte der wucherischen Bereicherung durch das Hintanhalten von zu Verkaufszwecken bestimmten Lebensmitteln der Boden entzogen werden.

17. IV. 1916

Die Ernährung Groß-Berlins.

Eine Beratung im Ministerium des Innern.

Unter Vorsitz des Ministers des Innern findet heute vormittag im Ministerium des Innern eine Besprechung über die Lage der Volksernährung in Groß-Berlin statt. An der Besprechung nehmen neben den Vertretern der Ressorts teil: Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, der Regierungspräsident in Potsdam, der Polizeipräsident von Berlin, die beteiligten Oberbürgermeister, die Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim, sowie die ersten Referenten von Berlin, Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg und Wilmersdorf.

Wie wir hierzu erfahren, beginnt die Besprechung heute vormittag um 10 Uhr. Man rechnet in Anbetracht der großen Zahl der Gegenstände, die auf der Tagesordnung stehen, mit einem sehr ausgedehnten Verlauf. Die Veranlassung zu der Besprechung hat der Wunsch des Ministers des Innern gegeben, sich an Hand der Vorträge ein genaues Bild über die Einzelbeschwerden der verschiedenen Berliner Kommunalverwaltungen zu verschaffen. Schon wiederholt haben in der Frage der Lebensmittelversorgung bei dem Minister des Innern Besprechungen der Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten der Monarchie stattgefunden, und auch die Oberbürgermeister der großen Verbrauchsstädte Preußens sind verschiedentlich zu Besprechungen vom Minister des Innern herangezogen worden. Die heutige Besprechung dürfte in erster Linie zum Zwecke dienen, für die Groß-Berliner Kommunalverwaltungen gemeinsame Grundsätze festzulegen, nach denen die zunächst notwendigen Maßnahmen zu einer Besserung der Lebensmittelversorgung Berlins getroffen werden sollen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Nationalliberale Anträge zur Ernährungsfrage.

Die nationalliberalen Kommissionsmitglieder im Haushaltsausschuß des Reichstages, die Abg. Dr. Böhme, Jekler, Dr. Stresemann, haben folgende Resolution beantragt:

1. Den kartoffelbauenden Landwirten ist frühzeitig Mitteilung zu machen, welche Kartoffelmengen im kommenden Wirtschaftsjahr der Reichskartoffelstelle zur Verfügung zu stellen sind.
2. Der Festsetzung der Mengen ist eine Berechnung zugrunde zu legen, die eine völlig ausreichende Ernährung der gesamten Bevölkerung, soweit es sich nicht um Selbstverbraucher handelt, ins Auge faßt.
3. Die Ausbringung der abzuliefernden Kartoffelmengen hat nicht schematisch nach der vorhandenen Anbaufläche, sondern unter Berücksichtigung der Menschen- und Viehzahl der landwirtschaftlichen Betriebe zu erfolgen.
4. Die für die Herstellung von Kartoffeltrockenfabrikaten benötigten Mengen sind gleichfalls rechtzeitig umzulegen, und zwar unter Freilassung der kleineren Betriebe.
5. Für die Preisfestsetzung von Kartoffeln und Kartoffelfabrikaten ist rechtzeitig die Zustimmung des Reichstags einzuholen.
6. Die Eindeckung des gesamten Herbst- und Winterbedarfs an Kartoffeln hat eventuell unter Zuhilfenahme von Gefangenen und militärischen Kräften so rechtzeitig zu erfolgen, daß Winterverwand und Frostgefahr unter allen Umständen vermieden werden.
7. In allen größeren und mittleren Kommunen sind Nahrungsmittelarten einzuführen, die mindestens Fleisch, Geflügel, Wild, Fische, Konserven dieser Art, ferner Eier, Kaffee, Zucker, Hülsenfrüchte und Reis zu umfassen haben.
8. Über die in den Haushaltungen vorhandenen Vorräte in den benannten Nahrungsmitteln sind Erhebungen anzustellen und die vorhandenen Mengen auf die Karten in Anrechnung zu bringen. Soweit übermäßige Vorräte festgestellt werden, sind sie, namentlich wenn die Gefahr des Verderbens vorliegt, zu enteignen. Die Angaben der Haushaltungsvorstände sind durch Stichproben auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren.
9. Nahrungsmittel der genannten Art, die auf dem Wege des Postverandes den Konsumenten zugehen, sind den Konsumenten auf die Nahrungsmittelkarte anzurechnen.
10. Der schwer arbeitenden Bevölkerung sind für alle wichtigen Nahrungsmittel Zusatzkarten zu gewähren.
11. Die Verteilung der künstlichen Düngemittel hat planmäßig und entsprechend den Bedürfnissen der Betriebe zu erfolgen.
12. Bei den Nahrungsmittelgeschäften ist durch scharfe Kontrolle die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zu gewährleisten; das gleiche gilt für den Großhandel.
13. Bei einer etwa notwendig werdenden Beschlagnahme eines Teiles der Getreinernte sind die kleineren Betriebe freizulassen und die Enteignung in angemessenem Verhältnis zur Getreideanbaufläche unter Berücksichtigung des Viehbestandes und der vorhandenen andersartigen Futtermittel vorzunehmen.
14. Die Landesregierungen zu veranlassen, die Bundesratsverordnung über die Ruhbarmachung privater Wälder für landwirtschaftliche Zwecke und die gleichgerichteten Anordnungen der Staatsforstverwaltungen in den lokalen Organen und durch Vorträge geeigneter Persönlichkeiten, Landwirtschaftslehrer usw. der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.
15. Einen verstärkten Abschluß von Wild auch in den Privatforsten nach den für die Staatsforsten geltenden Grundsätzen durchzuführen, und, wo er von den Besitzern nicht selbst unter staatlicher Kontrolle herbeigeführt wird, durch geeignete abzukommandierende Militärpersonen vornehmen zu lassen.
16. Kleinen Landwirten und Gewerbetreibenden, die infolge des Krieges in Schwierigkeiten gekommen sind, ausreichende Kredite zur Fortführung ihres Wirtschaftsbetriebes zur Verfügung zu stellen.
17. Den Austausch von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben für landwirtschaftlichen Großbetrieben für die Dauer des Krieges und einen erheblichen Zeitraum nach dem Friedensschlusse zu verbieten.
18. Nach den Gegenden abgestufte angemessene Höchstpreise für Ferkel festzusetzen.
19. Den viehlosen Wirtschaften ist die Haltung einer bestimmten Menge von Vieh zur Pflicht zu machen.

Aus der christlichsozialen Partei.

Die Christlichsozialen beim Ministerpräsidenten.
— Hauptkonferenz der Christlichsozialen
Niederösterreichs.

Heute mittags erschienen der Chef der christlichsozialen Reichspartei Landmarschall Prinz Liechtenstein namens der Wiener Parteileitung Excellenz Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Oberluratur Steiner, namens des christlichsozialen Reichsratsklubs der geschäftsführende Obmann Präsident Schraffl, die Abgeordneten Baron Fuchs und Stöckler, sowie Minister a. D. Dr. Gessmann beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, und erörterten mit demselben in nahezu dreistündiger Beratung die in Stadt und Land herrschenden Approvistionierungsschwierigkeiten und die zu ihrer Behebung dienenden Maßnahmen aller berufenen Stellen. Die Beratung war informativer Natur und streng vertraulich.

Die christlichsoziale Landespartei von Niederösterreich hat für nächsten Sonntag ihre Hauptvertrauensmänner in notwendigerweise beschränkter Zahl ins Landhaus zur diesjährigen Hauptkonferenz einberufen. Die Hauptreferate werden erstatten: Exz. Dr. Gessmann über die inner- und außerpolitische Lage. Abg. Berdil über die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, Abg. Stöckler über die Länderautonomie, Abg. Kunschak über Agitation und Organisation, Abg. Kollmann über das Verhältniswahlrecht in den niederösterreichischen Landstädten. Die Beratungen werden durch eine Begrüßungsansprache des Chefs der christlichsozialen Reichspartei Landmarschall Prinz Liechtenstein eingeleitet werden.

Vereinheitlichung des Lebensmittelverkehrs im Deutschen Reiche.

Wien, 16. Mai.

Schrittweise geht im Deutschen Reiche die Organisation des Verkehrs in Lebensmitteln weiter und ist jetzt an einen Punkt gelangt, der geeignet ist, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. An den Zentralstellen wird die Schaffung eines besonderen Reichsamtes für Ernährungsfragen erwogen, das abseits des übrigen Verwaltungsapparates stehen und in der Person eines hohen Generals, der sich mit einem bürgerlichen Präsidenten in die Leitung der neuen Stellung teilen wird, die Exekutive für alle Anordnungen gegenüber allen Administrativbehörden erhalten soll. Also ein Ministerium für Volksernährung mit unbeschränkter Gewalt. Im Laufe der zweiundzwanzig Kriegsmomente sind in Deutschland die verschiedensten Versuche unternommen worden, das Problem der Ernährung mit Ausschluß der Einfuhr aus eigenen Mitteln des Landes zu lösen: Beschränkung des Konsums durch Ausgabe von Bezugskarten, Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme, Gründung von Einkaufszentralen usw. Der Erfolg stellte sich nicht auf allen Gebieten in dem gewünschten Maße ein, namentlich was die gleichmäßige Verteilung der für die Gesamtheit genügenden Vorräte auf die einzelnen Teile des Reiches anlangt. Das führte zuweilen zu widersprechenden Verfügungen der einzelnen Behörden, die sich in erster Linie verpflichtet fühlten, den Bedarf ihres lokalen Wirkungskreises unbedingt sicherzustellen und dabei zum Teile sogar zu Ausfuhrverboten für diesen Rayon schritten. In einigen Gegenden ergab sich infolgedessen Ueberschuß an manchen Dingen, die in anderen Gebieten wieder ganz oder teilweise fehlten. Der private Import machte der von Staats wegen organisierten Einfuhr, was die verfügbaren Mengen und die erzielbaren Einkaufspreise anlangt, Konkurrenz, das Reich und die Bundesstaaten, der Staat und die Gemeinden gerieten zuweilen in Gegensatz.

Nun soll das Problem der Organisation des Verkehrs in Lebensmitteln auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden. Das Reichsamt für Ernährungsfragen soll die Beschlüsse des Bundesrates in allen Fragen der Ernährungspolitik vorbereiten und alle Maßnahmen aus-

führen, zu denen der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigt. Ein fachmännischer Beirat soll den Präsidenten dieses Ministeriums, der aber kein Staatssekretär sein wird, unterstützen, der Präsident ist aber an die Wohlmeinung des Beirates nicht gebunden. Viel wesentlicher noch als diese Vereinheitlichung ist die Einheitlichkeit der Exekutive, indem, wie bereits bemerkt, ein General mit der direkten Anordnung aller Maßnahmen an die Verwaltungsbehörden betraut und so zum unabhängigen Chef der Exekutive gemacht wird. An seine Weisungen sind die Generalkommandos in allen Teilen des Deutschen Reiches in den Fragen der Lebensmittelversorgung unbedingt gebunden. Das neue Volksernährungsministerium mit militärischer Exekutivgewalt muß sich natürlich alle Lehren, die sich in den 22 Monaten staatlicher Approvisionierungspolitik ergeben haben, zunutze machen. Es gibt bereits eine ganze Reihe von Grundsätzen, die durch die Praxis unwiderleglich bewiesen worden sind und als deren oberster wohl der gelten kann, daß Höchstpreise ohne Beschlagnahme illusorisch bleiben, wenn sie nicht gar das Gegenteil erzielen oder zum vollständigen Fehlen des betreffenden Artikels auf dem täglichen Markte führen. Es geschieht zum erstenmal, daß in einem Reiche von 70 Millionen Einwohnern der Versuch gemacht wird, alle Ernährungsfragen auf diese Weise zu vereinheitlichen, und die Wirkungen dieser Neuerung werden sich jedenfalls bald zeigen und so dadurch einen den Krieg überdauernden Wert für die nationalökonomische Wissenschaft erlangen.

Nachstehend das Telegramm unseres Berliner Korrespondenten:

Die neue deutsche Reichsinstitution.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 16. Mai.

Ueber die Einzelheiten der sogenannten Lebensmittel-diktatur sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, scheint festzustehen, daß der ganze Komplex der Ernährungsfragen vom Reichsamt des Innern abgeleitet und in die Hand eines besonderen Reichsamtes für Ernährungsfragen gelegt werden soll. Das neue Amt, an dessen Spitze nicht ein Staatssekretär, sondern ein Präsident treten wird, wird vermutlich direkt dem Reichskanzler untergeordnet sein. Es wird die Beschlüsse des Bundesrates in allen Fragen der Ernährungspolitik vorzubereiten und neben diesen Beschlüssen auch alle die Maßnahmen auszuführen haben, zu denen der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigt. Dem Präsidenten soll ein Beirat beigegeben werden, an dessen Beschlüsse er indessen nicht gebunden sein soll. Die Hauptschwierigkeit des Problems liegt in der Frage der Exekutive, das heißt darin, wie die neue Reichsbehörde in die Lage versetzt werden soll, ihre Maßnahmen selbständig, also auf dem Wege der direkten Anordnung an die Verwaltungsbehörden der Bundesstaaten durchzusetzen. Dazu soll für die Dauer des Belagerungszustandes eine militärische Instanz dienen.

Dem neuen Reichsamt soll in der Person eines kommandierenden Generals, vielleicht des Oberkommandierenden in den Marken, sozusagen ein Chef der Exekutive beigeordnet werden, der durch kaiserliche Ermächtigung bevollmächtigt sein soll, sämtlichen stellvertretenden Generalkommandos in allen Fragen der Lebensmittelversorgung usw. bindende Weisungen zu erteilen.

Das sind ungefähr die Vorschläge, die in diesem Augenblick dem Bundesrat und dem preußischen Staatsministerium vorliegen. Als künftiger Leiter des neuen Ernährungsamtes wird übrigens jetzt in unterrichteten Kreisen mit großer Bestimmtheit ein preußischer Oberpräsident genannt, der viele Jahre hindurch in der Verwaltung dreier großer östlicher Provinzen eine Rolle gespielt hat.

Vereinheitlichung der Lebensmittelpolitik.

Die Fragen der Lebensmittelpolitik stehen gegenwärtig im Vordergrund des Interesses. Auch im Deutschen Reiche wird augenblicklich der Lebensmittelpolitik die weitestgehende Beachtung gewidmet, was ein auch nur flüchtiger Blick auf die deutschen Blätter lehrt, die sich spaltenlang mit diesen Problemen beschäftigen. Wir lesen eben in der „Täglichen Rundschau“ unter dem Titel „Die Diktatur“ sehr bemerkenswerte Ausführungen, die darin gipfeln, daß die völlige Vereinheitlichung aller auf Volksernährung bezüglichen Maßnahmen, die jetzt vernünftigerweise angestrebt werde, nur im Wege eines einheitlichen durchgreifenden Zwanges erzielt werden könne. Das erwähnte Blatt erklärt, die bisherigen Mittel seien unzureichend gewesen, und es müsse nunmehr entschlossen daran gegangen werden, rasch den geplanten Umschwung zum Besseren herbeizuführen. Dieser Standpunkt darf unzweifelhaft auf gebührende Würdigung Anspruch erheben.

Eine Lebensmittel-Diktatur?

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, 14. Mai.

Daß die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt der einzige wirklich schwache Punkt in unserer Kriegsvorrichtung sind, ist Freund wie Feind wohl bekannt. Es ist ganz überflüssig, zu ihrer Schilderung noch Worte zu verlieren, es kann sich nur um ihre Besserung handeln. Der Krieg beginnt bald sein drittes Jahr und in den Kreisen der Reichsverwaltung rüstet man sich entschlossen auf den dritten Kriegswinter.

Da ist es eine höchst bezeichnende Tatsache, daß schon seit Wochen durch die Spalten der Presse das Gerücht huscht, für den dritten Kriegswinter sei eine Art Lebensmittel-Diktatur in Vorbereitung. Bekanntlich hatte schon vor Wochen der Deutsche Städtetag die Forderung gestellt, daß der Wirtschaftsführung im dritten Kriegsjahr ein umfassender Wirtschaftsplan zugrunde zu legen sei, damit dieses nervöse Improvisieren, das bisher die Maßregeln der Regierung kennzeichnete, abgelöst werde durch ein ruhiges, zielbewusstes und im Interesse der Allgemeinheit rücksichtsloses Handeln. Es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß uns die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse wie ein undurchdringliches Geheimnis, als eine uns überlegene Macht umgeben. Die sogenannte herrschende Klasse hat sich zwar als fähig erwiesen, den Staat zu beherrschen, aber sie ist unfähig gewesen, die Wirtschaft zu beherrschen. Von dem ungeheuer verwickelten System der Volkswirtschaft hatte sie zwar theoretisch einen Begriff, aber als es galt, praktisch in dieses System Ordnung zu bringen, stellte sich die Aufgabe als sehr viel schwerer heraus, als sie je geglaubt. Die millionenförmigen Volksmassen zu beherrschen war ein Kinderspiel, verglichen mit der Aufgabe, die jetzt an sie herantrat und die um Lebens und um Sterbens willen gelöst werden mußte: die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beherrschen. Der Sozialismus hatte zwar immer den Satz vertreten, daß der Mensch in der kapitalistischen Gesellschaft abhängig ist von seinen Verhältnissen, und daß erst die sozialistische Gesellschaftsordnung auch diese Tatsache umkehren und die Verhältnisse abhängig machen werde vom Menschen und von seiner überlegenen Einsicht. Aber ein Weltkrieg war nötig, um diese Einsicht auch den anderen Klassen wenigstens ahnungsweise zum Bewußtsein zu bringen. Das lebte bis dahin vergnügt in den Tag hinein und freute sich seiner steigenden Gewinne und glaubte sich gegen Krieg und Kriegsgefahr hinter dem Walle der Tausende von Kanonen und Millionen Bajonette sicher und geborgen. In der Tat: die Kunst, den Krieg mit Massen zu führen, hat der Kapitalismus zu einer in aller Weltgeschichte bisher unerhörten Meisterschaft entwickelt. Aber das ist nur die eine Hälfte moderner Kriegskunst. Die andere besteht darin, die Menschen in Massen zu erhalten. Und hierin versagt der Kapitalismus und hier muß er seinem Wesen nach versagen. Das kann nur der Sozialismus, und nichts ist an den wirtschaftlichen Kriegsmassregeln Deutschlands so bezeichnend, als daß sie, soweit sie erfolgreich sind, deutlich den sozialistischen Stempel an der Stirn tragen, während sich gerade ihre vielfach noch so große Erfolglosigkeit aus der Scheu vor dem Kriegssozialismus erklärt.

So furchtbar der Druck ist, den die lange Dauer des Krieges auf alle Völker wälzt, so hat er wenigstens das eine Gute im Gefolge, daß er die Reichsverwaltung und die Organe der Selbstverwaltung immer mehr zwingt, die Scheu vor kriegssozialistischen Maßregeln abzulegen und die Durchorganisation der Wirtschaftsordnung systematisch zu betreiben. Das aber ist ein Prozeß von einer direkt ungeheuren Bedeutung. Wenn Marx in seinem „Kapital“ die fabriksgesetzgebende die erste bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses nennt, so erhebt sich nunmehr in diesem Weltkrieg, und zwar desto dringender, je länger er dauert, vor der Gesellschaft die

Notwendigkeit, zunächst ihren Konsumtionsprozeß bewußt und planmäßig zu organisieren. Wie gewaltig der Zwang zur Organisation auch der Produktion sein wird, das hängt von Faktoren ab, die wir noch nicht kennen, deren Kräfte aber — wir erinnern nur an die heute noch unvorstellbare Finanzlage des Reiches nach dem Kriege — sicherlich stark im Sinne der Vergesellschaftung wirken werden. Zunächst jedoch handelt es sich um die soziale Organisation des Konsums und der Verteilung der vorhandenen Bedarfsartikel, was freilich schon gewisse Eingriffe in die Produktion zur Voraussetzung hat.

Nun war vorige Woche die Presse in der Lage, geheimnisvolle Andeutungen über die Schaffung einer „Lebensmittel-Diktatur“ zu bringen. Anknüpfend an den Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Delbrück, in dessen Händen bisher die Fäden der Lebensmittelversorgung zusammenliefen oder wenigstens laufen sollten, wurde von Veränderungen in den Reichsbehörden gesprochen. Man gehe bei der Reichsleitung mit der Absicht um, eine Zentrale für alle Fragen der Lebensmittelversorgung zu schaffen und zu diesem Zwecke eine Persönlichkeit vom Reichskanzler mit besonderen Vollmachten ausstatten zu lassen. Diese Stelle sei notwendig geworden, weil sich immer mehr eine Vereinigung von Verwaltungsinstanz und Exekutivgewalt als unabweisbar herausstelle. Es sei deshalb geplant, dem Präsidenten der neu zu schaffenden Zentralstelle mehrere Vorstandsmitglieder beizugeben, von denen das eine von der obersten Seeresleitung bestimmt werden soll. Die neue Zentralstelle soll Befugnisse erhalten, die sie in gewissen Fragen in die Lage versetzen, auch über die Beschlüsse und Verfügungen des Bundesrates hinaus unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Änderungen zu treffen. Mit einer der üblichen „Verbesserungen“ und „Vereinfachungen“ wäre es diesmal tatsächlich nicht getan und die Öffentlichkeit hat allen Anlaß, den Behörden der Reichsverwaltung die absolute Notwendigkeit einer derartigen Neugestaltung mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, und zwar gerade im jetzigen Augenblick, wo der kritische Zeitpunkt da ist, um das vom deutschen Städtetag formulierte Verlangen vorzubereiten: einen umfassenden Wirtschaftsplan aufzustellen und selbstverständlich auch durchzuführen. Die Tragödie, die wir beispielsweise zweimal mit den Kartoffeln erlebt haben, soll sich nicht zum drittenmal wiederholen. Wir sind das Land, das rund ein Drittel der gesamten Weltkartoffelernte produziert und das trotzdem an Kartoffelknappheit gelitten hat, wo je nach dem Stande der Kartoffelpreise absoluter Mangel an diesem wichtigsten Massennahrungsmittel abgelöst wurde durch einen Ueberfluß, der so groß war, daß, wie sich einmal der Staatssekretär in der Reichstagskommission ausdrückte, wir in Kartoffeln erkaufen könnten.

Mit der Errichtung eines selbständigen Reichsamtes für Volksernährung wäre schon etwas gewonnen, und das Schwergewicht einer besonderen, der Lebensmittelversorgung ganz besonders dienenden Zentralstelle würde sich gegen andere Ressorts, wie zum Beispiel gegen das preussische Landwirtschaftsministerium, ganz anders durchzusetzen verstehen, als das bisher dem allgemeinen Reichsamt des Innern gelungen ist. Der Reichstag selber könnte hier seinen Einfluß um vieles kräftiger ins Spiel bringen als bei der bisherigen Stelle, wo die Lebensmittelversorgung nur ein Problem unter vielen anderen darstellt, die dieses Amt zu lösen hat. Welches Ausmaß von Befugnissen man diesem neuen Amt von vornherein einzuräumen geneigt sein wird, das hängt von den Erlebnissen ab, die wir bisher an der Art der zentralen Lebensmittelversorgung gemacht haben. Und da scheint es uns allerdings als wünschenswert und notwendig, dieses Ausmaß nicht zu eng zu fassen. Je kräftigere Eingriffe in das Wirtschaftsleben notwendig werden, desto stärker wird natürlich der Widerstand der durch diese Eingriffe verletzten Privatinteressen anwachsen. Gegen diesen Widerstand das neue Reichsamt von vornherein so zu kräftigen, daß es imstande ist, wenn es sein muß, ihn niederwerfen zu können, das scheint allerdings ein Gebot der Notwendigkeit zu sein. Wenn man das „Diktatur“ nennen will, schön; vor einem Wort fürchten wir uns nicht.

Die Ernährung der Wiener Bevölkerung.

Sozialdemokratische Anfragen im Wiener Gemeinderat.

In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates haben die sozialdemokratischen Gemeinderäte zwei Anfragen an den Bürgermeister gerichtet, die bestimmt waren, den Mängeln in der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln beizukommen. Zu beiden Anfragen nahm der Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort und trat völlig an die Seite der Fragenden, deren Wünsche er, soweit es auf die Gemeinde ankommt, zu erfüllen versprach.

Das Steigen der Viehpreise

betrifft die erste Anfrage, die die Gemeinderäte Neumann, Slaret, Emmerling, Bretschneider, David, Domes und Sedorfer stellten. Sie lautet:

Unaufhaltsam steigen die Viehpreise, die bereits eine Höhe erreicht haben, die sich schon lange nicht mehr mit der Erhöhung der Produktionskosten rechtfertigen läßt. Die übermäßigen Marktpreise, die gegenwärtig für Schlacht- und Stechvieh gefordert werden, weisen alle Merkmale einer verwerflichen Ausnützung der durch den Kriegszustand hervorgerufenen Verhältnisse auf, die im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914 (R.-G.-Bl. Nr. 194) mit Freiheits- und Geldstrafen zu ahnden wären. Gegen die ungarischen Beschäfer der österreichischen Viehmärkte und ihre Kommissionäre kann die angezogene kaiserliche Verordnung nicht angewendet werden, weil durch ein energisches Vorgehen gegen sie der Viehauftrieb eine weitere Verminderung erfahren würde. Dem Viehwucher kann nur zum Teil gesteuert werden, wenn beide Regierungen — die österreichische und die ungarische — gleichartig gegen ihn vorgehen.

Wir fragen den Herrn Bürgermeister:

Ist er geneigt, an der Hand der neuerlichen Steigerung der Viehpreise die Regierung nochmals auf die

maßlosen Preisstrebereien aufmerksam und ihr die Notwendigkeit eines gemeinsamen raschen und rücksichtslosen Vorgehens beider Regierungen gegen den schrankenlosen Viehwucher begreiflich zu machen?

Desgleichen fragen wir den Herrn Bürgermeister, ob er geneigt ist, eingehende Erhebungen über die Auftriebsverhältnisse durch eine Umfrage bei den mit dem Viehhandel befaßten Personen zu veranlassen, damit etwaige Mißstände festgestellt und deren Beseitigung versucht wird.

Endlich fragen wir den Herrn Bürgermeister, ob er geneigt ist, nachdem in dem Fleischverkauf die Preisdifferenzen zwischen den besten, den Mittelforten und den minderen Sorten von Vieh fast gar nicht zum Ausdruck kommen, eingehende Erhebungen über die Preisbildung zu veranlassen, damit festgestellt wird, wie sich die Fleisch- und Wurstwarenpreise zu den Viehpreisen verhalten. Insbesondere soll darauf hingewirkt werden, daß die Beschaffenheit der zum Verkauf gelangenden Fleischsorten auch dem dafür geforderten Preis entspricht.

Dr. Weiskirchner stellt in Beantwortung dieser Anfrage fest, daß der letzte Markt aus den vierherzogen Kronländern Oberösterreich, Salzburg und Steiermark auch nicht mit einem Stück Vieh besetzt war. Ich war heute beim Ministerpräsidenten und habe mit ihm diese Sache besprochen. Meiner Ansicht nach muß vor allem die unerhörte Absperrungswirtschaft der Kronländer ein Ende finden. Zuerst ist zu fordern die Aufhebung der Provinzschranken. Wenn wir aber in der Folge zu Fett und Vieh kommen wollen, muß ein ernstes Wort offen ausgesprochen werden:

Die Lebensmittelversorgung der äußeren Bezirke.

Die Gemeinderäte Slaret, Neumann, Emmerling, Bretschneider, David, Domes und Sedorfer stellen eine zweite Anfrage, die diesen Wortlaut hat:

Angesichts solcher Verhältnisse sehen wir uns bemüht, an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister bereit, im Ministerium besitznehmern nochmals mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß die von der „Miles“ zum Markte zu bringenden Lebensmittel rechtzeitig, das heißt am frühesten Morgen, auf den in den äußeren Bezirken liegenden Märkten eintreffen?

2. Ist der Herr Bürgermeister ferner bereit, mit Hilfe der Marktorgane und aller hierbei in Betracht kommenden Faktoren die Beschickung der Wiener Märkte mit jenen Lebensmitteln, die von Seite der Gemeinde Wien beigelegt werden, so vorzunehmen, daß der Verkauf ebenfalls schon in den frühesten Morgenstunden erfolgen kann?

Dr. Weiskirchner: Der Kampf der Gemeinde gegen die „Miles“ ist notorisch. Aber ich werde nach dem Wunsche der Herren Anfragenden morgen wieder eingreifen. Ob es aber — einen Nutzen haben wird, ist fraglich.

Die Anfrage spricht auch davon, daß einzelne Geschäftsleute die Bevölkerung barsch behandeln. Die einkaufenden Frauen, die sich oft schon nichts anstellen müssen, sind mit Recht erregt und es ist wirklich nicht nötig, daß einzelne Geschäftsleute diese Erregung noch steigern. Ich weiß, es sind nur einzelne. Aber da bitte ich alle Geschäftsleute der Approvisionierungsgewerbe, den armen Frauen ihr Los möglichst zu erleichtern. Man muß ja nur die Frauen sehen, die sich schon am frühen Morgen anstellen. Wirken wir alle miteinander darauf hin, daß die Bevölkerung, die schwer zu tragen hat, beruhigt wird. Was die Gemeinde Wien anlangt, so hat sie durch alle die Kriegsmomente hindurch redlich ihre Pflicht erfüllt;

(Beifall. Einzelne Rufe.) Die Bitten, zu beruhigen, soll auch an die Adresse der Zeitungen gerichtet werden.

Damit war die Berlesung und Beantwortung der beiden Anfragen beendet.

17./V. 1916

Einheit und Ordnung.

In Deutschland steht, übereinstimmenden Blättermeldungen zufolge, die Errichtung eines Reichsamtes für Ernährungswesen bevor, das dem bisherigen Kompetenzwirrwarr auf diesem Gebiete ein Ende machen und mit Hilfe einer militärischen Exekutive einen einheitlichen Wirtschaftsplan für das ganze Reich durchführen soll. In unserem Blatte ist wiederholt die Schaffung einer solchen Zentralstelle für Oesterreich befürwortet worden, leider ohne Erfolg. Wie es scheint, muß uns Deutschland wieder mit einer Einrichtung zuvorkommen, deren Nützlichkeit und Notwendigkeit gerade bei uns zuerst erkannt und gepredigt wurde. Die Verhältnisse, die in Deutschland zu dieser Reform drängen, sind uns ja genau bekannt, da sie in Oesterreich in gleicher Weise bestehen und zu den gleichen Schwierigkeiten geführt haben. Beide verbündeten Staaten sind auf das Auslangen mit gegebenen Vorratsmengen angewiesen, hier wie dort sind die Verteilungsprobleme die gleichen, und sind es namentlich die großen Städte, deren Nahrungsmittelversorgung sich schwierig gestaltet. Auch die Organisationsmängel, unter denen Deutschland leidet, sind die nämlichen, die auch wir beklagen. In Deutschland treiben nicht nur die einzelnen Bundesstaaten Wirtschaftspolitik auf eigene

Kauf, sondern auch die kleinen Verwaltungsgebiete schließen sich mit Sondermaßnahmen von einander ab, und jeder Landrat macht sich seine eigenen Ein- und Ausführungsregeln. Bei uns gilt eben dasselbe von den Statthaltereien und Bezirkshauptmannschaften. Zu diesem örtlichen Grenzstreit der Kompetenzen kommen aber noch die vielen Reibungen gleichgestellter Ressorts, die mit einer Unzahl neuer Verordnungen und einer Fülle neugeschaffener „Zentralen“ sich gegenseitig ins Gehege kommen und statt der erstrebten Ordnung ganze Knäuel administrativer Verkehrsstockungen erzeugen. Die meisten der zur Kriegszeit ergangenen Verordnungen sind an sich gut und zweckmäßig, verfehlen aber ihre Wirkung, weil sie nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten abgefaßt und nicht nach gleichmäßigem Plane durchgeführt werden.

Mit vielen Verordnungen macht man noch lange keine Ordnung. Eine und dieselbe Ware kann die verschiedenste administrative Behandlung erfordern, je nachdem, ob sie als Nahrungsmittel, als Futtermittel, als Roh- oder Hilfsstoff der Industrie auf den Markt gebracht wird. Es ist klar, daß die richtige Ausbalancierung zwischen diesen verschiedenen Verwendungszwecken nur von einer zentralen Verwaltungsstelle aus erfolgen kann, die eben die gesamte Kriegswirtschaft überblickt und administrativ beherrscht. Wenn aber das einermal das Ministerium des Innern, das anderemal das Ackerbauministerium, das drittemal das Handelsministerium als amtszuständig eingreift, so entsteht ein Hin- und Herzerren des umstrittenen Marktartikels, und statt der erwünschten Verteilung ist die gefürchtete Stockung da. Die Volksernährung ist im Kriege unter allen Wirtschaftsinteressen das erste und höchste, denn hier sind die Erfolge der inneren Verwaltung für den Kriegsausgang so wichtig und wertvoll wie die militärischen Erfolge an den Reichsgrenzen. Um siegen zu können, müssen wir durchhalten, und um durchhalten zu können, müssen wir planmäßig wirtschaften. Die Volksernährung kann nur nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Wirtschaftsplan sichergestellt werden, und zur Entwerfung und Ausführung dieses Planes bedürfen wir einer obersten, mit unbegrenzten Vollmachten ausgestatteten Zentralstelle für das gesamte Er-

nährungswesen. In Deutschland spricht man bereits von einer „Diktatur“, die zu diesem Zwecke geschaffen werden soll. Mag man es aber nun Diktatur oder bloß Reichsamt oder Ernährungsministerium nennen — die Hauptsache ist, daß die Verwirrung sich kreuzender Ressortansprüche, das vertikale und horizontale Durcheinander der Kompetenzen aufhöre, und daß an dessen Stelle eine einheitliche Gewalt und feste, klare, vertrauenerweckende Ordnung trete. Das ist der dringendste Volkswunsch in Deutschland wie in Oesterreich.

17. IV. 1916

Die Sorge für die Kinder.

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Wie verlautet, sollen bei den Fleischkarten der Stadt Berlin Kinder von 6 bis 14 Jahren nur mit der Hälfte, Kinder unter 6 Jahren überhaupt nicht berücksichtigt werden. Wenn auch noch zu hoffen ist, daß dieses Gerücht falsch ist, so darf doch nicht versäumt werden, rechtzeitig auf das Falsche einer solchen Maßregel hinzuweisen.

Während die theoretischen Betrachtungen, die eine Bevorzugung von kinderreichen Familien befürworten, immer zahlreicher werden, sollen hier in der Praxis die Mütter wieder einmal benachteiligt werden. Die Milch ist sehr knapp, Butter wird für Kinder nur $\frac{1}{8}$ Pfund gegeben, oder bei denen, die nach dem 1. Januar 1914 geboren sind, gar nichts. (Bei dieser Gelegenheit sei auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß bei der Butter- und der Milchregelung das Alter von 2 Jahren verschieden angesetzt wird, so daß Kinder von $2\frac{1}{4}$ Jahren sowohl keine Butter als auch nur die geringere Milchmenge erhalten.) Wenn jetzt auch das Fleisch für Kinder noch besonders beschränkt wird, bleiben tatsächlich kaum noch fetthaltige Nahrungsmittel für Kinder übrig. In Wirklichkeit werden sich die Erwachsenen in kinderreichen Familien mit einschränken müssen, denn einerseits ist es der Mutter häufig nicht möglich, für die Kinder besonders zu kochen und andererseits läßt die Mutter ihre Kinder natürlich nicht gern zu kurz kommen.

Alleinstehende Personen können hingegen an jedem nicht fleischlosen Tag sowohl mittags wie abends ihre Portion Fleisch im Restaurant essen, wenn sie nur das nötige Geld haben, und im allgemeinen haben diese nun doch einmal mehr Geld als solche, die noch für die Kinder zu sorgen haben. Soweit Einschränkungen im Gebrauche gewisser Nahrungsmittel notwendig sind, werden sie getragen werden; aber es muß möglichste Gleichmäßigkeit in der

Verteilung herrschen, es geht nicht an, die kinderreichen Familien schlechter zu stellen als andere!

Einen gewissen Ersatz für Fette bieten Marmeladen usw. Bei Einführung der Zuckerverbrauchsregelung hieß es, daß zum Einmachen Zucker freigegeben werden würde. Der Beginn der Einmachzeit steht vor der Tür, die ersten Stachelbeeren liegen schon zum Verkauf aus, aber noch hört man nichts von Einmachzucker. Sollten die, die sich unter Benachteiligung der Gesamtheit schon vor Wochen mit Zucker zum Einmachen versehen haben, doch Recht behalten?

Charlottenburger Lebensmittelversorgung. Die Charlottenburger Lebensmittel-Deputation befaßte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Milch- und Butterversorgung. Es wurden Maßnahmen beschlossen, die eine verbesserte Zufuhr von Milch erzielen sollen. Die Stadt wird sich an der von den Groß-Berliner Gemeinden geplanten Gemüseinkaufs-Gesellschaft beteiligen. In der Frage der Fleischversorgung stimmte die Deputation grundsätzlich einem Vorschlage zu, jedem Haushalt entsprechend der Zahl seiner Mitglieder durch eine Fleischkarte eine bestimmte, der Zufuhr entsprechende Fleischmenge sicherzustellen. Im Zusammenhang mit der Ausgabe der Fleischkarte sollen noch andere Maßnahmen getroffen werden, um den Andrang vor den Läden zu beseitigen. Die bisher für den Ankauf des städtischen Schweinefleisches ausgegebenen Fleischkarten werden nicht erneuert. Bei dem Fleischverkauf am Mittwoch, den 17., haben sie zum letzten Male Gültigkeit, und zwar wird auf die nicht eingelösten Abschnitte der Woche vom 8.—14. Mai 1 Pfund Fleisch oder 1 Pfund Fett abgegeben werden. Bis zur Ausgabe der geplanten neuen Fleischkarten wird das Schweinefleisch wie die anderen Fleischsorten in Charlottenburg in bestimmten Mengen gegen Vorzeigung der Lebensmittellkarte verkauft werden.

17. IV. 1916

Von der Lebensmitteldiktatur. Die Entscheidung über die Reform im Reichsamt des Innern sowie über die mit beiden Angelegenheiten in Zusammenhang stehenden Personalveränderungen sind in kürzester Zeit zu erwarten. Eine Reise des Reichskanzlers ins Große Hauptquartier erübrigt sich, die Entscheidung wird hier in Berlin fallen. Es wird behauptet, daß man mit der Ernennung des Reichschatzsekretärs Dr. Helfferich zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern und mit der Ernennung des Oberpräsidenten v. Waldow zum Lebensmitteldiktator rechnen könne. Beide Namen wurden bereits seit mehreren Tagen genannt. Waldow ist von 1899 bis 1903 Regierungspräsident in Königsberg und von 1903 bis 1914 Oberpräsident von Posen gewesen. Er steht im 60. Lebensjahre. Von 1892 bis 1898 war er Landrat des Kreises Niederbarnim in Berlin. Die Wahl der Per-

sönlichkeit, die als Nachfolger Dr. Helfferichs in Betracht kommt, scheint noch nicht endgültig getroffen zu sein. U. a. wird für diesen Posten jetzt auch ein hoher Beamter des Reichschatzamtes selbst genannt, der seit langen Jahren als nächster Berater der Staatssekretäre in diesem Reichsamt tätig ist.

Das neue Reichsamt für Ernährungsfragen.

N Berlin, 16. Mai. (Priv.-Tel.) An die Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister im Reichsschatzamt hat sich heute eine eingehende Aussprache des Reichskanzlers mit den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten angeschlossen. Auch bei dieser Aussprache haben natürlich die Steuerfragen im Vordergrund gestanden. Darüber hinaus wird der Reichskanzler aber sicherlich die Gelegenheit benutzt haben, um sich mit den bundesstaatlichen Ministerpräsidenten über die geplante Neuorganisation für die Ernährungsfragen zu verständigen. Denselben Zweck wird auch die heutige Sitzung des preussischen Staatsministeriums gehabt haben. Selbstverständlich ist eine endgültige Entscheidung über das neue Reichsamt für Ernährungsfragen noch nicht gefallen, aber in den Grundzügen wird der Reichskanzler den nach Berlin gekommenen Ministerpräsidenten und dem preussischen Staatsministerium seinen Plan entwickelt haben.

An die Spitze dieses neuen Reichsamtes, das dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt sein wird, soll eine Persönlichkeit treten, die mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet ist, um künftighin die von dem Bundesrat beschlossene Verordnung nach einheitlichen Grundsätzen im ganzen Reiche durchführen zu können. Zu diesem Zwecke bedarf es natürlich des Einverständnisses mit den Bundesregierungen, damit dem Leiter des neuen Nahrungsmittelamtes eine direkte Einwirkung auf den einzelstaatlichen Verwaltungsapparat möglich ist. Es gehört aber weiter dazu, daß die in Betracht kommende Persönlichkeit aus eigener Kenntnis den komplizierten Mechanismus der einzelstaatlichen Verwaltungsmaschinen genau beherrscht, und daß es sich nur um einen Mann handeln kann, der, abgesehen von dem, was das Amt aus ihm macht, über die Autorität verfügt und über die Energie, um etwa doch noch auftauchende Hindernisse aus dem Wege räumen zu können. Diese Vorbedingungen lassen darauf schließen, daß ein höherer preussischer Verwaltungsbeamter an die Spitze dieses Amtes treten wird, dessen Träger man durch Rang und Titel schon rein äußerlich stark zu heben versuchen wird. Ihm zur Seite soll ein höherer Militär stehen, der auf Grund einer kaiserlichen Kabinettsordre mit so starken Vollmachten ausgestattet sein wird, daß die militärische Exekutive im Nahrungsmittelwesen künftig ebenso einheitlich arbeiten kann, wie es von dem bürgerlichen Verwaltungsapparat erwartet wird.

17. IV. 1916

Zur Lebensmittel-Frage.

Der Vorstand des Fortschrittlichen BgV: Vereins Frankfurt a. M. hat in seiner letzten Sitzung zwei Eingaben beschlossen, von denen sich eine auf die Lebensmittelausfuhrverbote der süddeutschen Bundesstaaten die andere auf die Tätigkeit der städtischen Preisprüfungsstelle bezieht. Die an den Reichskanzler gerichtete Eingabe um Aufhebung der Ausfuhrverbote für Lebensmittel in den süddeutschen Staaten lautet:

Ein großer Mangel an notwendigen Lebensmitteln macht sich in unserer Stadt von Tag zu Tag fühlbarer. Dieser Mangel wird zum Teil verursacht durch die von den süddeutschen Staaten erlassenen Ausfuhrverbote für Lebensmittel der verschiedensten Art. Da die deutsche Reichsverfassung in wirtschaftlicher Beziehung nur eine einzige Grenze, die deutsche Reichsgrenze, kennt und die betreffenden Ausfuhrverbote eine direkte Verletzung des § 33 der deutschen Reichsverfassung darstellen, wenden sich die Unterzeichneten an Ew. Exzellenz und bitten, Ew. Exzellenz wolle der Verfassung des Deutschen Reiches innerhalb seiner Grenzen die notwendige Geltung verschaffen und die süddeutschen Bundesstaaten zur Aufhebung ihrer ungesetzlichen Ausfuhrverbote für Lebensmittel veranlassen.

Die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtete Eingabe, die die Tätigkeit der hiesigen städtischen Preisprüfungsstelle betrifft, hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September bezw. 4. November 1915, betr. die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung, besteht auch in unserer Stadt eine Preisprüfungsstelle. Trotz der Tätigkeit dieser Preisprüfungsstelle haben aber die Preise für Lebensmittel der verschiedensten Art inländischer und ausländischer Herkunft eine derartige Höhe erreicht, daß ein großer Teil der Bevölkerung sich eine Einschränkung in der Lebenshaltung auferlegen muß, die für die Volksgesundheit von größtem Schaden werden kann. Einzelne Nahrungsmittel sind sogar derart im Preis gestiegen, daß die minderbemittelte Bevölkerung auf deren Ankauf fast vollständig verzichten muß. Da diese Preissteigerung nicht nur auf dem Mangel an Zufuhr von gewissen Nahrungsmitteln beruht, sondern zum großen Teil und manchmal fast ausschließlich von der wucherischen Ausbeutung von Produzenten- und Händlerkreisen herrührt, so erscheint es schier unpreislich, weshalb die städtische Preisprüfungsstelle gegen diese wucherischen Preistreiberien nicht energisch und zielbewußt einschreitet, insbesondere von ihrem Recht, Höchstpreise festzusetzen, nicht umfangreichen Gebrauch macht. Wir bitten deshalb: die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat bezw. die städtische Preisprüfungsstelle veranlassen, diesen Preissteigerungen von Lebensmitteln inländischer und auch besonders ausländischer Herkunft entgegenzutreten.

18.7.1916

Die rationelle Lebensmittelverteilung.

Wie bereits mitgeteilt, beschäftigt die Frage der rationellen Lebensmittelverteilung die Öffentlichkeit des Deutschen Reiches gegenwärtig in höchstem Maße. Die deutsche Presse unterzieht die geplante Schaffung eines Reichswirtschaftsamtes einer eingehenden Kritik und fordert beharrlich, daß die neu zu errichtende Reichsbehörde mit diktatorischer Gewalt ausgestattet werde. Die „Köln. Volksztg.“ wendet sich gegen die von der Regierung beabsichtigte Regelung, wonach das Reichswirtschaftsamt mit unbeschränkten Befugnissen für die Durchführung der Bundesratsbeschlüsse verantwortlich sein solle und schreibt: „Die neue Reichsbehörde hätte demnach nichts anderes zu tun, als Beschlüsse des Bundesrates zur Ausführung zu bringen. Das würde ihre Tätigkeit außerordentlich verlangsamten und beschränken und diejenige Wirksamkeit ausschließen, welche wir von ihr erhoffen. Die Abhängigkeit von Bundesratsbeschlüssen würde es der neuen Reichsbehörde unmöglich machen, den vielgestaltigen Zwängen unserer Nahrungsmittelversorgung und -verteilung nachzugehen und ihr sofort die richtigen Wege zu zeigen. Das ist aber unbedingt erforderlich. Es liegt um so weniger Anlaß vor, der neuen Reichsbehörde die diktatorische Gewalt zu versagen, als ihre doppeltköpfige Leitung doch wohl wenigstens die Gewähr dafür geben könnte, daß ein Mißbrauch unbeschränkter Gewalt fast ausgeschlossen ist. Alles kommt allerdings hier auf die richtige Auswahl der Personen an.“

Im Rahmen der in Deutschland angestrebten endgiltigen Normierung des Lebensmittelpolitik spielt das

Problem der Fleischversorgung eine Hauptrolle. Zu diesem Thema führt Gutsbesitzer Schudmann in der „Börs. Ztg.“ aus: „Um einer gerechten Fleischverteilung den Weg zu ebnen, ist es vor allem notwendig, daß der gesamte Viehstand im Reich aufgenommen wird, und zwar kreisweise. Jede Stadt, jedes Gut, jede Gemeinde hat genau anzugeben, wieviel Stück Rinder, Schweine, Schafe usw. vorhanden sind. Es müssen dabei auch Angaben über das Alter, über das zur Mast bestimmte Vieh, über die Schlachtreife erfolgen. Diese Liste muß auf Grund der Meldungen von Veränderungen ständig auf dem Laufenden gehalten werden. . . . Die Reichsverteilungsstelle setzt nach den Angaben der Kreisstellen unter Berücksichtigung der zu erwartenden Einfuhr die für das betreffende Quartal zur Verfügung stehende Viehmenge fest und bestimmt nach Abzug des Bedarfes für die Heeresverwaltung die für den Kopf der Bevölkerung entfallende Menge. Hiernach wird der Bedarf in den einzelnen Städten und Gemeinden festgestellt und ihnen eine entsprechende Anzahl Kreise überwiesen, aus denen die Städte in bestimmten Zwischenräumen das Vieh von den Kreisstellen anfordern. Diese dürfen an andere Stellen kein Vieh liefern. Diese städtischen Verteilungsstellen setzen den Bedarf der einzelnen Schlächter fest und bestimmen ihnen die Tage, an denen sie den ihnen zustehenden Anteil an dem unter Aufsicht der städtischen Verteilungsstelle geschlachteten Viehs abnehmen können. . . .“

Wie aus den „Münch. N. Nachr.“ zu entnehmen ist, steht die Fleischversorgung der Stadt München seit 15. Mai unter der Einwirkung der Ministerial-Entschließung vom 29. April, die sehr einschneidende Maßnahmen im gesamten Vieh- und Schlachthofsbetrieb erfordert. Ueber die Fleischversorgung selbst fanden in den letzten Tagen und Nächten sehr eingehende Beratungen statt. Der Obermeister von München teilte den auf dem freien Platz vor der Viehmarktbank massenhaft versammelten Metzger, Wirten usw. mit, daß künftighin kein Viehmarkt mehr stattfindet. Das an den Kommunalverband gelieferte Vieh wird an eine Uebernahmekommission und von dieser an eine Schlachtungskommission übergeben. Eine weitere Kommission regelt die der Qualität der einzelnen Vieh- und Fleischstücke angemessenen Preise und eine Fleischverteilungskommission sorgt für die Verteilung des Fleisches an die einzelnen Metzger und Wirte. Die Verteilung des Fleisches erfolgt erst am Tage nach der Schlachtung. Die Verrechnung erfolgt durch die Viehmarktbank nur gegen Barzahlung. Zur Organisation und Regelung der ganzen Fleischversorgung hat sich die Gründung eines Fleischversorgungs-Zwangsverbandes als notwendig erwiesen, dem alle Metzger und Wirte im eigenen Interesse beitreten sollen.

Die deutsche Presse kündigt weitere bedeutende Vorkehrungen der kompetenten Kreise an und beleuchtet, wie erwähnt, die ganze Bewegung sehr genau. x.

18.7. 1916

[Der „Aushungerungskrieg“ gegen die deutschen Großstädte.] Die Lebensmittelknappheit der Großstädte in Deutschland wird, wie sich immer mehr herausstellt, künstlich durch die täglich neuen Lebensmittelausfuhrverbote von Kreisen, Bezirken oder ganzen Bundesstaaten verstärkt. Nun liegt, wie das Berl. Tagebl. meldet, eine neue dieser zahlreichen Verordnungen vor, die vom Stadtrat der Stadt Eisenach

unter dem 10. d. erlassen ist. Danach ist es verboten, folgende Lebensmittel aus jenem Kreise auszuführen: alle Arten Fleisch, frisch, geräuchert, gesalzen und in Konserven; alle Arten Würstwaren, frisch, geräuchert, gesalzen und in Konserven; alle Sorten Geflügel, auch in Konserven; alle Arten Fische, frisch, geräuchert, gesalzen und in Konserven; alle Arten Fette und Öle, auch in Dosen; alle Arten Kolonialwaren; alle Arten Seifen und Seifenpulver; alle Arten Käse und Eier; alle Arten Backwaren, Konditorwaren, Torten, Obstkuchen usw.; alle Arten Gemüse, frisch, gedörrt und in Konserven. Man spricht, bemerkt das genannte Blatt hierzu, mit so viel Entrüstung von dem Aushungerungskrieg Englands gegen uns, dieser Aushungerungskrieg aber, der in Deutschland selbst gegen die Großstädte geführt wird, ist mindestens ebenso zu verurteilen. Diese Ausfuhrverbote ganz allgemein aufzuheben, wird denn auch eine der ersten Aufgaben des neuen „Lebensmitteldiktators“ sein müssen.

1877. 1916

Einheitliche Grundsätze für die Groß-Berliner Lebensmittelversorgung.

Die Lebensmittelbesprechung, die gestern vormittag 11 Uhr, wie angekündigt, im Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministers v. LoebeII begann und an der außer den Vertretern der staatlichen Aufsichtsbehörden die Oberbürgermeister, Landräte und Nahrungsmittelbezerntanten der Städte und Landkreise Groß-Berlins teilnahmen, erreichte erst am Nachmittag 3½ Uhr ihr Ende. Ueber das Ergebnis der Sitzung erfahren wir folgendes: Minister v. LoebeII wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, für Groß-Berlin einheitliche Grundsätze über die Zuteilung der Lebensmittel, in erster Reihe von Fleisch, auf den Kopf der Bevölkerung aufzustellen. Dabei werde es sich empfehlen, nicht nur die Fleischarten, sondern auch die Butterarten von vornherein nicht auf bestimmte Mengen festzulegen, sondern sie entsprechend den sehr verschieden ausfallenden Lieferungen von Vieh und Butter jeweils verschieden zu bemessen und dies öffentlich bekanntzugeben. Es sei z. B. in letzter Zeit nicht möglich gewesen, den vollen Betrag von 125 Gr. Butter auf den Kopf der Bevölkerung wöchentlich zu liefern.

Für die Fleischzuteilung empfehle es sich ferner, außer der gleichmäßigen Festsetzung der jeweiligen Fleischmengen, wobei die Ausführung durch Fleischkarten den einzelnen Kommunalverbänden wie bisher überlassen bleiben könne, das System der festen Rundschaft bei den Fleischermeistern anzustreben, wie es einige deutsche Städte und in Groß-Berlin z. B. Friedrichsfelde bereits eingeführt haben.

Auch aus der Mitte der Teilnehmer an der Besprechung kam die Meinung zum Ausdruck, daß es geboten sei, jetzt nicht unbedingt auf ausreichende Fleischlieferungen zu drängen, sondern, zugunsten der späteren Fleisch-, Fett- und vor allem Milchversorgung, mit Fleisch weiter zu sparen! Gerade die Frühjahr- und Sommerzeit sei die geeignetste Zeit hierzu. Auch die weitere Sicherstellung der Milchherzeugung und -versorgung durch geeignete Maßnahmen wurde eingehend besprochen. Die von der Versammlung in Aussicht genommenen Grundsätze, denen die reichen bisherigen Erfahrungen der Lebensmittelausschüsse der Groß-Berliner Kommunalverbände zugute kommen werden, sollen jetzt näher formuliert und ausgearbeitet werden.

Fleischverteilung vom 22. Mai an.

Von Montag, den 22. Mai, ab wird das Fleisch und Fett der von der Stadt erworbenen Pommerischen Fetteschweine derart unter die Ladenschlächter verteilt, daß es jedermann wie das übrige im Bereich der Stadt befindliche Fleisch zugänglich ist, also bis zu einem Höchstbetrage von einem Pfund auf Brotkarte entnommen werden darf. Am Donnerstag, den 18., und am Sonnabend, den 20. d. M., wird das Fleisch und Fett wie bisher nur den Inhabern städtischer Fleischausweisarten verkauft, jedoch müssen diese selbstverständlich zugleich ihre Brotkarte vorlegen und dürfen auf jede Brotkarte nicht mehr als ein Pfund erheben.

*

Wie wir hören, beabsichtigt der Berliner Magistrat zur Vorbereitung für die Ausgabe der Fleischkarte, welche binnen kurzem an Stelle der bisher benutzten Brotkarte treten soll, die sämtlichen Berliner Einwohner aufzufordern, sich bei denjenigen Schlächtern, von denen sie das Fleisch beziehen, in eine Kundenliste einzutragen. Die Eintragung muß voraussichtlich in der Zeit vom 19.—23. Mai erfolgen, und zwar gegen Vorlegung der Brotkarte, welche für die betreffende Woche gültig ist. Auf Grund der so gewonnenen Kundenlisten erfolgt dann die Zuteilung des Fleisches an die einzelnen Fleischer. Der angemeldete Kunde ist an den Fleischer, bei welchem er sich hat eintragen lassen, für die Geltungsdauer der ersten Fleischkartenzzeit, die vermutlich einen Monat betragen wird, gebunden. Die Veröffentlichung des Wortlautes der Verordnung steht in allernächster Zeit bevor.

18.7.1916

Veränderliche Fleisch- und Butterkarten in Groß-Berlin.

Im Anschluß an die Lebensmittelbesprechung im Ministerium des Innern, über die wir bereits berichteten, traten gestern abend die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und Kommunalverbände im Berliner städtischen Verwaltungsgebäude, Poststraße 16, dem Sitz der Butterverorgungs- und Mehlerverteilungsstelle Groß-Berlin, zu einer weiteren Besprechung zusammen, um die Ausführung der im Ministerium vereinbarten Vorschläge über die Einführung von Fleisch- und Butterkarten mit veränderlichen Mengen, entsprechend den jeweils den Kommunalverbänden überwiesenen Lieferungen, in die Wege zu leiten. Es wurde in Aussicht genommen, die Butterabgabe auf Grund von Anmeldungen der Kunden in den einzelnen Geschäften neu zu regeln. In der ersten Woche, wo das System dieser festen Rundschaft noch nicht ganz durchgeführt sein wird, sollen zunächst, bedingt durch die jetzigen geringeren Butterzufuhren, durchweg 90 Gramm auf die Butterkarte abgegeben werden. Später erhält jeder Butterhändler entsprechend den bei der Butterverteilungsstelle Groß-Berlin angemeldeten Butterlieferungen so viel Butter, als er zum Verkauf an die bei ihm angemeldete Rundschaft benötigt.

Daselbe System wird bei der Fleischzuteilung durchgeführt werden. Hier hat sich der Grundsatz, von vornherein etwa 1 Pfund Fleisch auf den Kopf und die Woche ohne Rücksicht auf unseren Viehbestand und seine Schonung zugunsten einer künftigen ausreichenden Fleisch-, Fett- und Milchversorgung (von denen die letzte wohl am wichtigsten ist), festzusetzen, als nicht durchführbar erwiesen. — Ferner wurde in der Besprechung der Lebensmitteldezernenten beschlossen, die Mehlerverteilung neu zu regeln, bei der sich gewisse Schwierigkeiten besonders im Westen Groß-Berlins gezeigt haben. Es bleibt bei der Brotkartengemeinschaft, doch soll der in einzelnen Gemeinden, z. B. Schöneberg und Wilmersdorf, aufgetretenen Mehlnappheit durch eine andere Verteilung an die Händler und Bäcker abgeholfen werden. Die Mehlnappheit in diesen Gemeinden ist lediglich dadurch entstanden, daß viele Einwohner besonders Weißbrot in Charlottenburg und Berlin kauften, so daß die Schöneberger und Wilmersdorfer Bäcker nicht genügend Brotartenabschnitte abliefern und daher weniger Mehl erhielten.

18. IV. 1916

Die Versorgung Groß-Berlins.

Ergebnis der Besprechung im Ministerium des Innern.

Die Besprechung über die Versorgung von Groß-Berlin, die gestern unter dem Vorsitz des Ministers des Innern im Ministerium des Innern stattfand, führte zu Entschlüssen, von denen die Behebung einer Reihe von Mißständen in der Nahrungsmittelversorgung und Verteilung in Kürze erwartet werden kann.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die brennenden Fragen der Butter- und Fleischversorgung. Der Minister des Innern wies mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, unverzüglich durchgreifende Regelungen nach einheitlichen Grundsätzen in den Gemeinden Groß-Berlins eintreten zu lassen. Es sei Sorge zu treffen, daß Sicherheit geschaffen werde, daß der Verbraucher die ihm durch Butter- beziehungsweise Fleischkarte zugewiesene Menge tatsächlich und ohne die bisherigen Schwierigkeiten erhalte. Die Butterkarte und die Fleischkarte seien variabel zu gestalten, je nach dem vorhandenen Butter- bzw. Fleischvorrat. Das in verschiedenen großen Städten bewährte System der Bedarfsanmeldung beim Butterhändler und des Verkaufes nach der Anmeldung sei zweckmäßig auf Groß-Berlin zu übertragen. Es sei unerlässlich, den Verkauf von Butter und Fleisch derart zu regeln, daß die Käufer ihren Bedarf in bestimmten Läden decken, in denen sie ständig und ohne Schwierigkeiten bedient werden können. Nach dem Ergebnis der Besprechungen kann für die nächsten Tage mit der Einführung der Fleischkarte in allen Gemeinden Groß-Berlins gerechnet werden.

Uebereinstimmend wurde die Notwendigkeit anerkannt, in der nächsten Zeit den Fleischverbrauch auf das äußerste einzuschränken, um die Fleisch- und Milchversorgung für den Herbst und Winter sicherzustellen.

Anschließend wurde die Milchversorgung erörtert. Es konnte festgestellt werden, daß in den meisten Groß-Berliner Gemeinden bereits zweckmäßige Organisationen ins Leben gerufen oder im Entstehen begriffen sind. Wo man bisher mit Maßnahmen noch zurückgehalten hat, ist es in dem Wunsche geschehen, die bestmöglichen zu finden. Der Minister des Innern gab der gemeinsamen Ueberzeugung mit der Feststellung Ausdruck, daß die besprochenen Regelungen unverzüglich einzuleiten seien.

18. V. 1916

Die Lebensmittelversorgung Berlins.

Berlin, 17. Mai. (B. B.) In der heutigen Besprechung über die Versorgung Groß-Berlins wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Innern die Behebung einer Reihe von Mißständen in der Nahrungsmittelversorgung erörtert. Im Mittelpunkt standen die brennenden Fragen der Butter- und Fleischversorgung. Der Minister wies unter anderem darauf hin, daß die Butterkarte und die Fleischkarte variabel zu gestalten seien, je nach dem vorhandenen Butter- bzw. Fleischvorrat. Es sei unerläßlich, den Verkauf von Butter und Fleisch derartig zu regeln, daß die Käufer ihren Bedarf in bestimmten Läden decken, in welchen sie ständig ohne Schwierigkeiten bedient werden können. Nach dem Ergebnis der Besprechungen kann für die nächsten Tage mit der Einführung der Fleischkarte in allen Gemeinden Groß-Berlins gerechnet werden. Uebereinstimmend wurde die Notwendigkeit anerkannt, in der nächsten Zeit den Fleischverbrauch auf das Meußerste einzuschränken, um die Fleisch- und Milchversorgung für den Herbst und Winter sicherzustellen.

Berlin, 17. Mai. (B. B.) Wie wir hören, beabsichtigt der Berliner Magistrat zur Vorbereitung für die bevorstehende Ausgabe einer Fleischkarte, sämtliche Einwohner aufzufordern, sich bei demjenigen Schlächter, von dem sie Fleisch beziehen wollen, in die Kundenliste einzutragen. Der angemeldete Kunde ist an den Fleischhändler, bei dem er eingetragen ist, vorläufig wahrscheinlich für einen Monat, gebunden.

19. IV. 1916

Ein Kriegswirtschaftsplan in Bayern. Aus München wird uns gebracht: Der Bayerische Landwirtschaftsrat beschloß, einen Kriegswirtschaftsplan für das Erntejahr 1916/1917 auszuarbeiten. Dem Landwirtschaftsrat erschien die Einrichtung eines Reichslandwirtschaftsamtes und die Errichtung von Landwirtschaftsämtern nicht notwendig, dagegen werden zur Herbeiführung eines einheitlichen Zusammenarbeitens der verschiedenen Reichswirtschaftsstellen und aller Zentralstellen gemeinsame Beratungen unter Teilnahme von Vertretern der Heeres- und Marineverwaltung als zweckdienlich erachtet. In bezug auf das Brotgetreide soll die Kriegszentralisierung der Vorratsverteilung beibehalten werden. Die Anbauflächen-erhebung soll Anfang Juli, die Ernteschätzung frühestens Ende September, die Vorratsaufnahme Anfang Januar stattfinden. Die tunliche Erhöhung der Wehl- und Broimenge für die landwirtschaftliche und schwerer arbeitende Bevölkerung ist notwendig. Die Einführung eines einheitlichen Getreidepreises für die vier Getreidearten wird abgelehnt, die Erhöhung des Brotgetreidepreises nicht begutachtet. Der einmal festgesetzte Höchstpreis für Brotgetreide sei während des ganzen Erntejahres unverändert beizubehalten. Für Wehl wird ein Höchstpreis gefordert. Die Heeresverwaltung soll künftig an die Einhaltung der Höchstpreise gebunden sein. Eine angemessene Vorratsansammlung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung und des Heeres erfolgt in Bayern selbständig. Hinsichtlich der Gerste empfiehlt es sich unter allen Umständen, die Einrichtung der bayerischen Gersteverwertungsgesellschaft zur Sicherung des Gerstebedarfs der Brauereien beizubehalten. Die Rheinpfalz soll in die bayerische Sonderbewirtschaftung mit einbezogen werden. Eine Erhöhung der vorjährigen bayerischen Gerstenpreise ist zu vermeiden. Die Hälfte des Gerstevorrats soll den Landwirten überlassen werden. Bei den Milch- und Molkereierzeugnissen soll bei Festsetzung von Höchstpreisen auf die Erzeugungskosten und die besonderen örtlichen Verhältnisse die notwendige Rücksicht genommen werden. Was das Gemüse betrifft, so sollen Höchstpreise nicht wieder eingeführt werden.

Die Lebensmittelversorgung in Oesterreich.

Wien, 18. Mai. (B. B.) Zur Vereinheitlichung und Beschleunigung aller auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu treffenden Maßnahmen ist von der Regierung eine interministerielle Provisionsierungs-Kommission unter dem Vorsitz des Ministers des Innern ins Leben gerufen worden, die aus ständigen Vertretern der beteiligten Ministerien besteht. Ihre Aufgabe ist die Beratung und Behandlung aller zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienenden Maßnahmen. Der Kommission werden im Bedarfsfalle auch Vertreter der übrigen Ministerien beigegeben werden, insbesondere im Interesse des notwendigen Zusammenarbeitens von Militär- und Zivilverwaltung. Von Fall zu Fall ist eine Einladung des Vertreters des Kriegsministeriums in Aussicht genommen.

19. IV. 1916

Eine Ernährungskommission für Oesterreich.

Wien, 18. Mai. Zur Vereinheitlichung und Beschleunigung aller auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zutreffenden Maßnahmen ist von der Regierung eine interministerielle Approvisionierungskommission unter dem Vorsitz des Ministers des Innern ins Leben gerufen worden, die aus ständigen Vertretern der beteiligten Ministerien besteht. Ihre Aufgabe ist die Beratung und Behandlung aller zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienenden Maßnahmen. Der Kommission werden im Bedarfsfalle auch Vertreter der übrigen Ministerien beigegeben werden, insbesondere im Interesse des notwendigen Zusammenarbeitens von Militär- und Zivilverwaltung. Von Fall zu Fall ist eine Einladung des Vertreters des Kriegsministeriums in Aussicht genommen.

19. IV. 1916

Die interministerielle Approvisionierungskommission.

Berufung des Sektionschefs v. Keller.

Wie wir an anderer Stelle mitteilen, wurde der Hofrat der niederösterreichischen Statthalterei Oskar Ritter v. Keller zum Sektionschef im Ministerium des Innern ernannt. Wie wir erfahren, ist Sektionschef v. Keller ausserdem den Vorsitz in der von der Regierung zur Vereinheitlichung und Beschleunigung aller auf dem Gebiete der Approvisionierung zu treffenden Maßnahmen ins Leben gerufenen interministeriellen Approvisionierungskommission zu führen.

Im Jahre 1861 zu Wien geboren, begann Ritter v. Keller im Jahre 1882 bei der niederösterreichischen Statthalterei seine Laufbahn, wurde sodann als Bezirkskommissär der Bezirkshauptmannschaft Wiener-Neustadt zugeteilt und im Jahre 1891 als Ministerialbizekretär zur Dienstleistung ins Ministerium des Innern berufen. Im Jahre 1894 erfolgte seine Ernennung zum Bezirkshauptmann in Waidhofen a. d. Thaya und im Jahre 1904 seine Berufung als Statthaltereirat und Referent zur niederösterreichischen Statthalterei, wo er im Jahre 1911 zum Hofrat ernannt wurde. In seiner Eigenschaft als Sanitäts- und Approvisionierungsreferent wurde Ritter v. Keller bei Kriegsbeginn mit dem Voritze des Permanenzkomitees für wirtschaftliche Mobilisierungsangelegenheiten in der Statthalterei betraut. Die erfolgreiche Bewältigung der schwierigen Agenden in seinem Wirkungskreis bei der Statthalterei hat anscheinend Anlaß zu seiner Berufung auf diesen verantwortungsvollen Posten im Ministerium des Innern gegeben. Hoffentlich gelingt es Sektionschef v. Keller, der sich allseitiger Sympathien erfreut, in seiner neuen Stellung der schwierigen Approvisionierungsfragen Herr zu werden.

Ein Approvisionierungsbeirat.

Wie wir von informierter Seite erfahren, ist geplant, zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben der neuen staatlichen Approvisionierungszentralstelle einen Fachbeirat zu berufen. Die Ernennung desselben dürfte bereits in der nächsten Zeit erfolgen.

Die Lebensmittelversorgung.**Nach einer Verbrauchskarte**

ruft die „Christlichsoziale Arbeiterztg.“ in ihrer soeben erschienenen Nr. 21. Sie verweist auf die Tatsache, daß ein Großteil der Bevölkerung, häufig unter Anwendung der verzweifeltsten Mittel der Geldbeschaffung, ankauft, was nur zu erhaschen ist. Gehamstert werde aus übertriebener Angst in allen Kreisen und Schichten, von Einkaufsdisziplin und Rücksichtnahme auf das Gesamtinteresse sei selten eine Spur zu entdecken und nicht wenige leben weit über die Kriegszulässigkeit. Es sei dringend notwendig, der Gefahr zu begegnen, daß die zur Verfügung stehenden Lebensmittelmengen, wenn auch selbstverständlich nicht aufgebraucht, wohl aber aufgebraucht werden, so daß den Nichthamstern und Unbemittelten dann nichts verbliebe. Der Artikel kommt zum Schlusse:

„Es ist hoch an der Zeit, daß sich die maßgebenden Faktoren allen Ernstes mit den Fragen der Aufteilung aller Lebensmittel und aller unentbehrlicher Bedarfsartikel auf die einzelne Person beschäftigen, wodurch sie dann zu keinem anderen Entschluß als dem der Einführung einer allgemeinen Verbrauchskarte gelangen werden, die wir hiemit gefordert haben wollen.“

Noch vor der Einführung der Brotkarte, als die Erörterung der Aufteilungsfrage eben begonnen hatte, wurde in der „Reichspost“ ausgeführt, daß es sich empfehlen würde, die Aufteilung aller vorhandenen Lebensmittel auf die Bevölkerung zu erwägen; es wurde angeregt, die Möglichkeit einer Aushändigung von Gewichtskarten oder Mengekarten zu studieren, die den Inhaber zum Ankauf und zum Verbrauch einer für den Tag oder die Woche begrenzten Menge, bzw. einer bestimmten Gewichtsmenge von Lebensmitteln nach seiner Auswahl berechtigte. Damit wäre ganz automatisch die Spekulation, die sich in der Folge, je nach der Konjunktur, von einer

Ware auf die andere und schließlich auf alle Waren stürzte, die knapp wurden oder künstlich knapp gemacht werden konnten, unterbunden worden, aber ebenso die Hamsterei und ebenso die zu den Kriegsverhältnissen im schreienden Widerspruche stehende noch heute andauernde Verschwendung in gewissen Gesellschaftsschichten, die sich nicht die geringste Entbehrung und Einschränkung auferlegen wollen. Es wäre auf diese Weise auch den Minderbemittelten die Möglichkeit gewahrt worden, etwas Abwechslung in ihren Speisezetteln zu bringen, es wäre ein erträglicher, der Kriegszeit angepaßter Ausgleich zwischen dem Tisch des Reichen und des Armen hergestellt worden. Für gewisse Lebensmittel, deren Knappwerden in der Natur der Sache lag und die für alle unentbehrlich sind, hätten sich ja noch ganz gut gesonderte Verteilungsvorsorgen treffen lassen. aber unsere damalige Anregung fand bei den „Fachmännern“ der Aufteilung kein Gehör, sie hätte ja den Zwang, Opfer zu bringen und sich Beschränkungen aufzuerlegen, auf die ganze Bevölkerung erstreckt, auch auf jene, denen es die reichen Mittel erlauben, noch heute in Saus und Braus, ja vielfach sogar prasserischer als zur Friedenszeit, zu leben. Es hieß einfach, eine solche Aufteilung sei „praktisch unmöglich und undurchführbar“. Es scheint sich aber nunmehr doch die Notwendigkeit einer derartigen Aufteilung immer mehr herauszustellen, nachdem wir an die Wucherer und Spekulanten, an die Hamsterner und rücksichtslosen Prozen und Prasser, die auf nichts verzichten wollen, schweres Lehrgeld gezahlt haben und nachdem die Durchführung infolge der Verspätung erschwert und lange nicht mehr so wirksam zu sein vermag, als es vor anderthalb Jahren der Fall gewesen wäre. Aber besser spät, als gar nicht oder zu spät, und wir übernehmen daher den Ruf der „Christlichsoz. Arbeiterztg.“ nach einer Verbrauchskarte und empfehlen ihn dringend der Beachtung der Berufenen.

19. IV. 1916

Interministerielle Approvisionierungskommission.

Zur Vereinheitlichung und Beschleunigung aller auf dem Gebiete der Approvisionierung zu treffenden Maßnahmen wurde von der Regierung eine interministerielle Approvisionierungskommission ins Leben gerufen, die aus ständigen Vertretern (Sektionschefs) der beteiligten sechs Ministerien, nämlich des Ministeriums des Innern, des Finanzministeriums, des Handelsministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Eisenbahnministeriums und des Ackerbauministeriums, besteht und deren Aufgabe die Beratung und Behandlung aller zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienenden Maßnahmen ist. Die Kommission wird sich insbesondere auch mit der Tätigkeit der von der Regierung zur Nahrungsmittelversorgung geschaffenen Anstalten befassen.

Den Vorsitz in der interministeriellen Approvisionierungskommission führt der Vertreter des Ministeriums des Innern, das mit der Geschäftsführung dieser Kommission betraut ist.

Der Kommission werden im Bedarfsfalle auch Vertreter der übrigen Ministerien beigezogen werden, insbesondere ist im Interesse des notwendigen Zusammenarbeitens der Militär- und Zivilverwaltung auf dem Gebiete der Nahrungsfürsorge die fallweise Einladung eines Vertreters des Kriegsministeriums zu den Beratungen in Aussicht genommen.

Die schwebenden Verpflegungsfragen.

Die deutsche Presse erörtert eingehend die bevorstehende Schaffung eines Reichsamtes für Volksernährung und veröffentlicht zahlreiche Zuschriften aus Interessentenkreisen, die oft sehr bemerkenswerte Feststellungen und Anregungen enthalten. Der unter dem Voritze des Ministers des Innern am 17. d. gepflogenen Beratung über die Ernährung Groß-Berlins wird besondere Bedeutung beigemessen.

Die „Münch. N. Nachr.“ schreiben zu dieser Frage im Zusammenhange mit dem Rücktritte Dr. DeLbrücks: „... Das ganze System war nicht mehr zeitgemäß... Das soll nun anders werden. Alle Lebensmittelfragen sollen in einer starken Hand sich zusammenfinden. Ein Amt für Lebensmittelversorgung oder ein Volksernährungsamt soll geschaffen werden. Ein neuer starker Mann soll mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet werden, und er soll alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung vereinheitlichen und, wie ein halbamtliches Blatt sagte, rücksichtslos und straff durchführen. Dem neuen Mann, der diesem Reichsamt für Volksernährung vorstehen würde, würden Aufgaben zugewiesen, wie sie noch keiner gelöst hat. Wenn er sie erfüllen soll, muß er unabhängig sein, um sie rasch durchführen zu können. Bisher lagen ja eben die Schwierigkeiten darin, daß vom Reichsamt des Innern wohl Anweisungen gegeben wurden, die aber von den Landesregierungen nicht immer durchgeführt wurden und daher auch auf dem Papier stehen blieben. Diesen Umweg über die Zentralinstanzen der Bundesstaaten will man jetzt anscheinend vermeiden, um rascher arbeiten zu können. Das wäre also ein Bruch mit dem bisherigen System. Dem Reichsamt des Innern bliebe immer noch ein gewaltiges weites Arbeitsfeld. Die neue Reichsstelle aber — mag sie nun heißen, wie sie will — muß Klarheit und Sicherheit in der Volksernährung schaffen. Die vielgerühmte deutsche Organisationsgabe wird hoffentlich auch hier den Sieg über alle Widerstände erringen.“ In der Stadt Berlin tritt bereits eine vorläufige Verordnung bezüglich der Abgabe von frischem Fleisch und frischem Fett an die Bevölkerung in Kraft. Es darf frisches Fleisch oder Fett von Ladenschlächtern und Markthallen-Standinhabern nur unter Vorlegung der für die jeweilige Woche gültigen Berliner Brotkarte abgegeben werden. Auf eine Brotkarte entfällt eine Menge bis zu einem Pfund frischen Fleisches oder Fettes. Mehr darf auf eine Brotkarte nicht abgegeben und entnommen werden. Bei einem Einkauf bis zu $\frac{1}{2}$ Pfund frischen Fleisches oder Fettes muß der Verkäufer das Mittelfeld der Brotkarte einmal, bei einem Einkauf von $\frac{1}{2}$ Pfund bis 1 Pfund zweimal durchlöcher. Die Verwendung einer zweimal durchlöcheren Brotkarte zu Fleisch- oder Fettbezug ist untersagt. Die Durchlöcherung hat so zu geschehen, daß die Serie und Geltungsdauer auf dem Brotkartenabschnitt klar erkennbar bleibt. Den Kranken- und anderen Anstalten wird seitens der Stadt Fleisch durch besondere Ladenschlächter zugewiesen. Gast- und Schankwirtschaften erhalten, soweit sie nicht unmittelbar Vieh beziehen, einen vom Magistrat zugebilligten Bedarfsbezugschein. Sie können auf diesen Bezugschein bei Ladenschlächtern, Markthallen-Standinhabern und städtischen Verkaufsvermittlern kaufen.

Einen breiten Raum in den so gründlich ermöglichten Verbesserungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung nimmt ferner auch die Angelegenheit der Kinderspeisung in den Städten ein, wozu die „Münch. N. Nachr.“ bemerkt: „In letzter Zeit ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß erfahrungsgemäß die einheitlich organisierte Verpflegung größerer Menschenmassen viel billiger durchzuführen ist, als dies im Einzelhaushalt möglich ist. Verschiedene Städte oder Gemeinden haben sich auf Grund wiederholter, vom Minister des Innern ergangener Erlässe zwecks Einrichtung von Speisehallen mit den Organisationen der freiwilligen Liebestätigkeit in Verbindung gesetzt und, soweit sich Organisationen zur Einrichtung solcher Hallen gegen Gewährung angemessener Zuschüsse nicht bereit fanden, selber solche eingerichtet. Mit der Einrichtung von Speisehallen oder Volksküchen sind fast überall sehr gute Erfahrungen gemacht worden, ebenso mit der Einführung fahrbarer Küchen, die es ermöglichen, ein nahrhaftes und dabei durchaus billiges Mittagessen für die minderbemittelte Bevölkerung bis an ihre Wohnungen zu bringen, und die insofern den Vorzug vor den Speisehallen verdienen, als bei ihrer Verwendung die an sich erwünschte Geschlossenheit des Familienlebens voll erhalten bleibt, während durch die Speisung in den Volksküchen dessen Lockerung von mancher Seite befürchtet wird. Auch mit der in manchen Städten eingeführten kostenlosen Speisung schulpflichtiger Kinder sind gute Erfahrungen gemacht worden... die auch andere Gemeinden zu gleichen Einrichtungen ermutigen werden, was um so mehr empfohlen werden kann, als einmal eine Kinderspeisung sich viel leichter durchführen läßt, als eine Speisung von Erwachsenen, und ferner durch eine derartig organisierte Verpflegung einer Unterernährung der Kinder aus den unteren Schichten der Bevölkerung, wie sie leicht bei der augenblicklichen Knappheit und Teuerung der wichtigsten Lebensmittel eintreten könnte, erfolgreich entgegengewirkt werden kann, schließlich auch infolge der bei einer solchen Einrichtung notwendigen Zentralisierung des Einkaufs für einen größeren Teilnehmerkreis der freie Markt von Konsumentenschichten entlastet wird, die häufig durch unorganisierte Bedarfsdeckung Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung verursacht haben.“

Ein erster Schritt.

Der Forderung nach Vereinheitlichung des Ernährungsdienstes ist die Regierung heute einen Schritt nähergekommen. Sie hat eine „interministerielle Approvisionierungskommission“ eingerichtet und dieser dreigliedrige mittellateinische Titel erlegt uns also vorläufig das, was die Deutschen mit dem einen Fremdwort „Diktator“ bezeichnen.

Manches ist durch diese Einrichtung gewonnen. Hohe Beamte aller unserer Wirtschaftsministerien, die schon bis jetzt je diesen oder jenen Zweig der Versorgung betreut haben, werden nun ständig an einem langen grünen Tisch beisammen sitzen, jede zu treffende Maßregel miteinander vorbereiten und ihre Gesamtheit wird jederzeit von jeder Einzelheit wissen, die in irgend einem Ressort vorgeht. Das ist unleugbar ein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand, wo gar manchesmal die Rechte des Ackerbaues nicht wußte, was die Linke des Handels tat, wo die Behendigkeit des Eisenbahners um neun Uhr über die Waagons

verfügte, deren die Bedächtigkeit des Innern um zehn Uhr zur Kartoffelverfrachtung bedurfte.

Gewonnen ist auch darin viel, daß die Beamten nicht mehr, wie nach Friedensbrauch natürlich, einander Schriftsätze zumitteln müssen, die nach ordnungsgemäßer „Mundierung“ und sorgfältigem Vermerk im Expedit gemächlich in den Einlauf des anderen Amtes wanderten, präsentiert und in der Fülle der Zeit endlich vor die Augen des Amtschefs kamen, worauf die Erledigung den verkehrten Weg in der gleichen Zeit zurücklegte. Die ständige interministerielle Kommission ersetzt die Schnelligkeit des Amtsschimmels durch die Geschwindigkeit der Schallwellen — ein gar nicht unbeträchtlicher Fortschritt. Vorausgesetzt ist dabei nur, daß das Kommissionsmitglied jederzeit die Vollmacht zu unmittelbarer Entscheidung mit sich trägt und nicht gezwungen ist, den Fall bloß „ad referendum“ zu nehmen, das heißt seinem Minister zur hinterherigen Erledigung vorzulegen, um in der nächsten Sitzung zu berichten...

Indessen liegt in dieser Vereinfachung, Vereinheitlichung und Beschleunigung das wichtigste Erfordernis noch nicht.

Zunächst sind die Aufgaben des Ernährungsdienstes zumeist nicht behördlicher, sondern wirtschaftlicher Natur, sind nicht Rechtsfragen, sondern geschäftliche, oft geradezu kaufmännische Verfügungen. Es handelt sich meist um Tat, nur zuweilen um Rat. Gemischte Kommissionen sind vorzügliche Organe der Beratschlagung, wunderbar geeignet, das ganze Für und Wider einer Frage erschöpfend herauszuholen und dem Vorstehenden Gelegenheit zu einem geistreichen Resümé zu bieten, das zwingend erweist, wie doch jede Sache mindestens zwei, meistens sogar viele Seiten hat. Da aber sämtliche Kommissionsmitglieder durch die Schule der Bürokratie gegangen sind, so wird jeder Fall in allen seinen rechtlichen Bewandnissen durchleuchtet sein, aber seine wirtschaftliche und soziale Beziehung wird noch einigermaßen im Dunkeln liegen. Und nun mag der Ressortmensch sein Für und Wider getrost im Stopfe nach Hause tragen und in schlafloser Nacht bedächtig so lange wälzen, bis er sich morgens die bange Frage vorlegt: Was ist nun eigentlich zu tun?... Aber selbst davon abgesehen, kommen auch andere, nicht minder wichtige Erwägungen in Betracht.

In Deutschland paßt man's anders an: man sucht nach dem Manne, der alle die Ernährungsvorschriften ins System und die Maßregeln in Zusammenhang bringen, der aus der Fülle der Erwägungen und Ratschläge rasch den einen Befehl formen und den einen Befehl ebenso rasch der Ueberfülle untergeordneter Instanzen anferlegen soll. Man stellt also die Tat voran und nicht den Rat, den Willen und nicht die Weisheit. Es mag auch dort schwer sein, den entschlossenen Willensmenschen ausfindig zu machen — und doch haben sie es leichter. Denn dort sind Zivil- und Militärgewalt viel mehr eins als bei uns, dort sind die Beamten an Disziplin, die Bevölkerung

an Gehorsamkeit gewöhnt. Dafür schafft der bundesstaatliche Aufbau des Reiches besondere, gar nicht gering zu veranschlagende Hemmnisse. Bei uns erstet aus der Eigenart der Staatsordnung ein besonderes Erfordernis der Organisation: Die Kriegsverwaltung steht über den beiden Staaten Oesterreich und Ungarn und bleibt in Friedenszeiten fernab von den zivilen Verwaltungseinrichtungen. Der Berufs soldat kommt mit dem Dienste der Statthaltereien und Bezirkshauptmannschaften in normalen Zeitläuften wenig in Berührung, es erwächst schon bei Manövern und erst gar im Kriege aus unseren dualistischen Einrichtungen die leidige Folge, daß Militär- und Zivilverwaltung merkwürdigerweise voneinander abstecken als etwa in Deutschland. In Ernährungsfragen aber begegnen sich heute das Heer und das Hinterland auf Schritt und Tritt, auf den Märkten wie auf den Bahnen. In einem Falle, und, wie es scheint, nur in diesem, hat man eine wirklich bewundernswerte, prompte Gesamtorganisation im Nu hergestellt, das ist bei den Getreidezufuhren aus Rumänien. Dabei wirken vier Staaten (Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Rumänien) zusammen, die deutsche und die österreichisch-ungarische Kriegsverwaltung, die deutsche, die österreichische und die ungarische Eisenbahnverwaltung und die zivile Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Die Aufgabe, die hier gestellt ist, war so riesengroß, die

Zeit, sie zu bewältigen, so kurz, der Erfolg aber so durchschlagend, daß man von der landesüblichen Selbstverkleinerung abgehen und doch auch einiges Zutrauen in unsere Organisationsgabe sehen kann. Wir wollen nur so schwer; aber ist der Wille einmal ernsthaft da, so fehlt es an der Kraft des Vollbringens nicht.

Man lerne also an dem Beispiel, man richte sich an ihm auf. Warum soll ein Berufssoldat, den das volle Vertrauen der Kriegsverwaltung und des Armeekommandos geleitet, den diese beiden Instanzen mit den nötigen Vollmachten ausrüsten, nicht mit einem tüchtigen und tatkräftigen bewährten Zivilbeamten, dem alle beteiligten Ressorts von vornherein die Machtvollkommenheit der Entscheidung delegieren, und mit einem erfahrenen Kaufmann zusammen den Ernährungsdienst zu führen in stande sein? Bei allen dreien ist soziales Empfinden vorausgesetzt, ohne das ein Werk so hervorragend sozialen Inhalts nicht zu denken ist. Gilt es doch in erster Linie jene zu versorgen, bei denen nicht die Glücksgüter des Besitzes allein schon die Bürgschaft des Versorgungseins bieten; gilt es doch die Besitzenden zu beschränken, damit auch die Besitzlosen noch durchkommen.

Findet man den Mann, der Soldat, Beamter und Kaufmann in einer Person ist, dann bedarf man dreier Persönlichkeiten nicht. Die Vorstellung der Reichsdeutschen von einem „Diktator“ sucht offenbar eine solche Vereinigung von Geistes-, Charakter- und Herzens Eigenschaften, wie sie im Leben kaum jemals vorkommt. Denn es ist der Vorzug der Soldaten, nicht zu denken wie ein Bürokrat oder Kaufmann, und so ist auch die Tugend eines jeden der beiden anderen zugleich ein Laster der übrigen. Vielleicht findet man in der reichen Fülle von Talenten, mit denen das Siebzigmillionenvolk gesegnet ist, alle Erfordernisse in einer Persönlichkeit vereinigt, aber wer kann mit Zufällen rechnen?

Die interministerielle Kommission ist ein wertvoller Fortschritt. Es bedarf nunmehr bloß des nächsten Schrittes: Man stelle an ihre Spitze als oberstes entscheidendes und durchführendes Organ ein Direktorium solcher drei Männer und unterstelle ihnen als dem „staatlichen Ernährungsamt“ alle bisher bestehenden Zentralen und verhalte sie zur strikten Durchführung der Amtsbefehle. Wir sind dessen gewiß, daß die Kommission ein wertvolles, ja ganz unersetzliches Hilfsorgan des Ernährungsamtes sein wird.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Eine Kommission für die Approvisionierung.

Amtlich wird gemeldet:

Zur Vereinheitlichung und Beschleunigung aller auf dem Gebiet der Approvisionierung zu treffenden Maßnahmen wurde von der Regierung eine interministerielle Approvisionierungskommission ins Leben gerufen, die aus ständigen Vertretern (Sektionschefs) der beteiligten sechs Ministerien, nämlich des Ministeriums des Innern, des Finanzministeriums, des Handelsministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Eisenbahnministeriums und des Uferbauministeriums, besteht und deren Aufgabe die Beratung und Behandlung aller zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienenden Maßnahmen ist. Die Kommission wird sich insbesondere auch mit der Tätigkeit der von der Regierung zur Nahrungsmittelversorgung geschaffenen Anstalten befassen.

Den Vorsitz in der interministeriellen Approvisionierungskommission führt der Vertreter des Ministeriums des Innern, das mit der Geschäftsführung dieser Kommission betraut ist. Der Kommission werden in Bedarfsfall auch Vertreter der übrigen Ministerien beigezogen werden, insbesondere ist im Interesse des notwendigen Zusammenarbeitens der Militär- und Zivilverwaltung auf dem Gebiet der Nahrungsfürsorge die fallweise Einladung eines Vertreters des Kriegsministeriums zu den Beratungen in Aussicht genommen.

Regierungshilfe zur Verbilligung von Lebensmitteln in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die holländische Regierung hat der wachsenden Unzufriedenheit über die Teuerung Rechnung getragen und einen Entwurf eingebracht, der das Ackerbaubudget dieses Jahres um 20 Millionen Gulden erhöht, die als Reichsbeitrag an die Gemeinden zum Zwecke der Beschaffung verbilligter Lebensmittel dienen.

In der Begründung weist der Minister auf die wachsenden Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung hin, die sich in verschiedenen Formen zeigen: als Erschwerung der Zufuhr von Kunstdünger und daraus folgende Verminderung der landwirtschaftlichen Erträge; Erschwerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln für Mensch und Tier mit daraus folgender Knappheit und Teuerung auch der tierischen Produkte; Verteuerung von Werkzeugen, Gerätschaften, Lohnsteigerung und Teuerung anderer mit folgender Verteuerung der Produktion; Verringering der Kaufkraft der großen Massen durch die Teuerung und infolge der durch den Mangel an Roh- und Hilfsstoffen manchen Industrien drohenden Betriebsstörung und anderem.

Die Verbilligung der Volksernährung soll mit Hilfe der Gemeinden geschehen. Mit einem Rundschreiben vom 20. August 1915 hatte der Ackerbauminister eine Umfrage bei den Gemeinden über ihren Bedarf an den wichtigsten Lebensmitteln angestellt. 430 Bürgermeister antworteten damals, daß eine solche Versorgung unzulänglich sei, 70 hielten sie in mancher Hinsicht für nötig, die übrigen antworteten nicht. Indes haben im Laufe des Winters 310 Gemeinden Gemüse und 605 Hülsenfrüchte bestellt. Der Minister glaubt nun, daß die gemachten Erfahrungen die Gemeindeverwaltungen besser instand setzen werden, ihren Bedarf voraus festzustellen.

Die Verteilung unter die Bevölkerung kann den in der Gesellschaft dafür bestehenden Organen überlassen oder auch den Gemeinden selbst übertragen werden. Der Minister will nicht verhehlen, daß die ersteren ihn in mancher Hinsicht enttäuscht haben. Zweifellos werde eine Verteilung von Gemeinde wegen dem Preis und der Qualität der Waren zugute kommen. Indes meint der Minister, daß die Ausschaltung breiter Schichten des Mittelstandes bedenkliche Folgen haben könnte. Die Wahl des Weges werde am besten durch die Gemeinden getroffen werden. Reich und Gemeinde aber würden bei der Versorgung der in Betracht kommenden Bevölkerung mit billigen und guten Lebensmitteln am besten zusammenwirken. Soweit bei der zu erwartenden bedeutenden Verminderung von Pflanzens- und tierischen, für menschliche Ernährung dienenden Produkten noch von Ausfuhr die Rede sein könne, könne das Reich durch die genaue Bemessung des für die Ausfuhr freigelassenen Quantum das für das Inland zur Verfügung bleibende beeinflussen.

Was die Bestimmung der Preise anlangt, so ist bei jenen Produkten, deren Erzeugung den Verbrauch übertrifft und so die Ausfuhr zuläßt, die Sicherung eines niedrigen Inlandpreises am leichtesten. Indes ist ein bedeutendes Sinken dieser Ausfuhr in der kommenden Zeit und dadurch die Erhöhung des Inlandpreises vorauszusehen. Schwieriger ist die Preisbestimmung bei den Produkten, bei denen die Inlandproduktion den Bedarf gerade deckt oder hinter ihm zurückbleibt. Der Minister hält die Preisbildung durch das Spiel von Angebot und Nachfrage für die beste, gibt aber zu, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der Regel abgewichen werden müsse. Nur dürfe man nicht so weit gehen, daß man weniger als die Produktionskosten bezahle, da dies zur Einschränkung der Produktion führen würde.

Was aber die Lebensmittel anlangt, müsse noch die Vermehrung der dem Bedarf nicht entsprechende, müsse noch die Vermehrung der Erzeugung angestrebt werden, und für diese sei das beste Mittel, die Produktion lohnender zu machen als die anderer Produkte.

Die Preisbestimmung für die im Ueberschuß und für die zu wenig erzeugten Produkte will der Minister nicht den geschlechtlich vorgesehene Schätzern, sondern lieber dem Einvernehmen mit den Produzentenvereinigungen anheimgeben, von denen so die gewünschten Produkte freiwillig abgefordert werden sollen. Die Regierung will gegebenenfalls zwischen den Gemeinden und diesen Vereinigungen vermitteln. Für den Minister steht es fest, daß der Preis über den bisherigen steigen kann. Da dieser Preis über die Leistungsfähigkeit eines Teiles der Bevölkerung geht, die Leistungsfähigkeit in den verschiedenen Gemeinden aber verschieden ist und der Preis in

den verschiedenen Gemeinden und Jahreszeiten wechselt, muß die Gemeinde in die Versorgung von Lebensmitteln unter dem Kostenpreis einbezogen werden. Darum muß sie auch einen bedeutenden Einfluß auf die Verteilung, die dafür notwendigen und durch den Konsumenten zu bezahlenden Kosten und die Verhinderung von hierbei vorkommenden Mängeln und Mißbräuchen bekommen.

Der Minister kommt zu folgendem Schlusse: Durch Reich und Gemeinde zusammen wird für die Einwohner jeder Gemeinde eine von ihr selbst festzustellende Quantität Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt. Welche Nahrungsmittel darunter fallen, bestimmt die Gemeinde selbst. Für alle Gemeinden wird die betreffende Quantität natürlich durch die im ganzen verfügbare Quantität begrenzt. Die Bestimmung des Preises der verschiedenen, der in Betracht kommenden Einwohner zur Verfügung gestellten Lebensmittel glaubt der Minister vorläufig den Gemeinden selbst überlassen zu müssen. Die administrativen Kosten sind durch die Gemeinde zu tragen, im übrigen wird das Reich den Preisunterschied in drei Vierteln beden. Der Mangel an bestimmten Daten macht es dem Minister nicht möglich, den für das Reich nötigen Betrag auch nur annäherungsweise zu bestimmen. Die Forderung von zwanzig Millionen soll nur eine Grundlage schaffen.

Uebersieht man den ganzen Plan im Lichte seiner Begründung, so fällt einem der Bestimmismus, womit die Regierung die Lage betrachtet, ebenso auf wie ihre Sorge, im Agrariertum wie im Mittelstand keine Befürchtungen aufkommen zu lassen. In einer Stelle des Motivenberichts wird ausgesprochen, daß die ländlichen Unternehmer ermutigt werden müßten, Grasland in Ackerboden zu verwandeln. Es ist aber klar, daß das nur bei einer bedeutenden Preissteigerung der Feldfrüchte zu erreichen ist. Andererseits sind dazu bedeutende Kapitalien nötig. Nun sind nach einer von der Regierung mitgeteilten Statistik in Holland 90.000 kleine Grundbesitzer und 96.000 Kleinpächter; weiter gibt es in der Landwirtschaft 58.000 mittlere und 5369 Großbetriebe. Wie da eine rasche Revolutionierung der ländlichen Produktion herbeigeführt werden soll, ohne daß der Staat in die Sphäre der Privateigentumswirtschaft eingreift, ist nicht recht klar.

Was nun die Organisation der Verteilung der billigen Lebensmittel durch die Gemeinden anlangt, so scheinen zwei Umstände hierbei bedenklich. Erstens wird die Initiative den Gemeinden überlassen und die Erfahrung hat gelehrt, daß das Kleinbürgertum, das in den meisten Gemeindefestungen regiert, zu Maßnahmen, die vom üblichen Schlandrian abweichen und die namentlich auch die Profitmacherei des Zwischenhandels einschränken, nicht recht willig ist. Andererseits droht die Gefahr, daß die Freistreiberei der Agrarier diese Maßnahme annimmt, daß die von der Regierung geleistete Hilfe tatsächlich in nichts gerinnt oder vielmehr in die Taschen der Agrarier fließt und die unter der Teuerung leidenden Klassen für die Aktion, die ihnen keine billigen Lebensmittel sichert, hinterher noch mit indirekten Steuern aufkommen haben.

Zunächst ist die Vorlage der erste Schritt, womit die Regierung den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenkommt, sie auf der am 6. und 7. d. abgehaltenen Teuerungskonferenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, des niederländischen Fachverbandes und der Konsumgenossenschaft formalisiert worden sind. Eine energische Aktion im Parlament und besonders auch außerhalb wird dem Kampf für die im Manifest dieser Konferenz geforderten Maßnahmen dienen.

20.7. 1916

Die Lebensmittelverteilung in den Vororten.

Die Regelung der Lebensmittel, insbesondere der Fleischversorgung durch Karten schreitet in den Vorortgemeinden fort. Die in der Besprechung im Ministerium des Innern vereinbarten einheitlichen Grundsätze, die sich auf die Veränderlichkeit der abzugebenden Fleisch- und Buttermenge und auf die Einführung der Kundenlisten beziehen, können, wo bereits Fleischkarten eingeführt sind, durch ergänzende Anordnungen leicht auf diese ausgedehnt werden. Der Magistrat von Lichtenberg hat bereits die Einführung einer veränderlichen Fleischkarte und das System der festen Kundschaft bei den Fleischern beschlossen. Nach der hierüber veröffentlichten Verordnung tritt die Lichtenberger Fleischkarte am morgigen Sonnabend, den 20. d. M., bei den Fleischern und Marktschlächtern und am Montag, 22. d. M., in den städtischen Fleischverkaufsstellen in Kraft. Wurstwaren dürfen bis auf weiteres noch ohne Fleischkarte verkauft werden. Das System der festen Kundschaft hat der Lichtenberger Magistrat in der Weise eingeführt, daß auf Grund der Fleischkarte in der Regel Fleisch bei dem Fleischer einzukaufen ist, dem entsprechend der früheren Anordnung des Magistrats die Brotartenabschnitte der 63. Woche übergeben worden sind.

Der Neuköllner Magistrat, der für die Verteilung des städtischen Schweinefleisches bereits eine außerordentlich zweckmäßige Anordnung getroffen hat, indem die Brotkommissionen die einzelnen Haushaltungen der Reihe nach mit Anweisungen auf dieses Fleisch versehen, wird am 29. Mai a l l g e m e i n e Fleischkarten für alle Haushaltungen und Einzelstehenden ausgeben, um eine gleichmäßige Verteilung des zur Versorgung der Neuköllner Bevölkerung bestimmten Fleisches vornehmen zu können. Zur Feststellung der Haushaltungsvorstände und der in Frage kommenden selbständigen Einzelpersonen wird den Hauseigentümern und Verwaltern eine Hausliste zugestellt werden, die auszufüllen und spätestens bis zum Dienstag, dem 23. d. M., abends 7 Uhr an die zuständige Brotkommission abzugeben ist.

Allgemeine Lebensmittelkarten zum Bezuge von Fleisch, Fettwaren und anderen Lebensmitteln führt die Gemeinde Berlin-Mariendorf in der nächsten Woche ein. Die Karten enthalten mehrere Felder, die teils mit laufenden Nummern, teils mit Buchstaben versehen sind. Die laufenden Nummern gelten für den Fleischverkauf, die Buchstaben für den Bezug anderer Lebensmittel. Beim Verkauf werden die betreffenden Felder gelocht. Die für den Bezug der Lebensmittel jeweilig in Frage kommenden Nummern oder Buchstaben werden durch öffentliche Bekanntmachungen jedesmal ausgerufen. Es wird hierbei gleichzeitig bekanntgegeben, bei welcher bestimmten Verkaufsstelle die Nahrungsmittel zu entnehmen sind.

Schaffung eines Beirates.

Gelegentlich der gestrigen Mitteilung über die Schaffung der interministeriellen Approvisionierungskommission haben wir einleitend auf das Beispiel Deutschlands hingewiesen; wo bei Bildung einer Zentralstelle für Nahrungsmittelvorsorge darauf Bedacht genommen wird, an die Spitze dieses mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Amtes eine in jeder Beziehung besonders berufene Persönlichkeit zu stellen. Selbstverständlich gilt, was für das Deutsche Reich gilt, auch für Oesterreich und deshalb wird von Kennern der Verhältnisse die Berufung des Sektionschefs v. Keller mit den besten Hoffnungen begrüßt. Man kann natürlich — so wird uns von einer unterrichteten Seite erklärt — keine Wunder erwarten, allein es darf gesagt werden, daß Ritter v. Keller es während seiner ganzen Beamten-tätigkeit verstanden hat, sich in den Kreisen, die mit ihm in Fühlung waren, den Ruf eines sachlichen, ernstesten, von Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllten, ebenso modernen und energischen, wie österreichische Beamten-tradition im guten Sinne wahren Beamten zu erwerben und zu erhalten.

Der neuen interministeriellen Kommission und ihrem Vorsitzenden wird voraussichtlich zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben ein Fachbeirat beigegeben werden. Die Ernennung desselben dürfte bereits in der nächsten Zeit erfolgen, und es wird wohl auch schon bald der großen Öffentlichkeit möglich sein, sich auf Grund der Verfügungen der neuen Amtsstelle ein Urteil über den Erfolg ihrer Tätigkeit zu bilden.

Ein Wirtschaftsplan.

Der Nachfolger Delbrücks ist noch immer nicht ernannt, aber aus den lebhaften Erörterungen in der deutschen Presse geht hervor, daß der Personenwechsel im Staatssekretariat des Innern diesmal das ganz besondere Interesse der deutschen Öffentlichkeit erregt. Dr. Delbrück war ein hervorragender Beamter von ungewöhnlicher Arbeitskraft, er war im Reichstag auch als geschickter Politiker und Redner geschätzt und stand bei allen Parteien in großem Ansehen. Aber auf dem Hauptgebiet seiner Tätigkeit hat er den hohen Erwartungen, die man in ihn setzte, nicht entsprochen. Während des Krieges sind die Volksernährungsfragen zum Um und Auf der inneren Politik Deutschlands geworden. Die Nahrungsmittelversorgung der städtischen Volksschichten Deutschlands ließ aber in der letzten Zeit sehr viel zu wünschen übrig, und die scharfe Kritik, die an diesen Verhältnissen von Blättern aller Richtungen, auch von den gemäßigtesten Organen, geübt wurde, bewies deutlich, daß der Leiter der inneren Politik das öffentliche Vertrauen verloren hatte. In Deutschland herrscht in solchen Fragen vollste Diskussionsfreiheit, und wenn dort die Regierungsformen auch keine demokratischen sind, so stellt sich doch immer ein gewisses Gleichgewicht zwischen Regierungspolitik und öffentlicher Meinung her. Es war auffallend, daß ein vom Reichskanzleramt zu

offiziösen Mitteilungen benütztes Blatt einen Artikel brachte, der das Verhalten der Bureaucratie dem Volksernährungsproblem gegenüber rüchhaltlos feststellte. Bald nach dem Erscheinen dieses Artikels wurde gemeldet, daß Staatssekretär Dr. Delbrück krankheitshalber sein Abschiedsgesuch eingebracht habe.

Wer zu seinem Nachfolger in dem schwierigen Amte ausersehen ist, ist noch unbekannt. In den Zeitungen werden zahlreiche Kandidaturen genannt, aber nach übereinstimmender Auffassung scheint es sicher zu sein, daß es sich diesmal nicht bloß um einen Personen-, sondern einen Systemwechsel handle. Man spricht davon, daß eine förmliche „Diktatur“ für das gesamte Ernährungswesen errichtet werden solle — ein Gedanke, der in einem vielbemerkten Vortrag des Physiologen Prof. Rubner zuerst angeregt wurde. Nach anderen Meldungen wäre eine Zweimänner-Diktatur geplant: ein Zivilbeamter mit ausgedehnten Vollmachten und ihm zur Seite ein Träger der militärischen Exekutive. Jedenfalls solle etwas ganz Neues und Großes kommen, den neuartigen und außerordentlichen Verhältnissen der Kriegszeit entsprechend, und die Hauptsache wäre dabei, daß in Zukunft nicht nach den jeweils auftauchenden Bedürfnissen des Tages, sondern nach einem festen und klaren Wirtschaftsplan vorgegangen werden solle. Dieser Kriegswirtschaftsplan, der für alle Möglichkeiten des dritten Kriegsjahres eine genau voranschätzte Ordnung zu schaffen hätte, spielt in den Erörterungen der deutschen Presse eine große Rolle. Je nach der Anschauungsweise der betreffenden Blätter werden von diesem Wirtschaftsplan mehr oder minder radikal einschneidende Änderungen des Volksernährungswesens erwartet. Sogar die Idee einer Einheitsration für alle Volksgenossen, einer gleichmäßigen öffentlichen Ausspeisung — unter Ausschluß jeder privatwirtschaftlichen Küchenwillkür — wird bereits ernsthaft in Betracht gezogen. Wie viel Wahres oder Falsches in all diesen Vermutungen und angeblichen Regierungsplänen steckt, wird sich wohl in Bälde herausstellen. Das Eine

scheint aber gewiß, daß die deutsche Regierung die öffentlichen Erwartungen mit Absicht hochspannt, und daß sie die geplanten Neuerungen in einer Weise inszeniert, die vor allem den Zweck hat, für die Verwaltung wieder das volle Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Was dieses Vertrauen ins Wanken brachte, war die Delbrücksche Methode der gehäuften Verordnungen, die einen einheitlichen Grundgedanken, einen weitblickenden Plan und eine zielbewusste Durchführung vermissen ließen. Die neue Regelung des Ernährungswesens in Deutschland will offenbar den üblen Eindruck der Planlosigkeit bannen und dem Volk die beruhigende Sicherheit geben, daß die Staatslenker den gesamten Komplex der Ernährungsfragen überblicken und eine Ordnung zu schaffen fähig sind, die allen billigen Wünschen und Bedürfnissen gerecht wird. Wunder kann auch der weiseste Kriegswirtschaftsplan nicht wirken, aber er hat genug gewirkt, wenn er die Bevölkerung mit ruhigem Vertrauen erfüllt.

Der Zwischenhandel im Krieg.

Der Ruf nach der Approvisionierungszentrale.

Bei einer Besprechung von Handels- und Gewerbetreibenden, die Freitag den 12. d. nach einer Versammlung abgehalten wurde, äußerte sich Herr Feldmann, Direktor der „Gekawe“, (Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in Wien), auf mehrere Anfragen wie folgt:

Wenn man bei der Beurteilung der „Miles“ in bezug auf die Approvisionierung im allgemeinen gerecht sein soll, muß man auf die Ursachen zurückgreifen, die die Entstehung der „Miles“ mitbestimmt haben, und alles beachten, was auf diese Entstehung Einfluß genommen hat. Niemand wird es ernstlich einfallen wollen, die Notwendigkeit einer Zentralstelle, die nicht nur allein durch den Krieg, sondern auch durch die gleiche Entwicklung im Auslande bedingt war, abzuerkennen. Nur das „Wie“ es

gemacht hätte werden sollen, oder das „Warum“ es gerade „so“ und nicht anders gemacht wurde, ist heute die Frage. Diese kann aber wieder nur beantwortet werden, wenn man das Arbeitsfeld, das ihr zufallen sollte, wenigstens annähernd überblickt. Sie sollte die Wareneinfuhr regeln, für vermehrte Wareneinfuhr sorgen, wenn notwendig auch den Kompensationsweg zu Hilfe nehmen, den Verkehr der Inlandsprodukte in geordnete Bahnen lenken und, was vielleicht das schwierigste ist, dafür Sorge tragen, das all das gerecht und ohne Störung dem Verbrauch zugeführt werde. Wenn man nun bedenkt, wieviel tausend Köpfe und Hände in normaler Zeit an all diesen Arbeiten teilnehmen müssen und wie viele sich auf dem einen oder anderen Gebiet oder auch Teilgebiet geradezu zu Spezialisten durch eigene Kraft und Erfahrung durchgerungen haben, wobei natürlich nicht selten der große Konkurrenzkampf die Triebfeder war, so läßt sich leicht vorausagen, daß eine so große, weit verzweigte und durch die Verhältnisse des Krieges noch schwieriger gewordene Sache nicht von einer Stelle aus, zu der Fachmänner ursprünglich überhaupt nicht und später nur in sehr geringer Anzahl herangezogen wurden, funktionieren kann.

Warum hat man aber Fachleute nicht von allem Anfang und nicht in genügender Anzahl aus allen beteiligten Zweigen herangezogen? Hier müssen wir uns auf mehr als ein Jahrzehnt zurückerrinnern, wie die öffentliche Meinung bestimmter Parteien in der Richtung beeinflusst wurde, jeden Kaufmann als Wucherer hinzustellen, um die große Masse den Konsumvereinen zuzuführen, was in vielen Fällen den Zweck hatte, die politischen Parteien finanziell zu stützen, oder andere Gründe, die hier nicht näher erörtert werden sollen. Als nun der Krieg einen völligen wirtschaftlichen Umschwung brachte und sich massenhaft unlaute Elemente auf den Handel von Lebensmitteln stürzten, um darin eine wüste Spekulation zu entfalten, die in der Aufstapelung von Waren zum Zwecke eines Kriegsgewinnes ihre strafbare und verwerfliche Handlungsweise fortsetzten, ging in den Bogen der öffentlichen Meinung der reelle und legitime Kaufmann, respektive Handel unter. Alles und jedermann stand unter dem Druck der Teuerung, keine Familie, kein Kind und kein Greis, kein Mann und keine Frau konnte sich des Eindruckes erwehren, daß an dieser abnormalen Teuerung, die zum Teil auch unbegründet war, weil sie sich auch auf die Artikel erstreckte, die in keinem Zusammenhang mit dem Kriege standen, der Zwischenhandel die Schuld trägt. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen derjenigen, die dem Handel immer feindselig gegenüberstanden. Aus-

schalten des Zwischenhandels — ein altes Schlagwort — wurde neu belebt, und unter diesem Druck der öffentlichen Meinung entstand die „Miles“. Kein Wunder, daß dort kein Fachmann, also kein Kaufmann Einfluß oder Macht gewinnen konnte; jede Wohlmeinung wurde mit Mißtrauen aufgenommen, und überall witterte man Eigennutz und Selbstsucht. Darum auch kein Wunder, daß sich die legitime Kaufmannschaft zurückzog und den Dingen ihren Lauf ließ in dem vollen Bewußtsein, daß eine Zeit kommen wird und muß, wo man sich ihrer erinnern wird, denn, wie ohne Fachmann kein Schuh gemacht werden kann, ohne Fachmann kein Haus gebaut werden kann, ohne Fachmann kein Krieg geführt werden kann, so kann auch keine Approvisionierung ohne Fachmann kluglos erfolgen. Das Schlagwort von der Ausschaltung des Zwischenhandels drana, getragen von der öffentlichen Meinung, bis in die höchsten Stellen, ohne daß man in so schwerer Zeit bedachte, daß ein Unterschied zwischen reellem und unreellem Zwischenhandel gemacht werden muß, und die gänzliche Ausschaltung des Zwischenhandels auch die Ausschaltung der realen Kaufmannschaft nach sich zieht, ohne die in der ganzen Volkswirtschaft eine Lücke entsteht, die ohnehin nicht von anderen ausgefüllt werden kann.

Hat der Handel auch in Friedenszeiten und im Anfang des Krieges die Kriegswirtschaft teilweise aufrecht erhalten können, so kann er es unter den geänderten Verhältnissen gewiß nicht mehr ohne Mithilfe der Regierung und der Behörden, aber ebenso brauchen die Regierung und die Behörden einen großen Teil jener Faktoren, die bisher einwandfrei die Funktion des Verkehrs vom Produzenten bis zum Verbraucher ausgeübt haben, wobei natürlich alle überflüssigen Elemente ausgeschaltet werden müssen. Ein wirklicher Erfolg kann auch hier nur im Zusammenarbeiten der berufenen Faktoren sein. Sich wirklich die berufenen Faktoren heranzuziehen, das ist die Kunst, von der sowohl der Erfolg als auch der Mißerfolg der „Miles“ abhängt. Die Regierung wird also abzuwägen haben, ob alle die, die sich da mittelbar und unmittelbar an sie herandrängen, die berufenen Männer darstellen, die der allerdings schwierigen Aufgabe gewachsen sind, die „Miles“ zu dem zu machen, was sie sein soll: zu einer Zentralstelle für die Approvisionierung unter dem Schutz der Regierung im Interesse des Staates und der Verbraucher. Gewiß ist, daß wir solche Männer genug haben, die der Aufgabe gewachsen sind, und daß andererseits die „Miles“ ihrer Aufgabe bisher nicht gewachsen war.

Die interministerielle Approvisionierungskommission.

Wie wir schon berichtet haben, hat die Regierung zur Vereinheitlichung und Beschleunigung der Approvisionie-

rungsmaßnahmen eine interministerielle Kommission, die Approvisionierungskommission gebildet. Diese Kommission besteht aus ständigen Vertretern (Sektionschefs) der beteiligten sechs Ministerien. Der bisherige Hofrat der niederösterreichischen Statthalterei Oskar R. v. Keller ist zum Sektionschef im Ministerium des Innern ernannt worden, wo er die Approvisionierungsagenden übernimmt und den Vorsitz der Approvisionierungskommission führen wird. Die Approvisionierungsagenden wurden im Ministerium des Innern bisher vom Sektionschef Dr. R. v. Simionelli geleitet.

Die Schaffung dieser interministeriellen Approvisionierungskommission verspricht unzweifelhaft eine wesentliche Vereinfachung der Approvisionierungsverwaltung der beteiligten sechs Ministerien, da hiedurch die Verständigung zwischen diesen Ressorts unleugbar beschleunigt wird. Solche interministerielle Kommissionen sind auch sonst schon wiederholt errichtet worden. Wir erinnern hier nur an die interministerielle Kommission, die vor einigen Jahren für die wirtschaftliche Erschließung Dalmatiens gebildet worden ist.

* *

Sie ohrfeigt sich selbst.

Die „Reichspost“ vom 15. Oktober 1915.

Wie weit sich die Quacksalberei der gewissen Konventionenretterpresse versteigt, dafür bietet die heutige Arbeiterzeitung ein Beispiel. Ausgehend von der Anschauung, daß das Lebensmittel des Lebens Zweck sei, daß der Fleischgenuß auch in Zeiten der Fleischsteuerung unbedingt notwendig sei und daß alle Menschen die gleiche Nahrung zu sich nehmen sollen, schlägt sie vor, Fleischarten einzuführen, und zwar, damit auch die Fleischgattungen gleichmäßig auf alle verteilt werden, für jede Fleischsorte eigene Karten, also Schweinefleischkarten, Rindfleischkarten, Schaffleischkarten und so fort. Man müßte schließlich auch noch für Hinteres und Vorderes und für alle Würstorten eigene Karten in einem Koffer mitführen und einen Dienstmann, der den Kartenkoffer trägt. Als ob man mit derartigen Anweisungen den Unterschied zwischen arm und reich und zwischen dem Tische des Arbeiters und etwa einer Hostafel abschaffen könnte. Aber mit solchen Karrenstücken werden jene, die nie alle werden, zum besten gehalten. Solange es Menschen gibt, die sich beirügen lassen, wird an solchen, die diesem Geschäft obliegen, niemals eine „Knappheit“ eintreten. Selbst die so notwendige Brot- und Mehlkarte konnte nur durch eine Anzahl von Verordnungen, Verwarnungen, Gerichtsurteilen eingebürgert werden. Und nun stelle sich einer die Verwirklichung des sozialdemokratischen Brotartenlabyrinths vor! Man sollte lieber dieser Gattung quacksalbernder „Anregung“ eine Marke umhängen mit einer Warnung für die Vorübergehenden!

Die „Reichspost“ am 19. Mai 1916.

Noch vor der Einführung der Brotkarte wurde in der „Reichspost“ ausgeführt, daß es sich empfehlen würde, die Aufteilung aller vorhandenen Lebensmittel auf die Bevölkerung zu erwägen; es wurde angeregt, die Möglichkeit einer Aushändigung von Gewichtskarten oder Mengelarten zu studieren, die den Inhaber zum Ankauf und zum Verbrauch einer für den Tag oder die Woche bestimmten Gewichtsmenge von Lebensmitteln nach seiner Auswahl berechtige. Es wäre auf diese Weise auch den Minderbemittelten die Möglichkeit gewahrt, etwas Abwechslung in ihren Speisezetteln zu bringen, es wäre ein erträglicher, der Kriegszeit angepaßter Ausgleich zwischen dem Tisch des Reichen und des Armen hergestellt worden. Für gewisse Lebensmittel, deren Knappwerden in der Natur der Sache lag und die für alle unentbehrlich sind, hätten sich ja noch ganz gut gesonderte Verteilungsvorrichtungen treffen lassen. Es hieß einfach, eine solche Aufteilung sei „praktisch unmöglich und undurchführbar“. Es scheint sich aber nunmehr doch die Notwendigkeit einer derartigen Aufteilung immer mehr herauszustellen, nachdem wir an die Wucherer und Spekulanten, an die Hamsterer und räuberischen Proben und Prasser, die auf nichts verzichten wollen, schweres Lehrgeld gezahlt haben und nachdem die Durchführung infolge der Verzögerung erschwert und lange nicht mehr so wirksam zu

sein vermag, als es vor anderthalb Jahren der Fall gewesen wäre. Aber besser spät als gar nicht oder zu spät, und wir übernehmen daher den Ruf nach einer Verbrauchskarte und empfehlen ihn dringend der Beachtung der Leserinnen.

Nur abwarten: Zum Schluß wird sich das armselige Blatt immer selbst ohrfeigen!

Pariser Marktsorgen im Kriege.

Alcine Angebote, hohe Preise.

Bei den mannigfachen Entbehrungen, die uns der Krieg auferlegt und die wir gern und leicht ertragen, muß es uns ein starker Trost sein, daß es unseren Gegnern, die uns um jeden Preis aushungern möchten, selbst recht schlecht geht. In England ist das Leben fast unerschwinglich geworden, in Frankreich ist die phantastischen Preisbewegungen bilden dort ebenso wie bei uns das ergiebigste Gesprächsthema, und werden auch von Leuten, die sich bisher nicht im geringsten um die Marktverhältnisse kümmerten, auf das eifrigste diskutiert. Früher eine ausgesprochene Küchenunterhaltung, wird die Teuerung der Lebensmittel jetzt im Salon besprochen und findet in den Zeitungen und in den parlamentarischen Körperschaften ihren lebhaften Widerhall. Familienväter, die bislang ihre ganze Sorge dem Geschäft widmeten, lesen jetzt mit sorgenvoll gerunzelter Stirn die Marktberichte, und die Ladies, die ihre Haushaltsbücher mit denen vor zwei Jahren vergleichen, ringen verzweifelt die Hände.

Ein Mitarbeiter der Times, der seinem Blatt einen Bericht über die Pariser Marktlage schickte, sagt sehr richtig, daß man auf dem Markt den Pulsschlag der Bevölkerung am besten konstatieren kann. Auf den Märkten kommt die Lebensweise eines Volkes am deutlichsten zum Ausdruck. Die Pariser Märkte sind seit jeher für die nationalen Eigentümlichkeiten nicht nur der Pariser, sondern auch der Franzosen überhaupt typisch gewesen, und wenn sie heute verändert sind, dann haben eben auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung in Frankreich wesentliche Veränderungen durchgemacht.

Dem Aussehen nach machen die Pariser Märkte den gleichen Eindruck wie früher. Die netten, in lebhaften Farben prangenden, luftigen Gruppen von Buden haben nichts von ihrer pittoresken Buntheit verloren. Die Karren, die mit allen möglichen Landesprodukten beladen sind, kommen nach wie vor im Laufe der Nacht nach Paris, um ihre Waren an die Händler abzugeben. Die Bäuerinnen stehen hinter ihren Verkaufspulken und bieten ihre Ware, Butter, Eier, Käse, Sühner, Kaninchen, Gemüse und Blumen, feil. Aber das Angebot ist klein, sogar sehr klein geworden, dafür sind die Preise unverschämt in die Höhe gegangen. Ließ schon früher die Höflichkeit der Verkäufer so manches zu wünschen

übrig, so fühlen sie sich jetzt vollends als die unumschränkten Beherrscher der Situation, und das kaufende Publikum, das tief in die Tasche greifen muß, ist ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die Marktleute preisen wohl wie früher ihre Waren mit laut gellenden Rufsen an, tragen dabei aber ein Lächeln zur Schau, das man als impertinent bezeichnen könnte, das aber jedenfalls so unerträglich und vielsagend ist wie das der Mona Lisa. Sie haben einen scharfen Blick für ihre Kunden und wissen sie sehr richtig einzuschätzen. Die Situation ist ihnen augenblicklich klar, und deshalb lassen sie sich auf keine weitläufigen Unterhandlungen ein. Ob die Käuferinnen im Hut oder im Kopftuch oder mit Mützen bedeckt erscheinen, genügt den Marktgewaltigen zur Beurteilung der Kaufkraft. Sie kennen ihre Leute. Sie wissen, diese Dame wird niemals ihr Haushaltsbudget auch nur um einen Sou überschreiten, und jene ist gezwungen, nur das Beste und Teuerste einzukaufen, weil ihr Gatte die Neigungen eines Epikuräers hat. Darum erhält sie, wenn auch nicht immer das Beste, so doch gewiß das Teuerste.

„Es macht“, schreibt der Marktbesucher, „einen sonderbaren Eindruck, wenn man sieht, mit welch ängstlichen und bekümmerten Mienen die Pariser Frauen gegenwärtig ihre Einkäufe besorgen. Auf jedem Gesicht steht die bange Frage zu lesen, was es wohl heute wieder für unangenehme Ueberraschungen auf dem Markt geben wird. Zu Hause wollen die Kinder essen, das Geld ist knapp, und die Lebensmittelhändler geben keinen Pardon. Dabei kauft man auf den Märkten immerhin noch billiger als in den Geschäften. Butter, Eier, Kartoffeln, Frühgemüse sind Delikatessen geworden und werden mit Liebhaberpreisen bezahlt. Fleisch und Fische sind in den Kong von Luxusartikeln erhoben worden. Von Fischen sind nur Makrelen und Weikfische zu halbwegs erträglichen Preisen erhältlich.“

Der Blumenmarkt, der bei der großen Beliebtheit der Pariser für Blumen eine bedeutende Rolle spielte und großen Umsatz hatte, hat in der letzten Zeit sehr stark gelitten. Viele Verkaufsstände wurden gänzlich aufgegeben. Allerdings ist daran auch der Wandel in der Geschmacksrichtung schuld. Deshalb setzt das Geschäft je nach der Jahreszeit plötzlich aus, um dann wieder großen Umfang anzunehmen. Gegenwärtig ist die Saison der Maiglöckchen die ergiebigste. Das Maiglöckchen ist die Glückblume der Pariser geworden und wird viel begehrt. In den Wäldern umfern von Paris, wo es in großen Mengen wächst, wird es von Kindern und Frauen gesammelt, die aus den Blüten die bekannten kleinen Bukette machen und sich damit täglich eine hübsche Anzahl von Franken verdienen.

Die Neuregelung der deutschen Approvisionnement.

Beschlagnahme aller Lebens- und Futtermittel.
 KW Berlin, 20. Mai.

Wie das Berliner Tageblatt aus Bundesratskreisen hört, ging die Verordnung über die Neuregelung der gesamten Volksernährungsfragen gestern dem Bundesrat zu. Es handelt sich um ein Ermächtigungsgesetz, das dem Reichskanzler die Befugnis gibt, alle Lebens- und Futtermittel samt den dafür erforderlichen Rohstoffen zu beschlagnahmen, zu enteignen und zu verteilen sowie die Preise dafür zu regeln.

Alle Verwaltungsbehörden im Reich haben den darauf bezüglichen Weisungen des Kanzlers Folge zu leisten. Gleichzeitig wird der Kanzler ermächtigt, alle diese Befugnisse einer neuen Behörde zu übertragen, deren Einrichtung und Zusammenfassung wiederum allein dem Reichskanzler zusteht.

General Gröner in der Reichslebensmittelzentrale.

Der Vossischen Zeitung zufolge wird in der neu zu schaffenden Reichslebensmittelzentrale die Oberste Seeresleitung durch General Gröner, Chef des Eisenbahnwesens, vertreten sein.

Keine weitere Vertenerung.

p München, 20. Mai. (Priv.-Tel.)

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling ist von seiner Reise aus Berlin zurückgekehrt. Sie galt nicht nur der endgültigen Stellungnahme zu den schwebenden Steuerfragen, sondern betraf, wie Graf Hertling betont, die Vereinfachung der Lebensmittelversorgung, die bisher schwerfällig war und vielfach Süddeutschland nicht befriedigte.

Hertlings Reise nach Berlin bewirkte auch den gebührenden Einfluß Süddeutschlands, vor allem auch Bayerns, auf die Entscheidung in der künftigen Neuordnung der Lebensmittelversorgung zu sichern.

Die Neuverordnung dürfte die Zufriedenheit der gesamten Bevölkerung von Nord- und Süddeutschland erringen. Vor allem ist festgestellt worden, daß eine etwaige künftige Notlage ausgeschlossen ist, daß infolge der besseren Verteilung der Lebensmittel keine weiteren Preissteigerungen mehr erfolgen, und bei der zu erwartenden guten Ernte eher eine Senkung der Preise einzelner Lebensmittel gewiß verfügt werden dürfte.

Die Berliner Fleischrationen.

Ein Viertel Kilo pro Kopf und Woche.

KW Berlin, 20. Mai.

Der Magistrat verordnete auf Grund des Viehautriebes der vergangenen Woche, daß innerhalb Berlins auf die Brotkarte bis 250 Gramm frisches Fleisch oder Fetttes oder von beiden zusammen wöchentlich entnehmbar sind.

* [Reform der Mahlzeiten in den deutschen Speisewagen.] Wie die Köln. Ztg. erfährt, besteht die Absicht, die Mahlzeiten in den deutschen Speisewagen einheitlich in einer der gegenwärtigen Zeit entsprechenden Weise zu vereinfachen. Die Grundzüge hierfür wurden in einer Besprechung der zuständigen Stellen am 14. d. vereinbart; die endgültige Festlegung dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Danach sollen die gemeinsamen Mahlzeiten in den Speisewagen künftig aus einer kräftigen Suppe, einem Fleischgericht mit Gemüse und Kartoffeln und einer süßen Speise bestehen, bei der mehr als bisher Wert darauf gelegt wird, daß sie nahrhaft ist (Mehlspeise oder dergleichen). An den fleischlosen Tagen tritt an die Stelle des Fleischgerichtes ein Fisch mit Kartoffeln; Gemüse wird dann als zweiter Gang gereicht. Der Preis dieser gemeinsamen Mahlzeiten soll von M. 3.— auf M. 2.50 herabgesetzt werden.

Etwas für die Hausfrau.

Spargel billig — Konservierung rasam. — Gute Rezepte.

Verhältnismäßig billig ist jetzt Spargel, deshalb empfehlen wir den Hausfrauen, Spargel für spätere Zeiten, die besonders gemüßarm sein werden, heute schon zu konservieren.

Ein Rezept von Frau Melanie Z a d:

Zum Sterilisieren darf man nur ganz frisch gefrorenen und nicht bitter schmeckenden Spargel verwenden.

Der Spargel wird geschält, gewaschen, in eine Schüssel gelegt, per Kilo mit einer Messerspitze Natronpulver bestreut, eine halbe Stunde abliegen lassen und öfters umwenden. Gleichmäßig schneiden, in Gläser schichten. Salzlösung: 1 Liter Wasser mit einem gefirichenen Eßlöffel Salz fünf Minuten verkochen und überkühlt über den Spargel gießen, verbinden oder in Reg-Gläser verschließen und 30 Minuten im Dunste kochen, nach zwei bis drei Tagen 30 Minuten nachsterilisieren.

Die gewöhnlichen Gläser müssen mit doppeltem Pergamentpapier verbunden werden; nach dem zweiten Sterilisieren kommt halbfingerhoch Brunsche Watte und Papier darübergebunden, welches als Reg-Verschlußersatz dient. Die Gläser müssen ganz rein, trocken und mit Schwefel oder Alkohol ausgespült sein.

Weitere Rezepte von Frau Melanie Z a d:

(Rolle.) 14 Deka Mehl (kann auch Reis- oder Kartoffelmehl sein) kommen aufs Breit, 12 Deka geriebene, gekochte Kartoffeln, 8 Deka Butter oder Fett, 2 Löffel saure oder Joghurtmilch, Salz, ohne Ei, wird ein Teig verarbeitet, wie ein Buttermilchbrei dreimal zusammengeslagen und je eine halbe Stunde rasten lassen. Zweimesserrücken dick ausrollen und mit folgender Fülle belegen: 8 Deka Stedrübe weichkochen und zerdrücken, 10 Deka Kefsel mit der Schale über einen Gemüsehobel reiben, mit den vorgekochten Rüben, etwas Zimt, Zitronenschale, nötigem Zucker einige Minuten verbüsten, 3 Deka geriebene Nüsse hinzufügen und überkühlt über den Teig schichten, zusammenrollen, oben mit dem Messer ein Gitter einbrühen, mit Ei bestreichen und eine halbe Stunde baden.

(Dieselbe Rolle als falsche Schinkenrolle.) Der Teig wird wie der obige gemacht und ausgerollt. Von 10 Deka faszierter Extrawurst, 5 Deka Brotkrumen, 2 Dotter, 2 Ei Schnee, wenn nötig, etwas Salz, wird eine Füll gemacht, auf den Teig gestrichen und wie oben weiter verfahren.

(Kugeln.) Von 40 Deka Brot wird die Rinde abgeschnitten (zu Brösel verwenden), mit 2 Deka Butter leicht angeröstet, überkühlt, etwas gesalzen, mit 3 Dottern, 2 Löffel Wasser vermischt und eine viertel Stunde zugedeckt stehen gelassen; mit 5 Deka geriebenen Nüssen und 3 Eiern Schnee durchzogen. Nun formt man beliebig große Kugeln und läßt sie in leichtgesalzenem Wasser 20 Minuten kochen. Mit Bröseln, Mohn oder Lebkuchen, auch Joghurt-Creme serviert.

(Joghurt-Creme.) Ein viertel Liter Joghurt, ein achtel Liter Wasser, 1 Löffel geriebene Nüsse, fünf bis sechs Löffel Vanillezucker sprudelt man kalt ab.

Ein von Frau Direktor Rosa Kafe eingeschicktes Rezeptengebicht.

14 Deka Zucker, 2 Dotter, 1 Klar,
14 Deka Mandeln, die sind zwar jetzt rar,
Zwei Beutchen Schokolade, gerieben gar fein,
In alles in einen Weidling hinein.
Vermeng es gut, streich's auf Oblaten bann,
Gib's in die Röhre, schau' nach dann und wann.
Bevor aber gebaden das Ganze noch ist,
In Streifen zu schneiden, es ja nicht vergiß,
Der Kreuz und der Quere, kurz oder lang,
Doch ja nicht später, sonst brechen sie dann.

* Dresdens Nahrungsmittelversorgung für Berlin vorbildlich? Vorzüglich bewährt hat sich, wie uns aus Dresden geschrieben wird, das dort eingeführte System der Butter- und Fleischabgabe. Jedermann hat seinen Bedarf bis zu einem bestimmten Tage für die nächste Woche oder gleich für vier Wochen anzumelden. Nach den vorhandenen Vorräten wird alles gleichmäßig verteilt. So gibt es schon seit Monaten keine Ansammlungen vor den Butterläden mehr, und auch die „Polonaisen“ vor den Fleischläden sind wieder verschwunden. Am Sonnabend war erstmalig Fleischabgabe. Obwohl in der ganzen Woche kein Fleisch verkauft worden war und infolgedessen der Bedarf groß war, gab es nirgends Ansammlungen oder andre Unzuträglichkeiten: alles wickelte sich glatt ab. Ministerialdirektor Freund mit einigen Regierungsvertretern und angeblickt noch ein Vertreter des Berliner Magistrats weilten dieser Tage in Dresden, um sich über das dortige System zu unterrichten.

Das Kriegsernährungsamt

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 22. Mai.

So ist denn also das neue Amt geschaffen. Der neue Generalstab, der den Aus Hungersplan unserer Feinde zuschanden machen soll, ganz wie der Generalstab unserer Armee den Sieg davongetragen hat über seine Uebermacht. Der Bundesrat hat heute dem neuen Gesetze seine Zustimmung erteilt. Es besteht in kurzer Fassung einfach darin, daß dem Reichskanzler nahezu unbeschränkte Befugnisse übertragen werden, alle Nahrungsmittel, Futtermittel und Rohstoffe in weitestem Umfange für die Volksernährung „in Anspruch zu nehmen“, sich mit allen Mitteln der Staatsgewalt in ihren Besitz zu setzen, unter hohem Strafzwang (Gefängnis bis zu einem Jahre, Geldstrafe bis zu 10 000 Mark) die Durchführung der Anordnungen zu erzwingen und bei seinen Anordnungen auch allen bundesstaatlichen Verwaltungsbehörden in direktem Verkehr und ohne den Umweg über ihre einzelnen Zentralbehörden Anweisungen zu erteilen.

Das ist der große Rahmen, innerhalb dessen der Kanzler nunmehr das Kriegsernährungsamt schafft, wie es genannt werden soll. Sein Chef wird der bereits von uns genannte Oberpräsident von Königsberg v. Datocki sein, ein Mann, dem der Ruf rücksichtsloser Energie vorangeht, der zu Anfang dieses Krieges noch selber im Felde stand und sich das Eisene Kreuz erster Klasse erwarb, ein Mann von streng konservativer Gesinnung, aber da jeder Parteigesichtspunkt ausscheidet, damit der große Zweck mit starken Mitteln erreicht wird, wie wir glauben und hoffen, der richtige Mann. Ihm zur Seite wird ein Vorstand von sieben bis neun Mitgliedern stehen, die aus allen Teilen des Reiches, aus allen Beamten- und Berufsgruppen nach Maßgabe ihrer Persönlichkeit und ihrer Fachkenntnisse berufen werden sollen, nicht als Interessentenvertreter, sondern als unabhängige Männer, die ihre Vorstehenden beraten, Entschlüsse fassen aber wird allein er treffen, und daher gebührt ihm wohl mit Recht die Bezeichnung eines allein herrschenden Diktators.

Ein weiterer Beirat, zu dem die bisher an der Lebensmittelorganisation beteiligten Reichs- und Staatsbehörden sowie die Kriegsorganisationen und sonstigen Berufsgruppen ihre Vertreter beisteuern werden, soll in periodischen, regelmäßigen Sitzungen grundsätzliche Fragen erörtern und allgemeine Informationen entgegennehmen. Dieser Beirat dürfte vermutlich vor allem dazu dienen, diejenigen Behörden, die bisher in ihrer leider unübersehbaren Gesamtheit das Regiment führten, mit der neuen Zentralstelle in enger Fühlung zu erhalten.

Und der bundesstaatliche Charakter des Reiches? Es mag den Einzelstaaten nicht leicht sein, so tief in ihre Verhältnisse eingreifen zu lassen durch einen einzigen Mann an der Spitze des Wirtschaftswesens. So ist denn auch formell aufrechterhalten worden, daß das Hoheitsrecht des Bundesrats durch den neuen Diktator nicht berührt wird. Was der Bundesrat beschließt, steht über seinen Verordnungen. Aber genau gesehen, ist dieses Hoheitsrecht nur formell gewahrt; denn der Chef des Kriegswirtschaftsamtes erhält ausdrücklich das Recht, auch gegen die bestehenden Verordnungen des Bundesrats neue Vorschriften zu erlassen, wo schnelles Handeln geboten ist und wo es ihm dringend erscheint. Der Bundesrat wird dann später dazu Stellung nehmen. Recht betrachtet, stehen wir hier also tatsächlich vor einer vorübergehenden Aufhebung der Verfassung des Reiches, nicht im formalen Sinne, aber tatsächlich. Denn die neue Reichsbehörde hat Vollmachten erhalten, wie sie nie eine Behörde hatte. Und es ist der Sinn und Zweck ihrer Erschaffung, daß künftig die einzelstaatlichen Behörden, von den Ministerien hinab bis zu den Kommunen, sich jeder Eigenmächtigkeit und jeder selbständigen Verfügung enthalten.

Es wäre ein Fehler von ungeheurer Tragweite gewesen, hätte man bei der Schaffung dieser großen neuen Organisation die Arme e außen vorgelassen. Das ist nicht geschehen. Von der Idee, dem zivilen Chef des neuen Amtes einen Offizier gleichberechtigt zur Seite zu stellen, ist man glücklicherweise abgekommen. Der Kaiser, alle seine Ratgeber und die Regierungen aller Einzelstaaten sind durchdrungen von der Notwendigkeit, daß e i n

Wille herrschen muß in diesen Dingen. Statt dessen aber wird ein General aus dem Verpflegungsweisen der Armee bei dem neuen Reichsamt delegiert sein, und seine Verhandlungen mit dem Chef dieses neuen Amtes werden die Unterlagen bilden, an die die Kriegsministerien sich zu halten gebunden sind. Dadurch wird jene Einheitlichkeit garantiert, die verhindert, daß nicht in unzweckmäßiger Weise etwa die Armee, die selbstverständlich in erster Linie versorgt werden muß, über das Maß hinaus an einzelnen Stellen Vorräte anhäuft, die zurzeit andernorts besser verwendbar wären. Damit aber auch bei den Stappen der von uns besetzten Gebiete die organische Verbindung mit der gesamten Reichsernährung erhalten bleibt, wird außerdem ein aktiver Offizier, der sich in diesem Stappensystem bewährt hat, in den Vorstand des neuen Reichsamtes ein treten, nicht als offizieller Vertreter der Militärbehörde, sondern wegen seiner hervorragenden persönlichen Tüchtigkeit. Aber nichts-

destoweniger wird in seiner Person die natürliche Verbindung und der natürliche Ausgleich auch zwischen der Verpflegung des deutschen Landes und derjenigen der okkupierten Gebiete wieder hergestellt sein. Daß die militärischen Kommandobehörden, also auch die Generalkommandos, nach der Schaffung des neuen Amtes somit auf dem Gebiet des Ernährungs wesens und der Rohstoffversorgung selbständige Anordnungen nicht mehr treffen können, liegt auf der Hand. Alles in allem also, man mag sich darüber streiten, ob das Ganze Diktatur zu benennen sei oder nicht, es ist bestrebt, überall die bisher bestehenden Instanzen nicht zu übersehen, dafür jedoch in ihrer Selbständigkeit auszuschalten, und auch wenn der Bundesrat als höchste dieser Instanzen sein oberstes Hoheitsrecht verfassungsmäßig behält, praktisch läuft es doch darauf hinaus, daß der Chef des Kriegswirtschaftsamtes und sein Stab im Auftrage des Reichskanzlers unbeschränkte Vollmacht haben, das gesamte Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches in diesem Kriege nach eigenem Ermessen und mit jeder erforderlichen Exekutivgewalt zu verwalten.

Wir müssen sagen, daß uns diese Lösung außerordentlich glücklich erscheint. Sie war eine dringende Notwendigkeit. Sie zeigt aber auch, daß über diese Notwendigkeit bis zur höchsten Spitze des Reiches hin, nur noch eine Meinung besteht. Wir sind uns immer bewußt gewesen, daß der Aus Hungersplan unserer Feinde zuschanden werden muß, wenn wir alle Kraft zusammennehmen und mit dem Haushalten, was wir haben, mag es auch knapp sein. Wir wissen dasselbe von den Kartoffeln, und wir wissen auch, daß wir unser milchgebendes Vieh erhalten können, wenn wir uns in diesen Wochen der Uebergangszeit einschränken. Wir wissen daher mit derselben Sicherheit, daß wir auch mit der nächsten Ernte ausreichen werden, wenn wir entschlossen auf dem Wege fortfahren, auf dem wir jetzt endlich sind. Mögen wir knapp sein, aber wir halten es durch. Ja, jetzt erst wird unser ganzes Volk das Wort vom Durchhalten so recht bewahren, wenn nun die Mängel und Grundungleichheiten, wie wir hoffen, nach und nach verschwinden. Vom ersten Tage ab, wo mit Höchstpreisen und Beschlagnahme begonnen wurde, war eigentlich klar, daß man konsequent weitergehen mußte bis zu dem Schritt, der jetzt erfolgt. Mögen deswegen auch die Vorschriften noch strenger werden, die Gleichmäßigkeit wird hergestellt sein. Und damit wird nach manchem Unmut der letzten Wochen jene Ruhe in unser Volk einziehen, die aus der Gewißheit entspringt, daß unser inneres Leben in so gesicherter Bahn fließt, wie die Deiche unserer Armee uns gegen die Ueberschwemmungen der Horden von außen schützen. Die neue Organisation wird uns keinen Ueberfluß schaffen, aber sie wird uns den Mut stählen, weil sie uns die Sicherheit gibt. Und darum wird sie es sein, die dem Hungersplan unserer Feinde den Todesstoß verfehlt. Jetzt steht das ganze deutsche Volk im Schützengraben, mit Frauen und Kindern, und jetzt sollen sie es lernen.

Das Kriegsernährungsamt.

wb. Berlin, 22. Mai. Amtlich. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Die ausreichende Ernährung unserer Bevölkerung ist völlig gesichert und wird, so lange der Krieg auch dauern möge, durch keine noch so rücksichtslosen Sperrmaßnahmen der feindlichen Staaten in Frage gestellt. Die Notwendigkeit aber, unseren Verbrauch bei wesentlich verminderter Einfuhr aus der schwachen Ernte des Jahres 1915 zu decken, hat bekanntlich im einzelnen zu teilweise recht

jühlbaren Knappheitserscheinungen geführt. Seit Monaten ist die Reichsleitung im Verein mit den bundesstaatlichen Regierungen und den Organen der Selbstverwaltung bemüht, die auf den verschiedensten Gebieten entstandenen Schwierigkeiten zu bekämpfen und die fortlaufende, ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mehr und mehr hat sich indes gezeigt, daß das System unserer bundesstaatlichen Behörden und Organe dem vollen Gelingen jener Bemühungen hindernd im Wege steht. Beim Erlaß der die Versorgung grundsätzlich regelnden Verordnungen, bei der Errichtung der neuen mit der Ernährungsverwaltung betrauten besonderen Organe, noch mehr aber bei der Ueberwachung der Durchführung der allgemeinen Vorschriften, war bisher eine große Zahl von amtlichen Stellen beteiligt, die keiner zentralen Oberleitung unterstanden und deren Zusammenwirken deshalb von gegenseitigen Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugeständnissen bedingt war.

Dies ist der notwendigen Einheitlichkeit und Schnelligkeit Abbruch.

Der Bundesrat hat den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, „Das Kriegsernährungsamt“, zu errichten. Zur Sicherung der Durchführung können Zuwiderhandlungen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft werden. Die Verordnungen des Bundesrats bleiben unverändert; in dringenden Fällen können aber — unter unverzüglicher Vorlage an den Bundesrat — aufhebende Bestimmungen getroffen werden.

Bei dem Kriegsernährungsamt werden bewährte Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessentengruppen der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Handels, der Seeresverwaltung und der Verbraucher mitarbeiten; die Beschlussfassung wird aber ausschließlich dem Vorsitzenden zustehen. Im Beirat werden Vertreter der Bundesregierungen, der behördlichen Kriegsstellen und der Kriegsgesellschaften Sitz und Stimme haben. Die Anordnungen der militärischen Befehlshaber werden den Maßnahmen der Zentralernährungsbehörde angepaßt. Der aus der Mitte des Reichstages berufene Beirat für Volksernährung bleibt neben der neu geschaffenen Einrichtung bestehen.

Bei dieser neuen, straff-organisierten Regelung wird es möglich sein, die im Reiche greifbaren Nahrungsvorräte vollständig zu erfassen und ihre Verwertung und Verteilung ohne jede Verzögerung in der zweckmäßigsten Weise durchzuführen. Einschränkungen, Anpassung des Be-

darfs, Verständnis für die Notwendigkeit und Schwierigkeit unserer wirtschaftlichen Lage werden selbstverständlich auch weiter vorzudringen sein. Die Organisation kann nur Gewähr leisten, daß innerhalb der Grenzen des Möglichen das Neueste für die Befriedigung der Ansprüche des Bedarfs geschieht.

Die Vorarbeiten zur Einrichtung der neuen Behörde sind im vollen Gange. Der Zeitpunkt, an dem sie ihre Tätigkeit aufnimmt, wird durch den „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben.

Se. Majestät der Kaiser, der den Fragen der Volksernährung ganz besonderes Interesse entgegenbringt, hat sich über die neue Organisation vom Reichskanzler wiederholt ausführlichen Vortrag halten lassen und Allerhöchst genehmigt, daß zum Präsidenten des Kriegsernährungsamts der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, von Batocki, berufen wird. — Die Zusammenfassung der Vorarbeiten steht vor ihrem Abschluß und wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Kaiser Wilhelm-Institut für Biologie.

N. Berlin, 29. April. (Priv.-Tel.) Die heutige Einweihungsfeierlichkeit, über die bereits kurz von uns berichtet wurde, fiel zusammen mit der Hauptversammlung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, an der zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaft, der deutschen Industrie und des deutschen Handels teilnahmen. Verschiedene preussische Minister, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden waren anwesend. Auch der Generalkommandant der Armee, Dr. von Schjerning, wohnte der Einweihungsfeierlichkeit bei. In der ihm eigenen gewählten Weise begrüßte Herr

Geheimrat von Harnack

die Erschienenen und teilte mit, daß die Zahl der Mitglieder auf 213 angewachsen sei. In seinen weiteren Ausführungen bemerkte Herr von Harnack:

„Behrkraft und Wissenschaft sollten die Kaiser Wilhelm-Institute fördern und alle glauben wir, daß die Ergebnisse der Wissenschaft nur indirekt der Behrkraft zugute kommen würden. Wir hatten nicht damit gerechnet, daß die beispiellosen Erfolge unserer inneren Entwicklung von unseren Nachbarn als Kriegserklärung aufgefaßt werden würden. Wir stehen aber da mit ungebrochener Kraft. Wir arbeiten weil wir wollen und weil wir innerlich müssen.“

Schaffen, Organisieren, Disziplinieren! In diesem Dreiklang deutscher Geistes und deutscher Arbeit fanden sich Behrkraft und Wissenschaft zusammen. Unsere Feinde haben die deutsche Wissenschaft und Behrkraft noch enger zusammengeführt als bisher, noch enger als wir es überhaupt für möglich gehalten hätten. Unter tiefem Dank für den Kaiser dürfen wir das Geschick preisen, daß die Kaiser Wilhelm-Gesellschaften noch gerade vor dem Kriege entstanden sind.“

In diesem Zusammenhange erwähnt soann der Redner die Arbeit der einzelnen Institute, gedachte ihrer Entfaltung und Entwicklung, dankte den Ministern und Räten sowie allen Freunden für die Förderung, die sie den Kaiser Wilhelm-Gesellschaften haben zuteil werden lassen.

„Jetzt schon aufzublicken auf die Aufgaben der Gesellschaft nach dem Frieden wäre verfrüht. Aber eines darf heute schon gesagt werden. Die wichtigste Aufgabe, die der zukünftigen inneren Gestaltung Deutschlands gestellt sein wird, innerhalb der fortschreitenden Verstaatlichung und der Zwänge, die da kommen werden, dem Individuum und seinen Kräften Raum zu lassen und das Gleichgewicht der kollektiven, persönlichen Verantwortung zu erhalten, wird die Gesellschaft nur indirekt berühren. Aber als nächste wird sie die Aufgabe ansehen, die reine Wissenschaft neben der angewandten Wissenschaft aufrecht zu erhalten und sich in ihrer Pflege durch nichts beirren zu lassen. „Wissenschaft ist noch nicht Weisheit, am wenigsten königliche Weisheit“, sagt ein hervorragender Philosoph (Trendelenburg in seiner Akademierede 1861), aber sie mag mit den notwendigen Erkenntnissen, die sie erzieht und nährt, der Weisheit dienen, indem sie den Blick tiefer und die Hand sicherer macht. Die Kraft, die uns in diesen ungeheuren Zeiten leitet und erhält, war letztlich gewiß nicht die Wissenschaft, sondern jene auf den Höhen und Tiefen des Lebens gewonnene Weisheit, die mit allen Kräften des Gemütes und des sittlichen Lebens verbunden ist. Das ist die königliche Weisheit, der unbewußt der providencis dei auf dem rechten Wege folgt und so das Ziel gewinnt. Ob sie unserm Vaterlande bis zum Siege und über diesen hinaus erhalten bleiben, ob sie sich fort und fort härter erweisen als die Anläufe der Feinde und als die dunklen Mächte, die ein langer Krieg überall aus der Tiefe ruft und sich dem Heroismus entgegenstellen, den er erweckt? Und möge es unserem kaiserlichen Herrn und Protektor vergönnt sein, in seinem siegreich geleiteten und innig verbundenen Volke den Erfolg für all' das Geldentum zu erleben, das sich als Opfer dem Vaterlande dargebracht hat. Gott erhalte, Gott schütze den Kaiser.“

Nach einem Geschäftsbericht sprach der Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für Arbeits-Psychologie Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kubner über

Deutschlands Volksernährung in der Kriegszeit.

In ersten Teile seiner Darlegung gab Geheimrat Kubner einen Ueberblick über die statistischen Beobachtungen und Folgerungen, die sich für die deutsche Volksernährung durch den Krieg und während des Krieges ergeben haben. Der zweite Teil beschäftigte sich mit psychologischen Betrachtungen. Er kam dabei zu dem Schluss, daß bei geordnetem Verfahren die absolute Sicherheit bestehe, ein Aushungern Deutschlands werde nicht möglich sein. Es unterliege aber keinem Zweifel, daß zur Erreichung dieses Zieles eine energische Zentraleitung notwendig sei, in deren Hände die Zügel der Nahrungsproduktion und Konsumtion liegen. — Der letzte Teil des Vortrages war der Entwicklung der Ernährungsverhältnisse in der Kriegszeit im Zusammenhang mit den amtlichen Maßregeln und vor allem der Preisfrage gewidmet, und es ist charakteristisch, daß selbst in einer so illustren Versammlung scharfe Worte gegen Mißstände unsere Lebensmittelversorgung gesprochen werden konnten, und daß eine Kritik geübt wurde, die in wesentlichen Punkten mit dem zusammenfällt, was wir oft genug über die öffentlichen Mißstände schreiben mußten. „Die Richtlinien des Ernährungswesens für die Kriegszeit wurzeln“, so sagte Geheimrat Kubner, „auf unabweislichen Notwendigkeiten unserer Zwangslage. Sehr spät sind staatliche Maßnahmen zur Durchführung der Volksernährung überhaupt ergriffen worden. Von Anfang an vermehrte man eine zielbewußte Beherrschung des Ernährungswesens in allen seinen Stellen. Es ist unerreulich, hier Kritik üben zu müssen, allein es stehen höhere nationale Interessen in Frage. Eine selbständige Zentraleitung des ganzen Ernährungswesens, die von Anfang an von einsichtiger Seite verlangt wurde, zu schaffen, hielt man für unnötig. Das hat sich später sicher gerächt. Ein einheitliches Ziel schwebte der Leitung vielleicht vor; zur Leitung der Nahrungsmittelproduktion, zur Ausführung und Kontrolle der Verordnungen fehlten die Organe, und der Einfluß auf andere Ämter, statistische Erhebungen wurden erst angeordnet, wenn gerade sich ein besonderes Bedürfnis ergab; auch fehlte es an sachverständigen Beihilfen. Vorarbeiten zu Untersuchungen, die aus der Entwicklung der Lage notwendig folgten, unterblieben; ein prophylaktisches Eingreifen vermehrte man völlig von Fall zu Fall und ohne inneren Zusammenhang entstanden Verordnungen über Verordnungen, deren Durchführung nicht erzwungen werden konnte oder geradezu durchkreuzt wurden. Ein rechtzeitiges Eingreifen nach einem bestimmten großzügigen Programm hätte das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen und die Mitwirkung der Verständigen für sich gehabt. Leider ist heute zu offenkundig, daß das Schifflein führerlos weitergleitet. Das Verhalten mancher Behörden während und zu Anfang der Kriegsjahre ist dadurch zu erklären, daß die maßgebenden Persönlichkeiten auf einen großen Stand des Vorrats rechneten; die mahnenden Stimmen wurden zurückgewiesen, dem Verbrauch der Vorräte wurden keine Zügel angelegt. So wurden verschiedene wertvolle Nahrungsmittel beliebig an Tiere verfüttert, um den Viehstand hochzuhalten, mit dem Erfolge, daß wir Ende 1914 fast vor einer Katastrophe standen. Das für den Menschen bestimmte Brotgetreide war größtenteils aufgezehrt, sodas man zur Einführung der Brotkarte, Beimischung von Kartoffeln und erheblicher Kürzung der täglichen Brotration greifen mußte. Die Brotration ist willkürlich so entstanden, daß die damaligen Vorräte auf die Bevölkerung verteilt wurden. Sie hat irgend einen tiefen Sinn nie besessen. Im Februar und März 1915 folgte die Kartoffelknappheit, die ersten Anläufe zur Preistreibe rei. Nachdem der Schweinebestand vermindert war, reichte man mit den geringen Kartoffelüberschüssen eben noch bis zur neuen Ernte. Der Verlauf der Organisation des zweiten Kriegsjahres enttäuschte noch mehr. Die erwartete und dringend notwendige Erhöhung der Brotration blieb aus, weil trotz einer nicht günstigen Ernte ein noch höherer Prozentsatz als im ersten Jahre der Tierfütterung vorweggenommen wurde und auch für Kornschnaps usw. Brotgetreide geopfert wurde. Die anfänglich verringerte Ausmahlung des Getreides mußte wieder aufgenommen und die Brotration aufs Neue gekürzt werden. Die Interessen der ländlichen Ernährung traten wieder ganz zurück gegenüber einer völlig verfohlen Fleischpolitik.“

Geheimrat Kubner meinte, ein Mangel bestehe nur in der städtischen Ernährung, während auf dem Lande in großen und ganzen die Nahrungsversorgung ausreichend und bestmöglich beliebig sei. Die Brotkartenregulierung fand in vielen Punkten nicht die Zustimmung des Vortrages. Auch dafür, daß die zuständigen Stellen nicht genügend berücksichtigt hätten, fand Herr Geheimrat Kubner scharfe Worte. Er meinte:

Preisfrage

„Unsere ganze Volksernährung ist heute weniger durch die schlechte Versorgung vieler großer Städte und Industriezentren als durch die Folgen einer unerhörten Preistreigerung und durch den Kriegeswucher mit den Nahrungsmitteln aufs Schwerste getroffen. In der allererschamlosesten Weise wird

die Situation ausgebeutet, um schnell die höchsten Gewinne einzustrecken. Von Woche zu Woche seien die Preise enorm in die Höhe getrieben worden. Es wird eine Preisregulierungskommission des Reiches eingesetzt, der theoretisch die Aufgabe zufällt, die Ausschreitungen der Preisbildungen zu vermeiden. Tatsächlich sind diese Bemühungen noch heute ganz allgemeinem Urteil ganz ohne Erfolg gewesen. Die Art und Weise, daß beständig den Interessenten um Erhöhung der Höchstpreise nachgegeben wurde, hat nicht zur Besserung, sondern zur Verschärfung der Lage geführt. Wie die Presse heute offen ausspricht, treiben die Interessentengruppen geradezu ein Spiel mit dieser Wehörde. Zwar ist die unangemessene Verteilung und die Zurückhaltung der Nahrungsmittel strafbar, aber diese Bestimmungen werden nicht oder zu laß ausgeführt. Die Hoffnung auf weitere Preissteigerung führt allgemein zur Zurückhaltung der Ware. Der heutige Verdienst bei Milch, Fleisch und Kartoffeln veranlaßt die Produzenten, weniger den Markt zu bescheiden, da sie ohnedies ein gutes Einkommen besitzen. Die Preissteigerung hat alle Nahrungsmittel ergriffen, auch solche, bei denen irgend welche Erhöhung der Produktionskosten ganz außer Frage steht. Es gibt Landdistrikte, in denen die Milchproduktion und Milchproduktion nicht einen Heller mehr verschlingt als vor dem Kriege. Die Aufzucht einer großen Anzahl vor Schweinen erfolgt mit Nahrungsmitteln, genau wie früher. Der Betrieb der Seefischerei erfordert einen großen Mehraufwand, berechtigt aber nicht zu 10- bis 15fachen Steigerung der Preise. Dasselbe gilt für Süßwasserfische. Die Ernährung und Aufzucht des Wildes kostet — von einigen Luxusjagden abgesehen, die sich trotz Heumangels zuerst eingedeckt haben — auch nicht mehr wie sonst. Ein Teil des Geflügels lebt auch heute noch von Abfällen des Haushaltes mit geringen weiteren Zugaben, und schließlich haben wir doch im vergangenen Jahre zwar in manchen Teilen eine schlechte Ernte, aber doch eine Ernte gehabt, die teilweise die Bedürfnisse deckte. Die Argumente, die für die allgemeine Preissteigerung als eine Notwendigkeit aufgeführt werden, sind also sehr fadencheiniger Natur und werden von niemandem mehr ernst genommen. Der Kleinhändler beschuldigt den Zwischenhändler, dieser den Großhändler als Preisstreiber. Jeder hat seinen Anteil daran, wenn auch vielfach die gegenwärtige Lage wesentlich der Bemüherung durch einzelne Großhändlergruppen zu verdanken ist.“

Die Preisbildung und die Manipulation des Großhändlers, die jede Zufuhr sperren, wenn Höchstpreise angewendet werden, haben durch die andauernde Drangsalierung der Konsumenten zu einer Hochspannung des Mißtrauens in fast allen Kreisen der Bevölkerung geführt, jene ausgenommen, die bei hohem eigenem Verdienst über die Preise der Nahrungsmittel sich nicht aufzuregen brauchen. Die hohen Preise schränken den Verbrauch an Animalien sehr auf ein Minimum ein. Die Ernährungsschwierigkeiten betreffen vielfach gar nicht alle Schichten der früher genannten Arbeiterklassen, sondern hauptsächlich Leute mit mittelmäßigem Einkommen, vor allem solche mit festem Einkommen und die Leute, deren Einkommen im Kriege vermindert ist, wie bei den Familien der Ärzte, Rechtsanwälte usw., bei denen der Mann im Felde steht und die Familie auf sehr dürftigen Zuschuß angewiesen ist.“

Es ist auf diesem Gebiete schleunige Abhilfe nötig. Preisregulierungsbemühungen müssen sobald wie möglich einem gründlichen Eingriff weichen. Die mangelnde Ernährungsorganisation hinter der Front bringt uns politischen Schaden, erbittert die Bevölkerung und gewährleistet außerdem nicht einmal die zweckmäßigste Anwendung der heimischen Nahrungsquellen. Diese letzteren sind aber zugleich wesentlich an dem Gelingen der Nahrungsmittelorganisation beteiligt und zwar so sehr, daß erwogen werden muß, ob nicht der militärischen Gewalt das gesamte Ernährungswesen unterstellt werden muß.“

Hoffentlich werden diese scharfen aber berechtigten Worte an den Stellen gehört, für die sie bestimmt sind, und die die Zügel, wie wir das gestern erst festgestellt haben, leider viel zu lange haben schleifen lassen. In diesem Weltkrieg gibt es nicht nur einen bewundernswerten großen Kampf an der Front, sondern auch einen stillen, aufopfernden Kampf hinter der Front. Auch dieser Kampf hinter der Front muß siegreich durchgeführt werden, wenn der Enderfolg auf unserer Seite sein soll und auch für den Kampf hinter der Front ist zum Durchhalten eine lampfesfreudige Stimmung notwendig. Diese Stimmung muß aber leiden, wenn alles geschieht, was geschehen könnte, um die Verhältnisse zu bessern.“

Berlin - Daxtem, 29. April. (B. A.) Geheimrat von Harnack gab in seiner Rede bekannt, daß der Kaiser vier neue Senatoren ernannt habe: Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Hans Berlin, Geheimrat Professor Archl-Seibelberg, Geheimrat Kommerzienrat Franz Daniel Düsselbock und den kaiserlichen Gesandten in Belgien Geheimrat von Waldhausen-Essen a. d. Ruhr. Von der Mitgliederversammlung seien zu Senatoren gewählt: Mitglied des Herrenhauses von Gwiner, Geheimrat Bergrat Henn, Kommerzienrat von Schmichle-Köln, Geheimrat Kommerzienrat Zuckewerdt-Magdeburg.

sagte er u. a.:
Unsere ganze Volksernährung ist heute weniger durch die schlechte Versorgung vieler großer Städte und Industriezentren als durch die Folgen einer unerhörten Preistreigerung und durch den Kriegeswucher mit den Nahrungsmitteln aufs Schwerste getroffen. In der allererschamlosesten Weise wird

Industriepolitik und Volks- ernährung.

Wenn der Friede geschlossen sein wird, dann werden sich die Heimkehrenden wie die Daheimgebliebenen ohne Ausnahme darauf freuen, bald ohne Schranken ein tüchtig Stück Brot genießen zu können. Uebermächtig wird diese Sehnsucht sein, sie wird die handelspolitischen Kündereien, mit denen man sich jetzt noch die Zeit zu vertreiben scheint, wie Flaumfedern hinwegblasen. Darüber sollte keine Täuschung sein. Aber selbst solche Selbstverständlichkeiten bedürfen noch des Erweises ihrer Notwendigkeit, wenn das hergebrachte Vorurteil ihm widerstrebt. Hört man doch namhafte Industrielle die agrarischen Weisheiten heute noch nachbeten, wo die beiden Voraussetzungen des Agrarschutzes ganz hinfällig geworden sind, nämlich daß der für Agrarprodukte gezahlte Preis die Produktionskosten nicht deckt und daß die heimische Landwirtschaft noch niemals dem wachsenden Inlandsbedarf nur annähernd nachkommen könne.

Vor dem Kriege hatte die Staatsgewalt in gewissem Sinne die Wahl, sie durfte handelspolitisch auch irren. Da wir bis zur Jahrhundertwende mit unserer heimischen Brotfrucht noch so ziemlich langten, da sich der Staatshaushalt in bescheidenen Grenzen hielt, da der Wirtschaftskreis der Bewohner im übrigen das Land empork brachte — was lag am Ende daran? Auch Zölle waren parlamentarisches Kleingeld. Nach dem Kriege trägt der Staat Lasten, die nur die allerintensivste Volkswirtschaft aufbringen kann — sie wird mit überheizten Kesseln arbeiten müssen und so wird die Steigerung der Arbeitskraft zur Höchstleistung reichliche Eiweißnahrung fordern. Zur Herstellung seiner Valuta wird ein ganz gewaltiger Export nötig sein und dieser ist nur unter zwei Bedingungen — neben anderen! — zu erreichen: daß unsere Arbeiter im Inland gleich billig oder billiger leben als im Ausland und daß wir den Käufern unserer Industrie-

produkte draußen den Verkauf ihrer Agrarprodukte herinnen erleichtern. Der Staat wird Handelspolitik treiben unter dem Zwange, unter dem gebieterischen Zwange der Notwendigkeit! Und wie uns dünkt, müßte das Vorgefühl davon schon jetzt in unserem Handelsamt herrschen und die Unterhändler auf ihren Fahrten zwischen Wien und Budapest begleiten...

Allein eine Exportindustrie kann nur ausnahmsweise gedeihen ohne ausgebreiteten und aufnahmefähigen Inlandsmarkt. Der Inlandsmarkt ist es, der die Industrien gesund erhält und groß macht, auf ihm liegt das wirtschaftliche Gewicht. (Wenn wir so oft und so nachdrücklich auf den Export hinweisen, so bloß in Erkenntnis des besonderen, zeitlichen Finanz- und Währungsnotstandes.) Man kann mit gewissem Rechte sagen: Der Markt macht die Fabrik. Ist der Markt klein, so kann die Fabrik nicht groß sein; ist der Markt armselig, so kann die Erzeugung nicht zu hoher Güte und Besonderung gedeihen. Für einen schmalen Luxusmarkt genügt am Ende das Kunsthandwerk; die Industrie braucht große, dichte, zehrkraftige Märkte in tunlichster Nähe vorerst, das fernere Ausland mag sodann als Käufer noch ein übriges tun.

Unsere verehrlichen Klassengegner, die Herren Industriellen, haben sich bisher wenig um das Problem gekümmert, ob überhaupt und wie denn ein Markt zu schaffen und zu gestalten sei. Haben sie doch kaum bemerkt, wie seit der Jahrhundertwende der vorhandene Inlandsmarkt untergraben worden ist. Und doch ist die Kunde davon alt.

Vor einem Menschenalter hat der Statistiker Ernst Engel das berühmte geworden „Engelsche Gesetz“ aus einem gemaltigen Untersuchungsmaterial bloßgelegt: „Je ärmer eine Familie ist, ein desto größerer Anteil von der Gesamtausgabe muß zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden.“ Und weiter: „Die Höhe der Ausgaben für Nahrung wächst bei Abnahme des Wohlstandes in einer geometrischen Progression.“ Dieses erste Gesetz der Haushaltswissenschaft hat sich vielausendfach bestätigt an den aufgenommenen Haushaltsrechnungen aller Länder der Welt. Im Jahre 1909 hat das Statistische Amt des Deutschen Reiches Erhebungen über den Haushalt von etwa tausend minderbemittelten Familien veröffentlicht, die diese Gesetze bestätigen. Im Durchschnitt verwendeten diese Familien von ihrem Einkommen auf Nahrung 45-55 vom Hundert (auf Kleidung 12-64, Wohnung 17-96, Heizung und Beleuchtung 4-07, Sonstiges 19-78). Gliedert man die Familien in drei Wohlhabensstufen (I bis zu 2000, II darüber bis zu 3000, III darüber bis zu 5000 Mark Einkommen), so verschiebt sich der Aufwand wie folgt:

Ausgaben für	Familien		
	I bis 2000 Mark Prozente vom Einkommen	II 2000 bis 3000 Mark	III 3000 bis 5000 Mark
Nahrungs- und Genussmittel	52.3	45.9	36.2
Kleidung und Wäsche . . .	10.7	13.3	14.3
Wohnung und Hausrat . .	17.7	17.8	18.5
Heizung und Beleuchtung . .	4.7	4.0	4.1
Sonstiges	14.6	19.9	27.5

Im Durchschnitt der untersten Stufe geht schon mehr als die Hälfte des Einkommens auf die bloße Nahrung auf — auf Textilerzeugnisse bleibt nur noch dessen zehnter Teil, auf höhere Bedürfnisse (Sonstiges) nur der siebente Teil: Je ärmllicher der Haushalt, umso mehr wird er Käufer von Lebensmitteln, von agrarischen Erzeugnissen einfacher Art!

Es ist diese Auffassung ihrer gegenseitigen Verantwortlichkeit, die sich als die tiefere Ursache der Haltung darstellt, die die Parteien Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, Oesterreichs und Ungarns — um nur einige der Kriegführenden zu nennen — gegenüber dem Internationalen Sozialistischen Büro eingenommen haben. Trotz des tiefen Meinungsgegensatzes, der sie trennt, denken sie gleich uns, daß sich das Exekutivcomité nicht anmaßen darf, als Richter über die Parteien aufzutreten, ohne sie zu handeln oder sich an ihre Stelle zu setzen. Es ist das Band zwischen den Parteien und soll es bleiben. Und es wird es bleiben!

Im Laufe der Besprechungen, die wir mit den Delegationen oder Parteivorständen der verschiedenen Parteien abgehalten haben, sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Meinungsverschiedenheit vor allem die Bestimmung des Augenblicks für den Friedensschluß betrifft.

Die einen wollen den Frieden sofort und um jeden Preis. Sie wollen vor allem das Ende des Krieges. Die anderen verwerfen den sofortigen Friedensschluß, nicht als ob sie Gegner des Friedens wären, sondern weil sie glauben, daß der Friede unter den derzeit gegebenen Bedingungen gebrechlich wäre. Was sie vor allem anstreben, ist das Ende der Kriege überhaupt.

Aber beide Teile erklären in ihren Resolutionen, in ihren Reden und in ihren Zeitungen, daß die Welt dem Augenblick des Friedens um so näher rückt, je klarer sie die Ziele des Krieges erkennt.

Wir haben den Eindruck, daß es möglich sei, auf diesem Wege die Einheit der proletarischen Aktion zu finden.

Sicherlich, noch haben wir nicht die Macht, dem Kriege ein Ende zu machen. Aber indem wir diesem Ziele zustreben, können wir auf den Inhalt des Friedens einwirken, denn von ihm hängt die politische Gestaltung der Zukunft und damit das Schicksal des kommenden Geschlechtes ab. Die Arbeiterklasse hat das höchste Interesse daran, ihrer

gegen die Behauptungen zweier Blätter, wonach die kommunalen Zwiebelvorräte durch Verschulden der Sektion verdoeben wären. Er referierte über die von der Sektion zur Bewertung der Zwiebelvorräte getroffenen Verfügungen, denen man es zu verdanken habe, daß der hiesige Markt mit Zwiebeln versehen ist und die Preise sich auf ziemlich normaler Höhe halten.

Sodann kam der Magistratsrat auf die Kartoffelfrage zu sprechen. In dieser Hinsicht ist die Situation günstiger als in vielen anderen Großstädten. In den letzten Tagen hat die Kartoffelzufuhr einigermaßen abgenommen, da die Kaufleute bei den hiesigen Maximalpreisen nicht auf ihre Rechnung zu kommen vermögen. Nur für die Hauptstadt allein treffen noch Kartoffelendungen ein, von denen täglich zehn bis fünfzehn Waggons in den Handel gebracht werden. Um auch die Kaufleute in die Lage zu versetzen, Kartoffeln nach Budapest ohne Verlust bringen zu können, müßten die hiesigen Höchstpreise für Kartoffeln ein wenig erhöht werden. Bis zur nächsten Ernte ist der Bedarf der Hauptstadt an Kartoffeln vollständig gedeckt. Um diesen Bedarf auch für die nächste Saison zu decken, müßten schon jetzt die geeigneten Maßnahmen getroffen werden. Er beantragt, die Regierung zu ersuchen, sie möge die neuen Höchstpreise je eher ins Leben rufen, den Kartoffelexport möglichst einschränken und eventuell eine Kartoffelzentrale errichten, die die Kartoffelernte in Beschlag nehmen und die Kartoffeln der Bevölkerung des Landes zugänglich machen würde. Es wäre ferner notwendig, den Export nach dem Auslande an bestimmte Prämien zu unseren Gunsten zu knüpfen.

Hofrat Franz Székely schließt sich den Anträgen des Magistratsrates an und konstatiert mit Freude, daß der Magistratsrat dieser wichtigen Approvisionnementfrage eingehende Aufmerksamkeit widmet. Mit Genugtuung muß festgestellt werden, daß die Approvisionierungsverhältnisse bei uns günstiger sind als in Wien und in Berlin. Leider wird die Tätigkeit der Behörden, der wir dies zu verdanken haben, vom Publikum nicht nach Gebühr gewürdigt. Redner kann nicht umhin, den kompetenten Organen der Hauptstadt seine Anerkennung für ihr erspriessliches Wirken auszusprechen. Aber auch der Zehnerkommission kann man nicht jedes Verdienst absprechen.

Dr. Samuel Glucksthal spricht sich gegen den Antrag des Magistratsrates auf Schaffung einer Kartoffelzentrale aus, denn die Errichtung einer solchen Institution liege nicht im Interesse der Hauptstadt. Redner zieht es vor, daß die Hauptstadt selbst für den Kartoffelbedarf des Publikums sorgen möge.

Die Kommission nahm die Unterbreitung des Magistratsrates zur Kenntnis und akzeptierte auch dessen Vorschläge, mit Ausnahme des auf Errichtung einer Kartoffelzentrale bezüglichen Antrages.

Mehl, Gemüse, Eier.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy, Chef der Approvisionierungssektion, referierte hierauf über die derzeit herrschenden Approvisionierungsverhältnisse. Die Versorgung der hauptstädtischen Bevölkerung mit Mehl ging in den letzten Monaten ohne Störung vonstatten. Die Hauptstadt war jederzeit mit ausreichenden Mehlvorräten versehen, so daß den Ansprüchen des Publikums in befriedigender Weise entsprochen werden konnte. Ende April betrug die hauptstädtischen Getreidevorräte 310 Waggons, auf dem Transport befinden sich weitere 60 Waggons, so daß der Bedarf der Budapester Bevölkerung bis zum 19. Mai vollständig gedeckt erscheint. Die Transport-schwierigkeiten sind wohl noch immer nicht gänzlich behoben, doch hat die Regierung der Hauptstadt versprochen, dafür zu sorgen, daß sie stets über die nötigen Getreidequanten verfüge und immer für mindestens zwei bis drei Wochen versehen sei.

Die Regierung beschäftigt sich schon jetzt mit der Frage, wie die neue Ernte verwendet und auf welche Weise der Bedarf der Hauptstadt für das nächste Jahr gesichert werden solle. Die Verwendung, beziehungsweise Verteilung der neuen Ernte wird nach einem System erfolgen, das eine Wiederholung der früheren Kalamitäten ausschließen dürfte.

Der Magistratsrat teilte mit, daß nach längerer Pause jetzt dem Publikum wieder weißes Brot zur Verfügung stehe. Da sich jedoch das Brotmehl wieder anzuhäufen beginnt, wird bald abermals eine Einschränkung der Erzeugung von weißem Brot erfolgen müssen.

Reis und Bohnen werden nach wie vor gegen Karren verkauft; Reis findet verhältnismäßig starken Absatz, während nach Bohnen nur geringe Nachfrage herrscht. Seit dem 18. April verkauft die Hauptstadt auch Hirse, die auch den Ausfuhereien zur Verfügung gestellt wird.

Mit Gemüse ist die Hauptstadt ziemlich reichlich versehen. Die Preise des jungen Gemüses zeigen eine auffallend steigende Tendenz, was die Behörde veranlaßt, energisch gegen die Preistreiber vorzugehen. Dasselbe gilt auch vom Geflügel, dessen Preise geradezu unerschwinglich geworden sind.

Sehr ungünstig haben sich die Verhältnisse auf unserem Eiermarkte gestaltet. Bis Ostern gab es noch reichliche Vorräte, seither ist jedoch die Einfuhr sehr gesunken, infolgedessen die Vorräte bedeutend inappet geworden sind. Er beantragt, die Regierung zu ersuchen, daß in Ungarn eine staatliche Eierzentrale errichtet werde, daß ferner die Regierung die Eierzufuhr nach Deutschland und Oesterreich kontingentiere.

Dr. Samuel Glucksthal wünscht, daß das Kartensystem für Bohnen aufgehoben werde. Was die Eierfrage betrifft, müßte die Regierung dafür sorgen, daß der Eierbedarf des Landes stets gedeckt werde. Dies könne nur durch zentralisierte behördliche Einkäufe erreicht werden. Er wünscht daher, die Regierung möge eine Zentrale errichten, die einheitlich die Eier im Lande einkaufen würde; der Ueberfluß könnte nach einem gewissen Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland aufgeteilt werden.

Friedrich Glucksthal nimmt mit Freude den günstigen Bericht des Magistratsrates über die Versorgung der Hauptstadt mit Getreide zur Kenntnis, äußert jedoch den Wunsch, die Hauptstadt möge sich schon jetzt den nächstjährigen Bedarf sichern. In der Eierfrage schließt sich Redner dem Antrage Glucksthal's an.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy reflektierte noch auf die Bemerkungen Dr. Samuel Glucksthal's und Friedrich Glucksthal's, worauf die Kommission die Mitteilungen des Magistratsrates zur Kenntnis nahm und seine in der Eier-

frage gestellten Anträge annahm. Desgleichen wurde auch der Antrag Dr. Glucksthal's auf Aufhebung des Kartensystems für Bohnen angenommen.

Schweinefleisch und Schweinefett.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy kam dann auf das Schweinefleisch und Schweinefett zu sprechen. Auf diesem Gebiete haben sich die Verhältnisse in letzter Zeit wesentlich verschlimmert, so daß sich die Hauptstadt veranlaßt sah, die Regierung wiederholt um Abhilfe zu bitten. Dieser Tage hat nun der Minister des Innern die Hauptstadt verständigt, daß die Regierung einer entsprechenden Regelung dieser Fragen die größte Aufmerksamkeit widme. Die Frage des Verkaufes von Schweinefett für industrielle Zwecke dürfte schon demnächst geregelt werden. Was den Wunsch der Hauptstadt betrifft, daß die Preise der lebenden Schweine festgesetzt werden, hält die Regierung die Lösung dieser Frage für zu schwierig, als daß sie sich ein positives Resultat davon versprechen würde. Die Regierung ist jedoch bestrebt, durch andere Mittel unmotivierte Steigerungen der Schweinepreise zu verhindern.

Um die seit einiger Zeit herrschende Knappheit in Schweinefett und Speck zu mildern, hat die Hauptstadt beschlossen, von ihrem Schweinebestand (11.000 Stück) von nächster Woche an täglich 100 bis 120 Stück Schlachten zu lassen und das Fett und Fleisch der Schweine dem konsumierenden Publikum zur Verfügung zu stellen. Fett wird nicht verkauft, sondern nur Speck und zwar pro Kopf um Tag 50 Delagramm. Um die Schweinefettproduktion zu steigern will die Hauptstadt die Detailpreise des Schweinefettes in entsprechendem Maße korrigieren.

Johann A. Horváth glaubt, der Mangel an Schweinefett könne nur behoben werden, wenn die Regierung entweder die Höchstpreise für Schweinefett und Speck aufheben oder sie auf 7 bis 8 Kronen erhöhen würde.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy hält für das einzige Mittel, das eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen könnte, die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine.

Ministerialrat Johann Serbán bemerkt, daß die Fackelkreise eine Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine als undurchführbar bezeichnen, doch selbst in dem Falle, wenn sie möglich wäre, würden wir nach Ansicht des Redners nicht um ein einziges Kilogramm Schweinefett mehr bekommen und würde um kein einziges Schwein mehr aufgetrieben werden. Schweine werden aus dem einfachen Grunde nicht aufgetrieben, weil es nur sehr wenig Schweine im Lande gibt. Die Züchter waren nicht imstande, zu züchten, weil sie nicht über das nötige Futter verfügten. Die Regierung war nämlich gezwungen, das ganze vorhandene Futter zu requirieren. Nicht nur in Budapest herrscht Mangel an Schweinefett, auch in der Provinz und auch in Wien. Welche Maßregeln auch immer getroffen werden mögen, werden sie so lange erfolglos bleiben, bis den Züchtern der nötige Mais zur Verfügung steht.

Emerich Kémeth spricht sich gegen eine Aufhebung der Höchstpreise für Schweinefett aus.

Dr. Josef Stern bringt die unerhörte Steigerung der Seifenpreise zur Sprache. Kein anderer Industrieartikel ist im Preise so hoch gestiegen, wie die Seife. Die Preise der Seife sind um zirka 500 Prozent höher, als in normalen Zeiten, dabei ist die Qualität der Seife unter aller Kritik. Redner wünscht, daß die Regierung in einer dringlichen Eingabe ersucht werde, Höchstpreise für Seife festzusetzen und auch die Qualität der Seife zu bestimmen.

Dr. Samuel Glucksthal reflektiert auf die Ausführungen des Ministerialrates Serbán. Die Zehnerkommission hat niemals gegen wirtschaftliche Unmöglichkeiten gekämpft, sie kämpft nur gegen administrative Unmöglichkeiten. Die begangenen administrativen Fehler sind allein schuld an den herrschenden Verhältnissen. Redner glaubt, daß man die Lage nur so bessern könnte, wenn man den jeweiligen Marktpreisen der lebenden Schweine entsprechend die Preise für Schweinefleisch, Fett und Speck feststellen würde.

Bürgermeister Dr. Bárczy spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, denn im Falle einer Verwirklichung dieser Idee würden die lebenden Tiere den Budapester Markt meiden.

Dr. Franz Springer lehnt ebenfalls den Antrag Glucksthal's ab. Die öffentliche Meinung hält eine Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine für das einzige Mittel, das Abhilfe bringen könnte. Kann jedoch dieses Mittel nicht angewendet werden, müssen wenigstens die Fettpreise entsprechend erhöht werden.

Sektionsrat Julius v. Késhely bemerkt, die Regierung pflege in dieser Sache fortwährend Beratungen, die sich auf sämtliche Einzelheiten der Frage erstreckten. Gegen eine Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine wurden von Fachkreisen gewichtige Argumente ins Treffen geführt. Man kann mit derartigen Sachen keine Experimente machen. Die Regierung wird die Verordnung über die Höchstpreise einer Revision unterziehen und bestrebt sein, auch ohne Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Tiere die Frage in befriedigender Weise zu lösen.

Budapest, 4. Mai.

(Der Bedarf der Hauptstadt an Kohle und Holz.) In der heutigen Sitzung der Zehner-Kommission für Volksversorgung referierte Magistratsrat Dr. Emil Bita, Chef der volkswirtschaftlichen Sektion, über die Verfügungen der Hauptstadt zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung an Kohle und Brennholz. Unter anderem hat die Hauptstadt, die dabei vom Ackerbauministerium in anerkannter Weise unterstützt wurde, zur Lieferung von 23.000 Waggons Brennholz Verträge geschlossen. Das Holz wird sukzessive bis zum 1. Mai 1917 geliefert werden. Dr. Bita beantragte sodann, die Regierung um Festsetzung von Höchstpreisen für Brennholz zu ersuchen. Zum Schluß äußerte der Magistratsrat den Wunsch, daß das Publikum darauf aufmerksam gemacht werde, schon jetzt mit der Beschaffung des nötigen Heizmaterials zu beginnen, da die Zufuhr später mit großen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Die Kommission nahm die Mitteilungen des Magistratsrates zur Kenntnis, dessen erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete Dr. Josef Stern mit warmen Worten würdigte.

(Die Preise der Lebensmittel.) Die heutige Preisliste der Budapester Viehmarktkasse verzeichnet abermals eine Steigerung der Schweinefleischpreise. Die Preise des kommunalen Lebensmittelbetriebes sind seit gestern unverändert geblieben.

Pester Lloyd

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Sitzung der Zehner-Kommission.

Die Zehnerkommission für Volksversorgung, die hinlänglich Gelegenheit hatte, sich von ihren früheren Anstrengungen zu erholen, ging heute nachmittags mit frischen Kräften daran, die schwierigsten Probleme unserer Approvisionnement zu lösen. Ist die Kommission seit dem Austritt Dr. Wilhelm Bárczy's und Dr. Georg Plattky's an Zahl auch geschwächt, ihr Eifer, die Approvisionierungsverhältnisse nach Möglichkeit zu verbessern, ist unverändert geblieben.

Dieser Eifer machte sich besonders bei der Verhandlung der Schweinefettfrage geltend, und obgleich die Debatte kein positives Resultat brachte, muß man den guten Willen der Mitglieder der Kommission, dem Publikum die Existenz zu erleichtern, anerkennen. Da sich die von den Kommissionsmitgliedern angeregten Ideen leider nicht verwirklichen lassen, mußte die Kommission sich vorläufig darauf beschränken, die Erklärung der anwesenden Vertreter der Regierung, daß die Regierung bestrebt sei, die Schweine- und Schweinefettfrage in befriedigender Weise zu regeln, sowie die Maßregeln der Approvisionierungssektion zur Erleichterung der Versorgung des Publikums mit Fett, zur Kenntnis zu nehmen.

Mit Befriedigung vernahm die Kommission aus dem Munde des Magistratsrates v. Follusházy, daß die Verschönerung der Budapester Bevölkerung mit Mehl bis zur neuen Ernte vollständig gesichert erscheint. In der Kartoffel- und in der Eierfrage wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, deren Verwirklichung auch auf diesen Gebieten günstigere Verhältnisse schaffen dürfte.

Besondere Erwähnung verdient ein Antrag Dr. Josef Stern's, der die horrenden Steigerungen der Seifenpreise zur Sprache brachte und um dringende Abhilfe bat.

Der Antrag des Herrn v. Follusházy, wonach der Verkauf des Jausenlöffels in den Kaffeehäusern verboten werde, konnte wegen vorgerückter Zeit heute nicht mehr verhandelt werden.

Zwiebeln und Kartoffeln.

Die Sitzung eröffnete Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy.

Magistratsrat Dr. Eugen Márkus, Chef der Sektion für Stadtwirtschaft, die bekanntlich mit der Leitung der Gemüsesektion der Hauptstadt betraut ist, verwahrte sich zunächst

5. / 10. 1916

Die Approvisionnement der Hauptstadt.
Sitzung der Zehner-Kommission.
Die hauptstädtische Zehner-Kommission hielt heute nach langer Pause unter Vorsitz des Bürgermeisters Stephan Bärzly wieder eine Sitzung, in welcher eine ganze Reihe von Approvisionierungsfragen verhandelt wurde. Präsident eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß vor Eintritt in die Tagesordnung Magistratsrath Dr. Eugen Märfkus in zwei Angelegenheiten Unterbreitungen machen will.

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Sitzung der Zehner-Kommission.

Die hauptstädtische Zehner-Kommission hielt heute nach langer Pause unter Vorsitz des Bürgermeisters Stephan Bärzly wieder eine Sitzung, in welcher eine ganze Reihe von Approvisionierungsfragen verhandelt wurde. Präsident eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß vor Eintritt in die Tagesordnung Magistratsrath Dr. Eugen Märfkus in zwei Angelegenheiten Unterbreitungen machen will.

Erdäpfel und Zwiebel.

Magistratsrath Dr. Eugen Märfkus reflectirt auf die Angriffe eines Blattes, in welchem behauptet wird, daß große Mengen Zwiebel verdorben seien. Redner gibt eine Erklärung ab, die sich mit dem Communiqué der Section deckt. Die Kommission nahm die Erklärung zustimmend zur Kenntniß. Redner theilt die Erdäpfelpreise mit. Die von der Hauptstadt in Verkehr gebrachten Erdäpfel werden zum Preise von 18-20 S. per Kilogramm verkauft, während sie in Wien 34 S. kosten. Um dieselbe Zeit des vorigen Jahres kosteten Erdäpfel hier 24 S. Die Hauptstadt ist bis Anfang Juni mit Erdäpfel versehen, so daß bis zu der neuen Ernte ein Mangel nicht eintreten kann. Um für die Zukunft vorzusorgen, beantragt er, an die Regierung eine Unterbreitung zu richten, damit im Einvernehmen mit Oesterreich baldmöglichst die Maximalpreise für Erdäpfel festgestellt und gleichzeitig eine Erdäpfelcentrale errichtet werde. Ueberdies soll der Export kontingentirt und für denselben Prämien eingehoben werden. Der Waarenverkehr des Küchengärtnerzweigs betrug in der Zeit vom 16. Juni 1915 bis 2. Mai 1916 201 Waggons Zwiebel, 179 Waggons Kraut, 193 Waggons gemischtes Grünzeug, 19 1/2 Waggons Sauerkraut.

Die Kommission sagte dem Magistratsrath Dr. Eugen Märfkus für seine erfolgreiche Thätigkeit Dank und konstatierte mit Bedauern, daß die Kritik die Grenzen des Wohlwollens weit überschreitet, was jedoch den Magistrat und die Kommission nicht hindern darf, auch weiterhin ihre Pflicht zu erfüllen. Gegen die Errichtung einer Erdäpfelcentrale wurde Einspruch erhoben und dagegen beantragt, die Hauptstadt möge sich rechtzeitig mit Erdäpfeln versorgen. Die Vorschläge wurden angenommen.

Heizmaterial.

Magistratsrath Dr. Emil Vita berichtet über das Heizmaterial, von welchem derzeit genügende Mengen vorhanden sind. Redner hebt be-

Engländern gehindert. Der Zeppelin hatte zwei bemannte Gondeln. Ehe er auf See fiel, hörte man eine gewaltige Explosion und sah eine dicke schwarze Rauchwolke aufsteigen.

Der Papst an Wilson.

Drahtmeldung.

London, 6. Mai.

Das Reutersche Büro meldet aus Washington: Der Apostolische Delegat hat dem Präsidenten Wilson eine Botschaft des Papstes übergeben; ihr Inhalt ist geheim, aber es verlautet, daß diese Botschaft die Befürchtung eines Bruches zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wieder spiegelt.

Eine Zusammenstellung von feindlichen Urteilen über unsere Note finden die Leser auf der 4. Seite.

Die russisch-amerikanische „Annäherungs-Gesellschaft“.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* Stockholm, 7. Mai.

In Petersburg existiert eine sogenannte russisch-amerikanische Annäherungs-Gesellschaft, die eigentlich amerikanisch-deutsche Entfremdungs-Gesellschaft heißen sollte, denn sie ist vor Jahresfrist zu dem ausgesprochenen Zweck gebildet worden, die Vereinigten Staaten gegen Deutschland aufzubekommen. Den Vertretern dieser Gesellschaft hat der abgegangene amerikanische Botschafter in Petersburg, Mister Marge, die hier seinerzeit wiedergegebenen deutschfeindlichen Summheiten anvertraut. Der neue Botschafter Lord Francis scheint die oben erwähnte Sehgesellschaft gar öffentlich unter seine Fittige nehmen zu wollen. Diese Ständalgesellschaft hat nämlich jetzt „zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters“ ein Bankett veranstaltet, zu dem auch die gesamte Petersburger Presse eingeladen ist. Im Namen der letzteren soll der berühmte Boris Esuworin, Redakteur der noch berühmteren „Wescherneje Brestnja“, die Begrüßungsrede halten. Das kann ja sehr lustig werden.

Max Theodor Behrmann.

Um Höhe 304.

Französische Eingeständnisse.

Paris, 7. Mai.

Amlicher Bericht vom Sonnabend nachmittag: In der Gegend von Laffargue führten wir auf die deutschen Gräben bei Orval einen Handstreich aus, bei dem wir Gefangene machen und dem Feinde Verluste zufügen konnten. In der Champagne beschädigte in der Gegend von Somme-Py unser Artilleriefeuer eine deutsche Batterie, die ihr Feuer einstellen mußte. In den Argonnen ließ uns gestern Abend ein Handstreich auf einen kleinen Vorsprung der feindlichen Linie östlich von Binerville in die deutschen Gräben eindringen. Wir nahmen Gefangene mit und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Westlich der Maas hielt das feindliche Bombardement mit großkalibrigen Geschossen und mit Granaten, die erstickende Gase enthielten, gestern und in der Nacht an und erreichte eine unerhörte Heftigkeit in dem Abschnitt der Höhe 304, wo wir einen Teil unserer Gräben auf den Nordabhängen räumten, die vollständig durch das Feuer der deutschen Artillerie zerstört und unhaltbar geworden waren. Unsere Batterien antworteten nicht minder kräftig und hielten das Vordringen des Feindes völlig auf. Ein im Laufe der Nacht auf das Gehölz westlich und nordwestlich der Höhe 304 gerichteter deutscher Angriff wurde mit dem Bajonett zurückgeschlagen. Es bestätigt sich, daß der vorgestern gegen unsere Stellungen nördlich der Höhe 304 ausgeführte feindliche Angriff von einer frischen Division unternommen wurde, die vernichtende Verluste erlitt. Schwaches, anhaltendes Bombardement auf unsere Linie Toter Mann—Cumieres. Westlich der Maas starke Artillerietätigkeit in der Gegend von Vaug.

Amlicher Bericht vom 6. Mai Abends: Im Laufe des Tages ist die Beschießung westlich der Maas, hauptsächlich in der Gegend der Höhe 304 und der Zugänge zur Straße Haucourt—Cones weiterhin sehr lebhaft gewesen. Kein Infanteriekampf. Auf der übrigen Front zeitweilig ausgesetzter Artilleriekampf.

Unter täglich Brot.

Bon

Georg Bernhardt.

Nach langem und bewußtem Zögern hat während der letzten Wochen die deutsche Presse endlich mit Energie die Fragen der Lebensmittelversorgung behandelt. Mit dem erfreulichen Erfolg, daß auch an den amtlichen Stellen die Beschäftigung mit dieser Frage, die ja zweifellos immer sehr eingehend gewesen ist, wieder etwas mehr nach außen hin sichtbar wurde. Auch mancher Mißstand im Außenkreis, an dem das Volk ein besonderes Vergernis nahm, wurde beseitigt. Aber neben diesen erfreulichen Folgen der Diskussion machte sich doch auch eine Schattenseite bemerkbar: Im Ausland glaubte man aus den Aufsätzen der deutschen Zeitungen die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch Deutschlands setzen zu können. Man tröstete sich über die Mißerfolge des Bierverbandes auf militärischem Gebiet damit, daß die Knappheit der Lebensmittel in Deutschland schließlich doch den Willen zum Kämpfen erlahmen lassen und der Hunger uns auch schließlich zum faulsten Frieden zwingen werde. Diese Hoffnung aber baut sich auf einem Wunschwahn auf, auf herrlichen, aber nie geschriebenen Leitartikeln, auf solchen, von denen die Franzosen und Engländer gern haben möchten, daß sie in deutschen Zeitungen gestanden hätten. Denn die Diskussion über die Nahrungsmittelfrage bei uns drehte sich lediglich um die Organisation, nicht aber um die Menge des Vorhandenen.

Wir würden uns vor der Welt lächerlich machen, wenn wir behaupten wollten, daß wir in Beziehung auf Lebensmittel und Rohstoffe im Ueberfluß leben. Es ist selbstverständlich, daß die englische Blockade und der dauernde Druck Englands auf die Neutralen nicht ohne Wirkung auf unsere Versorgung geblieben sind. Wir sind knapp. Das wissen die draußen Lauernenden genau so gut wie die drinnen Wirtschaftenden. Aber wir haben trotz alledem und alledem genug, um damit durchzuhalten. Und wir haben den Trost, daß dank der Produktivität unserer Landwirtschaft und unserer Industrie es bei uns immer noch unendlich viel besser aussieht, als es in England aussehen würde, wenn es uns gelänge, die britischen Inseln vom Weltverkehr selbst viel weniger durchgreifend abzuschließen, als Deutschland abgeschlossen ist.

Nach dem Kriege wird die Auseinandersetzung darüber unausbleiblich werden, ob das Ziel, das der deutschen Landwirtschaft bei der Einleitung der schutzöllnerischen Wirtschaftspolitik vorgeschwebt hat, in vollem Umfange erreicht ist. Aber schon heute muß gesagt werden, daß kein anderer europäischer Industriestaat auch nur annähernd in gleicher Weise sich selbst mit Getreide und Vieh versorgen kann wie Deutschland. Die Frage ist nur, ob die Ergänzung und die Verteilung des Vorhandenen so rechtzeitig und so umfassend und mit so geeigneten Mitteln organisiert worden ist, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Wir Deutschen sind stolz auf unser Organisationstalent, auf dem im Frieden die Erfolge von Deutschlands Handel und Deutschlands Industrie beruhten. Und das beispiellose Gelingen unserer Mobilmachung in militärischer und eisenbahntechnischer Hinsicht, das wundervolle Funktionieren unseres finanziellen Apparates in den schweren Anfangszeiten des Krieges hatten noch dazu beigetragen, den Glauben an unsere Organisationsfähigkeit in uns zu befestigen. Es kam dann die rechtzeitige und umfassende Organisation der Verteilung des Brotgetreides hinzu. So daß die Daseinsgebliebenen zunächst ohne Sorge — vielleicht sogar allzu sorglos — von den Vorräten des Landes zehrten. Von Anfang an gab es allerdings einzelne Ängstliche, die sich ihre Speisekammern und Kellereien vollstopften. Sie wurden ausgelacht und gingen nach und nach auch selbst an einzusehen, daß sie überängstlich gewesen waren. Dann aber fehlte bald hier, bald da etwas. Selbst die Kartoffeln, die wir in überreichem Maße ernteten, kamen nicht in genügender Menge auf die städtischen Märkte. Das gab der Angst von neuem Nahrung. Das Volk, das die komplizierten Zusammenhänge unserer Volkswirtschaft nicht zu durchschauen vermag, glaubte an dauernden Mangel, und so wurde denn

9. IV. 1916

Anzeigenpreis in Köln 7,450 3, in Deutschland 9,4 vierteljährlich.
Anzeigen 60 3 die Zeile oder deren Raum, Reklamen 3 4

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 2807

Haupt-Agenturen: Koblenz C. Heidenheim, Lohrstr. 129. Krefeld J. P. Houben
Lennep Ad. Mann, Mainz Mainzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz, Mülheim
(Ruhr) H. Baedekers Buchh. M., Gladbach E. Schellmann, Neuß H. Garenfeld.
Neuwied W. Bierbrauer, Remscheid C. A. Kochenrath, Rhaydt O. Berger, Ruhrort
Andrae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg W. Brinck,
Markt 16. Söllingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertret. in
Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse,
Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank, Bremen Herm. Wälder, Wilh. Scheller.

Eine dringende Forderung.

Vom Ersten Beigeordneten A denauer (Köln).

Die Klagen über die Unzulänglichkeit unserer Nahrungsmittelwirtschaft sind nachgerade allgemein geworden; von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten geht durch die ganze Presse der Ruf, es müsse Abhilfe geschafft werden; eine wirtschaftliche Diktatur sei nötig, die das ganze Gebiet der Lebensmittelwirtschaft nach einem einheitlichen Wirtschaftsprogramm regelt. Vorschläge für ein solches Programm sind von vielen Stellen gemacht worden. Namentlich der Antrag des Deutschen Städtetages vom 12. April d. J. an den Reichskanzler betreffend Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im kommenden Erntejahr hat, als von einer so maßgebenden Körperschaft ausgehend, weite Beachtung gefunden. Der Vorstand des Städtetages fordert ein sich auf das ganze Erntejahr erstreckendes Programm, das sich auf die wichtigsten Nahrungsmittel beschränken, Stadt und Land gleichmäßig bedenken müsse, und stellt dann hinsichtlich der Brot- und Mehlversorgung, der Kartoffeln, der Zuckerbestände, der Fleischversorgung, der Butter- und Milchversorgung und der Gemüseversorgung Forderungen nach einer regelrechten Bewirtschaftung der vorhandenen bzw. neu zu erntenden Vorräte auf. Ähnlich fordern die politischen Parteien zweckentsprechende Bewirtschaftung und Verteilung der vorhandenen Vorräte und weiter Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Beurlaubung der Landwirte, Stellung von Kriegsgefangenen, Verteilung der Düngemittel usw. Die Verteilung und Preisregelung der vorhandenen Vorräte spielt in allen Programmvorschlügen die Hauptrolle; mit der Produktion beschäftigt man sich zwar auch; aber nur insoweit, als man möglichst Steigerung der Produktion und der Unterstützung aller dahinzielenden Bestrebungen verlangt.

So allgemein demnach möglichst Förderung der landwirtschaftlichen Produktion verlangt wird, die Forderung einer allgemeinen Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird in eigenartiger Weise in der Öffentlichkeit wenig erhoben. Ein Wirtschaftsprogramm muß aber an allererster Stelle eine Regelung der landwirtschaftlichen Produktion, ein Anbauprogramm enthalten, an zweiter Stelle kommt die möglichstste Steigerung dieser Produktion und erst an dritter Stelle die richtige Verteilung der planmäßig erwirtschafteten Vorräte. Das geforderte Wirtschaftsprogramm soll die Ernährung des Volkes sicherstellen. Zur Sicherstellung der Ernährung genügt aber die gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Vorräte nicht, wenn nicht genügend Vorräte der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse im richtigen Verhältnisse zueinander vorhanden sind. Was hilft es z. B., wenn wir reichlich Kartoffeln — relativ genommen — haben, aber keinen Zucker und keine Hülsenfrüchte!

Trotz dieser Binsenwahrheit, trotzdem auch z. B. Richard Calwer in seinen kriegswirtschaftlichen Veröffentlichungen schon mehrfach auf sie hingewiesen hat, hat man bisher ein Anbauprogramm für die hauptsächlichsten Nahrungs- und Futtermittel nicht aufgestellt. Man überläßt es dem freien Willen des einzelnen, welche Früchte er zum Anbau nehmen, ob und welche menschliche Nahrungsmittel oder ob er Futtermittel anbauen will. Erst hinterher, wenn angebaut ist, macht man Anbaustatistiken, sucht aus diesen zu errechnen, wieviel Roggen oder Weizen oder Hafer oder Gerste oder Zucker man ernten wird, und bemüht sich dann um die Verteilung dieser nicht nach planmäßigen Gesichtspunkten geernteten Vorräte. Stellt sich heraus, daß ein für die allgemeine Ernährung sehr wichtiges Nahrungsmittel vielleicht nur in geringen Mengen, ein anderes, das aber jenes gar nicht ersetzen kann, relativ reichlich vorhanden ist, so findet man sich damit ab. Den Anbau so sich selbst zu überlassen, würde noch einigermaßen angehen, wenn die deutsche Landwirtschaft bei Kriegsausbruch auf — wenn auch knappe — Versorgung der gesamten Bevölkerung mit allen notwendigen Nahrungsmitteln und Futtermitteln im richtigen Verhältnis zueinander eingestellt gewesen wäre und wenn man die Preisbildung, die dies glückliche Ebenmaß der Anbauverhältnisse zustande gebracht hätte, im Kriege nicht durch gesetzgeberische Eingriffe geändert hätte. Man könnte alsdann annehmen, daß auch ohne gesetzgeberisches Eingreifen diese denkbar günstigsten Anbauverhältnisse günstig bleiben würden. Leider aber treffen beide Voraussetzungen nicht zu. Unsere Landwirtschaft war vor Kriegsbeginn nicht darauf eingestellt, uns mit allen notwendigen Nahrungs- und Futtermitteln, wenn auch in bescheidenem Maße, zu versehen; so hatten wir, um eines herauszugreifen, viel zu viel Zucker, den wir darum in großen Mengen ausführten, und andererseits einen, auch den geringsten Ansprüchen nicht genügenden Anbau von Futtermitteln.

War so das für eine Autarkie notwendige Ebenmaß in den Anbauverhältnissen von vornherein nicht vorhanden, so kommt hinzu, daß durch die willkürlichen Verschiedenheiten in der Höchstpreisfestsetzung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein großes wirtschaftliches Durcheinander angerichtet worden ist. Welche Grundzüge und Erwägungen für die Bemessung der einzelnen Höchstpreise maßgebend waren, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis; daß sie aber in keinem innern Zusammenhange miteinander stehen, das tritt klar zutage. Durch sie sind jedenfalls die wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen bisher die Anbauverteilung beruhte, vollständig verrückt worden. Außer den Boden- und Klimaverhältnissen war für die Art der zur Friedenszeit im Inlande erzeugten Erzeugnisse und für das Mengenverhältnis in der Erzeugung der

8. Sitzung
am Mittwoch, 10. Mai, 7 1/2 Uhr abends.

Kapp (L.):

Bei der Verteilung der Streichfette herrschen unleidliche Zustände. Die Aufgabe ist schwer; aber es ist doch vieles nicht so geschehen, wie es hätte sein sollen. Von manchen Seiten sind verschiedene Vorschläge zur Besserung gemacht. Ob diese brauchbar sind, weiß ich nicht. Die Kommission hat mehrmals eine Besserung in Aussicht gestellt, aber sie ist noch nicht erfolgt. Wir haben in Hamburg genug Streichfette. Wir haben auf den Kopf der Bevölkerung ein Viertelpfund in der Woche, und noch einen Ueberschuß. Eine Neuregelung der Verteilung ist für die allernächste Zeit dringend nötig. Das sind wir unserer Bevölkerung schuldig, damit sie sich beruhigt, und damit die Ansammlungen auf der Straße aufhören. Ich bitte um Aufklärung der Bürger, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, damit die Ansammlungen vermieden werden.

Platen (B. L.):

Es ist richtig, daß die Organisation der Verteilung der Lebensmittel in Deutschland alles zu wünschen übrig läßt. Wir werden damit getrübt, daß bald eine gute Ernte zu erwarten ist. Trotzdem müßte aber die Organisation besser sein. Es ist noch sehr viel Ware in Deutschland. In den Zeitungen werden sehr viele Waren angeboten; mancher Inserent hat sich Ware der verschiedensten Art zusammengeranscht, wovon er wahrscheinlich nichts versteht. Es ist tief bedauerlich, daß die Moral eines Teiles der deutschen Bevölkerung im Argegefallen ist. Wir müssen fordern, daß auch hier in Hamburg solchen Inseraten nachgegangen wird, und daß die rüchlichstlofen Beschlagnahmen erfolgen. Auf einen derartigen „Handel“ darf man keine Rücksicht nehmen. Man staunt über manche Preise, z. B. für Eier, und auch darüber, daß baltische Kaufleute in Mecklenburg so viel Spargel aufkaufen. Darauf hat ein sonderbarer Kauf gemeint, diese Aufkäufe verbesserten unsere Lage. Da so viel Spargel da ist, müßte er ein billiges Volksnahrungsmittel sein. Unglaubliche Preistreiber sind auch beim Eisenhandel vorkommt, obgleich keine Veranlassung dazu vorliegt. Daß das Aerger und Verdrüß schafft, ist klar, und das spiegelt sich in der Stimmung der Bevölkerung wider.

Allerdings haben wir auch mit manchen Ungehörlichkeiten der Behörden zu rechnen. Wir haben z. B. jetzt Viehhandelsverbände. Mühte man den dänischen Viehkommissionären, die zu Ötern nach Hamburg kamen, sagen, sie dürften nur einen Höchstpreis von 1,90 Mk. nehmen anstatt der gewöhnlichen 2,30 Mk.? In Berlin ist viel Fleisch zurückgehalten worden. Daß das in Hamburg auch der Fall ist, glaube ich auf Grund meiner Untersuchungen nicht. Berechnigte Beschwerden werden hier mit allem Nachdruck überholt. Die Fleischkarte bei uns einzuführen, dazu sollte man sich meiner Meinung nach noch nicht entschließen, weil die Schwankungen bei den Viehzufuhren noch zu wenig ausgeglichen sind. Die Fleischkarte kann deshalb noch keine bestimmte, dauernde Norm festsetzen. Schwäbend werden für die Großstädte die lokalen Verbote der Viehansufuhren; ein solcher Partikularismus erschwert die wirtschaftliche Lage sehr. Wir sind in Hamburg allein angewiesen auf die Viehzufuhren aus Preußen. Die beiden für uns in Betracht kommenden Viehhandelsverbände müssen angewiesen werden, Handelsverbände können überstanden sein. Wir wollen jetzt raten sehen. Es sind in Hamburg schon mehrere Geschäfte geschlossen worden, und das hat großen Eindruck gemacht. Am 3. April wurde nach dem „Antzblatt“ ein Milchgeschäft geschlossen; am 6. April hatte der Händler aber noch keine Mitteilung davon, so daß er noch verkaufte.

Den Wunsch, daß die Ansammlungen auf den Straßen aufhören, teilen wir auch. Wir meinen, daß die Brotkarte nicht Mädchen für alles sein kann. Den Händlern muß es angenehm sein, daß der Käufer ihnen eine Karte als Legitimation übergibt. Dann kann der Verkäufer mit der Menge bedacht werden, die er gebraucht. (Sehr richtig!) Es braucht dazu kein großer bürokratischer Apparat geschaffen werden, sondern die Organisation der Kleinhändler kann helfen. Das beste werden farbige Karten für die verschiedenen Tage und die Einteilung der Stadt in Bezirke sein.

Es muß eine weiter ausschauende Brot- und eine weiter ausschauende Kartoffelpolitik getrieben werden. Die Brotration muß im nächsten Jahre so erhöht werden, daß sie ungefähr der Friedensration entspricht. Das ist möglich, wenn das Brottorn nicht mehr aus Vieh verfüttert wird. Wir haben eine Kartoffelernte wie noch nie gehabt; trotzdem besteht noch eine Kartoffelknappheit. Dem Landmann muß aber genau gesagt werden, wie viel Kartoffeln er anbauen muß.

Wir fürchten nicht, daß das Ausland aus diesen Ausfuhren hier Nutzen zieht. Das Ausland weiß gar nicht, wie reich wir an Methoden sind. Wir werden, wenn es nötig ist, die Massenverpflegung einrichten. Wir werden essen, wir werden leben, wir werden siegen! (Bravo!)

Krause (S.):

Es ist sehr schwer, die Lebensmittelversorgung zu regeln. Wenn man vorausgesehen hätte, daß der Krieg so lange dauern würde, hätte man wohl gleich eine andere Politik eingeschlagen. Wir haben genügend Nahrungsmittel; die Ernährung muß aber richtig organisiert werden. Daran fehlt's aber auch in Hamburg. Ich weiß, was alles getan ist, aber es ist doch nicht immer glatt gegangen. Bisweilen hat es bei den Beschlüssen der Kommission für Kriegsverföorgung gehapert. Wir haben wieder eine Kartoffelknappheit. Deshalb sind die leider aufgehobenen Schutenverkaufsplätze wieder eingeführt, aber leider nur zum Teil. In Darmbeck waren die Kartoffeln heute in kurzer Zeit ausverkauft. Trotzdem hat man es abgelehnt, für morgen wieder eine Schute dorthin zu lassen. Das ist eine unglaubliche Kurzsichtigkeit.

Fleisch ist auch nicht genügend da. Das ist auch nicht nötig, aber es muß und kann dafür gesorat werden, daß nicht ein Teil der Bevölkerung immer und ein anderer Teil nie Fleisch bekommt. Ebenso ist es bei den Streichfetten. Denken Sie doch, wie die Frauen, die stundenlang auf der Straße stehen und doch nichts bekommen, sich gegenseitig aufbehalten müssen. Das sollte eine vorausschauende Behörde verhindern.

Ich glaube, auch bei manchem hamburgischen Schlachter könnten Ungehörlichkeiten festgestellt werden. Es wird höchste Zeit, die vielen Fleischkonserven, die man jetzt in Läden sieht, zu beschlagnahmen und an die Bevölkerung abzugeben.

Unsere Kommission für Kriegsverföorgung könnte tun, um unsere Bevölkerung besser zu versorgen. Zum Teil hat aber auch die Nahrungsmittelpolitik des Reiches die Schuld an der verkehrten Verteilung. Die ganze Politik der Höchstpreise ist verfehlt. Das sieht man immer mehr ein, aber wenn man das tut, sollte man sie auch aufgeben. Wenn den Bauern aufgegeben wird, so und so viel Prozente ihrer Ernte abzugeben, wäre alles viel besser.

Dr. Goldfeld (L.):

Eine erschöpfende Behandlung dieser Frage ist hier unmöglich. Ich möchte nur auf die berechtigte Beschwerde Kapps zurückkommen und mich ihr anschließen. Es muß eine Aenderung eintreten.

Jacobey (L.):

Wir haben früher unendlich viel Butter vom Ausland eingeführt. Diese Butter fehlt jetzt, aber trotzdem könnte es bei besseren Maßnahmen besser sein. Viel Schuld tragen die Höchstpreise, die meistens auch noch ganz plötzlich eingeführt werden. Es scheint, daß der Kriegsverföorgungskommission noch immer der nötige Sachverstand fehlt. Ich schlage deshalb vor, noch einmal Herren mit Sachverstand in sie hineinzuwählen.

S. Th. Meyer (S.):

Für seinen Bundesstaat ist diese Frage so schwierig wie für Hamburg, da wir allein auf die Einfuhr aus Preußen angewiesen sind. Die Kommission berät seit Monaten über die Beseitigung der Ansammlungen, aber so leicht ist das nicht.

Die Kommission verfügt nur über die Butter, die ihr von der Zentral-Einkaufs-Genossenschaft überwiesen ist. Das Quantum ist nicht groß. Dann haben wir noch die Butter, die noch im freien Handel ist; diese Menge wird aber immer geringer. Auch Margarine kommt lange nicht so viel nach Hamburg wie früher. Wir können aber diese Butter und Margarine, die hierher kommen, nicht beschlagnahmen oder gleichmäßig verteilen, denn dann haben die Großhändler kein Interesse mehr an der Sache. Deshalb können wir keine andere Organisation schaffen. Anders wäre es, wenn wir ein größeres Hinterland hätten. Das wissen die Herren Jacobey und Kapp ganz genau. Die Ansammlungen würden auch nicht verschwinden, wenn es besondere Karten für besondere Tage gäbe. Wir haben einen andern Vorschlag, sind uns aber noch nicht einig darüber; das ist eine Art Verlosung (Widerpruch), wie man sie so ähnlich bei der Freibant schon eingeführt hat.

Die Frage der Kartoffelversorgung Hartbecks werde ich morgen zur Sprache bringen. Jedenfalls ist aber die Verweigerung einer neuen Schute nicht aus Riedertracht erfolgt.

Mit der neuen Ernte werden wir bessere Betten bekommen. Ich bitte Sie, so lange auszuhalten.

Schumacher (S.):

Die Berichte aus Berlin und Köln über hinterzogenes Fleisch sind nachgetesenermaßen stark übertrieben gewesen. Auch in bezug auf die Hamburger Verhältnisse hätte sich Herr Krause vorsichtiger ausdrücken sollen. Es sind hier zwar zwei Schlachtereien geschlossen, aber nicht wegen Zurückhaltens von Fleisch.

Es sind jetzt auch Höchstpreise für Rindfleisch beabsichtigt. Dazu ist aber die Regelung der Verteilung nötig, und darüber ist man sich noch nicht einig. Mit diesen Höchstpreisen wird es aber hoffentlich besser werden. Die Viehhandelsgesellschaften haben sich nicht bewährt. Wir haben genügend Vieh, aber nicht genügend vorteilhaftes; wir müssen uns noch einige Monate gedulden. Es wird vor allem dafür gesorgt, daß für das Heer genügend geschlachtet wird, und damit sind Sie wohl alle einverstanden.

Ruwoit (R.):

Die Kriegskommission hat für Hamburg getan, was sie konnte. Zu klagen ist nur über die Verteilung. Einige Geschäfte erhalten große Mengen, andere nichts. Es müssen mehr Händler herangezogen und Karten eingeführt werden. Es sind reichlich Lebensmittel in Hamburg vorhanden; man sollte viel mehr zu Beschlagnahmen schreiten.

Krause und Platen beantragen die Niederföorgung eines Ausschusses von neun Personen zur Prüfung der Frage der künftigen Nahrungsmittelversorgung der hamburgischen Bevölkerung.

Jacobey und Genossen beantragen die Niederföorgung eines Ausschusses von neun Personen zur Prüfung der Frage, wie die Verteilung der Nahrungsmittel besser als bisher zu regeln ist.

Zu beiden Anträgen wird die sofortige Wahl des Ausschusses beantragt.

Kapp (L.):

Als Sachmann kann ich sehr wohl ausführen, daß eine bessere Verteilung durchgeführt werden kann. Man könnte ein Kartenz- oder Nummernsystem für Streichfette einführen. Man sollte nicht immer den Kleinhändlern die Schuld geben; sie halten nichts zurück, um höhere Preise zu erreichen. Man möge doch dem Kleinhändler etwas mehr Verständnis entgegenbringen; er hat unter den jetzigen Verhältnissen mit am meisten zu leiden.

S. Th. Meyer (S.):

Die Kommission für Kriegsverföorgung hat sich mit den Fragen der Höchstpreise für Rindfleisch noch nicht beschäftigt.

Süßmeier (S.):

Kapp hat den Kartenz- und Sachverstand abgebrochen. Sie brauchen den aber auch gar nicht, denn sie haben nur zu prüfen, ob die vorgeschriebenen Preise innegehalten werden.

Kapp (L.):

Ein derartiger Ueberwachungsdiensl wie hier ist in keiner anderen Großstadt eingerichtet. Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

Die Anträge auf Einsetzung eines Ausschusses werden angenommen. In den Ausschuß werden gewählt: Ruwoit, Sann, Jacobey, Kapp, Schumacher, Matthesen, Karl Cohn, Platen, Krause.

Zeitung.

1916
11. Mai**Nöte der Lebensmittelversorgung**Aus der Charlottenburger Stadt-
verordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten wurden die Mißstände in der Lebensmittelversorgung, die in den letzten Tagen zu den bekannten Vorgängen geführt haben, erörtert. Die Erklärungen des Magistrats werden mit großer Spannung erwartet, und selbst die Zuhörertribünen sind stark besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Stadtv.-Vorsteher Dr. Frenkel den Inhalt der dringlichen Anfragen, bezw. Anträge mit, und auf seine Anfrage erklärt Oberbürgermeister Dr. Scholz, die Spannung, mit der die Ausführungen des Magistrats erwartet werden, sei durchaus berechtigt, und er halte es unbedingt für seine Pflicht, in aller Deffentlichkeit die Lebensmittelfrage zu erörtern und zwar mit größter Schleunigkeit.

Der Versammlung liegen folgende Anfragen bezw. Anträge vor:

„Die Versorgung der Charlottenburger Bevölkerung mit Fleisch und anderen notwendigen Lebensmitteln hat in den letzten Tagen schwere Mißstände gezeigt, die zu bedauerlichen Ausschreitungen geführt haben. Welche Mitteilungen darüber kann der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung machen, und welche Maßregeln denkt er zu ergreifen, um diesen Mißständen abzuwehren?“ (Liberale Fraktion).

Wann gedenkt der Magistrat eine Fleischkarte einzuführen, die allen Schichten der Bevölkerung die gleiche Menge Fleisch sichert? (Alte Lib. Fraktion).

Der Magistrat wird ersucht: 1. nach dem Muster der süd-deutschen Staaten unverzüglich Fleischkarten einzuführen; — 2. für die Verteilung der städtischen Nahrungsmittel besondere Verkaufsstellen zu schaffen, in denen unter Aufsicht des Handels die Nahrungsmittel unter Leitung und Aufsicht städtischer Organe unmittelbar der Bevölkerung zugeführt werden; — 3. so lange und soweit städtische Verkaufsstellen nicht eingerichtet sind, für eine schärfere Kontrolle der Ladeninhaber zu sorgen und zu diesem Zwecke sämtlichen Mitgliedern der städtischen Körperschaften und sonstigen geeigneten Personen — besonders auch Frauen — im Einvernehmen mit der Polizeibehörde Ausweisarten auszustellen, die zum Betreten der Läden und zur Kontrolle der Art des Verkaufs berechtigen. (Soz. Fraktion).

Sunächst begründet Stadtv. Otto (lib.) die erste dringliche Anfrage. Er weist auf die Knappheit der Vorräte und die hohen Preise hin. „Wieviele unter Ihnen haben seit 14 Tagen kein Fleisch oder kaum nennenswert bekommen.“ Die Mißstände bei der Verteilung, die zu nächstem Warten der Käufer führten, haben die Charlottenburger Bürger in verständliche Erregung versetzt. Der Redner geht dann auf die bekannten Vorgänge ein, die zu ernststen Bedenken Anlaß gaben. Nicht nur in der Fleischversorgung sei eine Stockung eingetreten, sondern auch Milch, Butter, ja Brot seit zeitweise knapp. Der Redner bittet den Magistrat um klare, einwandfreie Mitteilungen, die die erregte Bürgerschaft wenigstens aufklären und damit beruhigen können. Er verkennet nicht, daß wir in einer Zeit großer Knappheit leben, das wissen wir in der Großstadt, der die Vorräte besonders knapp zugemessen zu werden scheinen. Die Mißstände wurzeln tiefer: Der Hebel muß bei den Reichsbehörden eingesetzt werden. Aber trotzdem muß auch die Stadt mitwirken; Zusammengehen der polizeilichen und städtischen Instanzen sei ein wirksames Mittel (Bravo!).

Stadtv. Hirsch begründet den sozialdemokratischen Antrag: Ich selbst habe mir die bedauerlichen Vorgänge mitangesehen. So sehr man allgemein die Ausschreitungen verurteilt, man kann sie verstehen, wenn man die Hausfrauen nächte- und tagelang vor den Läden stehen sieht. Es sind leider keine vereinzelten Fälle von Wucher. Die Feststellungen haben ergeben, daß ein großer Teil der Händler sich unrechtmäßig bereichert. Trotzdem liegen die Wurzeln dieses Übels viel tiefer. Die Regierung hat Fehler begangen, denn erst die Knappheit der Lebensmittel hat das Wuchern ermöglicht. Auch den Stadtgemeinden kann nicht jeder Vorwurf erspart werden. Jetzt ist es zu spät, Vergangenes gut zu machen. Nicht nur Fleisch, auch Butter, Brot und Zucker ist

zeums V zu ~~der~~ Oberrealschule ausgebaut, Ostern 1916 die Obertertia der Oberrealschule, Ostern 1920 und 1921 die Klassen 2 und 1 des Lyzeums errichtet werden.

Ueber den Jahresabschluß des Schillertheaters und des Deutschen Opernhauses 1914/15 berichtet Stadtv. Erdmannsdörffer; dem Ausschuh Antrag, vom Jahresabschlusse genehmigend Kenntnis zu nehmen, wird ohne Erörterung stattgegeben.

Regelung des Wurstverkaufs,

Der Magistrat von Berlin hat eine Verordnung erlassen, nach der die Herstellung folgender Wurstarten zugelassen ist:

Frische Blutwurst mit Semmelzusatz und andere Blutwurst; frische Leberwurst mit Semmelzusatz und Zwiebelleberwurst ohne Semmelzusatz; frische Bratwurst mit Wasser abgerieben und Saucisken sowie andere Bratwürste aus grobem zerkleinertem Fleisch; Brühwurst (Wiener, Jauerische, Breslauer, Bodwurst, Knoblauchwurst, Frankfurter).

Zur Herstellung von Wurst dürfen lediglich das Blut, ferner von den Kramteilen aller Schlachttiere das Geflügel, Gekröse oder Nider und Kalbmaien sowie ein Zehntel des ausgeschlachteten Schweines einschließlich der Fettbauden des Schweines verwendet werden.

Der Preis für ein Pfund bester Ware darf in Berlin bei Abgabe an den Verbraucher die nachstehend benannten Beträge nicht übersteigen: Für frische Blutwurst mit Semmelzusatz 1,20 M., andere Blutwurst 1,80 M., frische Leberwurst mit Semmelzusatz 1,20 M., Zwiebelleberwurst ohne Semmelzusatz 1,80 M., frische Bratwurst mit Wasser abgerieben und Saucisken 1,80 M., andere Bratwurst aus grob zerkleinertem Fleisch 2,00 M., Brühwurst (Wiener, Jauerische, Breslauer, Bodwurst, Knoblauchwurst, Frankfurter) 2,00 M.

Zuwiderhandlungen sind mit hohen Strafen bedroht. Diese Verordnung tritt bereits heute in Kraft.

Das Polizeipräsidium teilt folgende Straffälle mit:

Gemüsehändlerin Luise Schade, geb. Musolf, Berlin, Spenerstraße 3, ist mit 5 M. ev. einem Tage Haft bestraft worden, weil in ihrem Verkaufsraume ein von außen sichtbares Preisverzeichnis nicht angebracht war. — Kolonialwarenhändlerin Frieda Groß, Berlin, Panfstr. 24, ist mit 3 M. ev. einem Tage Haft bestraft worden, ebenfalls wegen Vergehens gegen die Bestimmungen über Preisaushänge. — Die Kaufmannsrau Elise Schäfer, geb. Krüger, Berlin, Frankfurter Allee 8, ist mit 20 M. ev. 2 Tagen Haft bestraft worden, weil sie die Abgabe von Zucker an ein 10jähriges Kind verweigert hat.

Die große Nahrungsfrage im Kriege.

Wie ist zu helfen?

Wien, 11. Mai.

Bald zweiundzwanzig Monate tobt der Weltkrieg. Der eiserne Wall unserer unergleichlichen Truppen schützt unsere Grenzen im Südwesten, und unser treulofer ehemaliger Verbündeter konnte unter unsäglichen Opfern bis heute noch nicht einen Flecken des Grenzgebietes erobern, den wir ihm nicht schon am ersten Tage des Krieges aus, wie sich jetzt zeigt, trefflich voraussehenden strategischen Gründen überlassen haben. Seit Monaten wurden im Osten und im Westen Offensiven angekündigt, anstatt dessen diktieren wir auch weiter ebenso wie unsere Verbündeten unseren Feinden unseren militärischen Willen, und aus den in prahlerischen Reden angekündigten Angriffskämpfen sind verzweifelte Defensivoperationen geworden. Die Mächte des Vierverbandes müssen zur Ueberzeugung gelangt sein, daß mit den Waffen die Zentralmächte nicht niederzuringen sind und ihnen kein Schritt breit Erde abgerungen werden kann, den sie mit dem Blute ihrer Söhne erkämpften. Noch eine Hoffnung scheint die Entente abzuhalten, die einzig richtigen Schlußfolgerungen aus der militärischen Lage zu ziehen: der Erfolg des Aushungerungsplanes. Sie hofft und erwartet, daß die Zentralmächte, ringsum abgeschlossen von allen Zufuhren an Lebensmitteln, durch die Unmöglichkeit des Durchhaltens gezwungen werden, die Früchte ihrer militärischen Erfolge preiszugeben. Eine grausame Hoffnung, aber auch diese kann und wird nicht in Erfüllung gehen. Wenn man die gegenwärtige Lage frei von jeder Befangenheit betrachtet, so muß man immer wieder zu dem Schlusse kommen, daß der Bevölkerung im Hinterlande auch schwere Opfer auferlegt werden, aber nur noch wenige schwere Wochen, knappe zwei Monate sind zu überstehen bis zur neuen Ernte. Diese müssen durchgehalten werden mit strengster Sparsamkeit, mit Anwendung des ganzen staatlichen Verwaltungsapparats, dem die schwere, aber durchaus nicht unlösliche Aufgabe obliegt, die letzten Vorräte an Nahrungsmitteln, wo immer sie verborgen sein mögen, aufzuspüren, den vorhandenen Vorratsaufspeicherungen zuzuführen und mit strenger, schonungsloser Hand die Verteilung durchzuführen. Eine schwere, aber nicht unlösliche Aufgabe, welche auch die verständnisvolle Mitarbeit der gesamten Bevölkerung erfordert. Noch befinden sich Lebensmittelvorräte in den Händen jener Glücklichen, die das Geld und die Mittel hatten, ihre Vorratskammern zu füllen. Auch diese müssen an ihr soziales Pflichtbewußtsein gemahnt werden, und die ganze Bevölkerung wird ihre Opfer um so williger tragen, wenn sie die Gewißheit haben kann, daß dieselben zeitlich begrenzt sind. Und das sind sie!

Von allen Seiten der Monarchie kommen Nachrichten, daß die Felder eine reiche Ernte versprechen. Große Gefahren haben die Saaten glücklich überstanden. Ein milder Winter, ein vorzeitiges Frühjahr, das die Durchführung der Anbauarbeiten förderte, und ein Ausbleiben der gefährlichen Mai-

fröste lassen erhoffen, daß die Aussichten einer glänzenden Ernte sich verwirklichen. Dazu kommt noch, daß der heutige Stand der Saaten bei normalem Witterungsverlauf eine frühzeitige Ernte erwarten läßt. Früher, als am sonstigen historischen Ernteanfang, dem Peter- und Paulstag, wird vielleicht der Schnitt beginnen, und so kann schon die zweite Hälfte Juli uns Mehl der neuen Ernte bringen. Reichliches Grünfütterer erleichtert bereits jetzt die Viehhaltung. Daß wir bald wieder reichliches und gutes Brot haben können, dürfen wir mit Recht erhoffen. Dies gibt uns auch die Möglichkeit, mit unseren Vorräten nicht zu geizen und die Scheunen bis zum letzten Korn zu leeren. Allerdings muß auch die Staatsverwaltung sowie die Verwaltung in großen Gemeinden mit voller Energie unter Zurückstellung aller Rücksichtnahme auf mächtige oder lokale Interessen dafür sorgen, daß jede Gier nach Kriegsgewinnen beim Verkaufe der wichtigsten Nahrungsmittel ausgeschaltet und der Verteilungsprozeß unter strenger, sachgemäßer Kontrolle durchgeführt werde und Brot und Mehl, Kartoffeln und Eier der Bevölkerung nicht nach ihrer Zahlungsfähigkeit, sondern nach ihrem Bedarfe zugeteilt werden. Auch an Kartoffeln besteht kein eigentlicher Mangel, eine vernünftige Regelung der Transporte kann auch hier eine entsprechende Verteilung fördern. Die oberste Herrin der Transportmittel muß natürlich die Kriegsverwaltung bleiben, aber sie wird auch hiebei verständnisvoll mitarbeiten, denn eine Versorgung der Bevölkerung im Hinterlande ist auch zur Erreichung der Kriegsziele notwendig. Aus vielen Gebieten kommen überdies Nachrichten, daß der Anbau der Frühkartoffeln in stärkerem Maße durchgeführt worden ist als in den früheren Jahren, als in den ersten Sommermonaten die ausländischen Zufuhren eine große Rolle spielen konnten. Und auch hier ist die Hoffnung gerechtfertigt, daß dieser vorjorglichen Arbeit der Lohn eines guten Ertrages werden wird.

Eine arge Sorge bildete speziell in Wien die knappe Zufuhr an Eiern. Diese ist zum Glück nicht auf einen Produktions- oder Vorratsmangel zurückzuführen, sondern vielleicht nur auf eine nicht sehr glückliche Organisation, die über der Vorjorge für die Zukunft die Notwendigkeit der gegenwärtigen Bedürfnisse allzu stark außer acht ließ. Die Fleischknappheit kann allerdings im Kriege nicht so leicht behoben werden. Aber eine gute Futterernte wird sie mildern, und wenn Mehl, Brot, Kartoffeln, Gemüse und später Obst in reichlichem Maße wieder zur Verfügung stehen werden, so kann das Einschränken der Fleischnahrung am leichtesten ertragen werden. Die genügende Grünfütterung wird auch die Milchversorgung erleichtern; eine vernünftige Verbrauchsregelung wird und kann bewirken, daß mindestens diejenigen, denen Milchnahrung unentbehrlich ist, sie erhalten. Bedrängt wird die Bevölkerung momentan auch durch die Fettfrage. Wenn man die Ursachen derselben aber kennt, so besteht auch hier die begründete Hoffnung, daß es gelingen werde, diesen Mangel einzudämmen. Auch hier ist vielleicht manches verfehlt worden. Fette haben zu industriellen Zwecken Verwendung gefunden, die besser für die menschliche Ernährung aufgespart werden mußten.

Bankó sorsjegye bankó, das vergessene Nie-
m and! Für die neue 36. Klassenlotterie ist der Vorrath
an Losen nur ein sehr geringer, weshalb wir das ge-
ehrte Publikum ersuchen, daß es seine Bestellungen so-
wohl auf die alten, wie auch auf die neuen Glücksnum-
mern mit Postwendung einsenden möge. Hochachtungsvoll
Bankó Bank A. G., Budapest, Andrássystraße 60.

Dr. Ringers Heilanstalt für Gemüthskranke (Herren
und Damen) 1. Lenkei-ut, Kelenfölder elektrische Haltestelle

Budapester Spaziergänge.

— O, diese Behörden! —

Erdlich eine Woche, wo die Leute total daran
vergessen haben, daß es einen Weltkrieg gibt, und
wo sie es ausnahmsweise einmal ablehnen, sich unter-
einander über das Lebensmittelproblem auseinander-
zusetzen. Nicht etwa weil plötzlich Alles billiger ge-
worden ist oder Herr von Foltusházy irgendwo eine
bisher geheime Erdäpfelquelle aussindig gemacht hat,
sondern einfach deshalb, weil der Bevölkerung von
Budapest und nächster Umgebung der — Appetit
gründlich verdorben wurde. Ein guter Budapester
muß, wie die Verhältnisse einmal bei uns liegen,
einen guten Magen haben und gar manches hinunter-
schlucken können, ja froh sein, daß es überhaupt noch
etwas zu schlucken gibt. Aber schließlich ist auch der
gesundeste Magen nicht aus Blech, und schon gar nicht
eine Zinne, die auch das Ungeheuerlichste aufzuneh-
men bereit ist. Wir sind seit jeher ein sensationsfestes
Völkchen gewesen, denn bei uns ereignen sich zu-
weilen Dinge, deren Niederschrift selbst den blut-
rünstigsten Kolportageromandichter schaudern machen
würden und die kein Kinotheater noch zu bringen ge-
wagt hat, — über einen Mangel an Abhärtung und
Widerstandsvermögen also können wir uns gewiß
nicht beklagen. Der schauerhafte Fall des Czintotaer
Frauenmörders jedoch hat uns den Rest gegeben.
Hier hat die Sensation den Gipfel erreicht, hier end-
lich hat die Attale auf unsere Nerven einen vollen
Sieg errungen. Die bürgerliche Phantasie übergibt sich
angefichts der Uebermacht von Möglichkeiten, wie
solche nur unsere idealen Einrichtungen für Men-
schenschutz zu zeitigen im Stande sind. Ein Verbrechen
wurde entdeckt, so gräßlich unfaßbar, daß sich Einem
der Magen darüber umbreht und alle andern Welt-
ereignisse darüber tief in den Hintergrund zurück-
weichen. Was ist auch ein Kriegsbild, welches die
Verichtung von Menschenleben im offenen Kampfe
darstellt, gegenüber diesem schauerhaften Bild tiefsten
Friedens, auf welchem Menschenleben spurlos ver-
schwinden, und was bedeutet der gesammte Tonnen-
gehalt der englischen Seemacht gegenüber dem
schauerlichen Gehalt der sieben Tonnen in Czintota?

Mag es nun auch das Tagesgespräch sein, es
widerstrebt mir, dem obiosen Falle auch in diesem
Theile des Blattes ein Plätzchen einzuräumen, so
viel sich auch zu der Sache noch sagen ließe, was un-
seren Behörden gar nicht humoristisch um die Ohren
klingen würde. Allein diese Rubrik sei dem Humor,
der ohnedies auch schon knapper zu werden droht,
und nicht der Sensation, die bei uns nicht maximali-
sirt werden kann, geweiht. Von der Czintotaer
Schauerwoche war es gerade genug, so sei denn
wenigstens der Sonntag meiner lieben Lesern und
mir gerettet. Schließlich haben wir ja, dem Himmel
sei es Dank, keinen Grund, sauerköpfig den Kopf
hängen zu lassen, und gerade unsere Behörden geben
uns gelegentlich erheiternde Beispiele, wie schön das
Leben auch ohne wohlfeile Lebensmittel gestaltet wer-
den kann und wie entzückend sorglos es außerhalb
Czintota ist, wenn man sich der Abwechslung wegen
einmal auf — Nationaltänze und nicht immer nur
auf Schweinefett, Rindfleisch, Brotmehl und Hei-
rathsannoncen verlegt. Die neueste Anregung, von
der ich hier spreche, stammt von unserer kommunalen
Behörde, die bekanntlich in besondere Sektionen ein-
getheilt ist. Es sind wohl Glieder eines einzigen
großen Gemeinkörpers, aber mit unterschiedlichen
Funktionen und ganz und gar nicht einheitlich in
ihrer Bethätigung. So mag es freilich vorkommen,
daß die eine Sektion seit Wochen und Monaten nicht
im Stande ist, den Magen des gewaltigen Körpers
zu befriedigen, während die andere Sektion keine an-
deren Sorgen zeigt als die, darüber nachzudenken
und zu debattiren, was mit den jungen Füßen Buda-
pests zu geschehen habe und wie diese am vortheil-
haftesten zu beschäftigen wären. Die Unterrichtssek-
tion unserer Stadt will allen Ernstes die Pflege der
Nationaltänze in den städtischen Schulen einbürgern
und den Csárdás, den Palotás und den „Kár“ zu
obligaten Unterrichtsgegenständen erheben. Sie hat,
wie gesagt, augenblicklich keine anderen Sorgen. Sie
steht auf dem bureaukratischen Standpunkt: was man

mal 83
16

Ernährung und Verbrauchsregelung.

Der Krieg, der die Welt durchtobt, hat in vielfacher Beziehung nicht seinesgleichen in der Geschichte. Militärisch, technisch, finanziell und wirtschaftlich hat er eine Fülle neuer Einrichtungen gebracht, vor denen alles verbläßt, was bisher da war. Was wußte man im Deutsch-französischen Krieg von 1870, der doch keine fünfzig Jahre hinter uns liegt, von Luftschiffen, Wasserflugzeugen, Unterseebooten, Maschinengewehren und Aufgeböten von Millionenheeren? Auch im Russisch-japanischen Kriege, seit welchem noch nicht ganz elf Jahre verflossen sind, kannte man die weissen der heutigen Kriegsmittel noch nicht. Die leichte und glatte Aufbringung von Milliarden in Oesterreich-Ungarn und Deutschland ohne jede fremde Beihilfe ist nicht minder erstaunlich. Aber auch ungeahnte Probleme der Volksernährung haben sich durch die Wesperrung vom Seeverkehr aufgedrängt. Unsere Feinde behandeln Mitteleuropa und sogar auch neutrale Länder wie eine belagerte Festung, die durch Hunger zur Kapitulation gezwungen werden soll. Sieben Vierteljahre dauert bereits diese Wesperrung und Einschränkung, ohne daß die Feinde sagen könnten, daß sie bezüglich der Nahrungsmittel besser daran seien als die von ihnen Belagerten, mit einer Kontinentalperre Belegten, gegen welche die Kontinentalperre Napoleons ein Kinderpiel war. Viel Unangenehmes haben sie unsrer Bevölkerung angetan, aber nichts, worunter sie nicht ebenso schwer leiden würden. Die Zufuhr aus den überseeischen Ländern steht ihnen zwar offen, aber die auf eine unglaubliche Höhe gestiegenen Schiffsfrachten und die hohen Preise, welche die Amerikaner für ihr Getreide, für ihr Vieh usw. verlangen, haben in England und Frankreich eine Teuerung geschaffen, welche der unsrigen in nichts nachsteht. Ja der Weizenpreis ist in London noch viel höher als in Berlin und in Wien. Die Wagenfrage beherrscht einen überaus großen Teil der Welt. In diesem schrecklichen und schon so lange dauernden Kriege müssen der Wagen und der Gaiemen Konzessionen machen, sie müssen auf so manches verzichten, was ihnen im Frieden unentbehrlich schien, und manchen allhergebrachten, lieb gewordenen Gewohnheiten vorübergehend entsagen. Was ist das im Vergleich zu den Gefahren und Entsaugungen des Kriegsschauplatzes? Um durchhalten zu können, mußte schon im ersten Kriegsjahr eine Regelung des Verbrauches durchgeführt werden. Je länger der Krieg dauert, desto mehr häuften sich natürlich, besonders in der Zeit vor der neuen Ernte, die Aufgaben, und sie erwarteten sich auf immer neue Gebiete. Es ist keine Kleinigkeit, unter den gegenwärtigen Um-

ständen für die Ernährung von vielen Millionen Menschen vorzuforgen. In einem seiner Romane schildert Zola den Magen von Paris. Ueber den Magen der großen Städte, das heißt über die Riesermengen von Lebensmitteln aller Art, die zur Ernährung ihrer Bewohner notwendig sind, ist schon viel geschrieben worden, und die darauf bezüglichen statistischen Daten haben immer ein großes Interesse. Ueber den Magen der Stadt Wien gibt das jedes Jahr erscheinende statistische Jahrbuch authentische Aufklärung. Wir wollen nur einiges daraus hervorheben. Nach der letzten, noch für ein Friedensjahr gemachten Zusammenstellung verzehrt Wien in normalen Zeiten jährlich mehr als 200,000 Rinder, 350,000 bis 400,000 Kälber, gegen 800,000 Schweine, abgesehen von den schon in geschlachtetem Zustande nach Wien gebrachten Mengen. Mehr als 1½ Millionen Gänse und Enten, über 4 Millionen Hühner und Tauben, 400,000 bis 500,000 Hasen, nahezu 2½ Millionen Kilogramm Fische wurden jahraus jahrein auf den Markt gebracht. Während des Krieges hat die Gemeinde der Stadt Wien einen Teil der Lebensmittelversorgung mit in die Hand genommen. Neuestens sind ein großes Mühlenunternehmen und ein Lagerhaus von ihr angekauft worden. Ein neugebautes städtisches Kühlhaus wurde kürzlich eröffnet. Die Stadt gehört jetzt zu den Großindustriellen, sie ist auch Großfuhrmann durch den Besitz der elektrischen Straßenbahn und hat seit der Erwerbung der Gas- und Elektrizitätswerke auch ein Beleuchtungsmonopol. Staat und Stadt waren schon im Frieden große Unternehmer, und sie sind es jetzt im Kriege noch mehr geworden.

Die Monate vor der Ernte sind für die Versorgung mit Nahrungsmitteln immer die schwierigsten des ganzen Jahres. Es hat in der letzten Zeit zuweilen bedauerliche Störungen im Lebensmittelverkehr gegeben, aber zu wiederholtenmalen hat sich gezeigt, daß nur übergroße Vorsicht und Menschlichkeit des Publikums die Knappheit verschuldet, die, wie zum Beispiel bei dem Kaffeerummel, in dem Momente wich, als der Andrang in den Kaufläden aufhörte. Man bekommt jetzt ohne Schwierigkeit Kaffee, auch Kartoffeln sind jetzt reichlicher vorhanden, und die Eiernot wird hoffentlich auch bald durch frische Zufuhren beseitigt sein. Auch in Deutschland ist es mit den Eiern derzeit am schlimmsten bestellt. Man ist dort gewohnt, zu der eigenen Eierproduktion noch 40 Prozent des Verbrauches im Werte von mehr als 180 Millionen Mark aus dem Auslande zu beziehen. Bezüglich der Milch ist jetzt infolge der Grünfütterung eine baldige Besserung zu erwarten. Wegen des Mehles braucht man nicht beunruhigt zu sein. Die Einführung der Mehllarte sichert das Auskommen bis zur nächsten Ernte, deren Aussichten glücklicherweise sehr günstig sind. Im vorigen Jahre war die Getreideernte eine der schlechtesten seit Jahrzehnten, während gegenwärtig sowohl aus Oesterreich-Ungarn als auch aus Deutschland, Bulgarien und der Türkei erfreulich gute Berichte kommen. Seit vielen, vielen Jahren, so konnte der deutsche Reichskanzler im Reichstage mitteilen, war über den Stand der Saaten kein so hoffnungsfreudiges Bild wie jetzt zu entwerfen. Bis zur Einbringung der neuen Ernte, die heuer vielleicht vierzehn Tage früher als im vorigen Jahre möglich sein wird, muß man mit Mehl und andern Lebensmitteln sparen. In einer trefflichen Rede, die der Handelsminister Dr. v. Spitzmüller vor einigen Tagen bei der Dekorierung verdienstvoller Arbeiter und Arbeiterinnen hielt, betonte er, daß Arbeiten und Sparen zwei Momente sind, die von altersher immer gepaart waren. Der tüchtigen und ruhigen Arbeit entspreche Kraft innerlicher Zusammengehörigkeit auch die Sparbarkeit. Man werde die Sparbarkeit auch nach dem Kriege brauchen. In seiner Antrittsrede als Minister im Dezember vorigen Jahres hatte Dr. von Spitzmüller auch bereits einen Ausblick in die Zeit nach dem Kriege, in die künftige Friedensarbeit getan. Möge die Zeit bald kommen, in der man an die Wiederherstellung der Güter, an die Behebung der Schäden, die der Krieg gebracht, wird schreiten können! Arbeit mit Sparbarkeit vereint werden rasch die Wunden heilen, die der Krieg geschlagen hat.

Eine Warnung vor Schwarzseherei.

Von Prof. Dr. Paul Elzbacher,
zurzeit Rektor der Handels-Hochschule Berlin.

Seit einiger Zeit hat sich in den Fragen der Volksernährung weiter Kreise eine gewisse Mutlosigkeit bemächtigt. In Berlin, aber auch in andern Städten, sind die Schwierigkeiten groß. Im ersten Kriegsjahr gab es nur die Brotart, jetzt hat man bei einer ganzen Reihe von weiteren Nahrungsmitteln den Verbrauch eingeschränkt. Selbst die geringe Menge von Fleisch, Fett, Butter und Zucker, deren Ankauf freisteht, ist vielfach nicht zu haben. Vor den Nahrungsmittelgeschäften warten die Menschen stundenlang. Viele Nahrungsmittel sind so teuer geworden, daß sie für den Minderbemittelten beinahe unerschwinglich sind.

Unter dem Eindruck dieser Tatsachen liegt die Auffassung nahe, als werde der britische Aushungerungsplan schließlich doch noch gelingen. Nicht wenige Leute sagen sich: im ersten Kriegsjahr sind wir trotz der Abschließung unserer Grenzen noch vortrefflich ausgekommen, im zweiten Kriegsjahr sind die Verhältnisse schon schwieriger geworden, im dritten werden wir durch Hunger zum Friedensschluß genötigt sein. Aber eine solche Auffassung ist irrig. Um die Aussichten des britischen Aushungerungsplanes richtig zu beurteilen, muß man nicht nur die äußern Tatsachen, sondern die wirkenden Kräfte betrachten. Man muß die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten ins Auge fassen, um zu erkennen, ob sie sich im dritten Kriegsjahre steigern oder vermindern werden.

Als wir im August 1914 in den Krieg hineingingen, da war die Frage, ob wir mit den im Inlande erzeugten Nahrungsmitteln auskommen würden, noch ganz ungeklärt. Im Dezember erschien dann das von mir herausgegebene Buch „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan“. Es stellte fest, daß wir mit den inländischen Nahrungsmitteln zwar nicht den bisherigen Nahrungsverbrauch festhalten, aber unsern Nahrungsbedarf durchaus decken könnten, allerdings nur unter der Voraussetzung strengster Anpassung an die Notwendigkeiten des Krieges. Diese Anpassung war freilich zunächst versäumt worden. Sie vollzog sich langsam und unvollkommen. Große Mengen menschlicher Nahrungsmittel wurden unter ungeheuern Nährwertverlusten verfrachtet, auf dem Lande und in den Städten aß man weiter, als ob kein Krieg wäre. Anfang 1915 entschloß man sich dann zu einschneidenden Maßregeln, namentlich zur Einführung der Brotkarte. Im Juli, am Ende des ersten Kriegsjahres, konnten wir uns mit Befriedigung sagen, daß wir trotz der verspäteten Anpassung, trotz aller begangenen Fehler mit unsern Nahrungsmitteln ausgekommen waren. Nunmehr schien alles leicht. In das zweite Kriegsjahr gingen wir mit den Erfahrungen des ersten und mit einer Anzahl fertiger Einrichtungen zur Sicherung unserer Volksernährung hinein. Gleich an seinem Beginn wurden uns durch die Unterwerfung Serbiens die Nahrungsmittel aus Rumänien und Bulgarien wieder zugänglich. So schien es, als ob wir in ihm kaum noch Schwierigkeiten für unsere Volksernährung zu befürchten hätten.

Aber diese rosige Betrachtung der Dinge war nicht gerechtfertigt. Wir mußten für das zweite Kriegsjahr mit einer minder guten Ernte rechnen. In Ostpreußen und im südlichen Elsaß waren die Felder infolge des feindlichen Einbruches nicht in dem Umfang und nicht so gut bestellt worden wie gewöhnlich. Überall hatte es der Landwirtschaft an Chlorsalpeter und andern Stickstoffsalzen gefehlt, jede fehlende Tonne Stickstoff ließ aber erfahrungsgemäß einen Minderertrag von dreieinhalb bis vier Tonnen Getreide erwarten. Dazu kam dann noch die große Dürre, die uns im Mai und Juni 1915 heimsuchte und den Ertrag an Getreide, Zuckerrüben und Futter sehr vermindern mußte. Die Ernte des Jahres 1915 ist denn auch recht schlecht ausgefallen. Die amtlichen Zahlen sind nicht bekannt geworden, aber man hat allein bei den Körnerfrüchten den Minderertrag auf 7 Millionen Tonnen, beim Zucker auf dreiviertel Millionen Tonnen geschätzt, und wie gering die Ausbeute an Futtermitteln war, ist später in der Milchknappheit zutage getreten. Dieser Minderertrag hat durch die gute Kartoffel-, Gemüse- und Obsterte nur einen unvollkommenen Ausgleich gefunden. Auch die seit dem Herbst 1915 möglichen Zufuhren aus Rumänien und Bulgarien boten nur eine geringe Erleichterung. Selbst wenn diese Länder bereit ge-

wesen wären, uns alle ihre überschüssigen Nahrungsmittel abzugeben, hätten wir sie doch nur zu einem kleinen Teil zu uns hinbefördern können, denn der Seeweg war verschlossen, die Donau und die ihrem Lauf folgenden Eisenbahnen aber waren auch noch durch die Zufuhren nach Österreich-Ungarn in Anspruch genommen. Wir werden aus dem Balkan während des zweiten Kriegsjahres schwerlich mehr als eine halbe Million Tonnen Nahrungsmittel erhalten haben, dadurch ist noch nicht ein Zehntel unseres Ernteausfalles ausgeglichen worden.

Zu der schlechten Ernte von 1915 kam der Mangel an Vorräten hinzu. In das erste Kriegsjahr waren wir mit großen Mengen von Nahrungsmitteln aller Art hineingegangen, wir hatten viel Getreide, Hülsenfrüchte, Zucker und Fett gehabt, dazu große Bestände an ausgemästetem schlagtreuem Vieh und so viel Kraftfuttermittel, daß wir unsere Milcherzeugung zunächst beinahe unvermindert erhalten konnten. Diese Vorräte waren infolge unserer späten Anpassung an die Forderungen der Lage bis Mitte 1915 zum größten Teil verbraucht worden. In das zweite Kriegsjahr gingen wir nur mit geringen Vorräten hinein, vor allem mit den 700 000 Tonnen Brotgetreide, die durch die strengen staatlichen Maßnahmen eingesperrt worden waren.

So war die Aufrechterhaltung unserer Volksernährung im zweiten Kriegsjahr ganz bedeutend erschwert. Es war ein Irrtum, wenn Ende 1915 sogar von amtlicher Seite erklärt wurde, nachdem wir einmal das erste Kriegsjahr hinter uns hätten, sei die Frage nicht mehr, ob wir mit unsern Nahrungsmitteln auskämen, sondern daß die vorhandenen Nahrungsmittel richtig verteilt würden. Wir haben während des zweiten Kriegsjahres viel weniger Nahrungsmittel zur Verfügung gehabt als während des ersten. Im ersten Kriegsjahr hatten wir zu unserer Ernährung den Ertrag einer guten Ernte und überreichlicher Vorräte gehabt, während des zweiten Kriegsjahres haben wir von dem Ertrag einer schlechten Ernte und sehr mäßigen Vorräten leben müssen. Das hat sich dann auch in vielen Einzelheiten gezeigt. Der Kartoffelmangel, der während des Winters immer wieder in den Großstädten eintrat, beruhte allerdings auf mangelhafter Organisation, man hatte es versäumt, im Herbst die bis zur Öffnung der Mieten erforderlichen Kartoffelmengen in die Städte zu schaffen. Dagegen hing die Knappheit an Fleisch, Fett und Milch unmittelbar mit der schlechten Getreide- und Futterernte zusammen. Die Zuckerknappheit beruhte darauf, daß nicht nur der Rübenenertrag an sich gering gewesen war, sondern daß man auch Rüben und Melasse in starkem Maße hatte heranziehen müssen, um bei der Ernährung unserer Pferde den fehlenden Hafer zu ersetzen. Wir haben unter diesen Schwierigkeiten gelitten, und jetzt, am Ende des Wirtschaftsjahres, leiden wir unter ihnen im verstärkten Maße. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß wir sie bewältigen werden. Schon seit einem Monat ist das Vieh wieder auf den Weiden, dadurch werden wir in kurzer Zeit von der Milch- und Butterknappheit erlöst werden. Wir ernten bereits das erste Gemüse, im Juli haben wir die Frühkartoffeln und Anfang August das erste Getreide zu erwarten.

Wie sind nun die Aussichten für ein etwaiges drittes Kriegsjahr? Man darf nicht glauben, daß auf das schwierige zweite Kriegsjahr ein noch schwierigeres drittes folgen werde. Alle Tatsachen deuten auf das Gegenteil. Allerdings werden wir auch in das dritte Kriegsjahr keine größeren Vorräte als in das zweite mit hineinnehmen können, insofern haben wir also keine Erleichterung zu erwarten. Dagegen sind wir berechtigt, mit einer sehr viel bessern Ernte zu rechnen. Die schlechte Ernte des Jahres 1915 beruhte auf dem Russen- und Franzosen-einbruch, dem Mangel an Stickstoff und der ungewöhnlichen Dürre. Wir dürfen hoffen, daß wie im vorigen so auch in diesem Jahre unsere Heere den Feind von unsern Grenzen fernhalten werden. Die großen Mengen von künstlichem Stickstoff, die unsere Industrie erzeugt, haben uns bei der diesjährigen Bestellung für den fehlenden ausländischen Stickstoff einigermaßen Ersatz geliefert. Die Dürre des Jahres 1915 war ein so außerordentliches Ereignis, das wir für 1916 nicht mit einer Wiederholung zu rechnen brauchen, bis jetzt ist sogar die Witterung außerordentlich günstig gewesen. So eröffnen sich die besten Aussichten. Die Berichte

über den Saatenstand, die aus allen Teilen von Deutschland einlaufen, lassen auf eine gute Ernte hoffen. Von der Balkanhalbinsel werden wir infolge besserer Verbindungen im dritten Kriegsjahr größere Zufuhren erhalten. Auch die immer noch vorhandenen Mängel der Organisation werden hoffentlich endlich beseitigt werden.

So dürfen wir damit rechnen, daß wir im dritten Kriegsjahr reichlich mit Brot, Kartoffeln, Zucker und Milch versorgt sein werden. Mit Fleisch und Fett werden wir uns auch künftig einrichten müssen, aber es wird nicht mehr die Knappheit bestehen, die jetzt durch die schlechte Ernte an Futtermitteln hervorgerufen wurde, wir werden unsern Verbrauch nur etwa auf das Maß einschränken müssen, wie es vor vierzig Jahren üblich war, und bei dem genügenden Vorhandensein anderer Nahrungsmittel wird diese Einschränkung leicht zu ertragen sein. Erschwingliche Preise über sind etwas, was von der Menge der verfügbaren Nahrungsmittel überhaupt unabhängig ist: Wir können sie jederzeit haben, wenn wir uns zu einer vernünftigen allseitigen Regelung entschließen.

Während man bei Beginn des zweiten Kriegsjahres die Zukunft zu günstig ansah, ist man jetzt, vor Beginn des dritten, eher geneigt, sie zu ungünstig zu betrachten. Man vergißt, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht das Ergebnis einer immer mehr fortschreitenden Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage sind, sondern die Folge einer durch außerordentliche Verhältnisse hervorgerufenen Mißernte. Daß wir dieses schwierige Jahr durchmachen mußten, hat vielleicht sein Gutes gehabt. Erst in diesem Jahre haben wir gelernt, wie viel wir auf dem Gebiete der Volksernährung leisten können und unter was für ungünstigen Verhältnissen wir dennoch imstande sind, von dem Ertrage der einheimischen Landwirtschaft zu leben. Wir haben sozusagen unser Examen in Volksernährung bestanden. Es besteht nicht der geringste Grund zu der Annahme, daß die ungünstigen Verhältnisse des Jahres 1915 sich in diesem Jahre wiederholen und wieder eine so schlechte Ernte zur Folge haben werden. In wenigen Wochen ist das Schlimmste überstanden, und dann werden uns von Tag zu Tag reichlicher die erforderlichen Nahrungsmittel zur Verfügung stehen.

Niemals habe ich es für meine Aufgabe gehalten, zu beruhigen, wo Grund zur Unruhe vorhanden war. Unser Volk soll keine Beruhigungspulver erhalten, es ist würdig, die Lage so zu sehen, wie sie ist. Aber es soll sich auch keine unnötigen Sorgen machen. Wie ich während des ganzen zweiten Kriegsjahres wiederholt mit großem Ernst auf die Schwierigkeiten der Lage hingewiesen habe, so halte ich mich jetzt für berechtigt, vor Schwarzseherei zu warnen. In dem Augenblick, wo oberflächlicher Betrachtung die Gefahr am größten scheint, können wir im Gegenteil auf eine schnelle und sichere Erleichterung unserer Volksernährung zählen.

Die Ansichten des englischen Aus- hungerungsplanes.

Von Prof. Dr. Paul Elshacher,
zunächst Rektor der Landeshochschule Berlin.

Die heiteren Tage sind wieder da. Alles trägt dazu bei, uns mit Mut und Zuversicht zu erfüllen. Die Front unserer Seere im Westen, Osten und Südosten ist nicht nur behauptet, sondern immer weiter vorgeschoben worden. Die letzte Hoffnung unserer Feinde ist der Plan, Deutschland und seine tapferen Bundesgenossen auszuhungern, deshalb üben sie jetzt einen immer stärkeren Druck auf die Neutralen aus, um uns jede, auch die kleinste Zufuhr fernzuhalten. Sie wissen, daß bei uns zur Brotkarte die Butter- und Kartoffelkarte hinzugekommen sind. Die Offenheit, mit der unsere Zeitschriften und Zeitungen unsere wirtschaftliche Lage besprechen und die in Wirklichkeit eine Quelle und ein Zeichen innerer Kraft ist, hat sie mit neuer Hoffnung erfüllt. Nach einundzwanzig Kriegsmonaten halten sie das immer noch für möglich, was ihnen bisher mißglückt ist: uns auszuhungern. So tritt die ernste Frage an uns heran, ob wir wirklich berechnigt sind, der frohen Zuversicht dieser Frühlingstage in unseren Herzen Raum zu geben.

Die Antwort ist nicht ganz leicht. Vor allem gilt es, sich den großen Ueberblick zu bewahren. Die Gefahr für den Betrachter unserer wirtschaftlichen Dinge, im einzelnen stecken zu bleiben, ist groß. Als der Durchbruch durch Serbien gelang und damit für uns die Verbindung mit Bulgarien und Rumänien hergestellt war, da mochte jemand, der einseitig diese Tatsache ins Auge faßte, der Meinung sein, wir seien jetzt aller Sorgen ledig; nun war ja der Ring durchbrochen, den unsere Seener um uns gezogen hatten, und die Nahrungsmittel konnten uns wieder zufließen. Als es dann trotzdem in den großen Städten immer wieder an Kartoffeln, an Milch, an Schweinefleisch und anderen Dingen fehlte, da konnte wieder bei manchem der Eindruck entstehen, als seien wir doch nicht auf die Dauer in der Lage, uns ohne ausländische Zuschüsse zu ernähren. In Wirklichkeit sind die Zufuhren aus dem Osten für die Frage, ob wir wirtschaftlich durchhalten können, von ebenso geringerer Bedeutung wie die Störungen der Versorgung in den Großstädten.

Um die Ansichten des englischen Aus-
hungerungsplanes zu beurteilen, müssen wir prüfen, was wir an Nahrungsmitteln bedürfen und was uns an solchen zur Verfügung steht. Die Frage unseres Nahrungsbedarfes können wir physiologisch feststellen, indem wir untersuchen, wieviel der einzelne Mensch im Durchschnitt an Nährwerten und an dem einzigen unentbehrlichen Nährstoff, dem Eiweiß, bedarf, und auf diese Weise die Menge von Nährwerten feststellen, die für das ganze Volk erforderlich ist. Wieviel wir an Nährwerten zur Deckung dieses Bedarfes zur Verfügung haben, erfahren wir durch die Nachrichten über die Erträge unserer Landwirtschaft, über die Getreide-, Kartoffel- und Rüben- und die Zahl und Art der vorhandenen Haustiere. Leider läßt sich sowohl der Bedarf wie seine Deckung nur ziemlich unsicher feststellen. Die Physiologen streiten über unseren Nahrungsbedarf, und hinsichtlich des Ertrages unserer Landwirtschaft sind wir auf zum Teil recht zweifelhafte Schätzungen angewiesen. Bei dieser Sachlage ist es für die Frage, ob wir in Zukunft auskommen werden, sehr wichtig, sich klarzumachen, wie wir in der Vergangenheit ausgekommen sind. Hier ist sicherer Boden.

Aus dem ersten Kriegsjahr läßt sich nun nicht viel entnehmen. Damals ist die Ernährungsfrage nicht so schwierig gewesen, wie sie zunächst schien. Wir hatten in Deutschland während der Friedenszeit große Mengen von Nahrungsmitteln eingeführt, namentlich auch Futtermittel, aus denen wir Nahrungsmittel erzeugten. Bei Ausbruch des Krieges schätzte man, daß wir in den vorausgegangenen Jahren unmittelbar oder in Gestalt von Futtermitteln nicht weniger als ein Viertel der von uns verbrauchten Nährwerte und ein Drittel des verbrauchten Eiweißes aus dem Ausland bezogen hatten. Aber, was uns im Kriege fehlte, war ja nur ein Viertel von unserem Verbrauch, nicht von unserem Bedarf, der weit geringer war. Wenn wir unseren Verbrauch alsbald auf unseren Bedarf einschränkten, jede Verschwendung von Nahrungs- und Futtermitteln vermieden, namentlich die mit einem so großen Nährwertverlust verbundene Schweinehaltung verminderten, so konnten wir auskommen. In Wirklichkeit haben wir in den ersten sechs Kriegsmonaten unseren Verbrauch nicht vermindert, wir haben weiter gelebt, als ob kein Krieg wäre, und wir sind doch ausgekommen. Das verdanken wir unseren großen Vorräten. Was für Mengen an Nahrungsmitteln, an Getreide, an Hülsenfrüchten, an Zucker, an Fett, an schlachtreifem Vieh bei unseren Landwirten, unseren Groß- und Kleinhändlern vorhanden waren, das ist erst im Laufe des Krieges völlig klar geworden. Diesen eisernen Bestand haben wir im ersten Kriegsjahre zum größten Teil verbraucht. Aber weil wir nur mit seiner Hilfe durchgehalten haben, deshalb haben wir den Beweis, daß wir unsere Ernährung mit eigenen Mitteln bestreiten können, in jenem ersten Kriegsjahre nicht erbracht. Unsere Feinde konnten immer noch hoffen, daß ihr im ersten Kriegsjahre mißlungener Aus-
hungerungsplan im zweiten gelingen werde.

Erst im zweiten Kriegsjahre sind die Verhältnisse wirklich schwierig geworden. Die Vorräte, mit denen wir in das erste Kriegsjahr hineingegangen waren, und die uns in ihm so außerordentlich geholfen hatten, waren bei Beginn des zweiten nahezu verschwunden. Es fehlte uns zur Bestellung unserer Acker der wichtige Stickstoff, den wir in Gestalt von Chli-

salpeter aus dem Ausland bezogen hatten: jeder fehlende Zentner Stickstoffdünger bedeutet einen Minderertrag von dreieinhalb bis vier Zentner Körnererträge. Wir sind in Deutschland 1915 von einer Dürre heimgesucht worden, wie sie seit vielen Jahren nicht erhört worden war, und darunter hat nicht nur der Futterertrag, sondern ganz besonders auch der Ertrag an Getreide gelitten. Endlich hat der Einbruch der Russen in Ostpreußen und der Franzosen im Oberelsaß die Wirkung gehabt, daß in diesen Landesteilen viele Felder unbestellt geblieben sind, andere nur mangelhaft bestellt wurden. Aus allen diesen Ursachen waren die Erträge der deutschen Landwirtschaft 1915 in einer erschreckenden Weise verringert. Der schlechte Ertrag an Getreide, an Futterrüben und Futter wurde durch die gute Kartoffel-, Gemüse- und Obst-ernte nicht entfernt ausgeglichen. Es ist erfreulich, daß die Zufuhren aus Rumänien und Bulgarien die Bevölkerung beruhigt haben, aber ihre wirkliche Bedeutung war gering. Von der dortigen Ernte stand uns ja nur das zur Verfügung, was sich mit der Bahn und auf der Donau herbeschaffen ließ. Es hat noch nicht den zehnten Teil unseres Ernteausfalles decken können.

Trotz dieser Schwierigkeiten, des Mangels an Vorräten und der durch Stickstoffmangel, Dürre, Russen- und Franzoseneinbruch hervorgerufenen schlechten Ernte werden wir auch im zweiten Kriegsjahre mit unseren Nahrungsmitteln auskommen. Daran ist heute kein Zweifel mehr. Der vorübergehende Mangel an verschiedenen Nahrungsmitteln, wie er in den Großstädten bestanden und manche Leute unruhigt hat, beruhte auf Störungen in der Nahrungszufuhr, nicht auf allgemeinem Nahrungsmangel. Eine sorgfältige, bis ins kleinste durchgeführte, im einzelnen vielfach verbesserte, aber im ganzen bewundernswürdige Organisation hat dafür gesorgt, daß wir mit unseren Nahrungsmitteln hausgehalten haben und daß uns bis zur neuen Ernte die nötige Nahrung gesichert ist. Wir haben uns mancherlei Einschränkungen auferlegen müssen. Das Brot zeigte nicht mehr die gewohnte Beschaffenheit, und wir hatten weniger Fleisch, Butter und andere Fette zur Verfügung als wir gewohnt waren. Aber jetzt wird uns der Lohn für diese Einschränkungen zuteil. Noch haben wir reichlich Vorräte an vielen, wenn auch nicht an allen Nahrungsmitteln, und schon wird das Vieh auf die Weide getrieben, bald werden wir wieder mehr Milch, Butter und Käse haben, im Juni dürfen wir auf die Frühkartoffeln rechnen, und jetzt erntet die Winterfaat, deren Mehren wir im Juli ernten werden.

Erst im zweiten Kriegsjahre mit seinen schwierigen Verhältnissen haben wir unser Examen in Volksernährung bestanden. Nachdem wir in diesem schwierigen Jahre, fast ohne Vorräte, mit einer besonders schlechten Ernte, durchgehalten haben, ist jede Hoffnung unserer Feinde, uns auszuhungern, endgültig zu schanden geworden. Sollten wir ein drittes Kriegsjahr zu bestehen haben, so werden wir in ihm mit Leichtigkeit durchkommen. Allerdings werden wir auch in ein solches drittes Kriegsjahr keine größeren Vorräte als in das zweite mit hineinnehmen. Aber dafür werden wir nach allem menschlichen Ermessen eine weit bessere Ernte haben. Wir haben in Deutschland Stickstoffabriken angelegt, die uns jetzt Ersatz für den fehlenden Chlorsalpeter liefern. Es ist nicht anzunehmen, daß wir 1916 von ähnlicher Unannehmlichkeit des Wetters heimgesucht werden wie 1915. Wir dürfen auch hoffen, daß die verbündeten Seere den Feind weiter unseren Grenzen fern halten werden. Der Stand der Winterfaaten ist vorzüglich. Die Organisation der Volksernährung haben wir im zweiten Kriegsjahre noch besser gelernt.

Daß wir im ersten Kriegsjahre mit unseren Nahrungsmitteln ausgekommen sind, bewies nicht viel für die Zukunft. Nachdem dies aber im zweiten mit seinen ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen gelungen ist, können wir, was unsere Ernährung anlangt, einem bestieg langen Kriege mit Ruhe entgegensehen.

Die Neuregelung der Lebensmittelversorgung.

Vertagungsbeschluss im Reichstags-Ausschuss. — Die Kompetenz zwischen Bundesrat und Reichstag in der Ernährungsfrage.

N. Berlin, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Der Reichshaushaltsausschuss des Reichstages trat heute Vormittag zusammen, um mit der Beratung der Frage der Volksernährung zu beginnen.

Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Vertagung beantragt, weil die Beratung noch nicht den vollen Nutzen bringen könne, da im Augenblick keine verantwortliche Regierungsstelle vorhanden wäre, nachdem Staatssekretär Dr. Dührück leider aus Gesundheitsrücksichten habe zurücktreten müssen. Die sozialdemokratische Fraktion und die Nationalliberalen schlossen sich diesem Antrag an.

Die konservative Partei regte an, ob es nicht richtiger wäre, heute schon zu einigen Einzelfragen Stellung zu nehmen. Das Zentrum glaubte, daß man heute schon das Material der Regierung über die getroffenen Unordnungen und die Auskunft der Regierung über den Bestand usw. entgegennehmen könnte.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß er im Augenblick nicht in der Lage sei, irgendwelche Auskunft über die gegenwärtige Neuorganisation zu geben; es schwebten Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen seien. Das, was die Presse über die Gestaltung der Neuorganisation und über die Personenfrage bisher mitgeteilt habe, erklärt der Unterstaatssekretär durchaus für Kombinationen.

Darauf bat das Zentrum um Auskunft, wann dann wohl diese Mitteilungen gemacht werden könnten. Es sei zu befürchten, daß auch der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern nicht sofort in der Lage sein könne, das zu tun. Ein anderer Vertreter des Zentrums erklärte es für wünschenswert, die Neuorganisation und mindestens das Programm der Regierung zu kennen, bevor weiter beraten würde.

Es wurden Klagen darüber geäußert, daß über diese Neuorganisation allerhand

Mitteilungen in der Presse

gemacht würden, die doch nicht ohne Zustimmung der Regierung erschienen seien, daß aber der Reichstag vollkommen im Unklaren gelassen würde und keinerlei Auskunft erhalte.

Der Unterstaatssekretär erwiderte, keine Auskunft darüber geben zu können, wie die Erörterungen in die Presse gelangt seien.

Ein konservativer Abgeordneter erklärte es für zweckmäßig, schon heute über die bevorstehende Organisation sich auszusprechen.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft äußerte, die bisherigen Erfahrungen ließen nicht hoffen, daß die Erörterungen des Ausschusses Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung üben könnten. Nur wenn der Regierungsvorsteher sagen könne, daß den Wünschen des Ausschusses Rechnung getragen würde, so könnte es einen Zweck haben zu verhandeln. So wie die Dinge aber lägen, schlage er vor, daß die Kommission sich jetzt vertage, schon um zu zeigen, daß die Kommission und der Reichstag sich nicht ausschalten lassen wollten.

Inzwischen ist ein Antrag des Zentrums eingegangen:

Die Kommission wolle die Erwartung aussprechen, daß der Kommission vor der Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung Gelegenheit zur Äußerung gegeben werde.

Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt sich für diesen Antrag. Wenn der Unterstaatssekretär erklärt habe, daß der Beirat so gewürdigt sei, wie es ihm zukomme, so stimme das eigentlich nur formell, denn in der Sache habe man sich darüber beklagt, daß die Vorschläge, die im Beirat gemacht wurden, nicht befolgt wurden. Ebenso sei zu bedauern, daß in der Presse Dinge über die Ernährungsfragen erörtert würden, zweifellos mit Zustimmung der Regierung, bevor der Beirat noch Kenntnis von diesen Sachen habe.

Ein Nationalliberaler schlägt vor, schon jetzt allgemeine Richtlinien dem Ausschusse anzugeben, bevor die Neuorganisation fertig sei.

Das Zentrum meinte, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Bundesrat zweifellos berechtigt sei, Verordnungen zu erlassen, ohne vorher den Reichstag zu hören. Nach den Erfahrungen, die man gemacht habe, wäre aber in Erwägung zu ziehen, ob der Reichstag sich nicht veranlaßt und verpflichtet fühlen könne,

die im August 1914 erteilte Vollmacht zurückzunehmen.

Nicht nur dem Beirat, sondern auch dem Reichstag und seinem Ausschuss sollte rechtzeitig Aufschluß darüber gegeben werden, was geplant sei.

Eine Resolution Dr. Pfleger (B.)-Ebert (Sozialdem.), die darauf eingebracht wurde, will die verbündeten Regierungen ersuchen, dem Ausschuss möglichst bald genaue Aufstellungen über Größe und Deckung des Bedarfs in den einzelnen Lebensmitteln für Heer und

Marine in den einzelnen Monaten seit Kriegsbeginn zu machen und über Resultate der verschiedenen Erhebungen über Inlandsvorräte, über geschäftliche Ergebnisse der verschiedenen Kriegsgesellschaften, Umsätze, Vergütungen der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder Auskünfte zu geben, sowie über die in einzelnen Kreisen, Bezirken und Bundesstaaten entstehenden Ausfuhrverbote, über die in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen zur Fleischversorgung, über die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr nach Monaten, Ländern und Gegenständen.

Der Unterstaatssekretär hob hervor, daß nicht bloß in der Form, sondern auch in der Sache die Vorschläge des Beirats so gewürdigt seien, wie er es beanspruchen könne. Den Zentrumsantrag werde er dem Bundesrat übermitteln. Zu Bedenken gebe er ihm keinen Anlaß.

Ein konservativer betonte, daß zweifellos der Reichstag, nachdem er dem Bundesrat die erwähnte Ermächtigung erteilt habe, kein Recht habe, vorher von geplanten Verordnungen unterrichtet zu werden. Dem Beirat sei bei der Kartoffelfrage immer vorher Gelegenheit gegeben worden, seine Wünsche zu äußern. Gegen den Zentrumsantrag bestanden nach seiner Meinung doch Bedenken, denn das Wort „Erwartung“ wäre die Geständnismachung eines Anspruchs. Spezialfragen könnten heute trotz allem behandelt werden.

Ein Zentrumsmitglied führte aus, daß die Art und Weise, wie gehandelt werde, die richtige Wertschätzung der parlamentarischen Mitarbeit erkennen lasse.

Dieser Auffassung schloß sich der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an. Der Beirat, so wie er geworden sei, entspreche nicht dem Beschluß des Reichstags; gedacht gewesen wäre eine gemeinsame Arbeit von Beirat und Regierung. Es sei beschämend, wie der Reichstag behandelt werde, und daß der Reichstag erst aus der Presse erfahre, was die Regierung von langer Hand vorbereitet habe. Die Kommission müsse sich vertagen.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion wies darauf hin, daß in der Kartoffelfrage eine Verordnung ergangen sei, die dem Beschluß des Beirates direkt entgegensteht.

Gegenüber den Ausführungen eines konservativen Nebenredners, wonach es nicht anständig wäre, daß der Beirat in unfertige Pläne der Regierung eingeweiht werde, erklärte ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, daß der Beirat nur dann einen Sinn habe, wenn er in

unfertige Pläne

eingeweiht werde, denn sonst stehe er vor vollendeten Tatsachen und seine Beratungen hätten dann nur akademischen Wert. Der Reichstag könne damit nicht einverstanden sein, und der Antrag Pfleger überschreite auch nicht seine Befugnisse. Es sei unumgänglich notwendig, daß der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern in der Kommission anwesend sei, um die Wünsche der Kommission entgegenzunehmen.

Der Unterstaatssekretär trug Bedenken vor, ob die in dem Antrag Pfleger gewünschten Auskünfte in diesem Umfang gegeben werden könnten. Er zweifle, daß das Kriegsministerium in der Lage und bereit sein werde, so weitgehende Aufschlüsse zu erteilen.

Das Zentrum erwiderte, daß diese Auskünfte absolut erforderlich seien auf Grundlage der Beratung über Organisation und Verteilung.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter regte noch an, die Protokolle der Ausschussberatungen den Mitgliedern des Hauses gedruckt zugänglich zu machen. Ein schriftlicher Bericht könne dann vielleicht entbehrt werden, doch könne man darüber später noch verhandeln. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß in einer früheren Session des Reichstags aus technischen Gründen die sonst übliche Drucklegung der Protokolle unterblieben sei. Ein Zentrumsredner meint, daß diese Anregung vielleicht doch im Interesse der Vertraulichkeit abzulehnen sei.

Nach weiteren Erörterungen wird die Abstimmung über die Drucklegung der Protokolle einstweilen ausgesetzt, da erst die technischen Schwierigkeiten geprüft werden sollen, ebenso über die Frage, ob schriftlicher oder mündlicher Bericht an das Plenum erstattet werden soll.

Die Anträge des Zentrums und die Resolution Pfleger-Ebert und ebenso der fortschrittliche Vertagungsantrag wurden darauf angenommen.

Der Ausschuss vertagte sich auf Mittwoch Vormittag. Die Kommission vertagte sich auf Mittwoch Vormittag. Der Reichstagssekretär erklärte sich damit einverstanden, zweite Lesung des Kriegsgewinnsteuergesetzes.

Wing

ter Zeitung.)

immer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonizolle 60 J., Abendbl. 75 J.
 Reklamen 42 —, Abendbl. 42 50
 Familienanzeigen 41 —, Platz- u.
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankf.
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauer-
 straße 16/18, Breslau: Waisen-
 hausstr. 25, München: Perossastr. 5,
 Offenbach: Bioborerstr. 24, Stutt-
 gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-
 straße 62. Uns übrig: Agenturen
 n. d. Annonce-Exped. Ferner in:
 New York: 20 Broad Str.—9t.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Delbrücks Kriegsernährungspolitik.

N Berlin, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Die heutige wirtschafts-
 politische Wochenschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zei-
 tung“ gestaltet sich zu einem allgemeinen Rückblick auf
 das Wirken des jetzt scheidenden Staatssekretärs Dr.
 Delbrück während des Krieges und zu einer grundsätz-
 lichen Darlegung, von welchen Gesichtspunkten aus er die
 schwierigen Ernährungsprobleme zu meistern
 suchte. Es heißt darin:

Ich für meine Person habe die Ueberzeugung, daß wir
 vor der Geschichte werden bestehen können, Regierung sowohl
 wie Volksvertretung, Arbeitgeber sowohl als Arbeitnehmer, die
 verschiedenen Produzentenklassen aus allen Teilen des Vater-
 landes und aus allen Teilen unseres Erwerbslebens.

Mit diesen Worten, die in schlichter Form der innigen Ver-
 knüpfung Ausdruck gaben, die in diesem großen Kriege — und
 hoffentlich für alle Zeiten — die Leistungen und An-
 strengungen von Volk und Staat, von Bür-
 gern und Regierung verbindet und umschließt, hat der
 Staatssekretär Dr. Delbrück die erste seiner großen ernäh-
 rungspolitischen Kriegsreden im Reichstage eingeleitet. Nicht
 man heute, da die Erschütterung seiner Gesundheit den bis-
 herigen Leiter des Reichsamtes des Innern von der Kom-
 mandostelle abrückt, in der er als Leiter der inneren Kriegs-
 führung die Armee der in der Heimat um den Sieg Ringen-
 den führt, auf sein Kriegswerk zurück, so darf man ruhig
 sagen, dieses Kriegswerk und sein Schöpfer werden vor der
 Geschichte bestehen. Von dem ersten großen Wurf der Regie-
 lung der Getreideverwaltung, gegen die es heute grundsätz-
 liche Kritik überhaupt nicht mehr gibt, bis zu der letzten um-
 fassenden und künftigen Konzeption grundlegender Reform des
 Verordnungs- und Verwaltungsapparates der Lebensmittel-
 versorgung, mit dem der Scheidende der künftigen Entwicklung
 die Richtung wies, ist die Delbrücksche Kriegsernährungspoli-
 tik ein restloses Streben nach immer vollkommenerer Organi-
 sation und Beherrschung der vorhandenen Kräfte und Mittel,
 ein nimmermüdes Suchen nach neuen Wegen, um die bisher
 nicht gekannten tausendfältigen Schwierigkeiten einer abge-
 schlossenen, durch den Krieg gehemmten und beeinträchtigten
 Bedarfsdeckung zu überbrücken und zu überwinden.

An jedem Tage dieser von Problemen und Arbeit über-
 schwängern 21 Monate war der Staatssekretär bereit und be-
 müht, zu lernen und aus dem Gelernten die Folgerungen zu
 ziehen, zu ändern und anzupassen, neuen Situationen ins Ge-
 sicht zu sehen und mit neuen Maßnahmen zu begegnen. Zu
 seinen Reden trat die Abneigung gegen starre Formeln und
 Doktrinen deutlich hervor. Er erkannte und betonte die Not-
 wendigkeit mühsamen, schrittweisen Vorwärtsschreitens zu Lö-
 sungen, die nicht mit einem Schlage fertig dastehen, sondern
 an deren Erhaltung und Vervollkommnung dauernd und unermü-
 dlich weiter gearbeitet werden muß. Für diese Notwen-
 digkeit, die einmal durch die Vielfältigkeit und Empfindlichkeit
 einer Produktions- und Verteilungswirtschaft von der Größe
 und Entwicklungsstufe der deutschen, außerdem aber auch
 durch den fest verankerten verfassungs- und verwaltungsrecht-
 lichen Aufbau des Deutschen Reiches gegeben ist, hat die Kritik
 nicht immer volles Verständnis bewiesen. Wenn man den
 Gedankenkreis und die Systematik der Delbrückschen
 Kriegsernährungspolitik fassen will, wird man
 stets in erster Linie auf die große Rede zurückzugreifen haben,
 in der der Staatssekretär am 21. August 1915 vor dem Reichs-
 tage seines und seines Amtes Arbeit und Aufgaben erläuterte.
 Der Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1915/16 war beschlossen
 und seine Durchführung in Vorbereitung. Das Brotgetreide
 und auch der größte Teil der inländischen Futtermittel war
 strenger Verteilungs- und Verbrauchsregelung unterworfen.
 Ein Mangel an wichtigen Lebensmitteln war noch nicht, jedo-
 falls nicht in erheblichem Maße fühlbar, nur eine nicht uner-
 heblich nach oben steigende Preisbewegungstendenz begann die
 Versorgung der minder bemittelten städtischen Schichten zu
 stören. Die Ernährungsfragen in der öffentlichen Diskussion
 von damals waren so gut wie ausschließlich Preis-
 fragen.

Von den Problemen der Preisbildung ging auch der Staats-
 sekretär aus. Er legte mit Gründen, deren Richtigkeit die
 weitere Entwicklung immer unwiderleglicher bewiesen hat, die
 Anzulänglichkeit bloßer Höchstpreisfestsetzung dar. Er setzte
 auseinander, daß Höchstpreisordnung noch nicht
 Marktbeherrschung bedeute, ja häufig sogar den Markt
 störe und das Angebot aus dem fließenden Strom
 der Versorgung im Seiten- und Sammelbeden vertriebe.
 Eine Ergänzung der Höchstpreise sei deshalb die Beschlag-
 nahme — und auch dieser Satz ist in der Allgemeinheit,
 in der er ausgesprochen wurde, unwiderlegt geblieben. — Auch
 die Beschlagnahme sei kein Heilmittel, weil sie technisch und
 wirtschaftlich keineswegs überall durchführbar sei. Ein Drit-
 tes sei deshalb notwendig: Die Syndizierung, soweit
 erforderlich, die zwangsweise öffentliche Syndizierung von

Gegen die Ausschaltung des Kaufmannes bei der Lebensmittelversorgung.

Einige praktische Vorschläge.

Von Dr. Rudolf Ziegler.

Sekretärstellvertreter der Wiener Handelskammer.

Wien, 17. Mai.

Der in Ihrem Blatte vertretene Auffassung, daß der Kaufmannstand der Nahrungspolitik dienstbar gemacht und nicht ausgeschaltet werden soll, stimme ich vollständig zu, zumal der Beweis für die Wichtigkeit dieser Anschauung durch die bisherigen Erfahrungen, die man bei der Verdrängung des Handels gemacht hat, schwer erbracht werden kann. Gewiß hat diese Institution ihre Mängel wie jede andere, aber die kaufmännische Mitarbeit darf deshalb nicht verloren gehen. Eine Einrichtung, die sich im Laufe der Zeit so eingelebt hat, verfügt naturgemäß trotz aller Unzulänglichkeiten über Beziehungen und über eine Sachkunde, die beim besten Willen durch eine andere Organisation nicht ersetzt werden können. Es genügt auch nicht, zur Mitarbeit einzelne bevorzugte Vertreter des Handels, also gleichsam einen Ausschnitt aus diesem Berufszweige, heranzuziehen, sondern man muß — natürlich unter Ausschluß von unläutereren Elementen — nach Möglichkeit dem ganzen Handel die Betätigung erleichtern. Wir haben ja gerade bei der Eierversorgung durch die „Miles“ gesehen, daß die Ausschließung des größten Teiles der Händler zu sehr nachteiligen Folgen geführt hat. Es ist vom menschlichen Standpunkte nicht ganz unbegreiflich, daß solche Zurücksetzungen damit quittiert werden, daß man der monopolisierten Bezugsstelle vor Augen führen will, daß sie der Mitarbeit der zurückgewiesenen Händler nicht entraten könne. Das ist gewiß auch geschehen und der Konsum mußte die Folgen für den Ausschluß tüchtiger Vertreter der Kaufmannschaft tragen. Gerade der Wiener Eierhandel war ausgezeichnet organisiert, und ich glaube, daß die Deckung des Bedarfes jedenfalls viel glatter vor sich gegangen wäre, wenn man den Händlern gestattet hätte, ruhig fortzuarbeiten. Nach meiner Ansicht hätte man allerdings Höchstpreise festsetzen sollen, die dem Landwirte wenigstens das Interesse hätten bieten müssen, die Eier auf den Markt zu bringen, statt sie im eigenen Haushalte zu verwenden. Auf die Frage der Höchstpreise im allgemeinen werde ich im weiteren Verlaufe noch zu sprechen kommen. Hinsichtlich der Eierversorgung scheint mir auch darin ein Mangel gelegen zu sein, daß der Transport von einem Kronlande in das andere infolge der Bewilligungen zur Beförderung der Ware und der Verpflichtung, die Eier der „Miles“ anzubieten, mit so viel Schwierigkeiten verbunden war. In der Provinz, in Südböhmen und Mähren haben zahlreiche Verbindungen mit Wiener Gemischtwarenhandlern wegen der regelmäßigen Eierlieferung bestanden. Diese Verbindungen sind ausgeschaltet worden, die Eier waren der „Miles“ anzubieten, bevor letztere ihre Entscheidung fällte, verging wieder einige Zeit und mit der günstigen Verkaufsgelegenheit war es vorbei, so daß diese Lieferanten in der Provinz, bevor sie sich den erwähnten Schwierigkeiten unterzogen, lieber die Eier um einen billigeren Preis in der Umgebung loszuschlagen. Ich glaube also, daß die Transportbewilligungen, die den freien Handel erschweren, aufgehoben, die „Miles“ nur als preisregelnder Faktor fungieren und entsprechende Höchstpreise festgesetzt werden sollten, welche die Interessen der Landwirte und des Handels wahren, dann aber strenge aufrecht erhalten werden müßten.

Hinsichtlich der Höchstpreise teile ich gleichfalls Ihre Auffassung, daß es töricht wäre, aus Mängeln und Schwierigkeiten das Versagen der Höchstpreise schon jetzt zu behaupten. Man kann sich auf diesem Gebiete, wie Ihr Blatt richtig sagt, infolge des Mangels an Erfahrungen nur tastend fortbewegen. Ich möchte glauben, daß ein Fehler darin gelegen ist, daß man die Höchstpreise für landwirtschaftliche Artikel sozusagen bruchstückweise festgesetzt hat, ohne auf den Zusammenhang mit anderen Artikeln zu achten. Man hat eine selbständige Automatik der Höchstpreise für einzelne Artikel hergestellt, ohne sich darum zu kümmern, welche Wirkungen dadurch auf einem anderen Gebiete der Lebensmittelversorgung angesichts der vielverzweigten Zusammenhänge zwischen den verschiedensten Artikeln hervorgerufen werden. Es können dafür leicht einige Beispiele gegeben werden. Verdorbenes Getreide wird heute zum Teile zu einem höheren Preise gehandelt als gutes Getreide. Dampfer Hafer, den die Preisverwaltung zurückgewiesen hat und der außerhalb der Beschlagnahme steht, erzielt einen drei- bis viermal höheren Erlös als guter Hafer. Auch bei den Futtermitteln mußte eine entsprechende Preisregelung eintreten. So hat sich der eigentümliche Fall ergeben, daß Futtererbsen, die für den menschlichen Konsum nicht tauglich sind, sogenannte Bittererbsen, die daher nicht der Verordnung über die Höchstpreise unterliegen, welche für genußfähige Erbsen mit 55 Kronen festgesetzt sind, mit 140 bis 150 Kronen verkauft werden. Durch die kolossale Futtermittelverwertung ist der Landwirt gerade zu einem Vorgang gereizt worden, den man vermeiden wollte, nämlich das gute Getreide zu verfüttern. Die Höchstpreise für Getreide waren ursprünglich sehr hoch, sind aber jetzt gegenüber den Futtermittelpreisen sehr niedrig. Wenn der Landwirt den guten Hafer mit 26 Kronen abliefern muß, dagegen schlechter Mais mit 70 Kronen oder darüber gehandelt wird, so hat er einen Anreiz, das Getreide nicht auf den Markt zu bringen, da der Erlös nur einen Teilbetrag des Preises darstellt, den er selbst für schlechte Futtermittel zahlen muß. Man sollte also für alle landwirtschaftlichen Produkte, jedoch in einer gegenseitigen Relation Höchstpreise festsetzen. Ich glaube nicht, daß sich die Landwirte dagegen sträuben

würden, da sie selbst wissen, wie ihnen in manchen Richtungen übermäßig emporgeschraubte Preise zum Nachteil gereichen. So haben die bestehenden hohen Viehpreise den Landwirten in folgender Weise geschadet: Sie haben den Viehstand im Winter stark reduziert, im Frühjahr aber zur Bestellung der Felder Zugtiere benötigt. Pferde waren nicht zu haben und so wurden Ochsen, ob sie nun geeignet waren oder nicht, von den Landwirten zu den höchsten Preisen gekauft. Auf einem böhmischen Markte konnte von den Händlern nicht ein einziger Zugochse gekauft werden, weil alle von den Landwirten erworben waren, und so fällt die Schuld für einen Teil der Preissteigerung den Landwirten selbst zu.

Hinsichtlich der Kartoffelversorgung finde ich einen Vorgang, der jetzt in Deutschland beobachtet wird, recht zweckmäßig. Ich glaube, daß auch dort die Frage der Kartoffelversorgung früher nicht entsprechend behandelt worden ist. Nun wird in Deutschland der Kartoffelbedarf für den ganzen nächsten Winter festgestellt, die Aerea aufgenommen, berechnet, wie viel die Städte verbrauchen könnten und dem Landwirt von vornherein bekanntgegeben, welche Quote er abliefern muß und welche er für sich behalten kann. Dadurch ist eine Kalkulation und eine geordnete Verteilung möglich. Bisher ist man einen anderen Weg gegangen. Nach der Ernte haben die Behörden die Kartoffel mit Beschlag belegt. Die Landwirte sind kopfsicher geworden und haben viel mehr verborgen, als sie selbst benötigten. Weiß der Landwirt schon lange Zeit vor der Kartoffelernte, wie viel er behalten darf, kann er sich den Konsum, seine Viehhaltung usw. entsprechend einrichten. Wenn er jedoch, wie es in Böhmen geschehen ist, gezwungen wird, die ganzen Kartoffel herzugeben, so ist zu befürchten, daß er die junge, noch im Wachstum begriffene kleine Kartoffel für den eigenen Bedarf heranzieht, wodurch ein kolossaler, den Konsum schädigender Raubbau getrieben wird. Ich halte auch das Absperrungssystem der einzelnen Kronländer nicht für vorteilhaft. Wenn sich Böhmen und Oberösterreich gegenüber Niederösterreich absperrten, kann Wien, das mit regelmäßigen Zufuhren aus Ungarn rechnen muß, natürlich schwer in genügendem Maße versorgt werden. Es ist wohl kein würdiger Zustand, daß die Stadt Wien darauf angewiesen ist, durch Bitten und dringliche Vorstellungen periodisch aus Rußland-Polen die dort erübrigenden Kartoffeln zu erhalten.

Am schwierigsten scheint mir die Frage der Fettversorgung zu sein. Jedenfalls haben in diesem Artikel große Vorräte stattgefunden. Auch hier spielt der Umstand eine gewisse Rolle, daß für verdorbene Fette, die nicht für den menschlichen Genuß, aber zu technischen Zwecken brauchbar sind, unter Umständen höhere Preise erzielt werden als für Nahrungsfett, für welches Höchstpreise festgesetzt sind. Bei dem Bezug von Fettschweinen sind wir bekanntlich von Ungarn abhängig, das auf die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine nicht eingehen wollte. Die Schweine sind sehr teuer und der Höchstpreis für Fett scheint mir in keiner richtigen Relation zu dem Preise der Schweine zu stehen. Diese Korrektur könnte heute auch noch vorgenommen werden, darin wäre aber eine Prämie für jene gelegen, die Fett gehamstert haben. Die Besitzer von Fett scheinen damit zu rechnen, daß die Höchstpreise aufgehoben werden und daß sie dann Fett auf den Markt bringen werden. Tatsächlich werden die Höchstpreise jetzt weniger streng gehandhabt. Ich habe seinerzeit, als die prinzipiellen Forderungen für die Höchstpreise aufgestellt wurden, verlangt, daß sie für Fett oder Fleisch nicht bestimmt werden mögen, wenn sie nicht gleichzeitig auch für Schweine eingeführt werden können. Ich habe den Standpunkt vertreten, daß, wenn Ungarn Maximalpreise für Schweine nicht zulasse, man auch auf solche für Fett verzichten müßte. Gerade bei Höchstpreisen macht sich jede Lücke sofort bemerkbar, und ich bin daher dafür, daß Höchstpreise für alle landwirtschaftlichen Artikel, aber in einer gegenseitigen Relation, aufgestellt, daß ferner der Handel, namentlich bei den Artikeln, die einer leichten Verderbnis unterliegen, im weitesten Umfange herangezogen und bei der Kartoffelversorgung dem Landwirte lange Zeit vor der Ernte die Quote für den eigenen Bedarf bekanntgegeben werde. Die handelspolitische Kommission der Gemeinde Wien wird sich in dieser Woche mit diesen für die gesamte Bevölkerung so wichtigen Fragen befassen.